

"Ich verstehe Menschen, die sagen: Ich sitze auf gepackten Koffern"; Reem Alabali-Radovan wuchs als Geflüchtete in Mecklenburg auf. Heute ist sie Staatsministerin für Migration. Wie will sie die Migrationspolitik im Osten verändern?"

ZEIT-online

Dienstag 1. August 2023 1:18 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Reem Alabali-Radovan; Ausg. 1

Length: 229 words

Byline: Yasmine M'Barek

Body

In der neuen Folge unseres Politikpodcasts *Ehrlich jetzt?* spricht Yasmine M'Barek mit Reem Alabali-Radovan über die Frage, wie viel rechter der Osten wirklich ist.

Die SPD-Politikerin sieht die Probleme des Ostens vor allem in den Kommunen und glaubt nicht, dass diese allein mit Geld zu lösen sind. "Ich bin viel in meinem Wahlkreis unterwegs. Und dann sind es die unterschiedlichsten Themen, die gerade alle Menschen bewegen: Migration, Unterbringung von Geflüchteten, Rente, Pflegereform." Sie sieht die Verantwortung bei allen demokratischen Parteien und schaut besorgt auf die aktuelle Debattenkultur: Man solle "einen Gang runterfahren" und nicht mit "der Tonart, die gerade von bestimmten Akteuren an den Tag gelegt wird" fortfahren.

Vor allem müsse man Stereotypen begegnen: "Wenn wir jetzt zum Beispiel über 'Asylbegrenzung' reden, dann suggeriert das, dass tagtäglich Massen von Menschen hierherkommen. Dieses Bild wird ja auch gerade von vielen gezeichnet. Das stimmt aber so einfach nicht."

Alle zwei Wochen begrüßt ZEIT-ONLINE-Redakteurin Yasmine M'Barek in *Ehrlich jetzt?* einen Spitzenpolitiker oder eine Spitzenpolitikerin. Sie können sich zu ihrem Herzensthema erklären und über Fragen diskutieren, für die in Nachrichtensendungen und Talkshows kein Platz bleibt.

Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns per Mail über ehrichjetzt@zeit.de

Load-Date: August 1, 2023

Steinmeier will illegale Migration eindämmen; "Wir brauchen eine Begrenzung der Zugänge, das ist keine Frage", sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Gelingen soll das durch Kontrollen an den EU-Außengrenzen.

ZEIT-online

Montag 2. Oktober 2023 8:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundespräsident; Ausg. 1

Length: 395 words

Byline: Anna-Lena Schlitt

Body

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich dafür ausgesprochen, die illegale **Migration** einzudämmen. "Wir brauchen eine Begrenzung der Zugänge, das ist keine Frage", sagte Steinmeier den ARD-Tagesthemen. Eine konkrete Zahl nannte er nicht. "Ob die bei 200.000 oder 500.000 oder 800.000 liegt, darauf bitte ich, die Antwort von der Politik zu erwarten."

Ein erster Schritt sei getan, indem die Bundesregierung der Krisenverordnung zur EU-Asylreform zugestimmt habe. Die Begrenzung sei aber nur zu erreichen, wenn Deutschland mit anderen europäischen Mitgliedstaaten Kontrollen an den Außengrenzen durchführe.

Es müsse gelingen, dass die Prüfverfahren derer, die keine oder kaum eine Chance auf Asyl hätten, an den Außengrenzen abgewickelt würden - und die Menschen dann auch von dort aus abgeschoben würden. "Wenn wir diese Regelung hinkriegen, und auf dem Weg sind wir ja Gott sei Dank inzwischen, dann werden sich auch die Ankunftsahlen in Deutschland verringern", sagte Steinmeier.

Er plädierte dafür, in der Debatte auf Formulierungen zu verzichten, die suggerierten, es gäbe den einen Hebel. Bund, Länder und Gemeinden müssten gemeinsam handeln, sagte Steinmeier.

Steinmeier zu AfD-Umfragewerten: mit der eigenen Stimme verantwortungsvoll umgehen

Derzeit sei die Politik noch im Wahlkampfmodus wegen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern. "Ich hoffe sehr, wenn das hinter uns liegt, dass dann wieder ein Klima entsteht, in dem die demokratischen Parteien untereinander zu Verständigungen kommen." Sei das nicht der Fall und bleibe es ein ewiges Streitthema, profitierten andere davon.

Nach den hohen Umfragewerten für die AfD gefragt, sagte Steinmeier, er habe Verständnis dafür, dass man in einer Demokratie seine Unzufriedenheit zum Ausdruck bringe, aber kein Verständnis dafür, "dass man seine demokratische Stimme gebraucht, um Vorstellungen oder Bewegungen zu unterstützen, die auf der Grundlage

Steinmeier will illegale Migration eindämmen "Wir brauchen eine Begrenzung der Zugänge, das ist keine Frage", sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Geli....

der Verachtung der Demokratie bestehen. Und deshalb plädiere ich sehr dafür, mit der eigenen Stimme verantwortungsvoll umzugehen."

Christoph Reichwein Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, aufgenommen am 01. Oktober in Kalletal-Talle Christoph Reichwein Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, aufgenommen am 01. Oktober in Kalletal-Talle

Load-Date: October 2, 2023

End of Document

Französische Behörden retten 63 Migranten im Ärmelkanal; Bei zwei Einsätzen half das Seenotzentrum Gris-Nez Booten, die nach Großbritannien wollten. Ermittelt wird derzeit zu einem tödlichen Unglück von 2021 im Ärmelkanal.

ZEIT-online

Montag 29. Mai 2023 4:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 367 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

Sameer Al-Doumy

Beschreibung **Migranten** ziehen ein Schlauchboot aus dem Wasser am Strand von Gravelines. Seit Anfang des Jahres haben bereits mehr als 33 500 Menschen die gefährliche Überquerung des Ärmelkanals geschafft, eine der meistbefahrenen Schifffahrtsstraßen der Welt, die täglich von mehr als 400 Handelsschiffen passiert wird. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Aufnahmedatum 12.10.2022 Bildnachweis picture alliance/dpa/AFP | Sameer Al-Doumy

In zwei Rettungseinsätzen vor der französischen Küste sind am Wochenende 63 Menschen gerettet worden, die mit kaum seetüchtigen Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien gelangen wollten. Nach Angaben der französischen Behörden koordinierte das Seenotrettungszentrum Gris-Nez in der Nacht zum Sonntag zwei Einsätze in den Gewässern vor Pas-de-Calais.

Einem Boot, dessen Motor ins Wasser gefallen sei, wurde demnach von der Besatzung eines Schiffs der Nationalen Gesellschaft zur Seerettung geholfen, das 46 Menschen an Land gebracht habe, teilten die Behörden mit. Ein weiteres Schiff, das erst im April zur Verstärkung von Such- und Rettungseinsätzen gechartert worden sei, habe unterdessen 17 Schiffbrüchige vor Oye-Plage an Bord genommen.

Soldaten der unterlassenen Hilfeleistung beschuldigt

Erst wenige Tage zuvor waren in Frankreich fünf Soldaten der unterlassenen Hilfeleistung beschuldigt worden. Die Vorwürfe bezogen sich auf den Tod von 27 Migranten, die starben, als ihr Schlauchboot Ende 2021 im Ärmelkanal unterging. Die drei Soldatinnen und zwei Soldaten waren zum Zeitpunkt des Unglücks im Seenotrettungszentrum Gris-Nez tätig gewesen, das für Bergungseinsätze im Ärmelkanal zuständig ist.

Die Ermittlungen konzentrieren sich auf Vorwürfe, denen zufolge auf Notrufe der Menschen auf dem in Seenot geratenen Boot nicht reagiert worden war. Laut juristischen Dokumenten, die der Nachrichtenagentur AFP

Französische Behörden retten 63 Migranten im Ärmelkanal Bei zwei Einsätzen half das Seenotzentrum Grisey Booten, die nach Großbritannien wollten. Ermittelt wi....

vorliegen, hatten die französischen Behörden 15 Mal die Hilferufe der in Seenot geratenen Migrantinnen und Migranten ignoriert.

Im vergangenen Jahr überquerten etwa 46.000 Asylsuchende den Ärmelkanal, sie stammten überwiegend aus Afghanistan, Iran und Albanien. Rund 8.000 Menschen wurden in französischen Gewässern gerettet.

Load-Date: May 29, 2023

End of Document

Doch keine Lösung im Streit über die EU-Asylpolitik?; Die EU hat sich auf eine neue Asylpolitik geeinigt, doch noch immer gibt es Kritik von Ungarn, Polen und auch Deutschland. Und: Warum stoppt niemand das Fischsterben?

ZEIT-online

Freitag 30. Juni 2023 4:06 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 1

Length: 411 words

Byline: Hannah Grünewald

Body

Heute ist der letzte Tag des EU-Gipfels in Brüssel und erneut streiten sich die Mitgliedsstaaten über die **Asylpolitik**. Eigentlich hatte sich die EU vor drei Wochen auf eine Reform des neuen gemeinsamen europäischen **Asylsystems** geeinigt, doch die Kritik an den Plänen bleibt bestehen. Mit der neuen Reform würde die EU deutlich strikter mit **Migrantinnen** und **Migranten** ohne Bleibeperspektive umgehen. **Geflüchtete** müssten zukünftig zum Beispiel unter haftähnlichen Bedingungen in Aufnahmeeinrichtungen auf ihr Verfahren warten. Der bisherige Plan sieht außerdem vor, dass Länder, die nicht bereit sind, **Geflüchtete** aufzunehmen, zahlen müssen. Dagegen wehren sich Ungarn und Polen. Ungarns Premier Orbán hatte den Kompromiss als "inakzeptabel" bezeichnet, Polen sprach von "absurden Ideen". Auch aus Deutschland kommt Kritik: Grünenmitglieder seien laut einem Schreiben an ihre Parteispitze über den neuen **Asylkurs** "erschüttert". Ulrich Ladurner, Politikredakteur für die ZEIT, ordnet ein, welche Bedeutung die Kritik für die **Asylpolitik** der EU haben könnte.

Tonnen toter Fische, Schnecken und Muscheln im Sommer 2022 kam es in der Oder zur größten Umweltkatastrophe an einem mitteleuropäischen Fluss seit Jahrzehnten. Dieses Jahr könnte sich das große Fischsterben wiederholen. Verantwortlich für die Katastrophe waren scheinbar die sogenannten Goldalgen. Die winzigen Zellen geben ein aggressives Gift ab, mit dem sie ihre Beute betäuben, wenn sie auf andere kleine Flusstiere treffen. Wenn die Goldalgen in Massen auftreten, gefährden sie auch größere Tiere. Normalerweise kommt die Algenblüte nicht im Süßwasser vor. Da der Salzgehalt der Oder aber unnatürlich hoch ist, können sich die Algen ausbreiten. Schuld an dem salzigen Wasser soll Fachleuten zufolge die Abwasserkanäle aus den Bergwerken an der Oder sein. Dennoch unternimmt die polnische Regierung wenig, um eine erneute Katastrophe zu vermeiden. Karsten Polke-Majewski leitet das Investigativressort und hat zum Fischsterben recherchiert. Er erklärt, warum niemand die Katastrophe stoppt.

Und sonst so? Warum Frauen und trans Personen im indischen Bundesstaat Karnataka umsonst mit dem Bus fahren dürfen.

Moderation und Produktion: Hannah Grünewald

Doch keine Lösung im Streit über die EU-Asylpolitik? Die EU hat sich auf eine neue Asylpolitik geeinigt, doch noch immer gibt es Kritik von Ungarn, Polen und au....

Redaktion: Moses Fendel und Constanze Kainz

Mitarbeit: Mathias Peer und Laurena Erdmann

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de.

Load-Date: June 30, 2023

End of Document

EU will Abschiebungen beschleunigen; Die EU will mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben und Herkunftsländer zur Kooperation drängen. 2021 wurde nur jede fünfte Abschiebung durchgesetzt.

ZEIT-online

Donnerstag 26. Januar 2023 2:44 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 455 words

Byline: Kirsten Jöhlinger

Body

Hannibal Hanschke

Geflüchtete aus der Ukraine bei ihrer Ankunft am ehemaligen Flughafen Tegel in Berlin im März 2022

Angesichts von vier Millionen **Geflüchteten** aus der Ukraine und stark gestiegenen **Asylbewerberzahlen** will die Europäische Union Abschiebungen beschleunigen. Bei Beratungen der EU-Innenminister in Stockholm sagte etwa Schwedens **Migrationsministerin** Maria Malmer Stenergard: "Es ist wirklich wichtig, abgelehnte **Asylbewerber** zurückzuführen." Dies scheitere jedoch häufig am Widerstand der Herkunftsländer.

Als Mittel dagegen könnte die Visabedingungen für Herkunftsländer verschärft werden, die nicht zur Rücknahme ihrer Staatsbürger bereit sind. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) äußerte sich bei dem EU-Treffen jedoch ablehnend gegenüber dem Vorstoß.

Die Bundesregierung setzt ihren Angaben nach auf Anreize für die betroffenen Staaten: So wolle sie "insbesondere mit nordafrikanischen Staaten Migrationsabkommen schließen, die zum einen legale Wege nach Deutschland ermöglichen, aber zum anderen eine funktionierende Rückführung beinhalten", sagte Faeser.

Seit 2020 kann die EU Visa als Druckmittel gegen Herkunftsländer nutzen, bisher ist dies aber nur bei Gambia umgesetzt. Anders als Deutschland ist etwa Frankreich für Visa als Druckmittel, um mehr Abschiebungen zu erreichen. Wenn die Gespräche mit den Herkunftsländern ins Leere liefen, müsse es "strikte Maßnahmen" der EU geben, sagte die französische Staatssekretärin für Staatsbürgerschaftsfragen, Sonia Backès, in Stockholm. Dies könnte laut Diplomaten etwa den Irak, Eritrea und Somalia treffen, woher ebenfalls viele Menschen in die EU kommen.

Zahl irregulärer Einreisen auf höchstem Stand seit 2016

EU will Abschiebungen beschleunigen Die EU will mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben und Herkunftsländer zur Kooperation drängen. 2021 wurde nur jede fünfte

Die EU versucht schon seit Jahren, mehr Ausländer ohne Bleiberecht abzuschieben, dabei kommt aber nur langsam voran: Laut der Statistikbehörde Eurostat wurden 2021 von gut 340.000 Entscheidungen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber in der EU nur 21 Prozent auch umgesetzt.

Mehr Rückführungen wären aus Sicht vieler EU-Staaten auch deshalb wichtig, weil die Asylsysteme vieler Länder überlastet sind. Im vergangenen Jahr war die Zahl der irregulären Einreisen in die EU auf den höchsten Stand seit 2016 gestiegen. Die Grenzschutzagentur Frontex zählte rund 330.000 Ankünfte, 64 Prozent mehr als 2021.

Die Zahl der Asylanträge verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf mehr als 920.000. Das legt nahe, dass es entweder eine hohe Dunkelziffer an irregulären Grenzübertritten gibt oder Zugewanderte in mehreren EU-Ländern Anträge stellen.

Seit 2015 ist es der EU nicht gelungen, sich auf einen neuen Asylpakt zu einigen. Das Streitthema wird auch die Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel in Brüssel am 9. und 10. Februar beschäftigen.

Load-Date: January 26, 2023

End of Document

USA schicken weitere 1.500 Soldaten an Grenze zu Mexiko; Die US-Regierung will für administrative Aufgaben 1.500 Soldaten an die Grenze zu Mexiko verlegen. Nach dem Ende einer Corona-Regelung werden vermehrt Migranten erwartet.

ZEIT-online

Mittwoch 3. Mai 2023 12:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: US-Grenze; Ausg. 1

Length: 544 words

Byline: Anne Schwedt

Body

Christian Chavez

Description **Migranten** stellen sich nach ihrer Ingewahrsamnahme durch die US-Behörden an der Grenze zwischen den USA und Mexiko auf. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Creation date 04-30-2023 Photograph credits picture alliance/dpa/AP | Christian Chavez

Die US-Regierung will 1.500 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten an die Grenze zu Mexiko verlegen. Für zunächst 90 Tage sollen die Militärangehörigen dort administrative Aufgaben wie Dateneingabe und Lagerunterstützung ausführen, teilte das Pentagon mit. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, sagte: "Sie werden keine Strafverfolgungsfunktionen ausüben oder mit Einwanderern oder Migranten interagieren." Mit der Verlegung sollten die Beamten des Grenzschutzes für die Arbeit im Feld entlastet werden. An der Grenze zu Mexiko sind bereits rund 2.500 US-Soldaten im Einsatz.

Die Entsendung zieht auch Kritik aus den Reihen der Demokraten auf sich. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Bob Menendez, sagte: "Es gibt bereits eine humanitäre Krise in der westlichen Hemisphäre, und der Einsatz von militärischem Personal signalisiert nur, dass Migranten eine Bedrohung seien, die den Einsatz unserer nationalen Truppen erfordere, um eingedämmt zu werden. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein."

Für Präsident Joe Biden, der in der vergangenen Woche seine erneute Bewerbung um das höchste Staatsamt bekanntgab, ist die Entscheidung ein Nachweis der Bemühungen seiner Regierung, die Zahl der als illegal definierten Grenzübertritte merklich zu verringern. Am 11. Mai fällt eine umstrittene Abschiebungsregelung wegfällt. Die sogenannte Titel-42-Regelung war unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführt worden und erleichterte unter Verweis auf die Corona-Pandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten. Wegen der angespannten Lage an der Grenze, die sich in den vergangenen Monaten wegen steigender Zahlen von Asylsuchenden weiter verschärft hatte, ringt Washington nach Lösungen.

USA schicken weitere 1.500 Soldaten an Grenze zu Mexiko Die US -Regierung will für administrative Aufgaben 1.500 Soldaten an die Grenze zu Mexiko verlegen. Nach....

Zuletzt kündigte die Biden-Regierung an, die Erstregistrierung von Asylsuchenden aus Süd- und Mittelamerika ins Ausland verlagern zu wollen. In Kolumbien und Guatemala sollen in den kommenden Wochen Zentren eröffnet werden, in denen sich Menschen melden müssen, bevor sie sich auf den Weg in die USA machen. Dort soll etwa überprüft werden, welche Möglichkeiten ihnen in den USA offenstehen und ob eine Aufnahme überhaupt gewährt wird. Man wolle den Menschen auf diese Weise die oft gefährliche Reise zur Südgrenze der USA ersparen, sagte eine Vertreterin der US-Regierung.

Auch kehren die Vereinigten Staaten laut Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas zur Anwendung der Titel-8-Regelung zurück, die im Falle illegaler Einwanderung etwa ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vorsieht. Das Thema Migration und illegale Einwanderung spaltet die US-Gesellschaft und dürfte eines der zentralen Wahlkampfthemen bleiben.

Die oppositionellen Republikaner sprechen von einer Grenzkrise und werfen Biden vor, unkontrolliert Menschen ins Land zu lassen und damit den USA zu schaden. Der linke Flügel von Bidens Demokraten wirft dem Präsidenten dagegen vor, sein Wahlversprechen einer humaneren Grenzpolitik nicht einzuhalten.

Load-Date: May 3, 2023

End of Document

Warum Tausende Migranten hoffen und US-Behörden bangen; Eine umstrittene Abschieberegulierung der USA gilt nicht mehr. An der Grenze zu Mexiko befürchtet US-Präsident Joe Biden "chaotische" Zustände. Und: Wahlkampf in Bremen

ZEIT-online

Freitag 12. Mai 2023 3:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: US-Grenze zu Mexiko; Ausg. 1

Length: 322 words

Byline: Constanze Kainz

Body

Im Norden Mexikos warten Zehntausende **Migranten** darauf, in die USA einreisen zu können. Eine umstrittene Abschieberegulierung in den USA gilt seit dem frühen Morgen unserer Zeit nicht mehr. Die Regierung des früheren Präsidenten Donald Trump hatte den sogenannten Title 42 2020 eingeführt. Dadurch durften die Behörden **Migranten** an der Grenze schnell und ohne **Asylverfahren** abweisen. Die offizielle Begründung lautete, dass so die Ausbreitung des Coronavirus verhindert werden sollte. Da der Gesundheitsnotstand nun endet, entfällt auch die Grundlage für Title 42.

Eine mexikanische Zeitung berichtet, dass die Behörden im US-Bundesstaat Texas mit bis zu 12.000 Migranten am Tag rechnen. "Die kommenden Tage und Wochen könnten sehr schwierig werden", sagte US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas Mitte der Woche in Washington. Rieke Havertz ist internationale Korrespondentin von ZEIT ONLINE. Im Nachrichtenpodcast erklärt die USA-Expertin, was das Ende von Title 42 bedeutet und was die Behörden für die kommenden Tage erwarten.

In Bremen dürfen am Sonntag 463.000 Menschen ihre Stimme abgeben. Sie wählen unter anderem eine neue Bürgerschaft, so heißt das Landesparlament im kleinsten deutschen Bundesland. Dort regiert aktuell eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken unter dem SPD-Politiker Andreas Bovenschulte. Auch wenn es zwischen SPD und CDU knapp werden könnten, sieht es in den letzten Umfragen so aus, als würde die SPD in Bremen weiterregieren. Im Podcast erklärt Michael Schlieben, Innenpolitikexperte von ZEIT ONLINE, wer welche Chancen hat und welche Themen den Wahlkampf prägen.

Und sonst so? So klingt der Yellowstone-Nationalpark.

Moderation und Produktion: Constanze Kainz

Redaktion: Moses Fendel

Mitarbeit: Lisa Pausch

Warum Tausende Migranten hoffen und US -Behörden bangen Eine umstrittene Abschieberegulierung der USA gilt nicht mehr. An der Grenze zu Mexiko befürchtet US -Präsident....

Ein vierwöchiges Gratisprobeabo für die ZEIT oder ZEIT ONLINE erhalten Sie hier. Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de

Load-Date: May 12, 2023

End of Document

Geflüchtete haben laut Andrea Nahles den Fachkräftemangel gemildert; Der Personalmangel bereitet der deutschen Wirtschaft große Sorgen. Ohne den Zuzug von Geflüchteten wäre das Problem noch viel größer, sagt die Chefin der Arbeitsagentur.

ZEIT-online

Donnerstag 2. Februar 2023 2:03 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Personalsorgen; Ausg. 1

Length: 325 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Bernd von Jutrczenka

Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit

Der Zuzug einer großen Zahl von **Geflüchteten** in den Jahren 2015 und 2016 hat zu Linderung des Personalmangels in Deutschland beigetragen. Das sagte Andrea Nahles, Vorstandschefin der Bundesagentur für Arbeit, bei einem Treffen mit Mitgliedern der bayerischen SPD-Landtagsfraktion.

Angekündigt sei der Fachkräftemangel, unter dem die deutsche Wirtschaft leide, schon viel länger, sagte Nahles. Ohne die große Flüchtlingsbewegung wäre das Problem deutlich früher und stärker spürbar geworden.

In den Jahren 2015 und 2016 stellten mehr als eine Million Menschen aus Ländern wie Syrien und dem Irak Asylanträge in Deutschland. Im Juni 2022 waren der Statistik der Bundesagentur zufolge knapp 190.000 Menschen mit syrischer Staatsangehörigkeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Hinzu kämen über 60.000 Menschen irakischer Staatsangehörigkeit.

Integration von Geflüchteten besser gelungen als früher

Bereits im Jahr 2020 kamen Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer Studie zu dem Ergebnis, dass die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt nach 2016 besser gelungen sei als während früherer Zuwanderungsphasen. Etwa die Hälfte derjenigen, die mindestens vier Jahre in Deutschland geblieben waren, hatten Arbeit. Defizite gab es der Untersuchung zufolge vor allem bei Frauen.

Die aktuelle Migrationspolitik wird derzeit kontrovers diskutiert. Zwar suchen viele Unternehmen dringend nach neuen Arbeitskräften. Andererseits beklagen zahlreiche Kommunen Probleme bei der Unterbringung und Finanzierung der Geflüchteten.

Geflüchtete haben laut Andrea Nahles den Fachkräftemangel gemildert Der Personalmangel bereitet der deutschen Wirtschaft große Sorgen. Ohne den Zuzug von Geflüc....

2022 wurden in Deutschland 217.000 Erstanträge auf Asyl gestellt, etwa ein Drittel davon allein von Menschen aus Syrien. Die zweitgrößte Zahl von Anträgen kam von Menschen aus Afghanistan, gefolgt von der Türkei. Hinzu kommen rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Load-Date: February 2, 2023

End of Document

Mehrheit der 2015 nach Deutschland Geflüchteten ist erwerbstätig; Menschen, die vor acht Jahren nach Deutschland kamen, haben inzwischen mehrheitlich einen Job. Frauen fällt die Integration in den Arbeitsmarkt dabei offenbar schwerer.

ZEIT-online

Donnerstag 27. Juli 2023 10:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 310 words

Byline: Jona Spreter

Body

Oliver Killig

Der afghanische **Flüchtling** Sha Kah Ahmadi (l.) und der indischen **Flüchtling** Singh Satwinder feilen am 10.12.2015 in der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) in Dresden (Sachsen) an Metallwerkstücken. Beide sind zum Probearbeiten da, um deren Kompetenzen auszuloten.

Mehr als die Hälfte der 2015 nach Deutschland Geflüchteten ist einer Analyse zufolge inzwischen erwerbstätig. Das seien rund zehn Prozent mehr als noch 2020, wie aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht.

Ein Großteil der Schutzsuchenden arbeite in Vollzeit, hieß es. Ihr durchschnittliches Bruttomonatsgehalt sei von 1.660 Euro in den ersten beiden Jahren nach Ankunft auf 2.037 Euro im sechsten Jahr gestiegen. Dabei verlaufe die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt deutlich langsamer als die der Männer. Letztere machten etwa 23 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten aus.

Deutlich geringerer Stundenlohn

Wie aus den Daten weiter hervorgeht, üben immer mehr Menschen mit Fluchterfahrung sogenannte qualifizierte Berufe aus. Rund ein Drittel hat seit der Ankunft in Deutschland Schulen und Hochschulen besucht oder Ausbildungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen absolviert. Etwas weniger als zwei Drittel arbeiteten in einem Job, für den ein Berufs- oder Studienabschluss notwendig sei. 41 Prozent der Geflüchteten gingen dabei einer Tätigkeit nach, die unter dem Niveau liege, das sie vor ihrem Zuzug ausgeübt hätten. Nach wie vor verdienten sie deutlich weniger pro Stunde als der Durchschnitt der Beschäftigten in Deutschland, hieß es.

Die Analysen beziehen sich auf das Jahr 2021. Datengrundlage ist die IAB-Bamf-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Sie wird vom IAB, dem Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und dem Sozio-oekonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt.

Mehrheit der 2015 nach Deutschland Geflüchteten ist erwerbstätig Menschen, die vor acht Jahren nach Deutschland kamen, haben inzwischen mehrheitlich einen Job.

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

30 Migranten nach Schiffsbrüchen vor Lampedusa vermisst; Nach dem Schiffsbruch zweier Boote vor Lampedusa sind noch immer viele Menschen vermisst, darunter zwei Kinder. An der tunesischen Küste wurden acht Tote angeschwemmt.

ZEIT-online

Sonntag 6. August 2023 1:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Italien; Ausg. 1

Length: 466 words

Byline: Pauline Pieper

Body

Vincenzo Pinto

A view shows a patrol vessel (R) of Italian law enforcement agency Guardia di Finanza (GdF) on June 7, 2023 in the harbour of the island of Lampedusa, south of Sicily.

Nach zwei Bootsunglücken vor der italienischen Insel Lampedusa werden mindestens 30 Menschen vermisst. Das teilten die Internationale Organisation für Migration (IOM) sowie die italienische Küstenwache unter Berufung auf Überlebende mit. Beide Boote waren demnach am Samstag bei stürmischem Wetter untergegangen. 57 Migranten konnten gerettet werden, ein Kleinkind von elf Monaten und eine erwachsene Frau wurden tot geborgen. Unter den Vermissten sollen auch zwei Kinder sein, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNCHR mitteilte.

In Agrigent auf der nahe gelegenen italienischen Insel Sizilien wurde eine Untersuchung zu den Schiffsbrüchen eingeleitet. Die beiden Boote dürften laut Küstenwache zunächst bei gutem Wetter von der tunesischen Stadt Sfax aus in See gestochen sein. Der Polizeichef von Agrigent, Emanuele Ricifari, erklärte, die Schlepper hätten jedoch vermutlich gewusst, dass raue See vorhergesagt worden war. Wer Migranten bei solchen Wellengängen in Booten losschicke, sei ein "skrupelloser, verrückter Krimineller", sagte Ricifari italienischen Medien.

Vor der Küste von Sfax wurden heute zudem acht tote Migranten geborgen, deren Boote ebenfalls gesunken waren, wie ein Sprecher des örtlichen Gerichts mitteilte. Fast jeden Tag würden Tote an den Stränden angeschwemmt.

Geflüchtete wurden offenbar per Hubschrauber versorgt

Nach einem weiteren Bootsunglück steckten 20 Migranten seit Samstag an Felsen vor der italienischen Insel Lampedusa fest. Wegen starken Winds und starker Wellen galt eine Rettungsaktion der Küstenwache als zu gefährlich. Die Küstenwache beantragte Hilfe einer Bergrettergruppe mit Sitz auf Sizilien. Diese entsandte zwei

30 Migranten nach Schiffsbrüchen vor Lampedusa vermisst Nach dem Schiffsbruch zweier Boote vor Lampedusa sind noch immer viele Menschen vermisst, darunter zwei

Experten an Bord eines Hubschraubers der italienischen Luftwaffe, um die Migranten zu retten. Das italienische Fernsehen berichtete, zuvor seien aus Hubschraubern Essen und Wasser für die Migranten abgeworfen worden.

Seit Monaten versuchen Tausende Menschen, vor allem aus Tunesien und aus Libyen, mit teils nicht seetauglichen Booten Lampedusa oder andere süditalienische Orte zu erreichen. Viele von ihnen werden bereits an den nordafrikanischen Küsten abgefangen. Wem es gelingt, Italien zu erreichen, wird meist von italienischen Behördenbooten aufgelesen und in Erstaufnahmелager gebracht. Laut Innenministerium in Rom erreichten allein in diesem Jahr bislang mehr als 90.000 Migranten die italienischen Küsten. Das sind mehr als doppelt so viele Menschen wie noch im Vorjahreszeitraum. Bei der Überfahrt über das Mittelmeer sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration seit 2014 mehr als 20.000 Menschen ums Leben gekommen.

Load-Date: August 6, 2023

End of Document

Olaf Scholz will Zuzug von Geflüchteten verringern; Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland streben, ist "zu hoch", sagt der Bundeskanzler. Er kündigt mehr Kontrollen an und plädiert für eine Pauschale.

ZEIT-online

Samstag 30. September 2023 12:25 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundeskanzler; Ausg. 1

Length: 376 words

Byline: Eva Casper

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat angekündigt, die irreguläre **Migration** einzudämmen. "Die Zahl der **Flüchtlinge**, die nach Deutschland streben, ist im Moment zu hoch", sagte Scholz dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Mehr als 70 Prozent aller **Flüchtlinge**, die in Deutschland ankommen, seien vorher nicht registriert worden, "obwohl sie nahezu alle in einem anderen EU-Land gewesen sind".

Deutschland unterstütze den Schutz der europäischen Außengrenzen, setze zusätzliche Grenzsicherungsmaßnahmen zu Österreich fort und habe mit der Schweiz und Tschechien gemeinsame Kontrollen auf deren Seite vereinbart, sagte Scholz weiter. Moldau und Georgien würden zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Die Regierung in Warschau sei aufgefordert, dass nicht weiter Visa verkauft und Flüchtlinge nach Deutschland durchgewunken würden. Deshalb seien die Kontrollen an der Grenze zu Polen verschärft worden.

Scholz kündigte an, bei der für November geplanten Ministerpräsidentenkonferenz zu Migration und Finanzierung der Flüchtlingskosten "ein dauerhaftes System für die Kommunen" zu entwickeln. Der Bundeskanzler plädierte in diesem Zusammenhang für einen "atmenden Deckel", bei dem eine Pauschale pro Flüchtling festgelegt wird.

Warnung vor AfD

Gleichzeitig mahnte Scholz, die AfD nicht zu verharmlosen: "In der AfD gibt es extremistische, verfassungsfeindliche Positionen und Naziparolen und es sind dort Leute unterwegs, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden." Zudem mache die AfD "keinerlei Vorschläge" für eine bessere Zukunft.

In Bezug auf den gemeinsamen Beschluss von CDU, AfD und FDP im Thüringer Landtag sagte Scholz, dass sich niemand von der AfD abhängig machen müsse. "Die CDU Thüringen muss sich vorhalten lassen, dass sie für ihr Anliegen, die Grunderwerbssteuer zu senken, nicht das Gespräch mit der Minderheitsregierung gesucht hat, sondern sehr bewusst die Unterstützung der AfD, darin liegt der Skandal."

Olaf Scholz will Zuzug von Geflüchteten verringern Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland streben, ist "zu hoch", sagt der Bundeskanzler. Er kündigt meh....

Bernd Wüstneck Die Bundespolizei greift eine Gruppe von Menschen an der Grenze zu Polen auf, die eigenen Angaben zufolge aus Syrien stammen. Bernd Wüstneck Die Bundespolizei greift eine Gruppe von Menschen an der Grenze zu Polen auf, die eigenen Angaben zufolge aus Syrien stammen.

Load-Date: September 30, 2023

End of Document

Fünf Menschen sterben bei Bootsunglück vor griechischen Inseln; Vor den Inseln Lesbos und Samos sind zwei mit Migranten besetzte Schlauchboote gekentert. 54 Menschen konnten gerettet werden, fünf ertranken darunter ein Kind.

ZEIT-online

Montag 28. August 2023 11:31 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Seenotrettung; Ausg. 1

Length: 290 words

Byline: Sarah Lena Grahm

Body

Elias Marcou

A Hellenic Coast Guard vessel with rescued **migrants** onboard, prepares to moor at the port of Mytilene, following a shipwreck in which four **migrants** drowned, off the island of Lesbos, Greece, August 28, 2023.

Fünf Migranten sind bei dem Versuch ums Leben gekommen, von der Türkei in Schlauchbooten zu den griechischen Inseln Lesbos und Samos überzusetzen. Vor Lesbos kenterte am Morgen ein Boot, dabei ertranken vier Menschen, darunter ein Kind, wie ein Sprecher der Küstenwache sagte. 18 Menschen wurden demnach gerettet.

Vor der Insel Samos hätten die Insassen eines mit 37 Menschen besetzten Schlauchboots ihr Boot zerschnitten, das dann untergegangen sei. Die Küstenwache habe 36 Menschen retten können, darunter ein Kleinkind, das den Angaben nach erfolgreich reanimiert wurde. Eine Frau kam ums Leben.

Immer wieder bringen Migranten oder auch die Schleuser an Bord die Boote absichtlich zum Sinken. So kann die griechische Küstenwache das Boot nicht zurück in türkische Gewässer drängen, sondern ist verpflichtet, die Menschen zu retten und zu griechischen Inseln oder dem Festland bringen. Das Vorgehen ist sehr riskant, da die Migranten in vielen Fällen nicht schwimmen können.

Am Morgen seien abgesehen von den zwei verunglückten Booten 80 Menschen mit anderen Booten auf Lesbos angekommen, sagte der Sprecher der Küstenwache. Aktuelle Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zufolge sind in diesem Jahr bislang knapp 16.000 Menschen irregulär nach Griechenland eingereist rund 12.000 über das Meer zu den griechischen Inseln, rund 4.000 über die Landesgrenze von der Türkei in den Nordosten Griechenlands. Im gesamten vergangenen Jahr verzeichnete die Organisation knapp 13.000 Ankünfte.

Fünf Menschen sterben bei Bootsunglück vor griechischen Inseln Vor den Inseln Lesbos und Samos sind zwei mit Migranten besetzte Schlauchboote gekentert. 54 Mens....

Load-Date: August 28, 2023

End of Document

An Integration ist nicht zu denken; Traumatisierte Geflüchtete warten in Deutschland bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz. Nun will der Bund die Mittel halbieren. Die Folgen könnten fatal sein.

ZEIT-online

Dienstag 5. September 2023 4:22 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Therapieplätze für Geflüchtete; Ausg. 1

Length: 1830 words

Byline: Franziska Grillmeier

Body

Die Bilder kommen meistens nachts, sagt Angela Zanim. Sobald ihre einjährige Tochter in dem Container der Brandenburger **Flüchtlingsunterkunft** eingeschlafen ist, sei sie in Gedanken wieder auf der griechischen Insel Lesbos: Es ist frühmorgens. Neben ihr steht ein Mann, der ihr mit übergezogener Sturmhaube und Schlagstock befiehlt, sich bis auf die Unterhose auszuziehen. Hinter ihr steht ein Van ohne Glasscheiben, in den sie mit ihrem Mann und anderen verladen werden wird. Wenige Stunden zuvor saßen sie alle noch in einem Schlauchboot auf dem Mittelmeer. Jetzt knien die Männer auf dem Rasen, während die Frauen einzeln hinter den Van gerufen werden. Immer wieder fasst sich die heute 22-jährige Afghanin an ihren Bauch, zu dem Zeitpunkt ist sie im siebten Monat schwanger. Ihr Mann ruft: "Angela, was ist mit dir?"

Lange konnte Zanim ihm diese Frage nicht beantworten.

Viele Menschen, die nach monatelanger Flucht über Umwege Deutschland erreichen, kämpfen später mit den Folgen der Gewalterfahrung an den europäischen Außengrenzen. Sie leiden unter Schlaflosigkeit, haben Flashbacks und Suizidgedanken. Etwa 30 Prozent seien von depressiven Erkrankungen oder einer posttraumatischen Belastungsstörung betroffen, sagt der Dachverband der Psychosozialen Zentren in Deutschland (BAfF). Eine Therapie könnte ihnen helfen, doch es gibt nicht genügend Plätze. Laut Verband werden in den bundesweit 47 Einrichtungen nur 4,1 Prozent der behandlungsbedürftigen **Flüchtlinge** betreut.

Auch Zanim konnte nach ihrer Ankunft in Deutschland wochenlang kaum schlafen, hatte immer wieder unkontrollierte Angstzustände. Sie hatte aber auch Glück, bekam einen der raren Therapieplätze. Erst dort fing sie an, über das Erlebte zu sprechen. Sie muss lernen, wieder Vertrauen in ihr Umfeld zu fassen. "Jedes Mal, wenn ich heute einen Polizisten auf der Straße sehe, blitzt es in meinem Kopf und meine Hände beginnen zu zittern."

Patientenakten von der Psychotherapeutin Weber-Nelson. Berlin, 23.08.23

Dank einer Therapie kann Zanim wieder besser schlafen

An Integration ist nicht zu denken Traumatisierte Geflüchtete warten in Deutschland bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz. Nun will der Bund die Mittel halb....

Auf dem Rasen vor der Flüchtlingsunterkunft streckt Zanim die Knie aus. Zwei Jungen fahren mit einem Dreirad am Eingang des kleinen Containerdorfs vorbei. In der Therapie habe sie gelernt, ihre Gefühle zu verstehen und einzuordnen. Sie schlafe seitdem wieder besser. Als sie für ein Foto ihre Hände gegen die Sonne streckt, beginnen aber wieder die Finger zu zittern. Sie entschuldigt sich.

Noch heute höre sie die Stimmen der Polizisten. "Warum seid ihr gekommen? Wir wollen keine Flüchtlinge hier", habe einer gesagt. Was danach passierte, erzählt Zanim zwar frei und voller Details, doch ihren Namen will sie nicht öffentlich machen. Ihre Tochter soll später nicht erfahren, unter welchen Umständen sie einst zur Welt kam:

Sie schlugen uns mit Gürteln. Meinen Mann würgten sie damit. Die Männer mussten sich ausziehen und nackt vor die Frauen und ein zweijähriges Kind stellen. Wir mussten uns vor sie hinknien. Als ich die Augen des zweijährigen Mädchens neben mir zuhielt, schlug ein Grenzschrützer meine Hand weg und bog ihren Kopf nach oben, damit sie in den Schambereich des Mannes sah. (...) Immer wieder schlugen sie uns mit Schlagstöcken. Dabei brüllten sie: "Never come back. Tell your friends, thats what we do to you. Greece is finished."

Portrait von Angela Zanim. Brandenburg, 24.08.23

Zanims Schilderungen lassen sich nicht belegen. Doch sie decken sich mit investigativen Recherchen von Menschenrechtsgruppen aus den letzten Monaten. Immer wieder berichten Asyl suchende Menschen darin von der systematischen Erniedrigung durch griechische Grenzbeamte: Wie sie gezwungen wurden, sich auszuziehen, wie ihnen alle ihre Wertgegenstände abgenommen wurden und davon, wie sie nach stundenlanger Misshandlung wieder auf sogenannten Rettungsinseln im Meer ausgesetzt wurden.

Wartezeiten von bis zu einem Jahr

Obwohl der Bedarf an Therapieplätzen für Geflüchtete schon jetzt nicht gedeckt werden kann, plant die Bundesregierung, die Hälfte der Bundesförderung für die psychosoziale Versorgung von traumatisierten Geflüchteten zu kürzen. Statt 17 Millionen Euro sollen laut Haushaltsentwurf im nächsten Jahr nur noch sieben Millionen Euro für die Behandlung in den Psychosozialen Zentren bereitstehen. Dabei ist die Zahl der Geflüchteten, die in Deutschland einen Erstantrag stellen, derzeit sehr hoch: Bis Juli 2023 waren es laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in diesem Jahr 175.272 Erstanträge (308)ge 78 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

"Mit den Einsparungen müssten wir Therapieplätze streichen. Das wäre fatal" sagt die Psychotherapeutin Christiane Weber-Nelson. Sie sitzt im Blumenkleid und hochgesteckten Haaren im Garten des Gesundheitszentrums für Flüchtlinge (GZF) in Berlin. "Unsere Warteliste ist schon jetzt so lang, dass manche über ein Jahr warten müssten."

Portrait von Christiane Weber-Nelson. Berlin. 23.08.23

Weber-Nelson arbeitet seit zehn Jahren mit geflüchteten Menschen, aktuell bei der Organisation Xenion, die Psychotherapie und Beratung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete in Berlin anbietet. Sie sieht einen Zusammenhang zwischen der fortlaufenden Traumatisierung an den europäischen Außengrenzen und dem steigenden Therapiebedarf der Menschen in Deutschland. "Diese Gewalterfahrung kann die Fähigkeiten nehmen, den Alltag gut zu bewältigen und hat damit Konsequenzen für die ganze Familie und das weitere Umfeld."

Die "teilweise sadistische Grenzgewalt" treffe dabei auf die vorherige Fluchterfahrung und später auch auf die Ungewissheit, ob man in Deutschland in Sicherheit ist oder abgeschoben wird. "Wir sprechen hier von einer sequenziellen Traumatisierung", sagt Weber-Nelson.

Zurzeit betreut sie viele Menschen, die 2021 von Belarus über Litauen in die EU eingereist sind. Die EU warf dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko damals vor, flüchtende Menschen gezielt an die EU-Außengrenze zu bringen, um Vergeltung für EU-Sanktionen zu üben. Einer dieser Menschen ist Stéphane Hamadou, der zu seinem Schutz anonym bleibt. Der 30-Jährige sitzt mit blauen Sneakern und weißem T-Shirt im Garten neben Weber-Nelson und blinzelt in die Sonne.

An Integration ist nicht zu denken Traumatisierte Geflüchtete warten in Deutschland bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz. Nun will der Bund die Mittel halb....

Zwei Jahre ist es her, dass der Labormedizinstudent aus Kamerun nach Belarus reiste, als die Visabestimmungen gelockert wurden. Das Krankenhaus, in dem er im englischsprachigen Teil des Landes gearbeitet hatte, war zuvor von Milizen attackiert worden, erzählt Hamadou. Er hoffte, in Belarus weiter studieren zu können. Als er dort ankam, sah die Realität aber anders aus. "Die Menschen schliefen auf der Straße, wir mussten weiter." Als im Sommer 2021 immer mehr Menschen über die Grenze von Belarus nach Litauen flohen, schloss er sich einer Gruppe an. Kurz hinter der Grenze, die durch ein Waldstück führte, griffen litauische Grenzer sie auf:

Portrait von Stéphane Hamadou. Berlin, 23.08.23

Die Soldaten ließen sofort die Hunde von der Leine. Wir blieben vor Angst wie angewurzelt stehen. Damit konnten sie uns schnell einzingeln und in Autos verladen. Sie brachten uns in ein ‚Camp‘. Dort teilten wir uns zu fünf ein Zimmer. Zwei Tage blieben wir dort. Es gab kein Trinkwasser, keine Dusche, kein Essen. Danach wurden wir zu einem anderen Ort gebracht, an dem ungefähr 100 andere Flüchtlinge waren. Wir wurden von den Soldaten auf den Boden gedrückt und geschlagen. Sie durchsuchten uns nach Waffen, obwohl wir schon seit Tagen kein Gepäck mehr am Körper trugen. Danach brachten sie uns in ein neues Camp. ... Wochenlang konnte ich dort mit keinem Anwalt sprechen, um einen Asylantrag zu stellen. Das einzige Interview, das ich hatte, ging um meine [freiwillige] Rückkehr nach Kamerun. Ich sagte, ich brauchte Asyl und könne nicht zurück. ... Weil ich mich weigerte zurückzukehren, wurde ich in eine Art Untergrundgefängnis [Isolationshaft] gebracht. Sechs Monate blieb ich dort ohne Kontakt zu anderen Menschen, bis ich nach einem halben Jahr wieder zu den anderen Insassen gebracht wurde. Insgesamt blieb ich 18 Monate in Litauen. Als mich ein Soldat nach all den Monaten freiließ, hatte ich das Gefühl, die Welt hat mich vergessen. ...

Die Folgen der Kürzungen wären weitreichend

Jenny Fleischer, Anwältin für Migrationsrecht in Berlin, betreut viele ähnliche Fälle aus Litauen. Teilweise waren ihre Mandantinnen und Mandanten, wie Hamadou, monatelang ohne Einzelfallprüfung in Isolationshaft oder saßen in litauischen Internierungszentren fest. Fleischer kritisiert, dass es trotz der völkerrechtswidrigen Lage in Litauen weiterhin zu Abschiebungen kommen kann: "Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erlässt dennoch weiterhin Abschiebebescheide nach Litauen im Rahmen des Dublin-Verfahrens und ignoriert damit aktuelle Gerichtsentscheidungen der hiesigen Verwaltungsgerichte, die eine Abschiebung untersagen."

Auch Hamadou bekam vier Monate nach seiner Ankunft in Deutschland im Dezember 2022 einen Abschiebebescheid. "Mein Herz klopfte, wieder in Haft zu müssen", sagt er. Gerade erst hatte Hamadou eine Therapie begonnen, sein Schlaf hatte sich langsam stabilisiert. "Mit alldem, was in Kamerun passiert war und später in Litauen, wollte ich mein Leben beenden. Ich starrte jede Nacht stundenlang an die Containerwand." Schließlich verfiel der Bescheid, die Überstellfrist war abgelaufen.

Neuangekommene Geflüchtete werden registriert und ihre Daten gespeichert. Eisenhüttenstadt, 31.08.23

Wieder fähig sein, ein ganz normales Leben zu führen

Während immer mehr Geflüchtete für Kriseninterventionen in Kliniken eingewiesen würden, müssten sie Fachkräfte entlassen und Aufnahmestopps verhängen, sagt der Dachverband der Psychosozialen Zentren in Deutschland.

Auch die Psychotherapeutin Weber-Nelson kritisiert die fehlende Weitsicht der Politik. Aus der Gesundheitsforschung sei bekannt, dass eine zeitnahe Behandlung psychischer Erkrankungen verhindere, dass diese chronisch werden und soziale Folgekosten vermeide. "Gesunde Menschen können leichter die in Deutschland geltenden Integrationsanforderungen erfüllen, ihre Stärken und Ressourcen in unsere Gesellschaft einbringen auf der Arbeit, in der Schule und in der Nachbarschaft. Meine Klient:innen möchten am Ende genau das: Wieder fähig sein, ein ganz normales Leben zu führen. Ohne Ängste, ohne Bomben, in Frieden", sagt Weber-Nelson.

An Integration ist nicht zu denken Traumatisierte Geflüchtete warten in Deutschland bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz. Nun will der Bund die Mittel halb....

Hamadou lebt mit zwei anderen Männern in einem Container in einem Aufnahmelager von Berlin. Bisher hatte er acht Therapiestunden mit Weber-Nelson. Er sagt, er könne endlich wieder in die Zukunft schauen, vor allem seitdem der Abschiebebescheid nicht mehr im Raum stehe und er auf seinen Asylbescheid warte. "Ich habe die Hoffnung, irgendwann wieder in einem Kittel im Labor zu sitzen und einfach in Ruhe arbeiten zu können", sagt er.

Für Zanim, die mit ihrer Familie immer wieder die Erstaufnahmeeinrichtungen gewechselt hat, ist noch immer ungewiss, ob sie in Deutschland Schutz bekommt. Doch sie träumt davon, sich an einer Universität einzuschreiben. Sie möchte Ärztin werden.

Load-Date: September 5, 2023

End of Document

Ricarda Lang lehnt Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber ab; Das Verfassungsgericht schreibe auch für Asylsuchende ein Existenzminimum vor, sagt die Grünenchefin. Statt Leistungen zu kürzen, sollten die Kommunen mehr Hilfe kriegen.

ZEIT-online

Montag 30. Oktober 2023 3:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 293 words

Byline: Sarah Daniela Kohler

Body

Die Grünen Co-Vorsitzende Ricarda Lang hat die Vorschläge der FDP zur Kürzung von Sozialleistungen für **Asylbewerber** zurückgewiesen. "Ich glaube, wir müssen aufpassen in dieser Debatte, dass wir nicht in einen Überbietungswettbewerb verfallen, wer das vermeintlich Härtere und Krassere fordert, sondern dass wir wirklich schauen, was hilft denn am Ende vor Ort", sagte Lang nach Beratungen des Bundesvorstands ihrer Partei.

Zur Frage der Sozialleistungen gebe es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das vorgegeben habe, dass auch für Asylbewerber das Existenzminimum gesichert werden müsse. "Zu diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts stehen wir und orientieren uns daran", sagte sie.

Lang nannte eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen und eine Aufhebung von Arbeitsverboten als Alternativen. "Ich fände es gut, wenn wir darauf fokussieren, denn es geht gerade auch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger die Handlungsfähigkeit dieses Staates, auch dieser Regierung erleben", sagte sie.

Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann (beide FDP) hatten sich für Kürzungen der Leistungen bis auf "null" ausgesprochen. Sie zweifelten an der Sinnhaftigkeit einiger Leistungen und forderten, Asylsuchenden unter bestimmten Voraussetzungen die Unterstützung komplett zu streichen. Zuletzt waren Politiker der FDP und der CDU mit drastischen Aussagen gegenüber Asylsuchenden aufgefallen.

Daniel Karmann Ricarda Lang, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, während einer Tagung des Grünen-Bundesvorstands im August in Nürnberg Daniel Karmann Ricarda Lang, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, während einer Tagung des Grünen-Bundesvorstands im August in Nürnberg

Load-Date: October 30, 2023

Ricarda Lang lehnt Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber ab Das Verfassungsgericht schreibe auch für Asylsuchende ein Existenzminimum vor, sagt die Grün....

End of Document

Länder an EU-Außengrenze fordern mehr Mittel zum Grenzschutz; Die Sicherung der Außengrenze sei eine "gemeinsame Verantwortung", heißt es von den Grenzländern nach einer Konferenz. Die EU müsse dafür Mittel bereitstellen.

ZEIT-online

Freitag 24. Februar 2023 2:24 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Europäische Union; Ausg. 1

Length: 348 words

Byline: Alena Kammer

Body

Paulius Peleckis

Die EU-Außengrenze zwischen Belarus und Litauen: 15 EU-Grenzländer haben von Brüssel mehr finanzielle Unterstützung bei der Sicherung der Außengrenzen der Union vor illegaler **Migration** gefordert.

Mehrere europäische Grenzländer haben mehr finanzielle Unterstützung bei der Sicherung der Außengrenzen vor illegaler Migration gefordert. Das ist das Ergebnis einer Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern der betreffenden Staaten, zu denen Griechenland, Zypern, Polen, Lettland, Litauen und Estland zählen.

"Wirksamere Grenzkontrollen erfordern eine Verstärkung der Einsatzmöglichkeiten", sagte der griechische Migrationsminister, Notis Mitarakis. Dabei ginge es sowohl um die Zusammenarbeit mit EU-Nachbarländern als auch um Mittel zur Überwachung der Grenzen. Da es sich um eine gemeinsame Verantwortung handele, sei eine "beträchtliche EU-Finanzierung" erforderlich, sagte Mitarakis.

Laut der EU-Innenkommissarin Ylva Johansson bewältigt die EU die vielen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine besser als die hohen Migrationszahlen in den Krisenjahren 2015 und 2016. Allerdings handele es sich heute bei der Migration an der EU-Außengrenze vielfach um Wirtschaftsmigranten. Asylanträge müssten deshalb schneller bearbeitet werden, sagte sie auf der Konferenz.

Weil Migration eine gemeinsame Verantwortung der EU-Staaten sei, müsse die EU dazu "substanzielle Mittel" bereitstellen, hieß es in einer gemeinsamen Vereinbarung der Teilnehmerstaaten. Auch die Unterstützung durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex müsse in den betroffenen Ländern erhöht werden.

Man sei um ein nachhaltiges Migrationsmanagement für die EU bemüht, verlautete im Abschlusssstatement. Es gehe dabei um die richtige Balance zwischen Solidarität und Verantwortung. Dazu gehöre auch eine Analyse, ob Abkommen mit sicheren Drittländern möglich seien. Konferenzgastgeber Griechenland hatte kürzlich angekündigt,

Länder an EU-Außengrenze fordern mehr Mittel zum Grenzschutz Die Sicherung der Außengrenze sei eine "gemeinsame Verantwortung", heißt es von den Grenzländern na....

den Grenzzaun zur Türkei an der nordostgriechischen Grenze auszubauen, um illegale Migration zu verhindern. Die Regierung in Athen hatte dazu wiederholt EU-Mittel eingefordert, aber nicht bekommen.

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Rutte berät sich nach Regierungsende mit König; Nach dem Scheitern der Koalition in den Niederlanden hat sich Ministerpräsident Mark Rutte mit König Willem-Alexander beraten. Im Anschluss gab er sich wortkarg.

ZEIT-online

Samstag 8. Juli 2023 6:47 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Niederlande; Ausg. 1

Length: 341 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Robin Utrecht

Outgoing Prime Minister Mark Rutte leaves the Huis ten Bosch Palace after he gave his resignation to King Willem-Alexander about the fall of the cabinet in The Hague on July 8, 2023. Dutch Prime Minister Mark Rutte personally tenders his resignation to the king on July 8, 2023 after his coalition government collapsed in a row over migration, triggering elections later this year. (Photo by Robin UTRECHT / ANP / AFP) / Netherlands OUT (Photo by ROBIN UTRECHT/ANP/AFP via Getty Images)

Nach dem Aus seiner Regierung am Freitagabend hat der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte in Den Haag mit König Willem-Alexander über das weitere Vorgehen beraten. Bei dem Treffen sollen die beiden über eine Übergangsregierung gesprochen haben, Einzelheiten nannte Rutte nach dem anderthalbstündigen Gespräch nicht. "Dies sind vertrauliche Gespräche", sagte er Journalisten.

Es wird erwartet, dass der König Ruttes Regierung bitten wird, geschäftsführend im Amt zu bleiben, bis eine neue Regierung gebildet wird. Die Mitte-Rechts-Koalition bestehend aus vier Parteien war an einem Streit über die Migrationspolitik gescheitert. Ruttes konservative Partei VVD wollte Familien mindestens zwei Jahre auf eine Zusammenführung warten lassen. Dies wurde von der Christen-Union und der liberalen D66 abgelehnt.

Neuwahl voraussichtlich im November

Kommenden Montag wird die Entscheidung im Parlament debattiert und möglicherweise die Auflösung als wichtiger Schritt zu vorgezogenen Neuwahlen vollzogen. Die Wahl wird voraussichtlich für November angesetzt, die darauffolgende Regierungsbildung könnte in dem politisch zersplitterten Land Monate dauern. Rutte hat bereits erklärt, für eine fünfte Amtszeit kandidieren zu wollen. Eine Entscheidung hänge aber von seiner Partei ab.

Die Niederlande haben im europäischen Vergleich eine restriktive Migrationspolitik. Dennoch sind die Asylanträge im vergangenen Jahr um ein Drittel auf über 46.000 gestiegen. Die Regierung geht davon aus, dass in diesem Jahr über 70.000 Anträge gestellt werden könnten.

Rutte berät sich nach Regierungsende mit König Nach dem Scheitern der Koalition in den Niederlanden hat sich Ministerpräsident Mark Rutte mit König Willem-Alexa....

Load-Date: July 8, 2023

End of Document

Kein Konto, aber mit Karte zahlen; In einem Pilotversuch will Hamburg staatliche Leistungen für Geflüchtete nicht mehr in bar auszahlen. Das soll die Verwaltung entlasten - auf Kosten der Empfänger?

ZEIT-online

Donnerstag 12. Oktober 2023 8:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Social Card in Hamburg; Ausg. 1

Length: 1414 words

Byline: Annabel Trautwein

Body

Tausende Menschen in Hamburg beziehen staatliche Hilfen in Form von Bargeld, weil sie kein Bankkonto haben. Wie viele es genau sind, ist nicht bekannt, denn statistisch wird die Zahl nicht erfasst. Klar ist aber: Mehr als 5000 Personen ließen sich im August 2023 Leistungen der Sozial- oder **Asylbewerberhilfe** bar auszahlen.

Das soll sich bald ändern: Neu ankommende **Geflüchtete**, denen finanzielle Leistungen zustehen, sollen testweise mit einer sogenannten Social Card ausgestattet werden. Diese soll aussehen und funktionieren wie eine EC-Karte, die aber nicht mit einem regulären Girokonto verbunden ist. Die Idee: Die Behörden laden Geld auf die Karte, statt es in Scheinen oder Münzen auszuhändigen, und die **Geflüchteten** können mit ihrer Karte bargeldlos zahlen.

Ein Instrument zur Eindämmung der Flucht nach Deutschland, wie es sich etwa Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) wünscht, soll die Social Card nicht sein. Im Gegenteil, heißt es bei der Finanzbehörde: Funktioniert das Modell, könnte es nicht nur die Hamburger Ämter entlasten, sondern auch Leistungsempfängern das Leben erleichtern. Die Nutzerinnen und Nutzer der Social Card bekommen nicht weniger Geld. Und wofür sie es ausgeben, soll ihre Sache bleiben.

Theoretisch können sie ihre Leistungen ansparen, sie können ihr Guthaben aber auch vollständig oder in Teilen abheben - an Bankautomaten oder an der Kasse von Geschäften, die Barauszahlung ermöglichen. Onlinekäufe sollen mit der Karte ebenfalls ermöglicht werden. Und denkbar wäre auch, dass Nutzer Geld abheben und es mithilfe einer Transferfirma wie Western Union oder Ria in ihre Herkunftsländer schicken. Ausgeschlossen werden soll diese Möglichkeit laut einer öffentlichen Ausschreibung zum Leistungsumfang der Social Card jedenfalls nicht.

Die Social Card ist Teil der Digitalisierungsstrategie der Stadt Hamburg

Mit der Social Card soll in Hamburg "der bargeldlose Zahlungsverkehr forciert werden". Das passt zur Digitalisierungsstrategie der Stadt: Hamburg wünscht sich eine Verwaltung, die weitgehend digital funktioniert - die Social Card könnte das Bargeldaufkommen in den Dienststellen in 80 bis 90 Prozent der Fälle minimieren, schätzt die Finanzbehörde.

Kein Konto, aber mit Karte zahlen In einem Pilotversuch will Hamburg staatliche Leistungen für Geflüchtete nicht mehr in bar auszahlen. Das soll die Verwaltung

Wie umständlich die Barauszahlung ist, war im vergangenen Jahr zu erleben: Als im Frühjahr 2022 die ersten Geflüchteten aus der Ukraine in Hamburg eintrafen und sich mangels Konto finanzielle Hilfen in bar auszahlen lassen mussten, bildeten sich lange Schlangen. Das Personal der Ämter musste ungewohnt viel Bargeld bewachen lassen und verteilen, unter den Hilfesuchenden entstand Frust über lange Wartezeiten.

Im Amt für Migration in der Hammer Straße, wo erstmals über Ansprüche auf staatliche Hilfen entschieden wird, würden sich die Vorgänge durch die Social Card nicht beschleunigen. Sie könnte aber denjenigen Hilfesuchenden, die bereits Leistungen empfangen dürfen, Umwege, Wartezeit und Stress ersparen.

Bisher gibt es die Social Card nicht. Die Finanzbehörde sucht aktuell nach Vertragspartnern, die sie technisch umsetzen können. Mitte Oktober endet die Teilnahmefrist der EU-weiten Ausschreibung, sobald ein Partner gefunden und ein Vertrag geschlossen ist, soll das Pilotprojekt starten und bis Ende 2024 laufen. Wird die Karte gut angenommen und zeigt sich, dass sie Ämter und Geflüchtete entlastet, soll sie ab 2025 zusätzlich auch für Empfänger von Bürgergeld und Grundsicherung eingeführt werden.

Doch schon jetzt regt sich Kritik an der Idee der Social Card. Von möglicher Bevormundung spricht Carola Ensslen, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linken. Besonders alarmiert sie ein Passus in der Ausschreibung: "Den jeweiligen Fachbereichen muss es möglich sein, jederzeit einzelne Karten zu sperren, Sofortzahlungen vorzunehmen und wenn notwendig, einzelne Branchen (z.B. Glückspiel) von der Bezahlungsmöglichkeit auszuschließen." Ensslen kritisiert: "Es darf keinen Zwang geben, Geld nur 'vernünftig' auszugeben." Dass die Stadt vorhabe, die privaten Ausgaben der Geflüchteten zu kontrollieren, erscheine ihr naheliegend.

Die Finanzbehörde widerspricht. Dass bestimmte Branchen vom Zahlungsverkehr ausgenommen werden, sei keineswegs konkret geplant. Es gehe lediglich darum, die technische Voraussetzung zu schaffen, eine solche Einschränkung vorzunehmen, etwa vorsorglich für den Fall, dass eines Tages gesetzlich vorgeschrieben wird, was Leistungsempfänger mit der Social Card zahlen dürfen und was nicht.

Können Betroffene zur Nutzung der bargeldlosen Zahlung gezwungen werden?

An sich finde sie die Idee, Menschen ohne Konto bargeldlose Zahlungen zu ermöglichen, nicht schlecht, sagt die Linken-Politikerin Ensslen. Als eine für die Nutzerinnen und Nutzer freiwillige Option könne die Social Card den Alltag der Betroffenen erleichtern. Auch sei Ensslen froh, dass die bargeldlose Zahlung nicht nur als Digitalversion auf dem Smartphone getestet werden soll, sondern auch analog als physische Karte. So müssten Betroffene nicht zwangsläufig persönliche Daten an einen IT-Konzern übermitteln. Allerdings kritisiert die Politikerin: dass die Zahlungsvorgänge der Social Card nur für die Nutzer und nicht für Behörden einsehbar wären, sei bisher nicht garantiert.

Ensslen sagt, sie gehe zudem fest davon aus, dass die Social Card verpflichtend eingeführt wird, falls sie sich aus Sicht der Stadt bewährt. In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage hat sie danach gefragt (PDF). Der Senat gab ihr darauf keine eindeutige Antwort, sondern betont, dass es im Ermessen der zuständigen Behörde liege zu entscheiden, in welcher Form Leistungen für Asylbewerber ausgezahlt werden. Ensslen findet aber, niemand dürfe zur Nutzung der Social Card gezwungen werden. Wer sie ablehne, müsse die Chance haben, sich das Geld weiterhin in bar abzuholen.

Kritik an der geplanten Social Card regt sich auch an anderer Stelle: Rechtsanwalt Björn Stehn, der viele Hilfesuchende Migranten vertritt, sagt etwa: Das Nadelöhr bei der finanziellen Versorgung der Geflüchteten seien nicht die Zahlstellen, sondern das Amt für Migration, das über die Leistungsansprüche entscheidet. Dort könnte, so seine Sorge, die Einführung einer Social Card sogar zusätzliches Chaos verursachen. "Bevor etwas Neues eingeführt wird, muss das alte System funktionieren", sagt Stehn.

Dass viele Geflüchtete kein Konto haben, hänge damit zusammen, dass Identifikationsnachweise fehlten, erläutert der Rechtsanwalt: Um ein Girokonto zu eröffnen, verlangen Banken einen gültigen Pass oder Papiere, die die Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung belegen. Diese Dokumente könnten schneller ausgestellt

Kein Konto, aber mit Karte zahlen In einem Pilotversuch will Hamburg staatliche Leistungen für Geflüchtete nicht mehr in bar auszahlen. Das soll die Verwaltung

werden, wenn die Stadt mehr Personal bereitstellte und Vorgänge beschleunigte, kritisiert Stehn. "Es sollte das vorrangige Ziel der Politik sein, dass alle ein Konto haben können", sagt er.

Auch Hannah Franz, Rechtswissenschaftlerin an der Uni Hamburg und Expertin für die soziale Sicherung von Migranten, hat zur Idee der Social Card noch Fragen. "Mir erschließt sich nicht, warum ausgerechnet Geflüchtete die Pilotgruppe sein sollen", sagt sie. Was sich mit Einführung einer Social Card ändert, wie die Karte funktioniert - all das ließe sich besser vermitteln, wenn dabei keine Sprachhürden zu überwinden wären. Die Finanzbehörde sieht darin jedoch kein Problem, denn auch das bisher übliche Verfahren der Bargeldauszahlung müsse in mehreren Sprachen erklärt werden.

Rechtswissenschaftlerin Franz ist noch in anderer Hinsicht skeptisch: Das Asylbewerberleistungsgesetz teilt alleinstehenden Erwachsenen monatlich 410 Euro zu, wer nicht allein lebt, bekommt weniger, Jugendliche und Kinder ebenfalls. Solche Budgets ließen wenig Spielraum - etwa für Gebühren beim Abheben am Geldautomaten, die womöglich anfallen könnten, sagt Franz. Auch die Mindesteinkaufssummen, die viele Geschäfte festlegen, bevor sie Bargeld an der Ladenkasse auszahlen, seien für Geflüchtete eine Hürde. "Wir reden von Menschen, die kaum die Möglichkeit haben, für 50 Euro einkaufen zu gehen", sagt Franz.

Die Behörde erklärt ihre Entscheidung, die Social Card mit Asylsuchenden zu testen, damit, dass diese Gruppe das größte Potenzial berge, den Zahlungsverkehr zu optimieren. Denn: Die überwiegende Mehrheit derer, die derzeit auf die Barauszahlung staatlicher Hilfen angewiesen sind, sind Geflüchtete.

CAR GIRL Symbolbild - In Zeiten der Digitalisierung dieser Anblick auch für Menschen ohne Girokonto weniger werden. CAR GIRL Symbolbild - In Zeiten der Digitalisierung dieser Anblick auch für Menschen ohne Girokonto weniger werden.

Load-Date: October 12, 2023

Kommunen pochen nach Gipfel weiter auf mehr Geld; Der Städte- und Gemeindebund beklagt, dass der Flüchtlingsgipfel keine Einigung auf neue Finanzhilfen brachte. Bund und Länder dürften die Kommunen nicht im Stich lassen.

ZEIT-online

Freitag 17. Februar 2023 2:08 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 1

Length: 578 words

Byline: Eva Casper

Body

Arne Dedert

Kinder von **Flüchtlingsfamilien** spielen auf dem Gelände der **Flüchtlingsunterkunft** im hessischen Bensheim mit einem Bürostuhl.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund pocht nach dem **Flüchtlingsgipfel** mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) weiter auf eine finanzielle Entlastung der Kommunen. "Die Ergebnisse des **Flüchtlingsgipfels** bei der Bundesinnenministerin zeigen Licht und Schatten. Leider bleibt die drängende Frage der finanziellen Entlastung der Kommunen ungelöst", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der *Rheinischen Post*.

Bei dem Gipfel am Donnerstag in Berlin hatten Bund, Länder und Kommunen eine bessere Abstimmung zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vereinbart. So soll ein digitales Dashboard zur Migration bis auf die Landkreisebene hinunter für Transparenz sorgen. Vereinbarungen über Geld vom Bund gab es nicht. Faeser sagte, es gebe einen klaren Fahrplan, um die Finanzierung weiter zu regeln und Bilanz zu ziehen. "Hierüber werden auch der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten an Ostern weiterverhandeln", sagte sie.

Landsberg sagte, er erwarte "bei der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler eine deutliche finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden, die über die bisherigen Zusagen hinausgeht und die höheren Kosten für Unterkunft, Schule, Kita und Integration wirklich deckt". Bund und Länder dürften die Kommunen nicht im Stich lassen.

Linke fordert volle Übernahme der Unterkunftskosten durch den Bund

Die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND): "Bis 2021 hat der Bund 100 Prozent der Unterkunftskosten übernommen. Diese Regelung sollte reaktiviert werden. Das wäre konkrete, schnelle Hilfe. Dann wäre es auch leichter, in der Praxis pragmatische Lösungen zu finden etwa,

Kommunen pochen nach Gipfel weiter auf mehr Geld Der Städte- und Gemeindebund beklagt, dass der Flüchtlingsgipfel keine Einigung auf neue Finanzhilfen brachte.

wenn in bestimmten Landkreisen Leerstand herrscht und in anderen keine Plätze mehr frei sind." Dazu müssten bis spätestens Ostern konkrete Verabredungen getroffen werden.

Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) sagte dem RND, es sei "gut, dass sich Bund, Länder und Kommunen offen und konstruktiv ausgetauscht" hätten. "Angesichts der Größe der aktuellen Herausforderungen hätte ich aber konkretere Ergebnisse erwartet. Wir brauchen dringend mehr dauerhafte Unterkünfte in den Kommunen und entsprechende Unterstützung vom Bund."

Hilferuf aus den Kommunen

Bundesinnenministerin Faeser hatte Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sprechen. Damit reagierte sie auf einen Hilferuf aus den Kommunen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren 2022 mehr als eine Million Menschen aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus haben im vergangenen Jahr 217.774 Menschen erstmals Asyl in Deutschland beantragt so viele wie seit 2016 nicht.

Vor dem Gipfel hatten Länder und Kommunen eine erhebliche Aufstockung der Bundeshilfe gefordert. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sagte, die Möglichkeiten des Bundes seien limitiert. Faeser verwies zuletzt auf die schon bestehende Finanzhilfe. "Allein im Jahr 2022 hat der Bund die Länder und Kommunen finanziell mit 3,5 Milliarden Euro unterstützt", sagte sie. Für das laufende Jahr habe man weitere 2,75 Milliarden Euro vereinbart.

Load-Date: February 17, 2023

US-Regierung verklagt Texas wegen schwimmender Mauer gegen Migration; Texas hatte eine schwimmende Mauer gegen Migranten im Fluss Rio Grande aufgebaut. Die US-Regierung hält das aus humanitärer und umweltrelevanter Sicht für problematisch.

ZEIT-online

Montag 24. Juli 2023 11:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: USA; Ausg. 1

Length: 572 words

Byline: Anne Schwedt

Body

Eric Gay

Beschreibung Große Bojen werden als Grenzsperr im Fluss Rio Grande eingesetzt. Die schwimmende Barriere soll **Migranten** daran hindern, von Mexiko nach Texas zu gelangen. Service +++ dpa-Bildfunk +++
Aufnahmedatum 12.07.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa/AP | Eric Gay Besondere Hinweise

Das US-Justizministerium hat den texanischen Gouverneur Greg Abbott verklagt, weil er eine schwimmende Barriere zur Abwehr von Migranten im Fluss Rio Grande aufgebaut hatte. In der Klageschrift wird ein Gericht aufgefordert, den Südstaat zu zwingen, die fast 305 Meter lange Kette aus orangefarbenen Bojen von der Größe von Abrissbirnen zu beseitigen. Die Barriere sei in humanitärer und umweltrelevanter Hinsicht problematisch, hieß es zur Begründung. Texas habe die schwimmende Mauer im Übrigen ohne Genehmigung nahe der Grenzstadt Eagle Pass installiert.

Vergangene Woche hatte das Justizministerium dem Staat Texas in einem Brief ein Ultimatum gestellt: Abbott müsse sich bis Montag zu einer Beseitigung der Barriere im Rio Grande verpflichten oder sich auf eine Klage gefasst machen. Die Bojenmauer stelle ein Risiko für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit dar, argumentierte das Ministerium. Texas hatte die Barriere aufgebaut, ohne die sogenannte Internationale Grenz- und Wasserkommission oder das U.S. Army Corps of Engineers vorab zu benachrichtigen ein Kommando des US-Heeres, das sich um den Bereich Bauingenieurwesen kümmert.

Auch Mexikos Regierung schaltete sich ein und bat US-Bundesbehörden um eine Intervention. Die Barriere verletzte internationale Verträge, hieß es aus Mexiko-Stadt. Texas wollte damit verhindern, dass Menschen über den Rio Grande auf US-Territorium schwimmen. Das Weiße Haus bezeichnete Gouverneur Abbotts Vorgehen als "politischen Stunt". Die Biden-Regierung betonte, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte so niedrig sei wie seit zwei Jahren nicht mehr.

US -Regierung verklagt Texas wegen schwimmender Mauer gegen Migration Texas hatte eine schwimmende Mauer gegen Migranten im Fluss Rio Grande aufgebaut. Die US -....

"Texas wird Sie vor Gericht sehen, Mister Präsident"

In Erwartung der Klage schickte Abbott am Montag Präsident Joe Biden einen Brief, in dem er das Recht seines Staates verteidigte, die Barriere aufzubauen. Der Gouverneur warf Biden vor, Migranten zu gefährden, indem er nicht mehr unternehme, um sie von der Reise an die US-Grenze abzuhalten. "Texas wird Sie vor Gericht sehen, Mister Präsident", schrieb Abbott.

Seit 2021 waren die Zahlen der illegalen Übertritte auf US-Territorium von Mexiko aus auf bis zu 250.000 pro Monat angewachsen. Im Juni belief sich diese Zahl auf knapp 145.000. Das Thema Migration polarisiert in den USA, Republikanerinnen und Republikaner werfen der Biden Regierung eine "Politik der offenen Tür vor".

Angesichts hoher Zuwanderungszahlen vor allem an der Landgrenze nach Mexiko hatte die Regierung von US-Präsident Joe Biden zahlreiche Maßnahmen erlassen, um dem Andrang entgegenzusteuern. Migranten, die in die USA wollen, müssen nun über eine App einen Termin bei der Grenzbehörde buchen. Doch es werden nur begrenzt Termine freigeschaltet und viele Menschen berichten, die Software sei überlastet.

Die US-Regierung hat zudem zusätzliches Personal an die Grenze geschickt. Ende April hatte die US-Regierung angekündigt, unter anderem in Kolumbien und Guatemala Migrationszentren zu eröffnen und die Erstregistrierung von Asylsuchenden dorthin zu verlagern. Man wolle den Menschen auf diese Weise die oft gefährliche Reise zur Grenze der USA "ersparen", hieß es.

Load-Date: July 25, 2023

Wer nicht aufnimmt, soll zahlen; Die EU-Innenminister wollen sich am Donnerstag auf eine weitreichende Asylrechtsreform einigen. Doch der Widerstand ist groß. Worum es geht.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 6:54 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Asylgipfel; Ausg. 1

Length: 1449 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Louisa Gouliamaki

Ein **Geflüchteter** wartet im **Flüchtlingslager** Eleonas in Athen auf seine Kleidung.

Die EU-Innenminister beraten über eines der am heftigsten umstrittenen Probleme in Europa: die Reform des europäischen **Asylrechts**. Das Ziel von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist es, diese noch vor der Europawahl 2024 abzuschließen. Doch die Widerstände sind groß. Unmittelbar vor dem Treffen waren nur sieben Staaten bereit, dem bisherigen Kompromissangebot zustimmen. 11, darunter auch Deutschland, fordern weitere Änderungen. Fünf Staaten hätten bereits ihre Ablehnung signalisiert, heißt es aus EU-Kreisen.

Worum geht es?

Seit Jahren wird in Europa um eine Reform des gemeinsamen europäischen **Asylsystems** (GEAS) gerungen. Spätestens seit 2015, als besonders viele **Flüchtlinge** ankamen, ist klar: Das bisherige System funktioniert nicht mehr. Nach den sogenannten Dublin-Regeln sind vor allem die Außengrenzstaaten für die Aufnahme von **Flüchtlingen** und die Durchführung von **Asylverfahren** zuständig. Weil sie damit überfordert sind, lassen sie **Flüchtlingen** oft in andere Länder weiterziehen. Ziel der jetzt diskutierten Vorschläge ist es, diese irreguläre **Migration** zumindest einzudämmen und für eine gerechtere Verteilung von **Flüchtlingen** zu sorgen. Vor allem aber sollen **Flüchtlinge**, die keinen Anspruch auf **Asyl** haben, konsequenter zurückgeführt werden.

Dazu hat die EU-Kommission vorgeschlagen, einen Teil der Asylverfahren künftig direkt an der EU-Außengrenze durchzuführen. Das bedeutet, dass Menschen bis zu einem halben Jahr in Lagern leben müssten, die sie nicht verlassen können. Im Gegenzug sollen die anderen EU-Staaten verpflichtet werden, den Außenstaaten zumindest einen kleinen Teil der Flüchtlinge abzunehmen oder mit Geldzahlungen zur Lösung des Problems beizutragen. Außerdem soll die Zahl der sicheren Drittstaaten ausgeweitet werden. Der Asylantrag von Menschen, die aus einem solchen Land kommen, könnte dann als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Sie könnten nur in Ausnahmefällen noch Asyl in einem EU-Land erhalten.

Wer nicht aufnimmt, soll zahlen Die EU-Innenminister wollen sich am Donnerstag auf eine weitreichende Asylrechtsreform einigen. Doch der Widerstand ist groß. Wo....

Was ist die Position der Bundesregierung?

Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, den Grenzverfahren im Grundsatz zuzustimmen. Das war vor allem für die Ministerinnen und Minister der Grünen ein schwerer Schritt. Denn eigentlich hatten die Grünen Asylverfahren direkt an der Grenze immer abgelehnt. Allerdings wollte die Bundesregierung in den Verhandlungen auch einige Verbesserungen für Flüchtlinge im Vergleich zum Vorschlag der EU-Kommission durchzusetzen. So fordert sie etwa, dass Familien mit Kindern unter 18 Jahren von Grenzverfahren ausgenommen werden sollen. Damit konnte sie sich allerdings bisher nicht durchsetzen. Geplant ist lediglich, dass unbegleitete Minderjährige keine Grenzverfahren durchlaufen und damit auch nicht inhaftiert werden sollen. Außerdem machte Deutschland sich dafür stark, dass nur Menschen, die aus Ländern kommen, in denen die Anerkennungsquote in Asylverfahren unter 15 Prozent liegt, in Grenzverfahren kommen. Die EU-Kommission hatte ursprünglich 20 Prozent vorgeschlagen. Auch dafür gab es in den Verhandlungen vor der Innenministerkonferenz aber keine Mehrheit.

Umstritten ist auch die Drittstaatenregelung. Aus Sicht der Bundesregierung soll es nicht ausreichen, dass jemand durch einen sogenannten sicheren Drittstaat gereist ist, um ihn dahin zurückschicken zu können. Voraussetzung soll vielmehr sein, dass der Flüchtling eine Verbindung zu dem Land hat, also dort beispielsweise bereits eine Zeit lang gelebt hat. Viele andere europäische Länder wollen derartige Einschränkungen dagegen nicht akzeptieren.

Was fordern die anderen EU-Staaten?

Kritik an den Vorschlägen kommt vor allem von den sogenannten Med5-Staaten, also Spanien, Italien, Zypern, Malta und Griechenland. Aus ihrer Sicht bleibt der größte Teil der Verantwortung für die Flüchtlinge und die Asylverfahren auch künftig an ihnen hängen. Zwar soll in Zukunft ein Teil der Flüchtlinge umverteilt werden, jedem Land wird über eine Quote eine bestimmte Anzahl zugewiesen. Die Rede ist derzeit allerdings nur von 30.000 Menschen im Jahr, bezogen auf 2022 wären das nur vier Prozent aller Asylanträge gewesen. Zudem können sich die Länder von der Verpflichtung auch freikaufen. Pro nicht aufgenommenem Flüchtling wären dann nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa rund 20.000 Euro fällig. Darüber hinaus sollen die bereits bestehenden Dublin-Regeln noch verschärft werden. Reist beispielsweise ein Flüchtling, der zunächst in einem der EU-Außengrenzstaaten registriert wurde, in ein anderes EU-Land weiter, so wird dieses nach bisherigem Recht bereits nach sechs Monaten für das Verfahren zuständig. Künftig soll die Frist bis zu 30 Monate betragen. Die Dauer, in der Ankunftslander für die Flüchtlinge zuständig sind, wird also sogar noch verlängert.

Dem Block der sogenannten Hardlinerstaaten zu dem neben Polen, Ungarn und Tschechien auch Österreich oder Dänemark gehören gehen diese Regelungen schon viel zu weit. Einige wollen die Drittstaatenregelung noch umfassender einsetzen. So sollen nach ihrer Vorstellung Menschen sogar in Drittstaaten ausgewiesen werden können, die sie nie betreten haben, wenn es ein entsprechendes Abkommen mit dem jeweiligen Staat gibt und sie dort einen Asylantrag stellen können. Eine ähnliche Regelung die sogenannte Ruanda-Lösung wird derzeit von Großbritannien praktiziert.

Was sagen die Kritiker?

Asyl- und Flüchtlingsorganisationen, aber auch Teile der SPD und der Grünen kritisieren die mögliche Einigung scharf und zwar unabhängig davon, ob die Bundesregierung sich mit ihren einschränkenden Forderungen durchsetzt oder nicht. Sie befürchten, dass in den Haftlagern an der Grenze keine rechtskonformen Asylverfahren durchgeführt werden können. Insofern sehen sie in den Grenzverfahren eine Einschränkung des Flüchtlingsschutzes.

Durch die Ausweitung der Zahl der Drittstaaten würden zudem viele Menschen überhaupt keinen Anspruch auf Asyl mehr haben. Das könnte auch Menschen aus Ländern mit hohen Anerkennungsquoten wie Afghanistan oder Syrien treffen. Auch die Bedingungen in den sicheren Drittstaaten selbst könnten sich verschlechtern. Bisher galten als sichere Drittstaaten nämlich nur Länder, die die Bedingungen der Genfer Flüchtlingskonvention einhielten, künftig soll auch ein "effektiver Schutz" unterhalb dieses Niveaus reichen. Die Reform dient aus Sicht der Kritiker deswegen vor allem der Abschottung Europas, wobei es weiterhin keine verpflichtende Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas gebe. Kritisiert wird auch, dass die Staaten, die sich von einer Aufnahme von Flüchtlingen

Wer nicht aufnimmt, soll zahlen Die EU-Innenminister wollen sich am Donnerstag auf eine weitreichende Asylrechtsreform einigen. Doch der Widerstand ist groß. Wo....

freikaufen, damit keineswegs die Aufnahme in anderen EU-Staaten finanzieren müssten. Sie könnten mit ihrem Geld vielmehr auch Grenzschutzmaßnahmen wie den Bau von Zäunen in Drittstaaten unterstützen. Noch unklar ist außerdem, welche Auswirkungen die Reform auf das Asylsystem auch in den Ländern, die nicht an der Außengrenze liegen, hat. Auch Deutschland könnte künftig beispielsweise verpflichtet sein, für einen Teil der Flüchtlinge Grenzverfahren durchzuführen sie also bis zu einem halben Jahr zu inhaftieren, lautet die Kritik.

Könnte Deutschland überstimmt werden?

Grundsätzlich muss der Beschluss nicht einstimmig fallen. Es reicht die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten, wenn diese insgesamt 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Theoretisch könnte Deutschland also überstimmt werden. Politisch ist es aber wohl kaum denkbar, dass das wirtschaftsstärkste Land der EU, das zudem in den vergangenen Jahren sehr viele Flüchtlinge aufgenommen hat, einfach übergangen wird. Genauso sinnlos wäre es, eine Einigung gegen den Willen der Mittelmeeranrainerstaaten zu treffen. Diese müssen die umstrittenen Lager für die Grenzverfahren schließlich einrichten und betreiben und tragen damit die Hauptlast. Sollte es nicht zu einer breit getragenen Einigung kommen, würde wohl weiter verhandelt und vor dem Treffen der Regierungschefs Ende Juni ein weiterer Innenministertreffen abgehalten werden.

Kann die Reform auch nach einer Einigung noch scheitern?

Zumindest hat der EU-Innenministerrat nicht das letzte Wort. Wenn er sich auf eine Position geeinigt hat, wird das Thema zwischen dem Rat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament im sogenannten Trilogverfahren behandelt. Das EU-Parlament hat sich bereits auf eine Position verständigt, die deutlich weniger restriktiv ausfällt als die bisherigen Vorschläge von Rat und Kommission. Auch dann wird also noch mal hart um einen Kompromiss gerungen. Europaparlamentarier von Grünen, SPD und Linken hoffen in diesem Verfahren den Beschluss des EU-Rats noch mal deutlich verändern oder aufhalten zu können.

Load-Date: June 8, 2023

US-Regierung nimmt Abschiebeflüge nach Venezuela wieder auf; Geflüchtete aus Venezuela, die ab August ins Land gekommen sind, sollen in den USA keinen Anspruch auf Asyl haben. Die Rückführungen beginnen wohl schon in Kürze.

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 10:30 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: USA; Ausg. 1

Length: 541 words

Byline: Lea-Katharina Krause

Body

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden will die ausgesetzten Abschiebeflüge nach Venezuela wieder aufnehmen. Die Behörden in der venezolanischen Hauptstadt Caracas hätten zugestimmt, aus den USA zurückgeschickte Staatsangehörige wieder aufzunehmen, teilte das US-Außenministerium mit. Bei der Maßnahme handelt es sich laut Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas um eine der "strikten Konsequenzen", mit denen die Regierung die Zahl illegaler Grenzübertritte beschränken will.

Weil sich das Land in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befindet, haben die USA Abschiebeflüge nach Venezuela vor einigen Jahren ausgesetzt. Im September waren Menschen aus Venezuela die größte Gruppe von Migranten, die die US-mexikanische Grenze erreichten. "Unsere beiden Länder werden durch ein noch nie da gewesenes Ausmaß an Migration in unserer Hemisphäre herausgefordert", sagte Mayorkas.

Die Abschiebeflüge sollten in Kürze anlaufen, sagten zwei Regierungsvertreter der Nachrichtenagentur AP. Venezolaner, die die USA vor dem 31. Juli erreichten, haben Anspruch auf einen temporären Schutzstatus. Menschen aus Venezuela, die seit August die USA erreichten, hätten kein Bleiberecht, sagte Mayorkas.

Einige Personen, die diesen Status wohl nicht erfüllen würden, seien bereits identifiziert worden und sollten in den nächsten Tagen abgeschoben werden, sagte ein hochrangiger US-Beamter, der nicht namentlich genannt werden möchte. Die Entscheidung der US-Regierung zeige, "dass Menschen, die unsere Grenze illegal überqueren, die Konsequenzen tragen müssen", fügte der Beamte hinzu.

Entgegen früherer Versprechungen Joe Bidens im Wahlkampf wird zudem die Grenzmauer zu Mexiko weiter ausgebaut. Diese Entscheidung seiner Regierung hat Biden jüngst verteidigt. Das Geld dafür sei unter seinem Vorgänger Donald Trump bewilligt worden. Er habe den Kongress nicht davon überzeugen können, die Mittel für andere Zwecke umzuwidmen, sagte Biden vor Reportern. Wegen eines damals erlassenen Gesetzes könne er den Bau nicht verhindern.

US -Regierung nimmt Abschiebeflüge nach Venezuela wieder auf Geflüchtete aus Venezuela , die ab August ins Land gekommen sind, sollen in den USA keinen Anspruch....

John Moore EAGLE PASS, TEXAS - SEPTEMBER 29: Venezuelan immigrant Argeiris Ramos, 22, waits behind razor wire after crossing the U.S.-Mexico border on September 29, 2023 in Eagle Pass, Texas. Argeiris said had traveled overland with her son Liam Samuel and her cousin Argenis for weeks on an arduous journey from their hometown of Valencia, Venezuela. They were with a group of more than 500 asylum seekers who crossed the Rio Grande from Mexico overnight and were allowed into the United States by Border Patrol agents, who cut an opening in razor wire for them to proceed. (Photo by John Moore/Getty Images) John Moore EAGLE PASS, TEXAS - SEPTEMBER 29: Venezuelan immigrant Argeiris Ramos, 22, waits behind razor wire after crossing the U.S.-Mexico border on September 29, 2023 in Eagle Pass, Texas. Argeiris said had traveled overland with her son Liam Samuel and her cousin Argenis for weeks on an arduous journey from their hometown of Valencia, Venezuela. They were with a group of more than 500 asylum seekers who crossed the Rio Grande from Mexico overnight and were allowed into the United States by Border Patrol agents, who cut an opening in razor wire for them to proceed. (Photo by John Moore/Getty Images)

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

Mindestens sechs Menschen sterben bei Bootsunglück; Auf der Überfahrt von Frankreich nach Großbritannien sind mehrere Migranten gestorben. 49 Menschen konnten gerettet werden, fünf bis zehn werden noch vermisst.

ZEIT-online

Samstag 12. August 2023 5:09 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ärmelkanal; Ausg. 1

Length: 391 words

Byline: Lea-Katharina Krause

Body

Stuart Brock

Rettungsschiff in Dover

Bei der versuchten Überquerung des Ärmelkanals von Frankreich nach Großbritannien sind sechs Menschen gestorben. Das teilte die zuständige französische Meerespräfektur mit. Zwischen fünf und zehn Bootsinsassen würden noch vermisst, sagte eine Sprecherin der französischen Küstenbehörde Premar. 49 Menschen konnten demnach von französischen und britischen Schiffen gerettet werden.

Eine Person sei mit einem Helikopter in ein Krankenhaus geflogen und dort für tot erklärt worden. Fünf weitere gerettete Menschen befanden sich laut erster Auskunft der Behörden in einem schlechten Zustand. Später wurde mitgeteilt, auch sie seien für tot erklärt worden.

Die französische Staatsanwaltschaft leitete Untersuchungen ein. Demnach sei das Boot gegen 2 Uhr morgens vor dem nordfranzösischen Ort Calais gekentert. Laut der Staatsanwaltschaft stammen sämtliche Toten aus Afghanistan. Auf dem Boot hätten sich zudem Menschen aus dem Sudan befunden. Die Suche nach den Vermissten dauere noch an. Es seien Schiffe, Hubschrauber und ein Flugzeug im Einsatz.

Tausende Menschen versuchen den Ärmelkanal zu überqueren

Immer wieder überqueren Geflüchtete den Ärmelkanal in kleinen Schlauchbooten. Wegen günstiger Wetterverhältnisse gab es in den vergangenen Tagen mehrere Versuche, den Meeresarm in Richtung Großbritannien zu überqueren. Allein am Donnerstag waren in Großbritannien insgesamt 755 Migranten registriert worden – so viele wie noch nie an einem einzelnen Tag in diesem Jahr. Zudem rettete die französische Küstenbehörde in der Nacht zum Donnerstag 116 Menschen auf drei Booten.

Die Überfahrt über den Ärmelkanal ist gefährlich, vor allem, weil der Meeresarm von vielen großen Schiffen befahren wird. Zählungen der Nachrichtenagentur AFP zufolge überquerten seit 2018 mehr als 100.000 Geflüchtete

Mindestens sechs Menschen sterben bei Bootsunglück Auf der Überfahrt von Frankreich nach Großbritannien sind mehrere Migranten gestorben. 49 Menschen konnten ge....

den Ärmelkanal von Frankreich aus. Oft nutzen sie dafür kleine, nicht seetüchtige Boote. In diesem Jahr gelangten laut der Nachrichtenagentur PA 15.800 Geflüchtete auf diesem Weg nach Großbritannien.

Die konservative Regierung von Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak versucht, die Migranten abzuhalten. Sie drohte jüngst sogar mit lebenslanger Haft für Anwälte, die Migranten bei der Fälschung von Asylanträgen helfen. Bisher erfolglos hat es Sunak zu einem seiner zentralen Ziele gemacht, die Boote zu stoppen.

Load-Date: August 12, 2023

EU-Kommission stellt Soforthilfe für Aufnahmelager in Lampedusa bereit; Im Aufnahmelager auf Lampedusa leben achtmal so viele Geflüchtete wie vorgesehen. Es fehlt an Essen und Kleidung. Die EU will das ändern und investiert 14 Millionen Euro.

ZEIT-online

Dienstag 18. Juli 2023 1:20 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 283 words

Byline: Sarah Lena Grahm

Body

Vincenzo Pinto

Geflüchtete auf der italienischen Insel Lampedusa Anfang Juni

Die EU-Kommission stellt 14 Millionen Euro an Soforthilfe für die Verbesserung der Lage von **Geflüchteten** auf der italienischen Insel Lampedusa bereit. Damit sollen die Aufnahmebedingungen in den oft überfüllten Camps der Insel verbessert werden, wie die Brüsseler Behörde mitteilte.

Das Geld geht demnach an die Internationale Organisation für Migration (IOM), die eng mit den italienischen Behörden und der EU-Asylagentur zusammenarbeiten soll. Damit soll beispielsweise für Kleidung, Essen und Medikamente gesorgt werden. Ende Juni seien mehr als 3.250 Menschen im Aufnahmезentrum der Insel untergebracht gewesen, das eigentlich nur für 400 Menschen ausgelegt sei, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa damals berichtet hatte.

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, vom tunesischen Sfax ist die Insel knapp 190 Kilometer entfernt. Viele Menschen versuchen immer wieder, mit Booten aus Tunesien und Libyen über das zentrale Mittelmeer nach Lampedusa, Malta, Sizilien oder auf das italienische Festland zu gelangen.

Allein bis Montag zählte das Innenministerium in Rom mehr als 78.100 Bootsmigranten, die seit Jahresbeginn an Italiens Küsten angekommen sind. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es rund 33.100 gewesen. Wegen der hohen Migrationszahlen über die Mittelmeerrouterief die italienische Regierung im April landesweit den Notstand aus. Dieser gilt zunächst für sechs Monate. Durch den Notstand kann die Regierung Maßnahmen per Verordnung beschließen, um den meist langwierigen parlamentarischen Prozess für Finanzierungen und Regulierungen zu umgehen.

EU-Kommission stellt Soforthilfe für Aufnahmelager in Lampedusa bereit Im Aufnahmelager auf Lampedusa leben achtmal so viele Geflüchtete wie vorgesehen. Es fehl....

Load-Date: July 18, 2023

End of Document

Über 100 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet; Hilfsorganisationen haben im Mittelmeer Geflüchtete gerettet. Die "Ocean Viking" von SOS Méditerranée nahm 84 Menschen auf, die "Geo Barents" von Ärzte ohne Grenzen 48.

ZEIT-online

Dienstag 14. Februar 2023 5:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Italien; Ausg. 1

Length: 481 words

Byline: Johann Stephanowitz

Body

Anthony Jean/SOS Mediterranée

Das norwegische Schiff «Ocean Viking», dass im Auftrag der französischen Hilfsorganisation «SOS Mediterranée» **Flüchtlinge** vor der libyschen Küste suchen soll. Das Rettungsschiff «Ocean Viking» der Hilfsorganisationen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée ist nach einer ersten Mission in den Hafen von Marseille zurückgekehrt.

Das Rettungsschiff *Ocean Viking* der Hilfsorganisation SOS Méditerranée hat bei einem Einsatz im Mittelmeer 84 Migrantinnen und Migranten an Bord genommen. Die Geretteten, unter ihnen 58 Minderjährige, seien auf einem überladenen Schlauchboot vor der Küste Libyens entdeckt worden, teilte die in Marseille ansässige Hilfsorganisation mit. Einige der Geretteten leiden demnach unter Dehydrierung und Unterkühlung.

Nach Angaben der Hilfsorganisation haben die italienischen Behörden die Besatzung der *Ocean Viking* angewiesen, den Hafen von Ravenna an der nördlichen Adriaküste anzulaufen weit entfernt von der Rettungsstelle.

Zuvor hatte die private Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen 48 Migrantinnen und Migranten im zentralen Mittelmeer aus Seenot gerettet. Unter ihnen hätten sich neun Minderjährige befunden, wie die Organisation mitteilte. Sie seien in einem Holzboot entdeckt worden, das sich in internationalen Gewässern nahe der libyschen Küste befunden habe und seien an Bord der *Geo Barents* gebracht worden. Das Schiff soll den ebenfalls weit entfernten Hafen von Ancona anlaufen.

Die Crew kritisierte, erneut einen Ort zugeteilt bekommen zu haben, der weit von ihrer aktuellen Position entfernt liege. Sie rechnete mit einer fünftägigen Überfahrt dorthin. Schon Ende Januar rettete die Organisation mehr als 230 Mittelmeer-Migranten und bekam den Hafen der ligurischen Stadt La Spezia zugewiesen.

Rettungsorganisationen werfen italienischer Regierung Behinderung ihrer Arbeit vor

Über 100 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet Hilfsorganisationen haben im Mittelmeer Geflüchtete gerettet. Die "Ocean Viking" von SOS Méditerranée nahm 84 M....

Anfang Januar hatten mehrere im Mittelmeer tätige Hilfsorganisationen der italienischen Regierung eine Behinderung der Seenotrettung vorgeworfen. Sie verwiesen auf ein Dekret, wonach ein Rettungsschiff nach der ersten Rettung einen ihm zugewiesenen Hafen unverzüglich anzulaufen habe und keine weiteren Menschen retten dürfe. Oft würden die Retter mehrere Einsätze auf einer Fahrt durchführen. Auch sei es oft so, dass die Rettungsschiffe weit entfernte Häfen anlaufen müssten, was eine lange Fahrt notwendig mache.

Im Oktober war die ultrarechte Politikerin Giorgia Meloni italienische Ministerpräsidentin geworden. Sie will die Zahl der in Italien ankommenden Bootsflüchtlinge deutlich senken.

Die Route über das zentrale Mittelmeer ist nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die gefährlichste Fluchtroute der Welt. Die IOM schätzt, dass im vergangenen Jahr auf dieser Route 1.377 Menschen verunglückt sind.

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Grünen-Landespolitiker warnen vor Verschärfung des Asylrechts; Vor dem Parteitag der Grünen haben mehr als 80 Landespolitiker einen Brief an die Delegierten verschickt. Darin stehen scharfe Kritik am Asylkompromiss und ein Auftrag.

ZEIT-online

Samstag 17. Juni 2023 3:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylreform; Ausg. 1

Length: 552 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Kay Nietfeld

Mehr als 80 Grünen-Landtagsabgeordnete warnen in einem Brief an die Delegierten des kleinen Parteitags vor den Plänen zur Verschärfung des europäischen **Asylrechts**. "Diese Einigung wird keine Menschenleben retten, keine gerechte Verteilung in der EU herbeiführen und den Kommunen keine Abhilfe bei ihren akuten Problemen schaffen", heißt es in dem Schreiben, das der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Die Ergebnisse stellten sogar "eine weitere Verschlechterung der Rechte für Menschen, die sich auf der Flucht befinden", dar.

Der Brief wurde nach Angaben aus Parteikreisen am Freitagabend an die etwa hundert Delegierten verschickt. Die Grünen treffen sich an diesem Samstag im hessischen Bad Vilbel zu einem eintägigen kleinen Parteitag. Die Asylpläne spalten die Partei bis in die Spitze hinein. Zuletzt hatte die Grüne Jugend grundlegende Änderungen gefordert. Zustimmung hingegen kommt von Realos wie Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

In dem Schreiben der mehr als 80 Landespolitiker appellieren die Unterzeichner an alle Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen und insbesondere die Delegierten beim sogenannten Länderrat, sich "für eine menschenrechtsverträgliche Politik" einzusetzen. "Als GRÜNE sollten wir ehrlich sein und diesen Deal weder als Erfolg noch als Kompromiss verteidigen. Stattdessen sollten wir klarmachen, dass wir als Verteidiger*innen der unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte diese Einigung des Rates als Partei nicht mittragen können und alles dafür tun werden, dass diese nicht Realität wird."

Ricarda Lang dringt auf Änderungen

Auch Parteichefin Ricarda Lang dringt auf Änderungen. "Für mich ist zentral, dass alle Kinder mit Familien von Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen ausgenommen werden", sagte Lang den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Sie nannte zudem einige Voraussetzungen für die Zustimmung Deutschlands zur Reform des

Grünen-Landespolitiker warnen vor Verschärfung des Asylrechts Vor dem Parteitag der Grünen haben mehr als 80 Landespolitiker einen Brief an die Delegierten vers....

europäischen Asylsystems: "Wir werden als Partei zu einer gemeinsamen Haltung finden. Am Ende werden wir uns das Ergebnis anschauen, natürlich mit besonderem Blick darauf, ob die UN-Kinderrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden und ob wir in Europa tatsächlich zu geordneten rechtsstaatlichen Verfahren kommen, die die Lage verbessern."

Lang gab zu, dass sich die Bundesregierung in den bisherigen Verhandlungen nicht durchsetzen konnte. "Bei den Grenzverfahren haben wir keine grundsätzliche Ausnahme für Minderjährige erreicht", sagte sie. Nun gebe es zwar erste Schritte bei der Verteilung von Geflüchteten in Europa, aber eben immer noch keinen verpflichtenden Mechanismus. "Damit wird das Ergebnis der Lage an den Außengrenzen nicht gerecht", sagte Lang.

Die EU-Innenminister hatten kürzlich mit deutscher Zustimmung und damit auch mit Genehmigung von Spitzen-Grünen Pläne für eine weitreichende Asylreform beschlossen. Vorgesehen sind zahlreiche Verschärfungen, um illegale Migration zu begrenzen insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Das EU-Parlament wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über die Pläne verhandeln und dürfte noch Änderungen an den Plänen durchsetzen. Am Ende müsste sich auch die Bundesregierung zum Ergebnis positionieren.

Load-Date: June 17, 2023

End of Document

Über Migranten zu streiten, löst kein einziges Problem; Während sich die Politik in populistischen Migrationsdebatten verheddert, bleiben die echten Probleme in Deutschland ungelöst. Und am Ende freut sich gar die AfD.

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 12:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationsdebatte; Ausg. 1

Length: 1287 words

Byline: Marcel Fratzscher

Body

In Deutschland gibt es derzeit einen erstaunlichen politischen Konsens: Sämtliche Parteien betrachten die Aufnahme von **Geflüchteten** als ein großes Problem. Dieser Fokus auf Einwanderung wird jedoch keines der wirklich drängenden Probleme des Landes lösen, sondern diese eher vergrößern. Der Versuch, Positionen der AfD zu kopieren, dürfte sich als kontraproduktiv erweisen und wichtige Zeit kosten.

Dass CDU und FDP dem Thema Flucht und **Migration** einen hohen Stellenwert einräumen, ist seit einigen Jahren bekannt. Dabei sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die CDU durch 16 Jahre Kanzlerschaft die Hauptverantwortung für die heutigen Strukturen trägt. Überraschend ist jedoch der plötzliche Sinneswandel bei SPD und den Grünen, bei denen nun viele auf den Debattenzug aufgesprungen sind.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Versorgung und Integration von so vielen Migrantinnen und Migranten in so kurzer Zeit ist zweifelsfrei eine große Herausforderung. In vielen Kommunen fehlt es an Wohnungen, Schulplätzen, Sprachkursen und an Geld. Die Politik ist in diesem Jahr schon zweimal kläglich gescheitert, Kommunen finanziell auskömmlich dauerhaft auszustatten. Bürokratie und Verwaltung scheinen vielerorts unvorbereitet, obwohl sie im Jahr 2015 ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Das Perfide des öffentlichen Diskurses ist, dass er sich von einer konstruktiven Debatte um die besten Integrationslösungen hin zu einem Ideenwettstreit darüber entwickelt hat, wie Migranten aus dem Land rausgehalten oder rausgeworfen werden können. Und das bringt uns überhaupt nicht weiter.

Es gibt genug andere Probleme

Dabei gäbe es genug zu tun: Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlichen Schwächephase mit hoher Inflation und großen Zukunftssorgen, unter der vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden. Politik und Wirtschaft müssen die ökologische, die digitale und die wirtschaftliche Transformation auf den Weg bringen, um langfristig Wohlstand und gute Arbeitsplätze sichern zu können und künftigen Generationen eine intakte Umwelt und sozialen Frieden zu hinterlassen.

Über Migranten zu streiten, löst kein einziges Problem Während sich die Politik in populistischen Migrationsdebatten verheddert, bleiben die echten Probleme in

Dazu müsste die Politik dringend die Bürokratie verbessern, massive Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung tätigen und das Fachkräfteproblem lösen. Stattdessen konzentriert sich die Aufmerksamkeit gerade auf die Debatte um Flucht und Migration - viele Politikerinnen und Politiker sind damit beschäftigt -, wenn noch politisches Kapital dafür mobilisiert wird, droht die Bundesregierung noch weniger reformfähig zu werden.

Nun lässt sich einwenden, die demokratischen Parteien müssten auf die Stärke der AfD reagieren und sich aus diesem Grund ebenfalls mehr mit dem Thema Flucht und Migration beschäftigen. Das mag sein, aber die Art und Weise des Umgangs mit dem Thema wird der AfD in die Hände spielen. Forderungen nach einer Obergrenze sind Populismus. Die damit verbundene Aushöhlung von Demokratie und Grundgesetz wird viele Menschen von den demokratischen Parteien weiter entfremden. Die unsäglichen Unterstellungen Richtung Geflüchtete und Ausländerinnen, etwa in Form der Behauptung, dass es diesen Menschen lediglich um das Abgreifen von Sozialleistungen gehe, werden die Gesellschaft noch stärker polarisieren und antidemokratischen Kräften Auftrieb geben. Dies dürfte die AfD bei den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen eher stärken als schwächen.

Zudem werden sich die Herausforderungen der Zuwanderung durch die nun heiß diskutierten Maßnahmen nicht lösen lassen. Grenzsicherungen sind wenig effektiv, richten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden für die Grenzregionen an und höhlen damit den europäischen Binnenmarkt weiter aus. Die Versuche, das Recht auf Asyl im Grundgesetz zu beschneiden, schwächen das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie weiter. Und die Forderungen, Unterstützung auf Sachleistungen zu beschränken und Finanztransfers von Geflüchteten an ihre Familien in den Ursprungsländern zu verbieten, sind schlichtweg populistischer Unsinn.

Deutschland braucht mehr Zuwanderung

Die Herausforderung liegt nicht darin, dass zu viele Menschen nach Deutschland kommen, sondern darin, die Ankommenden gut in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren. Die Vorschläge, die Arbeitsminister Hubertus Heil und die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, am Mittwoch vorgelegt haben, gehen in die richtige Richtung. Deutschland wird in Zukunft deutlich mehr Zuwanderung benötigen, wenn es nicht einen Großteil seines Wohlstands verlieren will. Bereits heute sind 1,8 Millionen Stellen im Arbeitsmarkt unbesetzt, fünf Millionen weitere werden in den kommenden zehn Jahren dazukommen.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, dass viele Migranten erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Eine aktuelle Studie des DIW Berlin zeigt, dass ein Viertel aller Unternehmen in Deutschland mittlerweile Geflüchtete eingestellt haben und diese damit überwiegend sehr zufrieden sind. Die große Mehrheit der Mitarbeitenden in den Unternehmen ist ebenfalls zufrieden. Sie finden es gut, dass ihr Arbeitgeber Geflüchteten eine Chance gibt - und mehr Diversität verbessert bekanntlich Zufriedenheit und Motivation.

Migrantinnen in kurzer Zeit Sprachkenntnisse zu vermitteln, ihnen ein neues Zuhause zu geben und Chancen im Arbeitsmarkt zu eröffnen, ist schwierig - keine Frage. Aber Deutschland hat seit 2015 wichtige Lehren gezogen und gezeigt, dass diese Herausforderungen zu schaffen sind. Politik und Verwaltung müssen noch mehr darin investieren, bürokratische Hürden abzubauen. Verfahren müssen deutlich beschleunigt werden, Geflüchtete müssen sofort Zugang zu Sprachkursen und zu Jobs im Arbeitsmarkt erhalten, nicht erst nach einem Jahr oder nach sechs Monaten.

Manche wünschen sich, dass mehr hoch qualifizierte Zugewanderte nach Deutschland kommen. Dieser Wunsch ist verständlich, aber der Arbeitskräftemangel betrifft eben nicht nur hoch qualifizierte Ingenieurinnen und IT-Experten, sondern alle Sektoren und Qualifikationsniveaus. Der Bundestag hat erst vor Kurzem ein neues Fachkräftezuwanderungsgesetz beschlossen und weitere Hürden abgebaut. Vor allem aber muss die Politik die Kommunen dringend finanziell besser unterstützen, damit diese die Kosten der Versorgung und Integration schultern können. Das ist bisher nicht gelungen. Hier liegt das Scheitern bei der Politik und nicht bei den Kommunen oder gar den betroffenen Menschen.

Deutschland hat alle Möglichkeiten, diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Wir müssen endlich beginnen, Zuwanderung nicht als Bedrohung, sondern vor allem als Chance zu begreifen. Deutschland täte gut daran, diese Chance zu nutzen, um seinem riesigen demografischen Problem zu begegnen. Ein Land kann sich

Über Migranten zu streiten, löst kein einziges Problem Während sich die Politik in populistischen Migrationsdebatten verheddert, bleiben die echten Probleme in

seine Menschen nicht aussuchen, dies gilt zu einem großen Teil auch für Migrantinnen und vor allem für Geflüchtete. Anstelle über die Zahl, Hautfarbe, Religion oder Qualifizierung der Menschen zu klagen, brauchen wir Offenheit und Pragmatismus. Deutschland hat die Möglichkeiten, Migration für alle Seiten gewinnbringend zu gestalten und sollte sich deshalb nicht in populistische Debatten verlieren, die am Ende lediglich der AfD helfen.

Daniel Maurer Teilnehmer einer Demonstration der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) halten ein Transparent mit der Aufschrift "Bock auf Deutschland". (Archivaufnahme aus dem Jahr 2018) Daniel Maurer Teilnehmer einer Demonstration der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) halten ein Transparent mit der Aufschrift "Bock auf Deutschland". (Archivaufnahme aus dem Jahr 2018)

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

An der Grenze setzt Joe Biden fort, was Donald Trump begann; Die unter Trump erlassene Regel Title 42 sollte Migranten aus Mexiko stoppen. Nun ist sie ausgelaufen. Aber Joe Biden verfolgt dasselbe Ziel sogar noch härter.

ZEIT-online

Samstag 13. Mai 2023 12:20 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: USA; Ausg. 1

Length: 2347 words

Byline: Johanna Roth

Body

Jose Luis Gonzalez

Original BU: **Migrants** stand near the border wall after having crossed the U.S.-Mexico border to turn themselves in to U.S. Border Patrol agents, after the lifting of COVID-19 era Title 42 restrictions that have blocked **migrants** at the border from seeking **asylum** since 2020, as seen from Ciudad Juarez, Mexico May 12, 2023. REUTERS/Jose Luis Gonzalez

"Das war's", sagt der Mann mit dem dunkelblonden Vollbart und der kakifarbenen Basecap, an der er als Beamter der US-Grenzpolizei CBP zu erkennen ist. "Jetzt ist es vorbei. Ist das nicht aufregend?" Er sitzt bei laufendem Motor in seinem Geländewagen, um ihn herum schweben Mücken, weit über ihm eine Drohne, die live Schwarz-Weiß-Bilder auf sein iPad schickt. Darauf zu sehen sind Hunderte weiße Punkte, die sich kaum bewegen und in mehreren Reihen ordentlich versammelt sind. Diese Punkte sind Menschen. Keine 500 Meter entfernt haben sie sich versammelt. Gleich hinter dem zehn Meter hohen Stahlzaun, der von den Autoscheinwerfern grell angeleuchtet in den tiefblauen Nachthimmel von Texas ragt.

Der Zaun selbst ist nicht die Grenze, sie liegt ein paar Meter dahinter. Die Menschen auf den Drohnenbildern haben sie schon überschritten illegal, abseits eines offiziellen Grenzübergangs. Bis vor wenigen Minuten bedeutete das häufig, im Schnellverfahren wieder zurück nach Mexiko abgeschoben zu werden. Die sogenannte Title-42-Regelung, unter Donald Trump zu Beginn der Corona-Pandemie in Kraft gesetzt, erlaubte es den Behörden, Menschen ein ordentliches Asylverfahren zu verweigern. Mehr als 2,5 Millionen Mal ist das seitdem geschehen.

Mit dem Auslaufen der restlichen Pandemieregelungen in den USA ist auch Title 42 vorbei. Um 21.59 Uhr Ortszeit also eine Minute vor Mitternacht US-Ostküstenzeit ist ihre Gültigkeit an diesem Donnerstag erloschen.

Es sollte einen Ansturm geben

Das würfelt viele Schicksale neu. Nicht nur das der etwa 350 Menschen, die die Drohne hinter dem Zaun erfasst hat der an dieser Stelle ein Tor hat, das ausgerechnet die Nummer 42 trägt. Auch das von bis zu 150.000 anderen,

An der Grenze setzt Joe Biden fort, was Donald Trump begann Die unter Trump erlassene Regel Title 42 sollte Migranten aus Mexiko stoppen. Nun ist sie ausgelaufe....

die auf mexikanischer Seite auf ihre Chance warten, rüberzumachen in die USA. Viele von ihnen seit Monaten. Sie hofften, mit dem Ende von Title 42 werde wieder möglich sein, was zuvor galt: Wer an den Grenzen der USA um Asyl bittet, darf im Land bleiben, bis über dieses Gesuch entschieden ist. Weil die Einwanderungsgerichte und Behörden überlastet sind, dauern die Verfahren meist mehrere Jahre. Jahre, die verschonen von jenem Elend, dessentwegen immer mehr Menschen aus Venezuela, Haiti oder Kuba, aber auch aus anderen Ländern auf der ganzen Welt den Weg über Mittelamerika in die Vereinigten Staaten wagen.

Es werde deshalb nach dem Ende von Title 42 einen regelrechten Ansturm auf die Grenze geben, war seit Wochen zu hören. Und tatsächlich stiegen die Zahlen der von der CBP Aufgegriffenen in den vergangenen Tagen auf ein Rekordhoch: mehr als 11.000 Menschen pro Tag. In El Paso, das an die mexikanische Millionenstadt Ciudad Juárez grenzt, wohin viele den Weg aus dem Süden mit einem nicht selten tödlich endenden Ritt auf einem Güterzug nehmen, schliefen Hunderte auf dem Bürgersteig. Auf der Autobahn blinken noch immer die Warnhinweise, "Vorsicht vor unerwarteten Fußgängern" vereinzelt war es vorgekommen, dass Menschen quer über die Fahrbahn rannten, um der Grenzpolizei zu entgehen.

Selbst der Präsident sprach davon, dass die Lage an der Grenze noch eine Weile chaotisch bleiben werde. Die Republikaner, die ihre Wahlkämpfe gern mit dem Schüren von Angst vor einer "Invasion" aus dem Globalen Süden bestreiten, triumphierten. "Bidens Politik der offenen Grenzen hat diese Krise verursacht", schreibt die Fraktion der Partei im Repräsentantenhaus auf Twitter.

Aber die Grenzen sind nicht offen. Und sie werden es auch in Zukunft nicht sein, das betont die Regierung in diesen Tagen immer wieder. Sie hat gleich mehrere Regeln aufgelegt, die Title 42 nun ersetzen sollen. Asyl soll bis auf wenige Ausnahmen nur noch außerhalb der USA beantragt werden über eine App, die nicht richtig funktioniert, und sogenannte Regionalzentren, die es noch gar nicht gibt. Wer wie bisher illegal die Grenze überschreitet und dann Asyl erbittet, soll den Anspruch darauf verlieren, kann er nicht nachweisen, dass zuvor ein entsprechender Antrag in einem anderen Durchreiseland abgelehnt wurde. Aber Mexiko hat schon jetzt die dritthöchste Zahl an Asylanträgen weltweit und auch dort dauert es mehrere Jahre.

Title 42 war keine migrationspolitische Regelung, sondern eine gesundheitspolitische. Die Trump-Regierung sah dennoch darin ihre Chance, die Grenze abzuriegeln, gemeinsam mit der kupferfarbenen "Mauer" aus Stahl. In Texas hat Gouverneur Greg Abbott, ein Republikaner, den halb fertiggestellten Zaun weiterbauen lassen, nur eben nicht mehr aus Bundesmitteln, sondern mit dem Geld seiner eigenen Regierung. Zugleich schickt er Busse mit Migranten nach Washington, D. C., um sie dort als eine Art Protestfanal vor dem Wohnsitz der Vizepräsidentin abzuliefern.

Biden war angetreten, besser zu sein als das. Er versprach, eine humane Einwanderungspolitik zu machen, keine ablehnende. Nun aber tut seine Regierung genau das: Sie verstetigt, was Title 42 vorübergehend regelte. "Managen" und "abschrecken" werde man, twitterte das Weiße Haus am Donnerstag. In der Praxis bedeutet das: Um die Migration einzudämmen, wird das Asylrecht eingeschränkt.

Der Ansatz sei insofern nachvollziehbar, als mangels eines zeitgemäßen Einwanderungssystems für viele ein Asylantrag zur einzigen Option geworden sei, sagt Jeremy Slack, der an der Universität von El Paso zu den Migrationsbewegungen rund um seine Stadt forscht. "Nur fallen viele Fälle nicht wirklich darunter." Die Grenzen, wer Geflüchtete ist und wer Migrant, seien schwer zu ziehen. Diejenigen aber, die klar Anspruch auf Asyl hätten, gerieten mit den neuen Regeln unter die Räder: "Nehmen Sie jemanden, dessen Leben durch Drogenkartelle bedroht wird, die einen Angehörigen nach dem anderen auslöschen. Hat so jemand die Zeit, mehrere Wochen auf einen Termin zu warten?"

Johanna Roth

Im Hof der Rescue Mission in El Paso trocknet Wäsche. 230 Menschen haben hier Platz, 220 sind schon da.

Das Wesen von Asyl sei es doch, genau das tun zu können, was die Regierung jetzt unterbinden will: Vor Ort Schutz zu suchen und um Hilfe zu bitten. "Alles andere verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch

An der Grenze setzt Joe Biden fort, was Donald Trump begann Die unter Trump erlassene Regel Title 42 sollte Migranten aus Mexiko stoppen. Nun ist sie ausgelaufe....

gegen geltendes US-Recht." Vor Gericht, glaubt Slack, würden die Regeln deshalb kaum Bestand haben. Tatsächlich hat die Bürgerrechtsorganisation ACLU bereits Klage gegen die Biden-Regierung eingereicht. "Das Recht, Asyl zu beantragen, ist durch unsere Gesetze geschützt, unabhängig davon, wie man in das Land einreist", heißt es darin. Währenddessen versuchen die Republikaner, restriktive Einwanderungsgesetze durch den Kongress zu drücken.

Kein Chaos, keine Unruhen

Das allerdings, wovor die Regierung im beginnenden Wahlkampf am meisten Sorge gehabt haben dürfte, bleibt zunächst aus: Bilder von verzweiferten Massen, ein vielfacher Anstieg der illegalen Übertritte, Chaos und Unruhen. Er gehe zunehmend davon aus, dass die Zahlen der vergangenen Tage schon der Peak gewesen seien, sagt ein CBP-Sprecher. Woran das liegen könnte? "Vermutlich spricht sich herum, dass die Konsequenzen ab jetzt drastischer sind als vorher." Wer unter Title 42 abgeschoben wurde, durfte es erneut versuchen. Viele standen deshalb schon am nächsten Tag wieder da und am übernächsten erneut. Unter der jahrzehntealten Einwanderungsregelung Title 8, die ab jetzt wieder die vorrangig gültige ist, gilt ein erneuter Grenzübertritt nach Abschiebung als Straftat, die mit mehreren Jahren Gefängnis geahndet werden kann.

Ist es dieses Szenario, das tatsächlich abschreckt? Ist es die Unsicherheit, welche Regelungen jetzt eigentlich gerade gelten? Oder sind es die Schlepper, die erst beobachten, wie die Grenze jetzt bewacht wird, bevor sie die Leute wieder darüber schleusen?

Statt mit Chaos beginnt Tag eins nach Title 42 jedenfalls ruhig. So ruhig, dass die Rechten die Bilder, die sie sich so sehr wünschen, selbst fabrizieren müssen: In sozialen Netzwerken beginnen Videos zu kursieren, die Hunderte in El Paso über die Grenze rennende Menschen zeigen allerdings schon Monate alt sind. Die zweieinhalbttausend Menschen, die sich am Anfang der Woche noch rund um eine Kirche ganz in der Nähe gedrängt hatten, sind derweil längst verschwunden.

Die 350, die in der Nacht noch an Tor Nummer 42 stehen, werden von der CBP mit Bussen zum nächsten Registrierungszentrum gebracht. Am Donnerstag waren laut Recherchen der *New York Times* rund 24.000 Menschen in Gewahrsam der Behörde in Einrichtungen, die eigentlich nur für 18.000 Personen ausgelegt sind. Dort bleiben sie, bis sie entweder abgeschoben oder vorerst wieder entlassen werden mit einem Hinweis, wo und wann sie sich zum nächsten Gerichtstermin in ihrem Asylverfahren einfinden müssen.

Alexander Mercado ist einer von ihnen. Der 20-Jährige sitzt auf einem Feldbett der Rescue Mission in El Paso, einer christlichen Hilfsorganisation. Die hat für die Migranten eine Art Hangar freigemacht, 230 von ihnen haben hier Platz, nur zehn Plätze sind noch frei. Im Hof trocknet Wäsche, Kinder spielen mit Plüschtieren. Ihre sichtbar erschöpften Mütter liegen derweil auf Feldbetten, die Kleinsten an sich gedrückt. Rausgehen ist nicht ungefährlich: Das Tor zur Einrichtung hat einen Türsteher bekommen, nachdem mehrfach die Kartelle die auch auf dieser Seite der Grenze ihre Leute haben versuchten, verunsicherte Migranten in Autos zu locken und mutmaßlich zu Drogenhandel oder Prostitution zu zwingen.

Johanna Roth

Alexander Mercado kommt aus Kolumbien. Wenige Stunden vor dem Ende der Title 42-Regelung hat er die Grenze überquert und Asyl beantragt.

Mercado sagt, er sei seit drei Monaten unterwegs, größtenteils zu Fuß. Warum? Er lacht, aber sein Blick bleibt regungslos, als sei er unsicher, ob diese Aussage ihn in Schwierigkeiten bringt. "In Kolumbien hätte ich keine Zukunft gehabt", sagt er dann. Aus Barranquilla, seiner Heimatstadt im Norden des Landes, kam er durch den berühmten Regenwald von Panama schließlich nach Juárez. Am Donnerstag, nur Stunden vor dem Ende von Title 42, lief er mit Hunderten anderen noch über die Grenze und ließ sich von der CBP aufgreifen, um einen Asylantrag zu stellen.

"Wir sind noch ganz am Anfang"

An der Grenze setzt Joe Biden fort, was Donald Trump begann Die unter Trump erlassene Regel Title 42 sollte Migranten aus Mexiko stoppen. Nun ist sie ausgelaufe....

Das also, was künftig noch härter bestraft werden soll, geschieht es nicht außerhalb der Vereinigten Staaten. Dass Mercado so schnell wieder entlassen wurde, hat mutmaßlich zwei Gründe: die schon jetzt überfüllten Abschiebegefängnisse. Und die Tatsache, dass jemand für ihn bürgt: In zwei Wochen muss er sich bei einem Gericht in New York melden. Dort wohnt eine Verwandte, bei der er unterkommen kann.

"Humanitäre Ausnahme" nennt sich das Prinzip, das schon seit mehreren Monaten für Angehörige bestimmter Staaten getestet wird. Wer einen sogenannten Sponsor in den USA vorweisen kann, Angehörige oder auch Hilfsorganisationen, darf bei einer humanitären Notlage einreisen, zunächst für zwei Jahre. Vor allem Venezolanerinnen wurden seitdem deutlich weniger an den Grenzen aufgegriffen.

"Abschreckung klappt nur dann, wenn man den Leuten gleichzeitig Hoffnung vermitteln kann, dass es legale Wege gibt, die auch funktionieren", sagt Migrationsforscher Slack. Viel werde deshalb jetzt davon abhängen, ob etwa die neue App verbessert werde. "Unsicherheit oder Misstrauen führen erfahrungsgemäß eher zu Angst, und die wiederum dazu, dass die Leute vermehrt versuchen, heimlich über die Grenze zu kommen, und sich in Gefahr bringen." In Texas ertrinken immer wieder Migranten im Rio Grande, der auch an El Paso vorbeifließt.

Für die Republikaner sind Angst und Unsicherheit offenkundig das attraktivere Szenario allein wegen der Parole "Biden's Border Crisis", die sie seit Monaten heraufbeschwören. "Viele, die sich vorgeblich um Einwanderung sorgen, wollen das System eigentlich gar nicht Ordnung bringen", sagt Slack. "Das Ziel, dass es keine Migration mehr gibt, das ist eine Illusion, und das wissen die betreffenden Leute auch." Für Biden wiederum bedeutet das: Greifen die neuen Maßnahmen nicht und gehen die Zahlen wieder in die Höhe, macht ihn das im Wahlkampf von rechts zusätzlich angreifbar.

Und auch von links. Nicht zuletzt wegen der Frage: Was bedeutet es eigentlich in der Praxis, diese Grenze dichtzumachen? Während am Tor 42 Busse die Menschen wegbringen, gab es ein paar Tage zuvor Abschiebeflüge direkt vom Flughafen ein paar Meilen weiter inklusive Handschellen. In Brownsville am anderen Ende von Texas durchschwammen Familien den Rio Grande, um dann schwer bewaffneten Grenzbeamten hinter Stacheldrahtzaun gegenüberzustehen. Und zwischen Tijuana und San Ysidro in Kalifornien stecken mehrere Hundert Menschen seit Tagen zwischen zwei Grenzzäunen fest.

In El Paso leuchten gegen Abend wieder die Scheinwerfer der Grenzpolizei. Und wieder stehen Menschen hinter dem Zaun. Es sind weniger als erwartet. Aber sie kommen obwohl die Risiken einer Abschiebung jetzt noch ernster sind als vorher. Für El Pasos Bürgermeister Oscar Leeser ändert sich deshalb erst mal gar nichts. "Wir sind noch ganz am Anfang", sagt Leeser. "In den kommenden Tagen werden wir sehen, wie sich das Ganze entwickelt." In seiner Stadt werden die Zahlen so oder so steigen. Denn die Menschen, die vorerst nicht abgeschoben und von der CBP freigelassen werden, wie Alexander Mercado, müssen irgendwo hin. Leeser hat kürzlich erneut den Notstand ausgerufen, um Gelder freizumachen. Neben Hilfsorganisationen wie der Rescue Mission sind zwei leer stehende Schulgebäude vorbereitet.

Wie lange das reicht, ist die große Frage nicht nur in El Paso. Auch in weiter nördlich gelegenen Bundesstaaten wie New York kommen immer mehr Migranten an, nicht zuletzt wegen der von republikanischen Gouverneuren wie Abbott organisierten "Busreisen". Die Notunterkünfte seien voll, meldete kürzlich die Kleinstadt Portland in Maine. Auch dieser Bundesstaat liegt an einer Grenze zu Kanada.

Load-Date: May 13, 2023

Problem erkannt, Lösung vertagt; Eine Milliarde Euro: Die Bundesregierung verspricht beim Beim Flüchtlingsgipfel neue Hilfen. Doch die Bundesländer blitzen mit ihrer wichtigsten Forderung zunächst ab.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 10:14 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 1190 words

Byline: Tilman Steffen;Katharina Schuler

Body

Bernd von Jutrczenka

Stephan Weil (SPD, l-r), Ministerpräsident von Niedersachsen und amtierender Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, verlassen die Pressekonferenz nach dem Bund-Länder-Gipfel im Bundeskanzleramt. Bund und Länder haben bei einem **Flüchtl...** + Mehr lesen Service +++ dpa-Bildfunk +++
Aufnahmedatum 10.05.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa |

Vor ihrem Spitzentreffen mit dem Bundeskanzler hatten die Ministerpräsidenten der Bundesländer die Messlatte hoch gehängt: Sollte es in der Runde im Kanzleramt keine dauerhafte Finanzierungszusage für Unterkunft und Verpflegung der vielen in Deutschland ankommenden **Flüchtlinge** geben, käme das einem Scheitern gleich. So sagte es bis zuletzt Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU), der stellvertretende Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz.

Nach sechs Stunden intensiver Gespräche im Kanzleramt war am späten Mittwohabend allerdings klar: Die eingeforderte langfristige Finanzierung gibt es nicht. Der Bund sichert den Ländern lediglich eine weitere Milliarde Euro zu. Das ist eine Menge Geld, aber eben keine dauerhafte Lösung für die Herausforderung, die stark steigende Flüchtlingszahlen darstellen.

Verglichen mit der Rhetorik vor dem Gipfeltreffen haben die Länderchefs damit an einem wichtigen Punkt verloren, zumindest stark nachgegeben. Seit dem Frühjahr, als die Zahlen der Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien wieder fünfstellig wurden, forderten die Länderchefs, dass der Bund seine Finanzhilfe schnellstmöglich nicht mehr als Pauschalbetrag leistet, sondern gemessen an der Zahl der ankommenden Flüchtlinge. Nur so ließen sich die Kosten der Kommunen für Unterkunft, Verpflegung und Integration auch bei hohem Flüchtlingsaufkommen decken. Im Gespräch waren bis zu 1.000 Euro pro Monat und Flüchtling. Doch ihre Forderung gaben die Länderchefs schon am Nachmittag auf. Nun will man gemeinsam im November entscheiden, wie eine dauerhafte Lösung aussehen könnte, eine Arbeitsgruppe soll dies vorbereiten.

Problem erkannt, Lösung vertagt Eine Milliarde Euro: Die Bundesregierung verspricht beim Beim Flüchtlingsgipfel neue Hilfen. Doch die Bundesländer blitzen mit i....

Offene Differenzen

Dabei dürfte der Streit weitergehen. Die Pro-Kopf-Pauschale wäre eine Rückkehr zu dem sogenannten "atmenden System" aus der Flüchtlingskrise von 2015/16 gewesen, das die Länderchefs zuletzt alle als sehr wirksam lobten. Die Differenzen treten im Beschlusspapier des Flüchtlingsgipfels offen zutage: "Aus Sicht des Bundes wurde ein atmendes System für die Unterstützung der Länder und Kommunen bereits etabliert", heißt es, ohne dass dieser Widerspruch näher erläutert wird. Ob es jemals wieder zu dieser Kopfpauschale kommt, ist offen, so lässt sich Kanzler Olaf Scholz verstehen, der die Erwartungen bei seinem Auftritt am Mittwochabend dämpfte: Man werde "die Frage erörtern, wie wir längerfristig dieses System vielleicht weiterentwickeln können".

Mit der einmaligen Pauschalzahlung waren die Länder zuletzt gut bedient: Die Flüchtlingszahlen waren niedrig, das Geld des Bundes floss trotzdem. Doch mit steigenden Zahlen wird das Geld nun knapp. Für 2023 hatte der Bund den Ländern für die "flüchtlingsbedingten Mehrkosten" in zähen Verhandlungen bereits einmalig 2,75 Milliarden Euro zugesagt für Ukrainer und Asylbewerber, finanziert über den Länderanteil an der Mehrwertsteuer. Nun kommt eine weitere Milliarde hinzu.

Grundsätzlich ist die Versorgung von Geflüchteten Sache der Kommunen. Weil die Kostenlast die Kommunen nach 2015 stark drückte, ließ der Bund über die Länder dafür zusätzlich Geld fließen. Doch nun bremst der Bund, der nach einer kurzen Phase sprudelnder Steuereinnahmen nun wieder eigene Haushaltsprobleme hat wohl auch aus Sorge, die Kopfpauschalen könnten teurer werden als der derzeitige Zahlungsmodus.

"Der Mühe wert"

Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und NRW verteidigen den Kompromiss: "Wir haben einen Prozess in Gang gesetzt", sagte Wüst nach dem Treffen, "Und das haben wir gemacht, weil wir an diesem Punkt kein Ergebnis erzielt haben." Für Stephan Weil (SPD) aus Niedersachsen war das Ergebnis "die Mühe wert". Doch nicht alle Länderchefs bewerten das Treffen so pragmatisch: Die vom Bund zugesicherte Milliarde "ist völlig unzureichend und wird der Belastungssituation vor Ort in keiner Weise gerecht", ließen die Ministerpräsidenten von Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt in eine Protokollnotiz schreiben. Bayern und Sachsen sind zwar Ankunftsregionen für Flüchtlinge. Auf die Bundesländer verteilt werden Flüchtlinge jedoch nach einem vereinbarten Schlüssel.

Doch es geht ohnehin um mehr als Geld. Gefordert hatten die Ministerpräsidenten deswegen über alle Parteigrenzen hinweg den Zuzug von Flüchtlingen stärker zu begrenzen. Anders als die Finanzfrage war das jedoch kaum strittig. In dem Beschlusspapier findet sich etwa die Forderung, weitere Migrations- und Rücknahmeabkommen mit Herkunftsstaaten auszuhandeln. Eine schnelle Entlastung für die Kommunen wird sich so jedoch kaum erreichen lassen, denn solche Abkommen brauchen Jahre und bisher haben viele Herkunfts- und Durchreiseländer trotz großzügiger finanzieller oder Visa-Angebote daran kaum Interesse gezeigt.

Der Beschluss bekennt sich auch zur Reform der europäischen Asylpolitik. Erst kürzlich hatte sich die Ampel-Regierung in Berlin darauf geeinigt, Asylverfahren für Flüchtlinge mit schlechten Anerkennungschancen direkt in Lagern an der EU-Außengrenze durchzuführen. Auch dabei steht freilich in den Sternen, ob sich die EU-Staaten, das Straßburger Parlament und die EU-Kommission wirklich darauf einigen werden.

Die sicheren Herkunftsländer, deren Zahl vor allem Unions- und FDP-Politiker gerne vergrößern würden, um so Asylverfahren für bestimmte Gruppen von Flüchtenden zu beschleunigen, findet sich nur sehr knapp im Beschluss. Zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen lediglich Staaten, die eine Chance auf einen EU-Beitritt haben, genannt werden Moldau und Georgien. Menschen aus diesen beiden Ländern stellten in den ersten vier Monaten dieses Jahres allerdings lediglich rund 1.600 Asylanträge, bei mehr als 110.000 Anträgen im gleichen Zeitraum. Dass das insbesondere Sachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt nicht weit genug geht, machten deren Regierungschefs in ihrer Protokollnotiz deutlich.

Vereinbart haben Bund und Länder außerdem einige kleinere Maßnahmen, um Asylverfahren zu beschleunigen und Abschiebungen zu erleichtern. So ist ein Teil der zusätzlichen Milliarde ausdrücklich dafür gedacht, die

Problem erkannt, Lösung vertagt Eine Milliarde Euro: Die Bundesregierung verspricht beim Beim Flüchtlingsgipfel neue Hilfen. Doch die Bundesländer blitzen mit i....

Ausländerbehörden zu digitalisieren, außerdem soll der Abschiebegewahrsam auf 28 Tage erhöht werden. "Lageabhängig" sollen zudem die Grenzkontrollen, die es bisher schon an der deutsch-österreichischen Grenze gibt, auch an anderen Grenzen etabliert werden. Das alles allerdings muss erst noch in konkretes Regierungshandeln umgesetzt werden. Ob das so einfach wird, wie Scholz sich das vorstellt, ist vorläufig offen. Vor allem bei den Grünen betrachtet man diese Maßnahmen mit Skepsis. Gesetze würden nicht von der Ministerpräsidentenkonferenz gemacht, sondern im Parlament.

Soll heißen: An den vereinbarten Beschlüssen kann sich noch einiges ändern.

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Wo bleibt der Widerspruch?; Abschotten und abschieben - der Politik fällt in der Migrationsdebatte nicht mehr ein, als dem rechten Rand hinterherzulaufen. Das Schweigen der Progressiven ist fatal.

ZEIT-online

Montag 9. Oktober 2023 5:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 841 words

Byline: Christian Vooren

Body

Es wird kalt in Deutschland und Europa, und schuld daran ist nicht allein der Herbst. An manchen Tagen sinkt die Temperatur fast unbemerkt, nur um ein paar Grad. Etwa, wenn die EU sich auf einen "Durchbruch" in der **Asylpolitik** einigt, was übersetzt bedeutet: Im Krisenfall können Länder leichter dicht machen. An manchen Tagen stürzt die Temperatur gewaltig, oft hat Friedrich Merz dann wieder was gesagt. Oder die AfD gewinnt mal wieder Wahlen, wie an diesem Sonntag in Hessen und Bayern. Der Wintereinbruch ist da.

Etwas ist diesmal anders als 2015 und 2016, ruhiger. Der Ausnahmezustand, von Willkommenskultur bis Pegida, ist einer geschäftsmäßigen Abgekühltheit gewichen. Ist da noch irgendwer, der sich traut zu sagen, was damals die Kanzlerin sagte? Wir schaffen das! Warum hört man bloß nichts?

Seit Wochen bemühen sich praktisch alle Parteien darum, das deutsche Gemüt nicht zu arg aufkochen zu lassen. Bundespräsident a.D. Joachim Gauck sagte: "Wir müssen Spielräume entdecken, die uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen." Abschottung ist zum Konsens geworden, bloß über das Wie wird noch gestritten. Von den Geflüchteten selbst ist dabei kaum die Rede. Es profitiert: der rechte Rand.

Überall nur Zugeständnisse

Mag schon sein, dass heute der Wunsch nach Abschottung in der Bevölkerung tatsächlich größer ist als 2015, und dass Politik nur darauf reagiert. Aber warum reagiert sie nicht auf jenen Teil, der etwas Anderes will? Der sich mehr Solidarität und Humanität im Umgang mit Geflüchteten wünscht, nicht weniger? Der nicht die Überfremdung fürchtet, sondern die Entmenschlichung?

Stattdessen überall nur Zugeständnisse. Wenn ein Vertreter der AfD schnellere Abschiebungen fordert, kann die Grünen-Co-Vorsitzende Ricarda Lang das noch so zivilisiert formulieren, sie wird dadurch - mal abseits jeder inhaltlichen Bewertung - nicht glaubwürdiger oder attraktiver als das Original. Das gelingt ja nicht mal der CDU und, wie man in Bayern sehen konnte, der CSU.

Wo bleibt der Widerspruch? Abschotten und abschieben - der Politik fällt in der Migrationsdebatte nicht mehr ein, als dem rechten Rand hinterherzulaufen. Das Sc....

Klar, Krisen und Kriege drücken auf die Stimmung und helfen Populisten. Aber das wäre ein Grund, die eigenen Prinzipien umso vehementer zu verteidigen, statt sie Stück für Stück aufzugeben. Es geht in der Migrationspolitik um eine Grundsatzentscheidung: Fühlt Deutschland sich noch verantwortlich oder nicht? Wenn nicht, muss es auch den Preis benennen: Viele Menschen werden am Ende tot sein. Sie hungern und sterben dann eben in ihrer Heimat, weil sie in Syrien oder Somalia von Terroristen getötet werden, weil sie in Eritrea oder in Afghanistan malträtiert werden. Oder weil sie sich auf den Weg machen, von Schleusern in Transporter gepfercht oder auf rostigen Booten sich selbst überlassen werden. Die Migranten wissen um die Risiken. Die meisten, die kommen, nehmen sie in Kauf, weil sie keine andere Perspektive sehen. Ihre Schicksale liegen offen da, sie sind für alle sichtbar, die sie noch sehen wollen.

Migration als rein innenpolitisches Thema

Im Wahlkampf aber spielte das alles kaum eine Rolle. Das Thema Migration wurde praktisch vollständig innenpolitisch abgewickelt. Deutschland, die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, verzweifelt sich in der Frage selbst, statt zum Beispiel daran zu erinnern, dass mehr als eine Million ukrainische Geflüchtete relativ geräuschlos integriert werden konnten. Statt zu erklären, dass das machbar ist. Was ist los mit den Parteien, die sich ein mal für mehr Offenheit eingesetzt haben, die Migration nicht nur als Bedrohung behandelt haben, sondern als Chance?

Es waren mal die Grünen. Zuletzt kamen solche Stimmen im Wesentlichen aus der Linken. Profitieren konnte sie davon bei den Wahlen nicht. Doch das dürfte eher daran gelegen haben, dass wesentliche Teile der Partei sich mit Putin-Tümelei und Kriegsrelativierung gerade bei der progressiven Wählerschaft unmöglich gemacht haben. Sollte jedoch Sahra Wagenknecht diesen Teil der Linken mit einer neuen Parteigründung zu sich herüberziehen, könnte eine solidarische Linke den mut- und kraftlosen Grünen ernsthaft Konkurrenz machen. Alle, die den deutschen Wintereinbruch in der Migrationspolitik mit Gruseln betrachten, die sich eine andere Politik wünschen als den Abschottungskonsens, und einen anderen, wärmeren Ton: Sie hätten dann wieder eine Alternative.

Diego Herrera Armenian refugees from Nagorno-Karabakh are seen in the center of the town of Goris on September 30, 2023 before being evacuated in various Armenian cities. Armenia said on September 30, 2023 100,417 people from an estimated population of 120,000 had fled Nagorno-Karabakh since the breakaway region saw its decades-long fight against Azerbaijani rule end in sudden defeat. Diego Herrera Armenian refugees from Nagorno-Karabakh are seen in the center of the town of Goris on September 30, 2023 before being evacuated in various Armenian cities. Armenia said on September 30, 2023 100,417 people from an estimated population of 120,000 had fled Nagorno-Karabakh since the breakaway region saw its decades-long fight against Azerbaijani rule end in sudden defeat.

Load-Date: October 9, 2023

Mehr als 30 Tote bei Brand in mexikanischer Migranteneinrichtung; In der Grenzstadt Ciudad Juárez kam es in einem Gebäude der Migrationsbehörde zu einem Brand. Der Grund für das Feuer ist unklar, zahlreiche Menschen wurden verletzt.

ZEIT-online

Dienstag 28. März 2023 8:26 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grenze zu USA; Ausg. 1

Length: 206 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

In der mexikanischen Stadt Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA sind bei einem Brand in einem Gebäude der nationalen **Migrationsbehörde** INM mindestens 39 Menschen gestorben. 29 Personen seien verletzt worden, sagte ein Vertreter der Einwanderungsbehörde. Einem Rettungshelfer zufolge sollen sich insgesamt rund 70 Menschen in dem Gebäude aufgehalten haben, die meisten von ihnen aus Venezuela.

Bilder vom Brandort zeigten aufgereihte Leichen, die vor der Einrichtung in der US-mexikanischen Grenzstadt lagen. Zuvor war die Zahl der Opfer lange unklar, verschiedene Medien berichteten unter Verweis auf die Regierung des Bundesstaats Chihuahua sowie deren Staatsanwaltschaft über 25 bis 36 Tote.

Der Grund für das Feuer ist bislang unklar. Den Medienberichten zufolge soll der Brand am Montagabend im Gebäude ausgebrochen sein, nachdem die Behörden rund 70 Migranten, die sich auf den Straßen der Stadt aufhielten, aufgegriffen hatten.

Ciudad Juárez grenzt direkt an die Stadt El Paso im US-Bundesstaat Texas. Sie ist einer der Orte, über den täglich zahlreiche Auswanderer aus Mittel- und Südamerika versuchen, in die USA zu gelangen. Viele harren monate- oder gar jahrelang in der Stadt aus, in der Hoffnung, Asyl in den USA zu erhalten.

Load-Date: March 28, 2023

Nancy Faeser spricht mit tunesischem Staatschef über Migration; Deutschland und Frankreich wollen beim Ausbau des tunesischen Grenzschutzes helfen. So will Nancy Faeser illegaler Migration und Bootsunglücken im Mittelmeer vorbeugen.

ZEIT-online

Montag 19. Juni 2023 5:27 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Tunesien; Ausg. 1

Length: 504 words

Byline: Iven Fenker

Body

Tunisian Presidency

Tunisia's President Kais Saied shakes hands with German Interior Minister Nancy Faeser in Tunis, Tunisia June 19, 2023.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat bei ihrem Besuch in Tunesien mit dem tunesischen Staatschef Kais Saied und Innenminister Kamel Feki über die Regulierung der **Migration** aus dem Land gesprochen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem französischen Amtskollegen Gérald Darmanin sagte sie, dass aus deutscher Sicht Arbeitsstrukturen geschaffen worden seien, "auf die wir aufbauen können".

Es gehe darum, "das furchtbare Sterben im Mittelmeer zu beenden", sagte Faeser. Damit Menschen "sich nicht auf gefährliche Wege begeben müssen", sei es notwendig, legale Wege der Einwanderung zu schaffen. Eine wesentliche Rolle spiele die "gemeinsame Bekämpfung von Schlepper- und Schleuserkriminalität, die in aller drei Länder Interessen liegt".

"Menschenrechte und Grenzschutz schließen einander nicht aus"

"Für mich ist wichtig, dass wir mit der Bundespolizei und auch dem Bundeskriminalamt mit dazu beitragen, dass es rechtsstaatliche und menschenrechtliche Grundsätze bei der Polizeiarbeit und der Grenzpolizei hier vor Ort gibt", fügte die Innenministerin hinzu. "Menschenrechte und Grenzschutz schließen einander nicht aus." Deutschland wolle mit Frankreich daran arbeiten, dass es nicht zu Bootsunglücken wie dem vor der griechischen Küste aus der vergangenen Woche mit vermutlich Hunderten Toten komme, sagte Faeser.

Frankreichs Innenminister Darmanin kündigte an, dass Frankreich Tunesien Hilfsmittel in Höhe von 25,8 Millionen für den Kampf gegen illegale Einwanderung zur Verfügung stellen werde. Diese "bilaterale Hilfe" werde es Tunesien erlauben, "notwendige Ausrüstung zu kaufen und sinnvolle Schulungen, insbesondere für tunesische Polizisten und Grenzschützer, zu organisieren", sagte Darmanin.

Nancy Faeser spricht mit tunesischem Staatschef über Migration Deutschland und Frankreich wollen beim Ausbau des tunesischen Grenzschutzes helfen. So will Nancy....

Kritik von den Grünen

"Für mich ist klar, dass sich der autokratisch regierende Kais Saied, der rücksichtslos gegen Kritiker vorgeht und rassistisch gegen Migranten hetzt, nicht zum Grenzpolizisten Europas eignet", sagte der Nordafrika-Berichterstatler der Grünen im Bundestag, Tobias Bacherle. Notwendig sei "ein gesamteuropäisches Migrationskonzept, das die Menschen in den Vordergrund stellt und die Herausforderungen nicht an autokratische Drittstaaten delegiert".

EU bietet Tunesien Finanzhilfen an

Darmanin und Faeser wiesen auch auf Pläne der Europäischen Union für eine engere Zusammenarbeit mit Tunesien hin. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte Tunesien bei einem Besuch vor gut einer Woche eine "verstärkte Partnerschaft" vorgeschlagen. Dem in einer tiefen Wirtschaftskrise steckenden nordafrikanischen Land bot die EU insgesamt mehr als eine Milliarde Euro Finanzhilfen an.

Allein in diesem Jahr sind 100 Millionen Euro Finanzhilfen für "Grenzkontrolle, Suche und Rettung" von Flüchtlingen vorgesehen. Aus Tunesien kommen derzeit besonders viele Flüchtlinge, die aus Afrika über das Mittelmeer in die EU gelangen wollen.

Load-Date: June 19, 2023

Meloni beschwert sich bei Scholz über deutsche Hilfe für Seenotrettung; Italiens Regierungschefin kritisiert in einem Brief an den Kanzler Finanzhilfe für Seenotrettungsprojekte. "Das Schreiben wird beantwortet", sagt ein Regierungssprecher.

ZEIT-online

Montag 25. September 2023 7:54 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 461 words

Byline: Iven Fenker

Body

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat sich in einem Brief bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen deutscher Gelder für Organisationen beschwert, die **Flüchtlingshilfe** in ihrem Land leisten. Mehrere italienische Medien zitierten aus dem Schreiben, das auf Samstag datiert ist. Darin fordert die Rechtsnationalistin, dass Hilfe an Land besser in Deutschland als in Italien geleistet werden sollte.

"Ich habe mit Erstaunen erfahren, dass Ihre Regierung, ohne sich mit der italienischen Regierung abzustimmen, beschlossen hat, erhebliche Mittel für Nichtregierungsorganisationen bereitzustellen, die an der Aufnahme von irregulären Migranten auf italienischem Gebiet und in der Rettung im Mittelmeer arbeiten", schrieb Meloni in ihrem Brief. EU-Länder, die Italien helfen wollten, sollten sich besser auf "strukturelle Lösungen" wie die Zusammenarbeit mit Transitländern konzentrieren, um die Einreisen zu stoppen.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin verwies darauf, dass die Bundesregierung derzeit eine vom Bundestag festgelegte finanzielle Förderung umsetze. Mit dieser würden sowohl die zivile Seenotrettung auf See als auch Projekte an Land für aus Seenot Gerettete gefördert. Förderungswürdige Organisationen seien ausgewählt worden, nun folge die Förderung. In zwei Fällen stehen laut Auswärtigem Amt die Auszahlung in Höhe von jeweils zwischen 400.000 und 800.000 Euro bevor. Es handele sich dabei um ein Projekt zur Versorgung von Geretteten in Italien und ein Projekt einer Nichtregierungsorganisation zu Rettungsmaßnahmen auf See. Eine der Organisationen ist SOS Humanity.

Verteidigungsminister sieht Italien "in Schwierigkeiten"

Der italienische Verteidigungsminister Guido Crosetto hatte der Zeitung La Stampa gesagt, der Schritt bringe Italien "in Schwierigkeiten". "Wenn Deutschland sich um das Schicksal von Menschen in Not kümmern und uns wirklich helfen wollte, Leben zu retten, könnte es uns unterstützen, ernsthaft gegen Kriminelle vorzugehen, die Menschenhandel betreiben."

Meloni beschwert sich bei Scholz über deutsche Hilfe für Seenotrettung Italiens Regierungschefin kritisiert in einem Brief an den Kanzler Finanzhilfe für Seenot....

Melonis postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (FDI) hatte die Parlamentswahl in Italien im September vergangenen Jahres vor allem mit dem Versprechen gewonnen, gegen die Migration zu arbeiten. Seit dem Beginn dieses Jahres sind nach Zahlen des italienischen Innenministeriums aber mehr als 130.000 Migranten in Italien angekommen - das sind schon jetzt fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2022.

Ein Sprecher der Bundesregierung bestätigte, dass der Brief Melonis eingegangen sei. "Das Schreiben wird beantwortet."

Yara Nardi Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni, bei ihrem Besuch in Lampedusa am 17. September
Yara Nardi Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni, bei ihrem Besuch in Lampedusa am 17. September

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

**Tausende protestieren in Paris gegen neues Einwanderungsgesetz;
Demonstrierende halten die geplante Einwanderungsreform für rassistisch.
Sie wehren sich auch gegen Abschiebungen von Migranten auf der
Überseeinsel Mayotte.**

ZEIT-online

Samstag 29. April 2023 10:56 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Frankreich; Ausg. 1

Length: 529 words

Byline: Vera Sprothen

Body

Alain Jocard

A protester with a sticker displayed on his forehead reading "No to Darmanin's law", takes part in a demonstration against the French Minister of Interior, Gerald Darmanin's legislative proposal on asylum and immigration, in Paris, on April 29, 2023. - The French government is considering a draft law tightened up on the most technical aspects (reform of asylum procedures and the litigation of foreigners), to leave the most abrasive elements in the hands of the lawmakers, who could table bills on expulsions of foreigners (on the right) or integration through language and work (in the majority), the entourage of France's Interior minister explained to AFP on March 23, 2023. French authorities have furthermore launched 'Operation Wuambushu' on the overseas territory of Mayotte to deport illegal migrants who have settled in slums on the island and demolish their makeshift housing, triggering clashes between youths and security forces on the French island and fuelling political tensions with neighbouring Comoros. (Photo by Alain JOCARD / AFP) (Photo by ALAIN JOCARD/AFP via Getty Images)

In Frankreich haben am Samstag Tausende Menschen gegen eine geplante Reform des Einwanderungsgesetzes sowie Abschiebungen auf der französischen Insel Mayotte im Indischen Ozean protestiert. Allein in der Hauptstadt Paris gingen nach Polizeiangaben rund 2.300 Menschen auf die Straße. Unter den Demonstrierenden waren viele Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis.

Die Proteste richteten sich gegen ein neues Einwanderungsgesetz aus dem Ressort von Innenminister Gérald Darmanin, welches die Regierung schon mehrfach verschoben hat, aber nun im Herbst angehen will. In Paris zogen die Protestierenden hinter einem Transparent mit der Aufschrift "Nein zum Darmanin-Gesetz" her. "Gegen Unterdrückung, Inhaftierung und Abschiebung, für eine einladende Migrationspolitik" stand daneben.

Das neue Einwanderungsgesetz sei ein "rassistisches Gesetz" mit dem Ziel, Ausländer zu kriminalisieren und mehr Abschiebungen zu erreichen, sagte der aus Mali stammender Demonstrant Aboubacar.

Tausende protestieren in Paris gegen neues Einwanderungsgesetz Demonstrierende halten die geplante Einwanderungsreform für rassistisch. Sie wehren sich auch geg....

Sicherheitskräfte reißen Unterkünfte in Armenvierteln ab

Zugleich lehnten sich viele Protestierende gegen die Evakuierung von Armenvierteln auf der Insel Mayotte auf, in denen viele Menschen ohne Bleiberecht leben. Die französischen Behörden wollen Migranten, die vor allem von den benachbarten Komoren stammen, aus dem Übersee-Département abschieben und ihre illegal errichteten Unterkünfte abreißen. An der großangelegten Abschiebeaktion waren 1.800 Sicherheitskräfte beteiligt, die teils aus Festland-Frankreich eingeflogen wurden.

"Die Art und Weise, wie Komorer ohne Papiere behandelt werden, ist eines Landes wie Frankreich unwürdig", sagte die Vizepräsidentin der französischen Menschenrechtsliga und frühere Europaparlamentarierin Marie-Christine Vergiat.

Auch in vielen anderen französischen Städten gab es am Samstag Demonstrationen. In Marseille gingen 200 bis 300 Menschen auf die Straße, in Rennes mehr 500. Seit Monaten kommt es in Frankreich andauernd zu heftigen Straßenprotesten. Vor allem die geplante Rentenreform der Regierung von Präsident Emmanuel Macron steht in der Kritik.

Load-Date: April 30, 2023

Nur manche Menschen werden Brüder; Die EU scheitert in der Migrationspolitik an den eigenen Ansprüchen. Das geht an ihr Selbstverständnis: Europa ist moralisch auch nicht besser als der Rest der Welt.

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 3:16 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 829 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

In der Serie "Politisch motiviert" ergründen unsere Autorinnen und Autoren politische Themen der Woche. Dieser Artikel ist Teil von ZEIT am Wochenende, Ausgabe 38/2023.

Beginnen wir mit dem, was offensichtlich ist, nicht nur in Lampedusa: Eine humane europäische **Migrationspolitik** ist gescheitert. Das bisherige **Asylrecht** ist de facto an sein Ende geraten. Pushbacks, Zäune und Lager können nach rund einem Jahrzehnt Krise nicht mehr als schmerzliche Überbrückung gelten bis zu einer humanen europäischen Lösung - sie sind die europäische Lösung. Europa hat sich längst für jene "wohltemperierte Grausamkeit" entschieden, die AfD-Rechtsaußen Björn Höcke einst forderte.

Das hat Folgen. Zuerst für jene, die nach Europa wollen. Aber auch für Europa selbst: Für das Selbstverständnis dieser moralischen Supermacht. "Alle Menschen werden Brüder", heißt es in Friedrich Schillers Text, der zur Ode An die Freude gehört, die sich die EU zur Hymne gewählt hat. Als die Europäische Union 2012 den Friedensnobelpreis bekam, feierte der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso sie als Beispiel dafür, "dass es möglich ist, die Unterschiede zwischen "denen" und "uns" zu überwinden".

Es ist leicht, diese schönen humanistischen Versprechen als chronisch unerfüllt zu entlarven. Die Bewohner der einstigen Kolonien wissen sehr genau, wo die europäische Brüderlichkeit endet. Und die Grenze zwischen "denen" und "uns" werden heute exakt markiert von den Zäunen an den europäischen Rändern.

Ideale gehen aber zum Glück nicht sofort kaputt, wenn sie nicht erfüllt werden. Sie setzen Kräfte gerade dadurch frei, dass sie am utopischen Horizont liegen: Da wollen wir hin! So konnte die Idee der Menschenrechte bald mächtiger werden als ihre Erfinder - und sich sogar gegen deren Interessen wenden: Der haitianische Revolutionsführer Toussaint Louverture beispielsweise hat mit den Werten der Französischen Revolution (Freiheit! Selbstbestimmung!) gegen die französische Kolonialmacht gekämpft.

Den hohen Ton herunterdimmen

Nur manche Menschen werden Brüder Die EU scheitert in der Migrationspolitik an den eigenen Ansprüchen.
Das geht an ihr Selbstverständnis: Europa ist moralisch a....

Wenn aber, womöglich auch jetzt wieder, Menschenrechte nicht durch die Europäer, sondern gegen sie durchgesetzt werden müssen, dann reißt im Selbstverständnis der EU etwas auf, was größer ist als die normale Kluft zwischen Idealen und Realität. Denn keine andere politische Macht baut so sehr auf Moral wie Europa. Gerade weil die Bürger und Bürgerinnen der Union sonst wenig teilen, weil ihnen die gemeinsame Sprache fehlt, die gemeinsame Geschichte und oft auch die gemeinsamen Interessen, sollen möglichst universelle Werte sie zusammenhalten. Die EU hat keine gemeinsame Armee, sie behauptet, als Soft Power die Welt zu verbessern, indem sie mit gutem Beispiel vorangeht. "Wohltemperierte Grausamkeit" passt da schlecht ins Bild.

Zwar dürfte ein Teil der Europäer den Sonntagsreden in Brüssel eh nie Gehör geschenkt und einen nüchternen Blick auf die eigenen und die europäischen Interessen haben. Aber öffentlich bestimmend, gerade in Deutschland, sind doch eher jene, die in Europa die Antwort auf Nationalismus sehen. Die gern zu Hause sein wollen in diesen europäischen, universellen Werten, und von denen manche gleich in die kuscheligen Hoodies mit den gelben Europa-Sternen auf blauem Grund schlüpfen. Für diese tonangebende Gruppe der sogenannten Pro-Europäer ist das offensichtliche Scheitern der EU an den eigenen Ansprüchen in der Migrationspolitik nun besonders schmerzhaft.

Wenn es nicht vollauf damit beschäftigt sein will, die eigene Verlogenheit zu kaschieren, sollte Europa den hohen Ton etwas herunterdimmen. Vielleicht endet jetzt die Phase, in der die Europäische Union sich zum universellen zivilisatorischen Projekt verklärt. Der indisch-niederländisch-britische Autor Hans Kundnani spricht hier vom "Mythos eines kosmopolitischen Europas". Er schlägt vor, man sollte die EU stattdessen besser verstehen als "Ausdruck eines Regionalismus - eher analog zu Nationalismus als das Gegenteil davon". Ein solches Europa müsste sich nicht vom Anspruch auf Menschenrechte verabschieden. Aber es müsste eingestehen, dass es nicht deren Hüter ist.

A rubber boat with migrants is seen from the MV Aquarius, a search and rescue ship run in partnership with the humanitarian organisations SOS Mediterranee and Medecins Sans Frontieres (MSF - Doctors Without Borders), some 24 nautical miles off Libya coast, in the Mediterranean Sea on May 6, 2018. - The Libyan coast guard intercepted the boat taking the migrants onboard, denying the help of the NGO's. (Photo by LOUISA GOULIAMAKI / AFP)

A rubber boat with migrants is seen from the MV Aquarius, a search and rescue ship run in partnership with the humanitarian organisations SOS Mediterranee and Medecins Sans Frontieres (MSF - Doctors Without Borders), some 24 nautical miles off Libya coast, in the Mediterranean Sea on May 6, 2018. - The Libyan coast guard intercepted the boat taking the migrants onboard, denying the help of the NGO's. (Photo by LOUISA GOULIAMAKI / AFP)

Load-Date: September 22, 2023

Kämpfe gehen trotz verlängerter Waffenruhe weiter; Ein baldiges Ende des Konflikts zeichnet sich Beobachtern zufolge nicht ab. Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl fordert einen Abschiebestopp in den Sudan.

ZEIT-online

Samstag 29. April 2023 10:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sudan; Ausg. 1

Length: 1008 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

STR

Beschreibung Sudanesische **Flüchtlinge** gelangen über den Grenzübergang von Argeen nach Ägypten, um dem Konflikt in ihrem Heimatland zu entkommen. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Aufnahmedatum 27.04.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa | STR Besondere Hinweise - Release Model release nicht verfügbar Verwendung Zur redaktionellen Verwendung. Nicht-redaktionelle Verwendung nach Absprache.

Trotz einer vereinbarten Waffenruhe hat es im Sudan wieder heftige Kämpfe gegeben. Bewohner und Bewohnerinnen berichteten, in Khartum seien Schusswechsel und Artillerieangriffe zu hören gewesen, unter anderem rund um den Präsidentenpalast, nahe der Zentrale des staatlichen Rundfunks und eines Militärstützpunktes in Khartum. Über der Stadt waren schwarze Rauchwolken zu sehen. In Khartum gibt es keinen Strom und Leitungswasser mehr, Internet und Telefon funktionieren nur noch sporadisch. Benzin, Bargeld und Lebensmittel werden knapp.

Am Dienstag war eine unter Vermittlung der USA ausgehandelte 72-stündige Feuerpause in Kraft getreten, die am Donnerstag kurz vor Ablauf noch einmal um 72 Stunden bis Sonntag um Mitternacht verlängert wurde. Allerdings wurden bisher alle Waffenruhen gebrochen. Das sudanesische Militär teilte in sozialen Medien mit, der sudanesische Staat werde sich bald als siegreich erweisen und jegliche Versuche, das Land in Geiselhaft zu nehmen, würden gestoppt.

Im Sudan kämpfen seit nunmehr drei Wochen Armeeeinheiten unter dem Kommando von Armeechef Abdel Fattah al-Burhan gegen die von dem General Mohamed Hamdan Daglo angeführte RSF-Miliz. Mehr als 500 Menschen wurden seitdem getötet und rund 4.200 verletzt.

Der sudanische Ärzteverband teilte mit, dass unter den Todesopfern mindestens 411 Zivilisten seien. Mehr als 2.000 Zivilpersonen seien verletzt worden. Mehrere zehntausend Geflüchtete sind bereits in den Nachbarländern

Kämpfe gehen trotz verlängerter Waffenruhe weiter Ein baldiges Ende des Konflikts zeichnet sich Beobachtern zufolge nicht ab. Die Flüchtlingshilfsorganisation P....

angekommen, vor allem in Äthiopien und Ägypten. Bis zu 20.000 Menschen flüchteten nach Angaben der Vereinten Nationen in den ebenfalls instabilen Tschad, viele tausend andere versuchten ihr Glück auf dem beschwerlichen Landweg von der Hauptstadt Khartum nach Port Sudan, von wo Schiffe Flüchtlinge über das Rote Meer in Sicherheit bringen.

"Ein Bürgerkrieg wäre ein Alptraum für die Welt"

Der sudanesisische Ex-Ministerpräsident Abdalla Hamdok, der bei einem Militärputsch im Jahr 2021 gestürzt worden war, warnte vor den Folgen einer weiteren Eskalation des Konflikts in seiner Heimat weit über die Grenzen des Landes hinaus. "Gott bewahre, dass es im Sudan zu einem echten Bürgerkrieg kommt ... es ist ein riesiges Land und sehr divers ... es wäre ein Alptraum für die Welt", sagte Hamdok bei einer Konferenz in der kenianischen Hauptstadt Kenia.

Der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union (AU), Moussa Faki, sagte, er wolle dazu beitragen, einen vom Sudan selbst ausgehenden politischen Prozess auf den Weg zu bringen und Friedenssoldaten der AU in den Sudan senden. "Ich bin bereit, selbst hinzufahren, auch auf dem Landweg", sagte Faki. "Wir bitten die beiden Generäle, die Bedingungen zu schaffen, damit wir nach Khartum kommen können."

US-Bürger aus Khartum erreichen Port Sudan

Die Evakuierung von Ausländern läuft inzwischen überwiegend über das Meer. Mehrere hundert amerikanische Staatsbürger erreichten am Samstag nach ihrer Flucht aus der sudanesischen Hauptstadt Khartum die Hafenstadt Port Sudan am Roten Meer. Wie aus US-Regierungskreisen hieß es, Militärdrohnen hätten die Busse mit 200 bis 300 US-Bürgern während der 800 Kilometer langen Fahrt begleitet. Von Port Sudan aus helfe man US-Staatsbürgern und anderen, die reiseberechtigt seien, in die saudi-arabische Küstenstadt Dschidda weiterzureisen, teilte das US-Außenministerium mit. Neben US-Bürgern seien auch Ortskräfte aus dem Sudan und Staatsangehörige verbündeter Länder ausgereist.

Das US-Militär habe Aufklärungs- und Überwachungsarbeit geleistet, um die Evakuierungen abzusichern, teilte die US-Regierung mit. Es würden in der Region auch Militärschiffe verlegt, falls deren Unterstützung entlang der Küste benötigt werde. US-Medien berichteten, der Konvoi sei von bewaffneten US-Drohnen des US-Militärs begleitet worden.

Andere Länder, darunter Deutschland, Frankreich und Großbritannien, hatten ihre Staatsbürger in den vergangenen Tagen per Flugzeug in Sicherheit gebracht. Die Bundeswehr flog nach eigenen Angaben seit Sonntag vergangener Woche rund 780 Menschen aus über 40 Nationen aus dem Sudan aus, darunter 230 Deutsche.

Pro Asyl fordert Abschiebestopp in den Sudan

Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl sprach sich für einen bundesweiten Stopp von Abschiebungen in den Sudan aus. "Die Bundesregierung kann nicht weiter zusehen, dass Menschen angedroht wird, in ein Gebiet abgeschoben zu werden, in dem ein bewaffneter Konflikt stattfindet", sagte der flüchtlingspolitische Sprecher der Organisation, Tareq Alaows, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Ungefähr die Hälfte der sudanesischen Flüchtlinge in Deutschland sei nur geduldet und damit von Abschiebung bedroht.

Es sei nicht absehbar, wann die Kämpfe im Sudan beendet seien, sagte Alaows weiter. Er fügte mit Blick auf die jüngste Evakuierungsaktion der Bundeswehr für deutsche und andere ausländische Staatsbürger hinzu: "Wir können nicht einerseits Menschen evakuieren und andererseits Menschen abschieben."

Die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD) hatte auf Bundes- und Länderebene einen formalen Abschiebestopp gefordert. Angesichts der Kämpfe im Sudan sind Abschiebungen aber derzeit ohnehin kaum möglich, weil Flüge in das Krisenland zu gefährlich sind. Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hatte vor einigen Tagen einen Abschiebestopp erlassen.

Kämpfe gehen trotz verlängerter Waffenruhe weiter Ein baldiges Ende des Konflikts zeichnet sich Beobachtern zufolge nicht ab. Die Flüchtlingshilfsorganisation P....

2022 gab es dem RND-Bericht zufolge nach Angaben der Bundesregierung lediglich elf Abschiebungen in den Sudan. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wurden im März 183 Anträge auf Asyl gestellt, es gab eine Anerkennung als Asylbewerber und 21 Anerkennungen als Flüchtlinge. Aktuell seien beim Bamf 297 Verfahren anhängig.

Load-Date: April 30, 2023

End of Document

**Seenotretter nehmen 258 Migranten vor der Küste von Libyen an Bord;
Helfer von Ärzte ohne Grenzen haben Hunderte Migranten aus Seenot
gerettet. Auf den Kanarischen Inseln sind innerhalb von 24 Stunden mehr
als 500 Geflüchtete angekommen.**

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 4:20 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 631 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen hat vor der libyschen Küste bei zwei Einsätzen 258 **Migranten** aus Seenot gerettet. Bei der ersten Aktion wurden 162 Menschen gerettet. Darunter waren 17 Frauen und 29 Kinder, die sich auf einem sieben Meter langen Holzboot drängten. Viele von ihnen waren unter Deck. Das Boot war motorisiert, verfügte jedoch nicht über Navigationsgeräte, teilte Fulvia Conte, Rettungskordinatorin des Ärzte-ohne-Grenzen-Schiffs Geo Barents, mit. Bei den Menschen an Bord handelte es sich um Syrer und Ägypter.

"Viele von ihnen befanden sich unter Deck, im Bauch des Bootes, einem Ort, der noch unsicherer ist, was die Belüftung angeht", sagte Conte. Die Geo Barents habe bereits Menschen gefunden, die unter ähnlichen Bedingungen gestorben seien.

Bei dem zweiten Einsatz wurden 96 Menschen von einem ähnlichen hölzernen Boot gerettet, darunter waren neun Kinder. Bei vielen handelte es sich um Syrer.

Hunderte Geflüchtete auf den Kanaren angekommen

Die italienische Schifffahrtsbehörde wies die Geo Barents an, die Geretteten zum Hafen von Salerno in der Nähe von Neapel zu bringen, wie Conte berichtete. Dieser ist etwa 400 Kilometer vom Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Anweisung entfernt. Sie kritisierte, Schiffen in Italien weit entfernte Häfen zuzuweisen. Dies Sorge dafür, dass sie in dem Gebiet, in dem sie gebraucht würden, für längere Zeit nicht tätig sein könnten.

Auch auf den Kanarischen Inseln kamen wieder Hunderte Geflüchtete an. Drei Schiffe mit 275 Menschen an Bord hätten die westliche Insel El Hierro erreicht, sagte eine Sprecherin der spanischen Seenotretter. Zwei weitere Boote kamen demnach auf Teneriffa und eines auf Gran Canaria an. Nach Angaben der Sprecherin stammen die Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Insgesamt seien 518 Flüchtlinge innerhalb eines Tages angekommen.

Seenotretter nehmen 258 Migranten vor der Küste von Libyen an Bord Helfer von Ärzte ohne Grenzen haben Hunderte Migranten aus Seenot gerettet. Auf den Kanarisch....

Seit einigen Jahren versuchen Geflüchtete wegen verschärfter Kontrollen im Mittelmeer verstärkt, die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln zu erreichen. Die Überfahrt ist jedoch besonders gefährlich, häufig ereignen sich Schiffbrüche. Nach Angaben des spanischen Innenministeriums kamen zwischen Januar und Ende September 14.976 Migranten auf den Kanaren an. Das entspricht einem Anstieg um fast 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Deutsche Rettungsorganisation Sea-Eye verklagt Italien

Unterdessen klagte die Seenotrettungsorganisation Sea-Eye gegen die Festsetzung ihres Rettungsschiffes Sea-Eye 4 in Italien. Das teilte die Organisation mit. Die italienische Küstenwache hatte das Schiff den Angaben zufolge im August für 20 Tage im Hafen von Salerno festgesetzt und ein Bußgeld von 3.333 Euro verhängt.

Italien argumentiert, dass die Sea-Eye 4 drei Rettungseinsätze durchführte, statt nach der ersten Rettung direkt Italien anzusteuern. Für Italien sei dies ein Gesetzesverstoß. Sea-Eye rechtfertigt das Verhalten seiner Schiffsbesatzung mit der akuten Gefahr für Leib und Leben von Menschen. Sie nicht zu retten, wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht gewesen.

"Hätte die Sea-Eye 4 nach der ersten Rettung den Einsatz beendet, wären zwei Boote zurückgelassen worden. Auf dem dritten Boot waren bereits mehrere Personen bewusstlos, weil sie dem Meer viele Tage schutzlos ausgeliefert waren", sagte Sea-Eye-Vorsitzender Gordon Isler. Sie nicht zu retten, hätte ihren Tod bedeutet. Immer wieder streitet Italien mit Seenotrettungsorganisationen. Die nächste Mission des Schiffs wird unter anderem von der deutschen Bundesregierung finanziert.

Giovanni Isolino Das Ärzte-ohne-Grenzen-Schiff Geo Barents nahe Cantania, Sizilien im November 2022
Giovanni Isolino Das Ärzte-ohne-Grenzen-Schiff Geo Barents nahe Cantania, Sizilien im November 2022

Load-Date: October 6, 2023

"Wir können uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten"; Er hat in den Neunzigerjahren den großen Asylkompromiss verhandelt. Wolfgang Schäuble spricht über die Lehren von damals und Probleme von heute.

ZEIT-online

Sonntag 1. Oktober 2023 9:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Wolfgang Schäuble; Ausg. 1

Length: 1298 words

Byline: Mariam Lau; Fabian Reinbold

Body

In Wolfgang Schäubles Büro hängt an der Wand ein Foto aus seiner Zeit als Finanzminister. Ihm zu Ehren hatten sich die Mitarbeiter im Hof im Oval aufgestellt: die schwarze Null. Schäuble (81) war Partei- und Fraktionschef, Innenminister und Bundestagspräsident. Nun schreibt der CDU-Politiker an seinen Memoiren. Sie sollen im Herbst 2024 erscheinen - parallel zu denen Angela Merkels.

ZEIT ONLINE: Herr Schäuble, Sie sind der Architekt des sogenannten **Asylkompromisses**, der vor 30 Jahren das deutsche **Asylrecht** grundlegend veränderte und über den plötzlich wieder viel gesprochen wird, der manchen als Vorbild für heute gilt. Der 26. Mai 1993, an dem die Änderung beschlossen wurde - was war das für ein Tag?

Wolfgang Schäuble: Die Demonstranten hatten angekündigt, den Bundestag, damals noch im alten Wasserwerk in Bonn, zu blockieren. Ich war schon morgens um sieben kaum durchgekommen ins Büro. Viele andere Abgeordnete mussten mit Hubschraubern und Booten über den Rhein ins Wasserwerk gebracht werden - das war wirklich abenteuerlich.

ZEIT ONLINE: Das Recht auf Asyl wurde durch den Kompromiss drastisch eingeschränkt. Wie kam es dazu?

Schäuble: Es hatte sich schon seit den Siebzigerjahren angebahnt, dass immer mehr Asylbewerber kamen. Herbert Wehner hat in den Siebzigerjahren schon vor den gesellschaftlichen Konsequenzen gewarnt. Mit dem Fall der Mauer und dem Krieg auf dem Balkan beschleunigte sich das. Anfang der Neunzigerjahre kamen 440.000 Menschen, die meisten aus Europa.

ZEIT ONLINE: In dieser Lage entschieden Sie sich zu einer folgeschweren Änderung des Grundgesetzes, von der viele sagen, sie sei faktisch das Ende des deutschen Asylrechts gewesen.

Schäuble: In unserem Grundgesetz stand der Satz 'Politisch Verfolgte genießen Asyl.', und in der Rechtsanwendung wurde daraus: Solange nicht rechtskräftig abschließend widerlegt war, dass man nicht politisch verfolgt wurde, konnte man nicht abgeschoben werden. Und solange man hier war, hatte man Anspruch auf Sozialleistungen. Das führte in einem absurden Fall dazu, dass selbst ein Mensch aus Basel, im elf Kilometer

"Wir können uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten" Er hat in den Neunzigerjahren den großen Asylkompromiss verhandelt. Wolfgang Schäuble spricht über die Leh....

entfernten Lörrach, sechs Jahre lang Sozialhilfe bezogen hat, weil er behauptete, er sei in Basel politisch verfolgt. Es gab Rechtsanwaltskanzleien, die auf solche Fälle spezialisiert waren. Jede Verfahrensbeschleunigung stieß auf Protest. So ging es nicht weiter. Also musste es eine Verfassungsänderung geben, denn ohne war es nicht zu lösen.

ZEIT ONLINE: Dafür brauchten Sie eine Zweidrittelmehrheit. Wie haben Sie die erreicht?

Schäuble: Die habe ich 1993 als Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit meinem kürzlich verstorbenen SPD-Kollegen Hans-Ulrich Klose zustande bekommen. Die SPD war gegen die Einfügung eines Gesetzesvorbehalts in Artikel 16. Denn dann wäre zur Umsetzung nur eine einfache Mehrheit im Parlament notwendig gewesen. Das wollte die SPD nicht. So habe ich vorgeschlagen, dass wir in Artikel 16a den Regelungsgehalt der Genfer Flüchtlingskonvention einfügen. Ebenfalls haben wir mit dem Artikel die Grundlage gelegt, mögliche europäische Regelungen zu schaffen. Hermann Otto Solms hat dafür gesorgt, dass die FDP den Kompromiss mittrug. Seitdem können wir Asylbewerber aus sicheren Herkunfts- und Transitländern von Verfassungswegen unmittelbar zurückweisen.

ZEIT ONLINE: Von dieser Änderung waren dann aber nicht zuerst Schweizer betroffen, sondern auch Menschen, die echte Fluchtgründe hatten. Die Verhandlungen fielen in eine Zeit rassistisch motivierter Ausschreitungen, rechtsextreme Parteien erlebten einen Höhenflug, die Republikaner holten in Ihrer Heimat Baden-Württemberg elf Prozent.

Schäuble: Mit dem Asylkompromiss ging nicht nur die Zahl der Asylbewerber schlagartig zurück. Auch die rechtsextremen Parteien wurden marginalisiert. Bis 2015 hat das Thema danach praktisch kaum eine Rolle mehr gespielt.

ZEIT ONLINE: Ist der Asylkompromiss also ein Modell für heute, brauchen wir wieder eine Änderung des Grundgesetzes? Ihr Parteifreund Thorsten Frei fordert sogar die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl.

Schäuble: Wir brauchen keine Grundgesetzänderung, wir müssen vor allem die europäischen Regeln, die es gibt, wirkungsfähig machen. Wir sehen aktuell auch, dass es auf EU-Ebene, nachdem Kanzler Olaf Scholz in seiner Koalition Klarheit hergestellt hat, Bewegung gibt - das ist im Hinblick auf die Europawahlen 2024 auch nötig. Darüber hinaus verstehe ich die Verärgerung der Italiener darüber, dass Deutschland Seenotrettungs-NGOs im Mittelmeer staatlich unterstützt, die Flüchtlinge eben nicht nur retten, sondern auch nach Europa bringen. Das ist die Geschäftsgrundlage für die Schlepperkriminalität.

ZEIT ONLINE: Aber wohin mit den Geflüchteten?

Schäuble: Mit genügend Unterstützung können wir Abkommen mit den Anrainerstaaten abschließen, in die man sie bringen kann. Das wird sich sehr schnell herumsprechen. Es wird das Geschäft der Schleuser kaputtmachen. Die Australier haben das konsequent gemacht - und dort ertrinkt niemand mehr vor der Küste.

ZEIT ONLINE: Altbundespräsident Joachim Gauck sagt, die Politik müsse sich Spielräume erschließen, die zunächst "inhuman klingen". Sehen Sie es auch so?

Schäuble: Ich bin dankbar für die Äußerungen des Altbundespräsidenten, der ja auch schon früh darauf hingewiesen hat, dass unsere Herzen weit sind, aber unsere Möglichkeiten endlich. Wir müssen einsehen, dass wir uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten können.

ZEIT ONLINE: Welcher Spielraum bleibt der Bundesregierung? Die europäische Rechtsprechung setzt enge Grenzen.

Schäuble: Der europäische Asylkompromiss wird auch nicht alles perfekt regeln, ist aber allemal besser als die aktuelle Lage. Oft steht uns Deutschen der Perfektionismus im Weg. Perfekte Lösungen gibt es jetzt aber nicht.

"Wir können uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten" Er hat in den Neunzigerjahren den großen Asylkompromiss verhandelt. Wolfgang Schäuble spricht über die Leh....

ZEIT ONLINE: Gut 80 Prozent der Menschen trauen laut einer aktuellen Umfrage der Politik gar nicht mehr zu, dieses Problem zu lösen.

Schäuble: Vor allem sollte man keine Versprechungen machen, die man nicht halten kann. Die Bürger wollen keine Vorschläge mehr hören, von denen alle genau wissen, dass sie sich so nicht realisieren lassen werden. Aber die Menschen zurückzuschicken - das geht. Auch wenn es nicht schön und einfach ist.

ZEIT ONLINE: Spüren Sie in Ihrem persönlichen Umfeld die Belastung - fühlt es sich an wie 2015?

Schäuble: Wenn ich mit meinem Handbike von meiner Wohnung in Offenburg losfahre, nehme ich Veränderungen wahr, ja. Und auch die kommunalen Verantwortungsträger der verschiedenen Ebenen berichten mir von Belastungsgrenzen. Das nehme ich ernst.

ZEIT ONLINE: Sollte Deutschland generell Asylbewerbern niedrigere Sozialleistungen zahlen? Auch hier ist der Spielraum eng, dafür sorgt auch das Bundesverfassungsgericht.

Schäuble: Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts lässt genug Spielraum zu! Das Argument, das Verfassungsgericht mache nicht mit, ist ein Erklärungsversuch der Politik, die über diese Fragen nicht entscheiden will. Wenn wir ein höheres Sozialleistungsniveau anbieten, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Menschen versuchen, möglichst nach Deutschland zu kommen. Also brauchen wir ein einheitliches, europäisches Niveau.

ZEIT ONLINE: Wenn wir eine derart krisenhafte Situation haben, braucht es dann sogar Grenzkontrollen, bei denen die Polizei nicht nur kontrolliert, sondern Migranten auch direkt an der Grenze zurückweisen kann?

Schäuble: Ja, leider. Doch es ist die schlechtere Lösung. Ein funktionierendes Schengensystem mit starken Außengrenzen wäre viel besser, aber das haben wir momentan nicht.

ZEIT ONLINE: Und solche Zurückweisungen halten Sie für legal?

Schäuble: Ja, die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind die Genfer Flüchtlingskonvention und Artikel 16a GG, der aus dem Asylkompromiss hervorging. Heute mag es notwendig sein, dass wir dafür die Dublin-Verordnung anpassen müssen.

Load-Date: October 1, 2023

Die Erdogan-Migranten; Aus der Türkei wandern wieder Menschen nach Deutschland aus. Diese neue Generation verlässt ihr Heimatland vor allem wegen des repressiver werdenden Regimes Erdogans.

ZEIT-online

Dienstag 3. Oktober 2023 4:24 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Einwanderung aus der Türkei; Ausg. 1

Length: 1249 words

Byline: Can Dündar

Body

Lesen Sie hier das türkische Original. Der Text ist für die deutsche Version redaktionell leicht bearbeitet worden. / Köse yazisinin redakte edilmiş Almanca versiyonu için tıklayınız.

Die Geschichte der **Migration** aus der Türkei nach Deutschland ist unmittelbar mit der türkischen Geschichte verknüpft. Nach der ersten Generation, die im Zuge des Anwerbeabkommens in den Sechzigerjahren als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland ausgewandert war, kamen vor allem Menschen, die vor Interventionen des türkischen Militärs im Inneren flüchteten: die Generation der 68er, die besonders unter dem Militärputsch 1971 litt; in den Siebzigerjahren von Pogromen betroffene Aleviten; beim Militärputsch von 1980 im Fokus stehende Linke; und in den Neunzigerjahren Kurden, die unterdrückt und deren Dörfer niedergebrannt wurden.

Die Soziologie der ersten Generation unterschied sich enorm von der späterer türkischer Einwanderer nach Deutschland. Die Ersten brachten die religiös-nationalistische, konservative Tradition Anatoliens mit, bewahrten sie sorgsam, nicht zuletzt als Reaktion auf die Diskriminierung, die sie dann in Deutschland erfuhren, und gaben sie an die Generationen weiter, die sie hier aufzogen. Die heutige Erdogan-Wählerschaft in Deutschland speist sich hauptsächlich aus der Fortsetzung dieser Tradition. Im Gegensatz dazu bewahrten sich jene, die danach wegen Repressionen aus der Türkei fortgingen, eine oppositionelle Ader.

Die Psychologie der Diaspora machte beide Gruppen radikaler, als sie in der Türkei gewesen waren: Nationalisten und Islamisten wurden fanatischer, Linke, Kurden und Aleviten tendierten verstärkt zu einer revolutionären politischen Linie. Diese Spannung führte mitunter zu Konflikten.

Derzeit wird in der gut sechzigjährigen Migrationsgeschichte eine neue Seite aufgeschlagen, denn zur bisherigen Akkumulation kommt jetzt eine neue Migrationswelle hinzu: die Erdogan-Migranten.

Das ist eine ganz neue Strömung. Wir erleben die Migration einer Gruppe, die sich in vielerlei Hinsicht von den anderen zuvor unterscheidet. Zum einen liegt diesmal kein Militärputsch vor, vielmehr gingen diese Personen aufgrund der Repression durch eine sich zivil darstellende Regierung. Zweitens ist ihr Grundmotiv nicht politisch,

Die Erdogan-Migranten Aus der Türkei wandern wieder Menschen nach Deutschland aus. Diese neue Generation verlässt ihr Heimatland vor allem wegen des repressiver....

sondern vor allem sozial, auch wenn einige aus politischen Gründen kommen. Diesmal wandert eine Generation aus, die des zunehmend reaktionären Drucks auf das Alltagsleben überdrüssig ist, die es satthat, nicht sagen zu können, was sie denkt, nicht leben zu können, wie sie gern möchte. Es kommen Akademiker, die von ihren Universitäten entfernt wurden, weil sie eine Petition unterschrieben haben; Musiker, gegen die wegen eines Songtextes Ermittlungen aufgenommen wurden; junge Leute, die angegriffen wurden, weil sie sich in der Öffentlichkeit geküsst haben; Jungverheiratete, die keine Kinder unter dem Repressionsregime aufziehen wollen.

Anders als die anderen gewissermaßen übereinander geschichteten Einwanderergenerationen geht es diesen Menschen meist wirtschaftlich besser, sie verfügen über höhere Bildungsabschlüsse, haben gute Berufe, sprechen Fremdsprachen. Sie arbeiten eher nicht im Bergbau oder auf dem Bau, sondern im medizinischen oder im IT-Bereich. Integration in Deutschland ist für sie kein Problem. Vielmehr verließen diese Menschen ihr Land, weil es ihnen nicht gelang, sich in der neuen Türkei zu integrieren. Und wie es aussieht - Studien dazu gibt es noch nicht -, sind die meisten von ihnen jung, urban und weiblich.

Die Neuen träumen nicht von einer Rückkehr

Die neue Migrationsbewegung nahm nach der bewaffneten Niederschlagung der friedlichen Gezi-Protteste im Sommer 2013 Fahrt auf. Die junge urbane Generation der Türkei kam damals gewissermaßen zum letzten Mal zusammen, schrie laut "Es reicht!", und als ihre Stimme ungehört blieb, besser gesagt, brutal unterdrückt wurde, beschloss sie zu gehen.

Visa zu erhalten, sich im neuen Land niederzulassen und Arbeit zu finden, fiel den jungen Leuten nicht schwer. Sie sind weder gläubig noch nationalistisch, nur schwach politisch engagiert und nicht auf der Suche nach Zugehörigkeit. Soweit ich es beobachte, leiden sie nicht unter heftigem Heimweh wie die erste Generation, strömen nicht in türkische Lokale. Beziehungen knüpfen sie eher zu Deutschen als zu Türken. Darüber hinaus träumen sie nicht von Rückkehr. Es sieht danach aus, dass sie dauerhaft in Deutschland bleiben.

Haci Halil Uslucan, Professor für Moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Leiter des dortigen Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, weist auf die gravierenden Unterschiede und Konfliktgebiete zwischen den zuletzt Gekommenen und den früheren Migranten hin. Laut Uslucan möchten die Neuen nicht mit den früheren türkischen Migrantinnen und Migranten in einen Topf geworfen werden, hätten auch kaum Kontakt zu ihnen. Vielmehr betonten sie häufig ihre gute Ausbildung und Qualifikation und sprächen meist Englisch. Umgekehrt würden auch die früheren Migranten Abstand zu den Neuen halten, sie ausgrenzen, weil sie aus Gegnerschaft gegen die Türkei hergekommen seien. Obwohl sie bei gewissen Qualifikationen überlegen seien, hätten die meisten der neuen Migranten noch keinen sicheren Status in Deutschland, während die früheren fast alle über Arbeit, regelmäßiges Einkommen, Aufenthaltssicherheit, volle Bürgerrechte und gute Rücklagen verfügten.

Und während in Deutschland fremdenfeindliche Politik rasant an Bedeutung gewinnt und Asylsuchende zu Zielen von Verbalattacken auch von konservativen Politikern werden, erlebt das Land im Schatten solcher Debatten eine neue Einwanderung aus der Türkei, die völlig anders ist als früher. Welche Konflikte diese Migration womöglich auslösen wird, welchen Konflikten die Migrantinnen in Deutschland ausgesetzt sein werden, welche Einwanderungsgeschichten sie schreiben werden: Das lässt sich heute noch nicht sagen.

Aus dem Türkischen von Sabine Adatepe

Can Dündar ist Chefredakteur des von ihm in Deutschland neu gegründeten Webportals #Özgürüz. Nach der wöchentlichen ZEIT-Kolumne Meine Türkei schreibt er jetzt regelmäßig über sein Leben in Deutschland.

Adam Berry BERLIN, GERMANY - MAY 14: Local Turks react as preliminary Turkish national election results indicating a required runoff on March 28 are tallied and announced on a large screen in a beer garden on May 14, 2023 in Berlin, Germany. Turkish citizens in Germany, home to the country's largest diaspora, turned out in record numbers to vote in elections pitting against each other two front-runners for Turkey's presidency, Economist Kemal Kiliçdaroglu and incumbent Recep Tayyip Erdogan, who offer dramatically different paths for the country's future.

Die Erdogan-Migranten Aus der Türkei wandern wieder Menschen nach Deutschland aus. Diese neue Generation verlässt ihr Heimatland vor allem wegen des repressiver....

(Photo by Adam Berry/Getty Images) Adam Berry BERLIN, GERMANY - MAY 14: Local Turks react as preliminary Turkish national election results indicating a required runoff on March 28 are tallied and announced on a large screen in a beer garden on May 14, 2023 in Berlin, Germany. Turkish citizens in Germany, home to the country's largest diaspora, turned out in record numbers to vote in elections pitting against each other two front-runners for Turkey's presidency, Economist Kemal Kiliçdaroglu and incumbent Recep Tayyip Erdogan, who offer dramatically different paths for the country's future. (Photo by Adam Berry/Getty Images)

Load-Date: October 3, 2023

End of Document

Länderchefs unterstützen EU-Asylkompromiss wohl nahezu ausnahmslos; Kanzler Olaf Scholz und die Länderchefs besprechen in Berlin verschiedene politische Fragen. Ein Thema, das offenbar kaum Diskussionsbedarf hat, ist der Asylkompromiss.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 2:31 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Ministerpräsidentenkonferenz; Ausg. 1

Length: 638 words

Byline: Sarah Lena Grahn

Body

Michael Kappeler

Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen

Die **Asylpläne** der EU-Innenminister stoßen bei den Bundesländern auf breite Zustimmung. Es habe unter den Ländern eine "nahezu einhellige Zustimmung" dazu gegeben, sagte Niedersachsens Ministerpräsident und Chef der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Stephan Weil, vor Beratungen der Bundesländer mit Kanzler Olaf Scholz (SPD).

"Wir wissen wirklich zu würdigen, dass Europa noch nie so weit gewesen ist, eine gemeinsame Politik in diesem schwierigen Feld zu diskutieren und zu vereinbaren", sagte der SPD-Politiker Weil. Bei diesem Thema seien allerdings noch einige Fragen offen etwa zu beschleunigten Verfahren an der Grenze.

Nach den jüngsten EU-Plänen ist unter anderem ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Einrichtungen kommen auch Familien mit kleinen Kindern. Das EU-Parlament kann noch Änderungen durchsetzen.

Scholz und die Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer nahmen am Nachmittag in Berlin Beratungen über verschiedene politische Themen auf. Bei der MPK handelt es sich jedoch um ein reguläres Treffen und nicht um eine Sondersitzung wie vor rund einem Monat beim Flüchtlingsgipfel.

Arbeitsgruppen beraten

Thema der Konferenz ist auch die Frage nach der Finanzierung der Unterbringung von Geflüchteten. Der Bund hatte bei einem Gipfel Mitte Mai eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll zunächst in

Länderchefs unterstützen EU-Asylkompromiss wohl nahezu ausnahmslos Kanzler Olaf Scholz und die Länderchefs besprechen in Berlin verschiedene politische Fragen.

einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Kommunen hatten kritisiert, dass eine dauerhafte Lösung zur Finanzierung vertagt worden sei.

Die Bundesländer beharren dabei auf ihrer Forderung nach einem flexiblen System zur Finanzierung. "Wir brauchen ein atmendes System", sagte Weil. Die Finanzierung müsse sich jeweils an die Asylbewerberzahl anpassen. "Es kann nicht vernünftig sein, wenn man Jahr für Jahr zwischen Bund und Ländern darüber diskutiert, wie hoch denn der Beitrag des Bunds ist", sagte Weil.

"Deutschland-Tempo ist gut, aber es funktioniert nicht, wenn der Tempomat auf null km/h eingestellt ist"

Weitere Themen der Ministerpräsidentenkonferenz sind die geplante Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der Ausbau erneuerbarer Energien. Weil kritisierte, dass der Pakt zur Beschleunigung bei den Bund-Länder-Beratungen mit Kanzler Scholz erneut nicht entschieden werde. Der nordrhein-westfälische Regierungschef Hendrik Wüst (CDU) forderte eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Planungsbeschleunigung.

Der Bedarf für schnellere Genehmigungen sei unbestritten da, sagte Weil nach Gesprächen der Länderchefinnen und -chefs in Berlin. Das zeige der Bereich der erneuerbaren Energien mit einer ganzen Welle von neuen Gesetzen. "Aber zu langsam, zu umständlich und zu kompliziert und deswegen auch zu teuer sind wir natürlich in vielen anderen Bereichen", sagte der SPD-Politiker. "Wir Länder wollen da gern sehr schnell Nägel mit Köpfen machen gemeinsam mit der Bundesregierung."

CDU-Politiker Wüst, der stellvertretender MPK-Vorsitzender ist, sagte: "Auch da lähmt der Streit innerhalb der Ampel." Deutschland brauche schnellere Genehmigungen, um erfolgreicher Wirtschaftsstandort zu bleiben. Wenn der Bau etwa von Straßen, Autobahnen, Radwegen zu lange dauere, dann verlören die Menschen das Vertrauen in den Staat. Schon im März habe er zusammen mit Weil den Kanzler dazu angeschrieben. "Deutschland-Tempo ist gut, aber es funktioniert nicht, wenn der Tempomat auf null km/h eingestellt ist."

Load-Date: June 15, 2023

Zerstörer oder Retter?; Zuletzt kamen mehr als 100.000 Migranten nach New York. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich. Wirtschaftlich kann der Zuzug jedoch neue Chancen bieten.

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 7:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Migranten in New York; Ausg. 1

Length: 1407 words

Byline: new york german press

Body

Kurz vor dem Abflug in Corpus Christi, Texas, kommen sie an Bord. Dunkelhaarige Jungen und Mädchen, die ältesten vielleicht 13 oder 14 Jahre alt. Sie tragen alle das gleiche graue Sweatshirt, alle haben den gleichen schwarzen Beutel dabei, den manche umklammern, als wäre es ein Stofftier. Zwei Betreuer verteilen die Gruppe auf die noch freien Plätze. Neben mir landet einer der älteren Jungen. Aus Ecuador seien er und seine jüngeren Schwestern, antwortet er scheu auf meine Frage. Jetzt sind sie auf dem Weg nach New York, ins Ungewisse. Bevor ich noch mehr erfahren kann, hat ihn die Betreuerin schon umgesetzt.

Aber ich weiß auch so, was es mit meinem jungen Sitznachbarn und seinen Geschwistern auf sich hat. Es sind "unaccompanied minors", im Behördensprachegebrauch. Kinder und Jugendliche, die mit Menschenschmugglern über die mexikanisch-US-amerikanische Grenze kommen. Alleine auf den gefährlichen Weg geschickt von Eltern, die das immer noch für die bessere Alternative halten. Werden sie hinter der Grenze aufgegriffen, kommen sie erst in Gewahrsam und werden dann in Heimen oder - wenn vorhanden - bei Verwandten untergebracht. Es tatsächlich nach New York zu schaffen, wäre für sie ein großes Glück.

Doch in den Augen von Bürgermeister Eric Adams sind die Neuankömmlinge eine Katastrophe. Die Acht-Millionen-Metropole sei von der Flut der Migranten überwältigt, behauptet Adams. Kürzlich beschuldigte er die Migranten sogar, die Stadt zu ruinieren. "Nie in meinem Leben fand ich ein Problem, für das ich kein Ende sah - ich sehe kein Ende für dieses Problem", sagte er vor einigen Tagen in Manhattan. "Dieses Problem wird New York City zerstören. Die Stadt, die wir kannten, werden wir jetzt verlieren."

Unbestritten hat die Stadt massive Probleme, die mehr als 100.000 Migranten unterzubringen und zu versorgen, die in den vergangenen Monaten nach New York gekommen sind. Hinzu kommt: Die Stadt hat bereits seit Jahren ein Problem mit Obdachlosigkeit. Um historisch vergleichbare Verhältnisse zu finden, muss man zurückgehen bis in die 1930er-Jahre, als die Große Depression die USA in Hunger und Elend stürzte. Im Juni 2023 schliefen 84.526 Obdachlose, darunter 27.530 Kinder, jede Nacht in den städtischen Notunterkünften von New York. Die tatsächliche Anzahl von Obdachlosen in der Stadt dürfte noch höher sein. Der wesentliche Grund sind die Mieten, die nach der Pandemie nun wieder auf Rekordhöhen gestiegen sind. Seit Jahren ist zwar die Zahl der

Zerstörer oder Retter? Zuletzt kamen mehr als 100.000 Migranten nach New York. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich. Wirtschaftlich kann der Zuzug....

Luxuswohnungen gestiegen, die von Wohlhabenden oft als Investition angeschafft werden. Dagegen ist günstiger Wohnraum knapp. Deshalb können sich viele New Yorker kein Dach über dem Kopf leisten, obwohl sie einer festen Arbeit nachgehen und diese dank des gestiegenen Mindestlohns sogar besser bezahlt wird.

In diese angespannte Lage kommen nun Tausende Neuankömmlinge. Um sie unterzubringen, hat die Stadt Turnhallen belegt, mit Zeltstädten experimentiert und Dutzende Hotels angemietet. Für diese ist die Not profitabel - bis zu 300 Dollar kostet ein Zimmer pro Nacht. Die Kosten tragen New Yorks Steuerzahler. Dazu müssen die Kapazitäten der Schulen aufgestockt werden. Kein Wunder, dass die Kosten für die Versorgung der Migranten nach Schätzungen der Stadt in die Milliarden geht. Vor allem in den konservativen Bezirken der Stadt, wie auf Staten Island, kommt es zu Bürgerprotesten. "Ihr seid hier nicht willkommen! Ihr seid Eindringlinge! Ihr seid Feinde des Staates!", brüllte etwa ein 49-jähriger Bauunternehmer bei einer Demonstration vor einer Kirche, in der Migranten untergebracht sind.

Die Reaktionen in New York bestätigen Greg Abbott, den Gouverneur von Texas, in seinem Vorwurf, dass New Yorker lange nur deshalb Pro-Migranten waren, weil die Probleme, die sie mit sich bringen, Tausende Meilen weiter weg im Süden bleiben. Abbott, ein Republikaner, hat Busse gechartert und Tausende Migranten nach New York verbringen lassen. Aber auch der Bürgermeister der Grenzstadt El Paso, der Demokrat ist, hat Asylsuchende per Bus in Richtung Norden geschickt.

Adams wiederum beklagt, von der Regierung in Washington im Stich gelassen zu werden. Er behauptet, die Versorgung der Migranten werde über die nächsten drei Jahre 12 Milliarden Dollar kosten. Deshalb hat er nun Budgetkürzungen quer durch die Ressorts angekündigt - Schulen, Parks, Kultur, Transport - in einem Wort weniger Leistungen für Alteingesessene. Das dürfte den Hass auf die Migranten weiter schüren. Der Bürgermeister ist wegen seiner Neigung zu Übertreibungen und Unwahrheiten immer wieder in den Schlagzeilen und macht auch diesmal den Big Apple klitzeklein und die Probleme riesengroß.

Seine Behauptung, die Migranten würden New York in den Ruin treiben, ist maßlos überzogen. Vier Milliarden Dollar jährlich, das ist viel Geld, keine Frage - und ich als Steuerzahlerin der Stadt werde daran auch beteiligt. Aber der Betrag entspricht 3,7 Prozent des gesamten Budgets der Stadt von 107 Milliarden Dollar. New York erwirtschaftet rund zwei Billionen Dollar jährlich, mehr als Südkorea oder Australien. Wie das New-York-Magazin berechnete, belaufen sich allein unbezahlte Gebühren und Strafen der Stadt auf zwei Milliarden Dollar. Würde die Verwaltung diese Schulden eintreiben, wäre die Migranten-Versorgung schon zur Hälfte gedeckt.

Was in der aufgeheizten Stimmung ebenfalls untergeht: Die Stadt hat schon früher Wellen von Neuankömmlingen absorbiert - und davon sogar profitiert. Etwa, als New York in den Siebzigerjahren in die Krise geriet. Erst wanderte die Industrieproduktion ab, es folgten die - vor allem weißen - Bewohner. Sie zogen in die Vorstädte und New Yorks leerte sich. Es drohte der dauerhafte wirtschaftliche Abstieg, wie er auch in vielen Teilen des Rust Belt wie etwa in Detroit eintraf. Was schließlich die Wende brachte, war der Zuzug. Wie Greg David auch im Magazin City schreibt: Migranten waren Retter, nicht Zerstörer der Stadt.

Damals wurden die Neu-New-Yorker noch Einwanderer statt Migranten genannt: also Menschen, die gekommen waren, um zu bleiben. Sie konnten ohne politisches Begleitkonzert Fuß in der Millionenmetropole fassen. Statt in Massenunterkünften gepfercht zu werden, fanden sie bei Verwandten und Bekannten in der Stadt Unterschlupf - und Arbeit.

Und es gibt Anzeichen, dass auch die jüngsten Zugezogenen ihren Weg finden werden, wenn man sie nur lässt. Rund 40 Prozent der 100.000 Migranten, die seit Anfang 2022 eintrafen, sind bereits aus den Unterkünften ausgezogen und versorgen sich weitgehend selbst. Fragt man die Einwanderer selbst, was das größte Problem ist, kritisieren sie vor allem, dass sie erst nach 180 Tagen eine Arbeitsgenehmigung bekommen können. Noch länger wird es dauern, bis sie vollständig integriert sind.

Die nächsten Jahre werden sicherlich eine Herausforderung, nicht nur finanziell. Aber es wird gehen. Am Ende unserer Straße in Brooklyn hat im vergangenen Herbst ein neues Best-Western-Hotel eröffnet. Vor ein paar Monaten wurde es zur Unterkunft von Migranten umfunktioniert (es geschah buchstäblich über Nacht, wie die

Zerstörer oder Retter? Zuletzt kamen mehr als 100.000 Migranten nach New York. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich. Wirtschaftlich kann der Zuzug....

noch verbliebenen Gäste beim Aufwachen herausfanden). Heute besuchen die Kinder die Nachbarschaftsschulen und vor dem Hotel parkt ein Dutzend E-Bikes. Viele Bewohner verdingen sich als Kurier, Arbeitserlaubnis hin oder her. Damit sind sie schon fast zu richtigen New Yorker Hustlern geworden. Deren Motto haben sie auf alle Fälle schon verinnerlicht: Hauptsache, man kommt irgendwie durch.

Spencer Platt NEW YORK, NEW YORK - SEPTEMBER 05: People by the water in the Williamsburg neighborhood in Brooklyn on a hot summer evening on a day with a heat advisory as temperatures in New York reached up into the 90's on September 05, 2023 in New York City. New York City and much of the East Coast are expected to see temperatures in the mid 90 through at least Thursday. (Photo by Spencer Platt/Getty Images)
Spencer Platt NEW YORK, NEW YORK - SEPTEMBER 05: People by the water in the Williamsburg neighborhood in Brooklyn on a hot summer evening on a day with a heat advisory as temperatures in New York reached up into the 90's on September 05, 2023 in New York City. New York City and much of the East Coast are expected to see temperatures in the mid 90 through at least Thursday. (Photo by Spencer Platt/Getty Images)

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Schließt er die Augen, ist das Wasser zurück; Die Bilder von im Meer treibenden Leichen verfolgen den Syrer Ghiad. Er hat das Schiffsunglück vor Griechenland überlebt. Doch psychologische Hilfe bekommt er nicht.

ZEIT-online

Dienstag 25. Juli 2023 4:31 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Schiffsunglück in Griechenland; Ausg. 1

Length: 2673 words

Byline: Andrea Backhaus

Body

PIRAEUS, GREECE - JUNE 20: Communist's Party Youth throws lifebuoys into the sea as a symbolic demonstration for refugee rights after a fishing boat carrying migrants trying to reach Italy sank, for the World Refugee Day in Piraeus, Greece on June 20, 2023. (Photo by Kostis Ntantamis/Anadolu Agency via Getty Images)

Immer wenn Ghiad die Augen schließt, ist das Wasser wieder da. Er spürt, wie es seine Beine umspült und ihn nach unten ziehen will, tief hinab auf den Meeresboden, dorthin, wo es keine Hoffnung mehr gibt. Er sieht die Leichen der Männer und Frauen, die wie Puppen im Meer treiben, spürt, wie ihm die Panik die Luft abschnürt. Jede Nacht, wenn er sich schlafen lege, sagt er, bedrängten ihn die Erinnerungen. Sie bringen ihn zurück zu den schlimmsten Minuten seines Lebens.

Ghiad war auf dem maroden Fischkutter *Adriana*, der vor knapp einem Monat vor der griechischen Küste gekentert ist. Der Kutter war von Libyen aus gestartet und auf dem Weg in Richtung Italien. An Bord waren rund 750 Menschen aus Ländern wie Pakistan, Syrien und Afghanistan. Menschen, die Krieg und Unterdrückung entfliehen und in Westeuropa ein neues Leben beginnen wollten. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni sank das Boot, nur 104 Menschen überlebten. Ghiad ist einer von ihnen.

Greek Coast Guard/Handout/Anadolu Agency

KALAMATA, GREECE - JUNE 15: (---EDITORIAL USE ONLY MANDATORY CREDIT - 'GREEK COAST GUARD / HANDOUT' - NO MARKETING NO ADVERTISING CAMPAIGNS - DISTRIBUTED AS A SERVICE TO CLIENTS---) A photo shows the boat carrying migrants before it sank, in Kalamata, Greece on June 15, 2023. Rescued immigrants of a shipwreck after a boat carrying dozens of migrants sank in international waters of Ionian Sea, sit inside a warehouse. Greece has declared three days of mourning, the interim prime minister's office said on June 14, over a migrant boat sinking in the Ionian Sea feared to have claimed hundreds of lives. The Greek coastguard has so far recovered 79 bodies and rescued over 100, but survivors are claiming that up to 750 people were on board. The death toll from the sinking of a fishing boat crammed with migrants off the coast of southwestern Greece rose to 79, local media reported on Wednesday. (Photo by Greek Coast Guard/Handout/Anadolu Agency via Getty Images)

Schließt er die Augen, ist das Wasser zurück Die Bilder von im Meer treibenden Leichen verfolgen den Syrer Ghiad. Er hat das Schiffsunglück vor Griechenland übe....

Er ist 34 Jahre alt, trägt Shorts, ein schwarzes T-Shirt und ein Käppi mit dem Schriftzug: " *Le Tour de France*. " Ghiad möchte weder seinen Nachnamen noch sein Foto veröffentlicht sehen, denn gerade bemüht er sich um Asyl in Griechenland. Er hat Sorge, dass seine öffentliche Kritik an den griechischen Behörden seinem Antrag schaden könnte. Seit seiner Rettung lebt Ghiad in einem Flüchtlingslager nördlich der griechischen Hauptstadt Athen. Dort sei es schrecklich. Er sei in einem Container untergebracht, dürfe nicht arbeiten und sei sich selbst überlassen. "Ich möchte nur weg von dort", sagt er leise. An diesem Nachmittag im Juli ist er in die Athener Innenstadt gekommen, um mit Anwälten über seine Lage zu sprechen. Ob er wisse, wie es für ihn weitergehe? Ghiad schüttelt den Kopf.

NurPhoto

Survivors Of The Deadly Shipwreck Off Pylos Arrive In Malakasa Camp North Of Athens A view of Malakasa refugee camp. Survivors of the tragic shipwreck that occurred off the coast of Pylos on June 14th, 2023 and cost the lives of hundreds arrive at Malakasa refugee camp north of Athens on June 16th, 2023. Malakasa Greece PUBLICATIONxNOTxINxFRA Copyright: xNicolasxKoutsokostasx originalFilename: koutsokostas-notitle230616_npv7l.jpg

Viele in Europa haben sich an die Nachrichten über Schiffsunglücke auf dem Mittelmeer gewöhnt. Und an eine perfide Gleichzeitigkeit: Während Touristen an den Stränden sonnenbaden, ringen wenige Kilometer entfernt Frauen, Männer und Kinder in den Wellen um ihr Leben. Auch seit diesem besonders schweren Bootsunglück melden sich Menschen zu Wort, die kaum Sympathien für die Opfer zu haben scheinen. In Kommentaren auf Facebook oder Twitter heißt es etwa, dass die Menschen ja aus freien Stücken an Bord gegangen seien, sie niemand zu dieser Überfahrt gezwungen habe. Doch es ist nicht so, dass Menschen wie Ghiad einfach eine falsche Entscheidung treffen sie haben oft keine Wahl. Es ist wichtig zu verstehen, warum das so ist.

"Ich hasse Assad. Ich wollte nicht für ihn kämpfen"

Was Ghiad widerfahren ist, erleben viele Menschen aus Syrien ähnlich, vor allem jüngere Männer. Es ist nicht möglich, alle Details unabhängig zu prüfen. Ghiad erzählt seine Geschichte so: Er kommt aus einer Stadt im Südwesten Syriens. Er war Anfang 20, als in Syrien der Krieg ausbrach. In jenen Lebensjahren, in denen junge Menschen in Westeuropa Frisuren, Liebesbeziehungen und WGs ausprobieren, erlebte Ghiad, wie sein Land um ihn herum zerbrach. Wie der syrische Diktator Baschar al-Assad Stadtviertel in Trümmer bomben und Regimegegner umbringen ließ. "Ich hasse Assad. Ich wollte nicht für ihn kämpfen." Weil er fürchtete, für den Militärdienst eingezogen zu werden, floh Ghiad im Sommer 2021.

Zuerst in den benachbarten Libanon, wo die Wirtschaft und Institutionen kollabiert sind und syrische Geflüchtete auch mit Gewalt über die Grenze zurückgedrängt werden. Von dort reiste Ghiad in den Nordirak. Er bezahlte einen Schmuggler, der ihn im Gepäckraum eines Vans bis in die irakische Hauptstadt Bagdad fuhr, vorbei an den Checkpoints, wo er ein Visum hätte vorzeigen müssen, das er nicht besaß. Ghiad blieb eineinhalb Jahre in Bagdad und arbeitete in einem Schawarma-Imbiss. "Das war eine schwierige Zeit", sagt Ghiad. "Mein Chef hat mir meinen Reisepass weggenommen, damit ich nicht weglaufen kann", sagt er. "Er hat mich wie seinen Leibeigenen behandelt." Ghiad war erschöpft von der vielen Arbeit und der Furcht, ohne Papiere von den Behörden aufgegriffen zu werden. "Mir war klar, dass ich im Irak keine Zukunft habe", sagt er.

Stelios Misinas

A survivor of a deadly migrant shipwreck at open sea off Greece, makes his way inside a reception and identification camp in Malakasa, Greece, June 17, 2023. REUTERS/Stelios Misinas

Über eine Facebook-Seite kam Ghiad in Kontakt mit einem Mann, der ihm eine Perspektive versprach: Er wollte Ghiad nach Libyen holen und von dort nach Europa bringen. Ghiad willigte ein und wenig später schickte ihm der Mann Reiseunterlagen und Dokumente zu, mit denen Ghiad die Sicherheitskontrollen passieren würde. Unter einem Vorwand gelang es ihm, seinen Pass von seinem Chef zurückzubekommen. Dann flog er über Kairo nach Bengasi im Osten Libyens. Ghiad sagt, mit ihm seien mehrere Syrer am Flughafen in Bengasi gelandet. Die Gruppe sei von Männern empfangen worden, die ihnen gleich die Pässe abgenommen hätten. "Sie sagten, wir bekämen sie nur zurück, wenn jeder von uns 100 Dollar zahle", sagt Ghiad. Wer diese Männer waren, kann er nicht

Schließt er die Augen, ist das Wasser zurück Die Bilder von im Meer treibenden Leichen verfolgen den Syrer Ghiad. Er hat das Schiffsunglück vor Griechenland über...

mit Sicherheit sagen. Recherchen unter anderem vom *Spiegel* legen nahe, dass sie einer Brigade angehören, die dem Warlord Chalifa Haftar unterstehen, der den Osten Libyens kontrolliert. Haftar hat demnach nicht nur Kenntnis vom Schleppergeschäft in seinem Einflussgebiet, sondern ist offenbar aktiv daran beteiligt.

Ghiad sagt, ein Fahrer habe ihn und die anderen mit einem Auto in die libysche Hafenstadt Tobruk gebracht. Der Mann habe 1.500 Dollar für die Ausstellung der Reisedokumente verlangt. In Tobruk musste er in einer Wohnung bleiben, wo schon etliche Geflüchteten waren. "Die Schmuggler sagten, dass wir nicht rausgehen dürften", sagt Ghiad. Für die Überfahrt zahlte er den Männern 4.500 Dollar. Woche um Woche verging, aber niemand brachte ihn zu einem Boot. "Die Schmuggler hatten immer neue Ausreden", sagt Ghiad. Etwa, dass das Wetter zu schlecht sei oder es gerade keine Überfahrten gebe. Die Schmuggler hätten weder Essen noch Trinken bereitgestellt. "Nur wenn wir ihnen Geld gaben, holten sie uns was."

Nach etwa einem Monat war das Warten vorbei. Am Nachmittag des 8. Juni brachte ein Fahrer Ghiad zu einem Haus, das als eine Art Sammelstelle diente. Immer mehr Menschen trafen ein, Männer, Frauen, Kinder. "Ich war überrascht, wie viele da zusammenkamen", sagt Ghiad. "Da waren Hunderte Leute und sie brachten immer noch mehr." Die Schmuggler trieben die Menschen in Lieferwagen, brüllten sie an und schlugen mit Stöcken auf sie ein. "Sie behandelten uns wie Vieh", sagt Ghiad. Sie fuhren etwa eine Stunde, dann wurden sie an einem Strand abgeladen. Von dort wurden die Menschen mit Schlauchbooten zur *Adriana* gebracht, die im Meer lag. Im Morgengrauen des 9. Juni legte der völlig überfüllte Kutter ab.

Ghiad macht der griechischen Küstenwache schwere Vorwürfe

Ghiad wurde erst unter Deck bugsirt. Hunderte Menschen waren dort zusammengepfercht und es gab kaum Sauerstoff. "Ich habe keine Luft gekriegt", sagt Ghiad. "Ich wusste, das halte ich nicht aus." Er gab einem der Schmuggler an Bord etwas Geld und drängte ihn, einen anderen Platz für ihn zu finden. Eine Entscheidung, die Ghiad vermutlich das Leben rettete: Als das Boot später kenterte, wurden fast alle Passagiere des unteren Decks in den Abgrund gerissen.

Sofia Eirini Sopiadou

Protests Following Migrant Boat Capsize Protest against the shipwreck that happened in Pylos that led to the killing of 79 people while 568 people are still missing. The graffiti says 600 DEAD MIGRANTS. Thessaloniki, Greece, 20.06.2023 Thessaloniki Greece PUBLICATIONxNOTxINxFRA Copyright: xSofiaxEirinixSopiadoux originalFilename: sopiadou-notitle230620_npHRA.jpg

Ghiad kam auf das Oberdeck. Es sei so voll gewesen, dass er nicht habe sitzen können, er habe abwechselnd auf einem Bein gekniet. Schon kurz nach der Abfahrt sei klar gewesen, dass es Probleme gebe. "Der Motor schien nicht richtig zu funktionieren und es gab kaum Essen und Trinken", sagt Ghiad. Die Schmuggler hätten die Schwimmwesten und Wasserkanister von Bord genommen, um noch mehr Passagiere mitnehmen zu können. "Die Schmuggler haben uns angelogen", sagt Ghiad. "Sie sagten, es seien rund 500 Menschen an Bord, dabei waren es deutlich mehr."

An dem Tag, als das Boot sank, war es an Bord kaum noch auszuhalten. Ghiad sagt, er habe vor Durst kaum noch denken können. Mehrere Passagiere seien zu dem Zeitpunkt schon tot gewesen, vermutlich verdurstet. Ghiad sagt, sie hätten per Satellitentelefon Notrufe abgesetzt. Etwas später sei ein Helikopter über ihnen gekreist, dann habe sich ein Schiff genähert und ein paar Wasserflaschen rübergeworfen, bei Weitem nicht genug. Die *Adriana* sei stundenlang umhergeirrt, sagt er, immer mal sei der Motor ausgefallen. Ein weiteres Boot habe sich genähert und durch die starken Wellen die *Adriana* ins Schwanken gebracht, die Leute hätten Panik bekommen. "Wir dachten, wir würden untergehen", sagt Ghiad.

Was sich in den Stunden und Minuten vor dem Schiffbruch auf der *Adriana* genau abspielte, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend sagen. Ghiad erinnert sich wie folgt daran: Stunden später, es war längst Nacht, kam ein Boot der griechischen Küstenwache nahe an die *Adriana* heran. Die Besatzung rief ihnen zu, dass sie das Boot in italienische Gewässer bringen würden. Ghiad ist sich sicher, dass die Küstenwache ein Tau am Bug

Schließt er die Augen, ist das Wasser zurück. Die Bilder von im Meer treibenden Leichen verfolgen den Syrer Ghiad. Er hat das Schiffsunglück vor Griechenland überlebt....

befestigte. Er habe gespürt, wie das Schiff, das zuvor nur vor sich hin getrieben sei, plötzlich Zug bekommen habe. "Wir sind nur wenige Meter gefahren, dann legte sich das Schiff plötzlich auf die Seite", sagt Ghiad. "Um mich herum schrien alle, die Menschen rutschten ins Wasser, viele konnten nicht schwimmen", sagt er.

Menelaos Myrillas/SOOC

Survivors rest in a warehouse used as a temporary shelter, after a boat carrying dozens of migrants sank in the Ionian Sea, in Kalamata town, Greece, on June 14, 2023. At least 59 people died while more than 100 people have been rescued after the shipwreck. (Photo by Menelaos Myrillas / SOOC / SOOC via AFP) (Photo by MENELAOS MYRILLAS/SOOC/AFP via Getty Images)

Ghiad sagt, auch wenn er schwimmen könne, habe er gewusst, dass ihm nicht viel Zeit bleibe. "Die Menschen klammerten sich in ihrer Panik aneinander. Ich musste mich von ihnen entfernen, um zu überleben." Er zog seine Jacke aus und streifte den Rucksack ab, darin seine Papiere und sein Handy. Dann schwamm er so schnell er konnte weg von dem sinkenden Schiff, raus aufs Meer. Von dort beobachtete er, wie die anderen von den Wassermassen weggespült wurden. Ghiad sagt, diesen Anblick werde er nie vergessen.

Irgendwann kam ein Rettungsboot und Helfer zogen Ghiad aus dem Wasser. Er wurde medizinisch betreut und mit den anderen Überlebenden für ein paar Tage in einer Lagerhalle am Hafen der griechischen Stadt Kalamata untergebracht. Wer von ihnen noch ein Handy gehabt habe, habe es den Behörden geben müssen.

Ghiads Beschreibungen decken sich mit den Aussagen anderer Überlebender und den Ergebnissen journalistischer Recherchen. Die *Washington Post* hat in einer Rekonstruktion des Unglücks aufgezeigt, dass die italienischen und griechischen Behörden sowie die EU-Grenzschutzbehörde Frontex etliche Stunden vor dem Kentern des Bootes wussten, dass es Probleme an Bord gab und die Passagiere dringend Hilfe benötigten. Die Katastrophe wäre demnach vermeidbar gewesen, doch die zuständige griechische Küstenwache tat nichts, um den Menschen zu helfen. Im Gegenteil: Mehrere Überlebende haben wie Ghiad ausgesagt, dass die griechische Küstenwache das Schiff mit einem Tau in italienische Gewässer ziehen wollte und es dabei ins Schwanken geriet. Welche Rolle die griechische Küstenwache bei dem Unglück genau spielte und wer alles eine Mitschuld trägt, wird derzeit noch ermittelt.

Ghiad ist es wichtig, dass die Verantwortlichen belangt werden und es so etwas wie Gerechtigkeit gibt. Doch er muss sich in diesen Tagen um noch etwas Drängenderes kümmern: seine Zukunft oder das, was von ihr geblieben ist. Nach seiner Rettung wurde Ghiad in das sogenannte Empfangs- und Identifikationszentrum in Malakasa gebracht, ein unwirtliches Lager nördlich von Athen, umgeben von einem meterhohen Stacheldrahtzaun. Dort wurde Ghiad registriert und seine Identität geprüft. Zwei Wochen dauerte der Prozess, Ghiad durfte in der Zeit das Lager nicht verlassen. Danach kam er in ein Flüchtlingslager, wo er seither lebt und auf den Bescheid seines Asylantrags wartet.

Psychische Betreuung gibt es für die traumatisierten Überlebenden nicht

Ghiad sitzt fest in Griechenland, wie so viele. Zurück nach Syrien kann er nicht, solange Assad herrscht und abtrünnige Landsleute nach ihrer Rückkehr umbringen lässt. Und sich in Griechenland durchzuschlagen, das Geflüchtete loswerden will, ist hart, das weiß Ghiad. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die griechischen Behörden weder die Rechte von Asylsuchenden schützen noch ihnen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung und Bildung ermöglichen.

[M]Stelios Misinas

Syrian survivor Mohammad, 18, who was rescued with other refugees and migrants at open sea off Greece after their boat capsized, hugs his brother Fadi, who came to meet him from Netherlands, as they reunite at the port of Kalamata, Greece, June 16, 2023. REUTERS/Stelios Misinas REFILE - CORRECTING IDs

Die Lage wäre schon schwierig genug für Geflüchtete, die keinen Schiffbruch erlebt haben, für Menschen wie Ghiad ist sie kaum zu ertragen. Ghiad sagt, er wisse nicht, wie er das Erlebte verarbeiten solle, er erhalte dafür

Schließt er die Augen, ist das Wasser zurück Die Bilder von im Meer treibenden Leichen verfolgen den Syrer Ghiad. Er hat das Schiffsunglück vor Griechenland übe....

keine Hilfe. Natassa Strachini, die die Rechtsabteilung der griechischen Flüchtlingshilfeorganisation Refugee Support Aegean (RSA) leitet, sagt, dass selbst die Überlebenden des Schiffsunglücks vom Staat nur das Nötigste erhielten: Unterkunft und Essen. "Dabei bräuchten die Menschen nach dieser traumatischen Erfahrung dringend psychosoziale Betreuung", sagt Strachini. Auch bräuchten sie finanzielle Unterstützung. "Viele der Überlebenden haben nicht mal genug Geld, um vom Lager in die Stadt zu fahren, damit sie ihre Anwälte treffen können."

Ghiad träumt noch immer davon, weiter nach Westen zu kommen. Er schaue sich Videos von Holland an, ihm gefalle die Natur dort. Eines Tages, sagt er, werde er es dorthin schaffen.

Load-Date: July 25, 2023

End of Document

Wie ein kleiner Donald Trump; Die polnische Regierung wettet gegen Migranten - verkaufte aber Visa. So viel Scheinheiligkeit verdeckt, dass Polen auf diese Menschen dringend angewiesen wäre.

ZEIT-online

Donnerstag 21. September 2023 3:52 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik in Polen; Ausg. 1

Length: 1321 words

Byline: Alan Posener

Body

Populismus und Prinzipienfestigkeit vertragen sich nicht. Das macht dieser Tage die polnische Regierung klar. Einerseits lehnt die regierende nationalkonservative PiS-Partei die Zuwanderung aus afrikanischen und asiatischen Ländern nach Europa rundheraus ab; andererseits soll das polnische Außenministerium Tausende, vielleicht Hunderttausende Visa an Menschen aus Afrika und Asien verkauft haben. Visa, mit denen diese Zuwanderer über die offene Schengengrenze nach Westen, auch nach Deutschland, weiterziehen könnten.

Ganz Europa könne "Lampedusa" werden, meinte kürzlich PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski. Damit begründete er eine Resolution der Regierung gegen die von der Europäischen Kommission beschlossene Reform des Asyl- und Migrationsrechts. Kaczynski ist offiziell nur Vizepremier, bestimmt jedoch die Politik des Landes.

Dabei kommt der Kommissionsplan Polen und anderen osteuropäischen Ländern entgegen, die aus kulturellen Gründen - um es euphemistisch auszudrücken - die Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern ablehnen. Hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017 - auch aus innenpolitischen Gründen - per Mehrheitsbeschluss im Rat allen EU-Mitgliedern verpflichtende Aufnahmequoten für Geflüchtete aufgedrückt, so sieht der neue Plan vor, dass die einzelnen EU-Länder wählen können: Wer keine Menschen aufnehmen will, kann sich mit einem finanziellen oder organisatorischen Beitrag freikaufen.

Dies war übrigens schon 2017 die Position des damaligen Ratspräsidenten, der verpflichtende Aufnahmequoten als "spaltend" und ohnehin "unwirksam" kritisiert hatte. Sein Name: Donald Tusk, von 2007 bis 2014 polnischer Ministerpräsident. Bei den im Oktober anstehenden Parlamentswahlen tritt er als Führer der liberalen "Bürgerplattform" gegen Kaczynskis PiS-Partei an.

Die Politik der geschlossenen Tür

Tusk, der keine Gelegenheit auslässt, die Regierung wegen des Visa-Verkaufs anzugreifen, scheut dabei auch nicht vor ausländerfeindlicher Panikmache zurück, etwa wenn er behauptet, die PiS hole Migranten "in unkontrollierten Strömen" nach Polen. Das ist allerdings nicht der Fall. Weder werden die meisten Migranten aus

Wie ein kleiner Donald Trump Die polnische Regierung wettet gegen Migranten - verkaufte aber Visa. So viel Scheinheiligkeit verdeckt, dass Polen auf diese Mens....

Asien oder Afrika in Polen bleiben, noch handelt es sich um "unkontrollierte" Zuwanderung. Vielmehr wurde offensichtlich die Vergabe von Arbeitsvisa in den polnischen Konsulaten dokumentiert.

Diese Visa wurden, wie es heißt, für bis zu 5.000 Euro verkauft. Wer sich allerdings hiervon - zu Unrecht - schockiert zeigt und - zu Recht - die Doppelzüngigkeit der polnischen Regierung beklagt, sollte sich aber auch fragen, ob die Politik der EU-Mehrheit, angeführt von Deutschland, richtig ist. Diese Politik der geschlossenen Tür zwingt Migrationswillige, sich Schleusern anzuvertrauen, die teilweise erheblich mehr Geld verlangen, und sich hier als Asylsuchende auszugeben; aus Migrantinnen macht sie Geflüchtete und aus Geflüchteten Sozialfälle.

Und was Arbeitsmigration und Populismus angeht, so war es der deutsche Populist Gerhard Schröder, der als Bundeskanzler die Polen nur unter der Bedingung in die EU ließ, dass der deutsche Arbeitsmarkt sieben Jahre lang für Polen gesperrt blieb (während er gleichzeitig russisches Gas in "unkontrollierten Strömen" ins Land holte); waren es Rechtspopulisten in Frankreich und Großbritannien, die mit dem Gespenst des "polnischen Klempners" gegen die geplante EU-Verfassung und gegen die EU überhaupt Stimmung machten.

War aber Polen in den Nullerjahren Exporteur von Arbeitskräften, so ist das wirtschaftlich boomende Land heute auf Arbeitsimmigration angewiesen. Der staatlichen Sozialversicherungsagentur zufolge bräuchte Polen im nächsten Jahrzehnt zwei Millionen Zuwanderer, also 200.000 jedes Jahr, um angesichts einer alternden Gesellschaft das gegenwärtige Verhältnis von Arbeitenden zu Rentenempfängern aufrechtzuerhalten.

Tatsächlich vergibt Polen, während die Regierung lauthals gegen Zuwanderung wettet, seit Jahren mehr Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse an Nicht-EU-Bürger als jedes andere EU-Mitglied: Allein 2021 waren es eine Million, die nun aufgedeckten illegalen Visa-Geschäfte nicht eingerechnet. Die Zuwanderer kamen vor allem aus der Ukraine, aber auch aus Belarus, Georgien, Indien und Moldawien. Schon vor Aufdeckung des Visa-Skandals gab es in Polen Kritik an den Plänen der staatlichen Energiefirma Orlen, zusammen mit einer neuen petrochemischen Anlage nahe der Stadt Plock eine Containerstadt für 6.000 "Gastarbeiter" - vor allem aus der Türkei, Indien, Pakistan, Korea und den Philippinen - zu errichten.

Denn wie wir vom deutschen "Gastarbeiter"-Programm wissen: Man wirbt Arbeiter an und es kommen Menschen. Ohne Zuwanderung wird Polens Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts um 23 Prozent schrumpfen; und wenn es nicht schrumpfen soll, wird Polen wie der Rest Europas bunter und vielfältiger werden. Während die PiS wie die CDU/CSU zu Zeiten Helmut Kohls lauthals gegen den Multikulturalismus wettet, wird Polen zunehmend multikulturell.

Die Geister, die der prinzipienlose Populismus ruft

Ja, wäre die jetzige polnische Regierung ehrlich sich selbst und ihrer schrumpfenden Wählerbasis gegenüber, ehrlich auch gegenüber der Europäischen Union, so könnte sie ihr Modell der Arbeitsmigration durchaus als vorbildlich für Europa hinstellen. Lotterien wie für Green Cards in den USA, aber auch der direkte Verkauf von Aufenthaltstiteln durch Konsulate vor Ort könnten durchaus ein Mittel gegen illegale und unkontrollierte Migration sein; nicht das einzige, und sicher kein Allheilmittel, aber auch kein unbedeutendes.

Schon lange ist bekannt, dass es selten die Ärmsten der Armen sind, die sich nach Europa aufmachen. Besser, sie zahlen ihren künftigen Gastländern für die entsprechenden Leistungen, vom Sicherheitscheck über medizinische Tests bis hin zur Feststellung ihrer Qualifikationen, als dass sie nach den Strapazen der Reise mehr tot als lebendig in Lampedusa an Land gehen und eine weitere zermürende Reise durch Lager, Ämter und Gerichte ohne klaren Ausgang antreten.

Es stimmt zwar: Polen ist oft von der EU - und insbesondere von Deutschland - von oben herab und unfair behandelt worden. Zuletzt war es möglicherweise sachlich gerechtfertigt, auf jeden Fall aber politisch unsensibel, das Verbot der Einfuhr ukrainischer Agrarprodukte in Polen und anderen osteuropäischen Ländern nicht zu verlängern. Jedoch benutzt die PiS jede wirkliche oder wahrgenommene Brückierung, um Ressentiments zu schüren und die Situation zu eskalieren: In Sachen Getreideexporte, mit der Drohung, einen Handelskrieg gegen

Wie ein kleiner Donald Trump Die polnische Regierung wettet gegen Migranten - verkaufte aber Visa. So viel Scheinheiligkeit verdeckt, dass Polen auf diese Mens....

das womöglich künftige EU-Land Ukraine zu entfachen und keine Waffen mehr zu liefern. Drohungen, die Europa schwächen und Wladimir Putin stärken.

Kaczynski benimmt sich wie ein kleiner Donald Trump: Weder Prinzipien noch auch nur eine kühle Berechnung des nationalen Interesses bestimmen sein Handeln, sondern einzig das Kalkül, durch die Mobilisierung von Ressentiments die eigene Macht zu sichern. Die Geister aber, die der prinzipienlose Populismus ruft, kann er nicht beherrschen. Neben Kaczynskis Partei wird die rechtsextreme und im Gegensatz zur wohlfahrtsorientierten PiS marktradikale Konfederacja immer stärker: "Wir wollen ein Polen ohne Juden, Homosexuelle, Abtreibungen, Steuern und die Europäische Union", fasst deren Führer Slawomir Mentzen die Linie der Partei zusammen. Wenigstens ehrlich, könnte man zynisch meinen.

Stefan Sauer Jaroslaw Kaczynski, der stellvertretender Ministerpräsident von Polen und Vorsitzender der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) spricht zur Eröffnung eines Straßen-Tunnels. Stefan Sauer Jaroslaw Kaczynski, der stellvertretender Ministerpräsident von Polen und Vorsitzender der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) spricht zur Eröffnung eines Straßen-Tunnels.

Load-Date: September 21, 2023

End of Document

Faeser will neue Abschiebengesetze am Mittwoch ins Kabinett bringen; Mehr und schnellere Abschiebungen: Die Bundesinnenministerin kündigt einen schärferen Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern an, vor allem mit Straftätern und Gefährdern.

ZEIT-online

Montag 23. Oktober 2023 8:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Abschiebungen; Ausg. 1

Length: 571 words

Byline: Konstantin Zimmermann

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat ein "umfassendes Gesetzespaket" für mehr und schnellere Abschiebungen abgelehnter **Asylbewerberinnen** und -bewerber angekündigt. Die Gesetze sollen am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet werden, sagte Faeser der Rheinischen Post. "Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen."

Das "Rückführungspaket" sehe "ein Bündel restriktiver Maßnahmen" vor, sagte die Ministerin weiter. "Dazu gehört auch, Straftäter und Gefährder konsequenter und schneller auszuweisen und abzuschieben." Gleichzeitig werde die Bundesregierung weiter "sehr intensiv" über Abkommen mit den Herkunftsländern verhandeln, damit diese ihre Staatsangehörigen auch tatsächlich zurücknehmen, sagte Faeser.

In dem von Faeser vorgelegten Gesetzentwurf ist unter anderem vorgesehen, dass Menschen, die mindestens zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurden, sowie Schleuser und Mitglieder krimineller Vereinigungen leichter ausgewiesen werden können. Außerdem soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams im Einklang mit dem verfassungs- und europarechtlichen Rahmen von derzeit 10 auf 28 Tage verlängert werden. Damit erhielten die Behörden mehr Zeit, eine Abschiebung vorzubereiten. Die einzelnen Maßnahmen hatte das Ministerium bereits im August in einem Diskussionspapier vorgestellt.

Faeser fordert Abschiebung von Hamas-Anhängern

Die Ministerin bezeichnete die konsequenteren Abschiebungen als notwendig, damit Menschen, die hierzulande Schutz vor Krieg und Terror gefunden hätten, weiterhin gut versorgt werden könnten. So habe Deutschland allein 1,1 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine Schutz geboten, sagte sie.

Die Zahl der Rückführungen sei in diesem Jahr schon um 27 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. "Dennoch müssen wir Regelungen vorsehen, mit denen wir unser Recht konsequenter und schneller durchsetzen können", sagte Faeser.

Faeser will neue Abschiebeengesetze am Mittwoch ins Kabinett bringen Mehr und schnellere Abschiebungen: Die Bundesinnenministerin kündigt einen schärferen Umgang

Im Zusammenhang mit den anhaltenden Protesten zum Krieg im Nahen Osten hatte Faeser vor Kurzem zudem die Abschiebung von Anhängern der islamistischen Terrororganisation Hamas aus Deutschland gefordert. "Wenn wir Hamas-Anhänger ausweisen können, dann müssen wir das auch tun", sagte sie vergangene Woche bei einem Besuch des Bundeskriminalamtes.

Scholz: Abschiebungen "im großen Stil"

Am Freitag hatte sich der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für ein härteres Vorgehen bei Abschiebungen ausgesprochen. "Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben", sagte er dem Spiegel. "Wir müssen mehr und schneller abschieben", sagte Scholz. Dafür müssten die Behörden "rund um die Uhr erreichbar sein, damit man jemanden wirklich abschieben kann, wenn die Bundespolizei ihn aufgreift".

Kritik an Scholz' Äußerungen kam von den Linken. "Statt in den Chor der Rechten einzustimmen, sollte der Kanzler dafür sorgen, dass es mehr bezahlbare Wohnungen gibt, deutlich mehr Geld für die Kommunen und dass die Arbeitsverbote endlich abgeschafft werden", schrieb Linkenvorsitzende Janine Wissler auf X. "Das alles gern im großen Stil."

Zuspruch äußerte FDP-Fraktionschef Christian Dürr. "Der FDP ist es ein großes Anliegen, mehr Ordnung in die Migrations- und Flüchtlingspolitik zu bringen", sagte er der Welt. "Daher bin ich dem Bundeskanzler dankbar für seine klaren Worte."

Bernd von Jutrczenka Nancy Faeser (SPD) Bernd von Jutrczenka Nancy Faeser (SPD)

Load-Date: October 23, 2023

US-Regierung will den Bau von Grenzbarrieren im Süden beschleunigen; Die Zahl von irregulär eingereisten Migranten in den USA nimmt zu. Die Regierung forciert nun den Bau von Barrieren an der Grenze zu Mexiko - und setzt dafür Gesetze aus.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 7:05 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Grenze zu Mexiko; Ausg. 1

Length: 588 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden will angesichts einer Zunahme irregulärer Grenzübertritte im Süden des Landes den Bau neuer Barrieren an der Grenze zu Mexiko beschleunigen. Das für den Grenzschutz zuständige Heimatschutzministerium kündigte an, mehr als 20 Bundesgesetze auszusetzen, um im Landkreis Starr County im Bundesstaat Texas schneller "neue Barrieren und Straßen" bauen zu können.

Der Grenzschutzsektor Rio Grande Valley sei eine Region mit einer großen Zahl "illegaler" Grenzübertritte, teilte Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas im US-Bundesamtsblatt mit. So hätten Grenzschützer in dem Gebiet zwischen Oktober 2022 und Anfang August dieses Jahres mehr als 245.000 Versuche von irregulären Grenzübertritten registriert.

Der Bau der Grenzschutzbarrieren soll aus im Haushaltsjahr 2019 unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump bewilligten Mitteln finanziert werden, teilte Mayorkas mit. Um den Bau zu erleichtern, werden unter anderem in Gesetzen zum Schutz von Umwelt, Wasser, Tierwelt und historischem Erbe festgehaltene Regeln ausgesetzt. Der texanische Landkreis Starr County liegt am Grenzfluss Rio Grande.

Auch Demokraten fordern härtere Einwanderungspolitik

In den vergangenen Wochen hat die Zahl der Menschen wieder zugenommen, die über Mexiko in die USA gelangen wollen. Meist handelt es sich dabei um Migranten und Geflüchtete aus Süd- und Mittelamerika. Darunter sind auch Tausende Venezolaner, die wegen der schlechten Beziehungen zwischen den jeweiligen Regierungen nur schwer wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden können. Die Auswirkungen sind in den USA an vielen Orten zu spüren - nicht nur in den grenznahen Regionen, sondern auch in Großstädten wie New York, wo zahlreiche Migranten ankommen. Deswegen wächst der Druck auf US-Präsident Biden, mehr gegen irreguläre Grenzübertritte zu tun.

US -Regierung will den Bau von Grenzbarrieren im Süden beschleunigen Die Zahl von irregulär eingereisten Migranten in den USA nimmt zu. Die Regierung forciert n....

Die Grenzpolitik ist in den USA ein besonders umkämpftes Thema und für Biden politisch äußerst heikel. Die oppositionellen Republikaner werfen ihm vor, ungehindert Hunderttausende Ausländer ins Land zu lassen - und schüren Ängste, dass Kriminalität und Drogenprobleme zunehmen könnten.

Trump hatte schon 2016 den Bau einer Grenzmauer zu Mexiko zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht. Einwanderung aus Latein- und Südamerika könne nur mit einer Sperranlage unter Kontrolle gebracht werden, sagte er. Biden hatte dagegen als eine seiner ersten Amtshandlungen versprochen, dass "keine weiteren Steuergelder abgezweigt werden, um eine Grenzmauer zu bauen".

Doch auch Politiker der regierenden Demokraten, etwa New Yorks Bürgermeister Eric Adams, verlangen von Biden ein entschlosseneres Vorgehen. Auf der anderen Seite wirft der linke Demokraten-Flügel dem Präsidenten vor, sein Wahlversprechen einer humaneren Flüchtlings- und Einwanderungspolitik nicht einzulösen. Das Thema sorgte zuletzt im Mai für viele Schlagzeilen, als eine während der Corona-Pandemie eingeführte US-Abschieberegung namens Title 42 auslief.

Andrew Caballero-Reynolds Diese Luftaufnahme vom 24. September 2023 zeigt eine Gruppe von Migranten, die sich an den Händen halten, während sie den Fluss Rio Grande an der Grenze zwischen den USA und Mexiko in Richtung Eagle Pass, Texas, überqueren. Andrew Caballero-Reynolds Diese Luftaufnahme vom 24. September 2023 zeigt eine Gruppe von Migranten, die sich an den Händen halten, während sie den Fluss Rio Grande an der Grenze zwischen den USA und Mexiko in Richtung Eagle Pass, Texas, überqueren.

Load-Date: October 5, 2023

Deutsche Motorjacht rettet 47 Geflüchtete aus Seenot; Die "Nadir" nahm im Mittelmeer Migranten aus einem überfüllten Stahlboot an Bord. Es war bereits der dritte Einsatz der Organisation Resqship in dieser Woche.

ZEIT-online

Samstag 29. April 2023 1:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 529 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Leon Salner/Resqship

Das Motorsegelschiff «Nadir» läuft mit geretteten **Migranten** in Richtung der italienischen Insel Lampedusa. Die deutsche Hilfsorganisation Resqship, die die «Nadir» betreibt, hat weitere 47 **Migranten** in Seenot aus dem Mittelmeer gerettet. (zu dpa: «Deutsches Motorsegelschiff rettet weitere 47 **Migranten** im Mittelmeer») Service +++ dpa-Bildfunk +++ Creation date 04-28-2023 Photograph credits picture alliance/dpa/RESQSHIP | Leon Salner

Die deutsche Hilfsorganisation Resqship hat weitere 47 Migrantinnen und Migranten in Seenot aus dem Mittelmeer gerettet. Die Crew des Motorsegelschiffs *Nadir* nahm die Menschen am Freitag von einem überfüllten Stahlboot auf, das zu kentern drohte, und brachte sie auf die italienische Insel Lampedusa, teilte die Nichtregierungsorganisation in der Nacht mit. An Bord befanden sich den Angaben zufolge 14 Frauen, darunter eine Schwangere, ein Kleinkind und mehrere Minderjährige.

Bereits in der Nacht zuvor habe die Crew 54 Menschen auf einem manövrierunfähigen Holzboot Nothilfe geleistet. Nachdem die *Nadir* das Boot über Stunden hinweg begleitet habe, seien die Menschen von der italienischen Küstenwache gerettet und nach Lampedusa gebracht worden.

Der Motorsegler des Hamburger Vereins ist eigentlich nicht geeignet, zahlreiche Menschen zu transportieren. Bei ihren Einsätzen übernimmt die Besatzung der *Nadir* meist die Erstversorgung, ehe größere Rettungsschiffe Migranten und Flüchtlinge in Seenot aufnehmen. Die Rettung am Freitag war der dritte Einsatz der Crew innerhalb weniger Tage. Erst am Mittwoch hatten die italienischen Behörden die *Nadir* angewiesen, 41 Menschen aus einem Boot in Seenot zu retten und nach Lampedusa zu bringen.

Dritter Einsatz in einer Woche

"Das Boot war instabil, völlig überladen und lag sehr tief im Wasser", sagte Resqship-Sprecherin Cat Spangehl zu ihrer letzten Rettung. Durch die Wellen habe "akute Kentergefahr" bestanden, im Boot habe bereits Wasser

Deutsche Motorjacht rettet 47 Geflüchtete aus Seenot Die "Nadir" nahm im Mittelmeer Migranten aus einem überfüllten Stahlboot an Bord. Es war bereits der dritte....

gestanden. "Die Menschen wurden immer panischer. Trotz der kritischen Situation mussten wir lange auf die Erlaubnis der italienischen Behörden warten, um die Menschen an Bord nehmen zu dürfen." Die Menschen waren am Vorabend in der tunesischen Stadt Sfax gestartet und stammen überwiegend aus Guinea und der Elfenbeinküste.

Seit Monaten versuchen viele Menschen, aus Nordafrika über die gefährliche Mittelmeerroute Süditalien zu erreichen. Zuletzt kam es dabei immer wieder zu tödlichen Unfällen. Das italienische Innenministerium hatte bis Freitag knapp 41.000 Bootsmigranten gezählt, die die italienischen Küsten erreichten das sind den Angaben zufolge mehr als viermal so viele Menschen wie im Vergleichszeitraum 2022. Den Vereinten Nationen (UN) zufolge sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres so viele Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken wie seit 2017 nicht mehr. Von Januar bis März starben der Internationalen Organisation für Migration zufolge 441 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa. Die italienische Regierung rief Mitte April wegen der hohen Migrationszahlen über die Mittelmeerroute landesweit den Notstand aus. Die Regierung kann nun Maßnahmen schneller verordnen.

Load-Date: April 29, 2023

End of Document

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande; Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur die Migrationsdebatte wird das drastisch beeinflussen.

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 8:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Hamas-Angriff; Ausg. 1

Length: 3777 words

Byline: Armin Nassehi

Body

Zweieinhalb Wochen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel werden inzwischen Berichte über das Ausmaß der Brutalität bekannt, mit der die Terroristen gewütet haben. Es war kein militärischer Angriff im engeren Sinne, sondern eine blutrünstige Form der Demütigung der noch Lebenden und der Toten, ein Bluttausch irren Ausmaßes. Der Schock des Angriffs war wohlkalkuliert - es ging nicht um Geländegewinne oder irgendein militärisches Ziel, sondern um Auslöschungsfantasien. Man muss es so ausdrücken, um die Dimension des Angriffs zu verstehen, dessen Folgen allmählich bei den Aufräumarbeiten sichtbar wird. Schon diese Dimension macht es geradezu notwendig, die Hamas nicht nur als Organisation zu bekämpfen, sondern auch in der Gestalt ihrer Täter.

Es soll hier um die Folgen des Angriffs hierzulande gehen, nicht um die Folgen für Israel oder die nun folgenden militärischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen. Aber um die Folgen wirklich abschätzen und beurteilen zu können, ist eine kurze Bestimmung der Dimension des Verbrechens vonnöten, denn es geht bei diesem Angriff um mehr, es geht in einem kaum beschreibbaren Sinne um die physische, die existenzielle Auslöschung der Juden. Es richtet sich nicht nur gegen einen Staat, sondern gegen dessen Sein selbst in jedem einzelnen Exemplar. Die Drastik muss so formuliert werden - auch in ihrer historischen Anleihe an die Shoah. Der Mufti von Jerusalem sollte nach einem Treffen mit Hitler 1941 in Berlin, im Vorfeld der Diskussionen um die Gründung eines jüdischen Staates im damaligen britischen Mandatsgebiet, für die "Endlösung" der Juden im arabischen Raum sorgen. Es gibt da Kontinuitäten - auch was die Quelle des Antisemitismus angeht, den man in den Deutschland gerne säuberlich in den (überwundenen) eigenen und den (aktiven) importierten ordnet.

Angesichts der Drastik und der existenziellen Dimension des Terrors sind die hiesigen Reaktionen von einer stupenden Routine geprägt. Dass die Existenz Israels zur deutschen "Staatsräson" gehört, dass es eine besondere historische Verantwortung Deutschlands gibt, dass man "an der Seite Israels" steht - all das gilt und wird sehr glaubhaft betont. Zugleich haben all diese Sätze immer auch einen schalen Beigeschmack, weil sie so alternativlos sind. Hier zeigt sich das Grundproblem authentischer Rede, wenn es um die Bestätigung nachgerade ritualisierter Sätze geht.

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur

Noch schaler wird es allerdings, wenn man sich ansieht, wie tief am Ende das Misstrauen gegenüber Israel sitzt; und wenn man sich ansieht, wie lange es in der journalistischen Sprache gedauert hat, den terroristischen Angriff nicht für eine übliche militärische Operation zu halten und nicht mit der balance-Figur der beiden Seiten zu arbeiten, wenn nun auf diese Angriffe militärisch reagiert wird. Der Zweifel gegenüber Israel sitzt semantisch tiefer, als die Intentionen der Sprecherinnen und Sprecher womöglich nahelegen. Begriffe und Formulierungen haben ein Eigenleben. Sie tun etwas.

Man muss sich fragen, wie lange die rituelle Unterstützung für Israel anhalten wird, wenn Israel im Gazastreifen Hamas-Terroristen bekämpft und durchaus in Teilen auch eine Vergeltungsabsicht hat - und dass die israelische Armee sehr direkt und aktiv zu viele zivile Opfer zu vermeiden trachtet, wird durch die Hamas-Strategie konterkariert, zivile Opfer zu provozieren. Denn vermiedene Opfer kann man nicht fotografieren.

Die dann doch anfallenden, auf schreckliche Weise unvermeidlichen Bilder, die die Intervention produzieren wird, werden den latenten Zweifel in einen manifesten verwandeln und Relativierungen einfordern. Dass die Reaktion verhältnismäßig sein muss, wird man dann öfter hören, mit Recht. Das Eigentümliche daran wird sein, dass all diese Vorwürfe oder Zweifel durchaus einen richtigen Kern haben und solche Forderungen ja auch innerhalb Israels als demokratischem Staat kontrovers diskutiert werden, sie aber eben auch dazu beitragen, das Monströse des Angriffs der Hamas aus den Augen zu verlieren. Und dass die Gefahr besteht, dass auch Teile der militärischen Reaktion Israels völkerrechtlich zweifelhaft sein werden und es zu Überreaktion kommen wird, kann niemand leugnen, der jemals die Dynamik militärischer Konfrontation mitverfolgt hat. Bis jetzt fällt der taktische Begriff des Genozids als Beschreibung der israelischen Gegenstrategie nur bei arabischen Aktivisten oder bei linken Solidaritätsadressen. Für beide ist es Teil des Geschäftsmodells.

Die Bereitschaft zur Unterstützung Israels wird schwinden

All das wird kommen, und es wird auch auf Kosten der Unterstützungsbereitschaft Israels in Deutschland gehen - wie es auch bei der Unterstützung der Ukraine gegen Russland eine ähnliche Entwicklung gegeben hat. Die Bereitschaft schwindet nicht einfach wegen Erschöpfung und Gewohnheit, sondern mit einem Plausiblerwerden der Täter-Opfer-Umkehr. Eigentlich habe die Nato Russland bedroht, die Ukraine kämpfe im Auftrag der USA, und das knapp am "internationalen Finanzjudentum" vorbeischrummende Interessengeflecht an diesem Krieg tue ein Übriges: Das sind die falschen Argumente derjenigen, die gegen eine weitere, im Fall der Ukraine militärtechnische Unterstützung plädieren. Ohne antisemitische Formeln kommt man auch hier nicht aus.

Die Reaktionen auf die jetzige Situation sind vom Syndrom "Antisemitismus" überlagert. Das erzeugt etwas Unauflösbares, etwas Unsicheres. Die Funktion der ritualisierten Unterstützung Israels und die ständigen Beteuerungen, der Antisemitismus habe "keinen Platz" in Deutschland, besteht darin, bloß keinen Diskurs darüber zu führen. Die Funktion von Ritualen und liturgischem Ton ist die Verschmelzung von semantischer Bedeutung und seiner performativen Einbettung. Man vermeidet dann Unterscheidungen und Erklärungen, Bewertungen und die Aufdeckung von Widersprüchen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist ein Segen, dass es diese Rituale gibt, denn sie verhindern das freie Explorieren - aber nicht ganz, wie man sieht. Die Assoziationen laufen natürlich weiter, der prominente Fall mit den Diamantenhändlern hat sichtbar gemacht, welches Eigenleben Stereotype haben und wie träge und verbreitet ihre kulturelle Persistenz ist. Man wird sie nicht los, nicht einmal gegen die eigenen Überzeugungen. Einem manifesten Antisemiten kann man solche Assoziationen fast verzeihen, denn es ist sein Geschäftsmodell. Aber den anderen, denen man keine antisemitische Grundhaltung unterstellen sollte, eben nicht.

Von diesen Fragen lenken der linke und der "importierte" Antisemitismus ab. Es sind vor allem linke, aktivistische junge Leute, deren Parteinahme für die Hamas an frühere linke Bewegungen erinnert, in denen sich Bürgerkinder hinter Fahnen von Ho Chi Minh oder Mao versammelt haben, nur weil sie damit eine antiwestliche Haltung ohne große intellektuelle Anstrengung demonstrieren konnten. Sie hätten mit ihrer Lebensweise ein Leben unter diesen Regimen kaum überlebt - wohl ebenso unter der Hamas. Hier setzt der importierte Antisemitismus an. Er entlastet von den eigenen Ambivalenzen und vom autochthonen, ganz traditionellen Antisemitismus. Die propalästinsischen und antiisraelischen, antijüdischen Demonstrationen von offenkundig

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur

Arabischstämmigen vor allem, aber nicht nur in Berlin sind unerträglich - und sie und deren Folgen werden womöglich die nachhaltigsten Folgen des gesamten Geschehens für Deutschland haben. Um es deutlich zu sagen: Das Demonstrations- und Versammlungsrecht gilt auch dafür, und der Rechtsstaat ist nur einer, wenn er unabhängig davon Genehmigungen erteilt, ob einem die Inhalte schmecken.

Wie diese Leute aber den Terror der Hamas in seiner ganzen Dementierung von Humanität und seiner Brutalität nicht nur begrüßen und feiern, sondern auch zum Anlass für ein ganz neues Selbstbewusstsein nehmen, wird den gesamten Diskurs um Migration sprengen. Diese Leute verhalten sich schlimmer, als es die schlimmsten Vorurteile über sie behaupten würden - diese Bilder sind kaum mehr einzuholen. Und dass sie eine konkrete Bedrohung für Juden sind, dass deren Wohnungen mit Davidsternen markiert werden, dass Mitglieder jüdischer Gemeinden gewarnt werden müssen, sich nicht als Juden zu erkennen zu geben, ist inakzeptabel - und muss mit allen rechtlich möglichen Mitteln repressiv verfolgt und kriminalisiert werden, auch wenn das für manche Beobachter sogleich mit dem rituellen Vorwurf des Rassismus geahndet wird.

Überhaupt sind diese Demonstrationen von verschiedenen Seiten instrumentalisierbar. Migration ist ohnehin derzeit das wohl einzige wirklich polarisierte und polarisierbare Thema im politischen Diskurs in Deutschland. Ohne die Polarisierbarkeit dieses Themas gäbe es die faschistoide AfD nicht, und ohne das Migrationsthema hätte auch die in Gründung befindliche Hufeisenpartei von Wagenknecht und Konsorten kein wirkliches Thema. In dieser Situation sind die Pro-Palästina-Demonstrationen ein Brandbeschleuniger - und ein Geschenk für manche. Abschiebungen im großen Stil gelten dann für eine große Koalition Ratloser als Mittel der Stunde - wohl wissend, dass das nur ein geradezu hilfloses Entgegenkommen einer Stimmungslage gegenüber ist, das an den Problemen nichts, aber auch gar nichts ändern wird. Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern sind ohne Zweifel angezeigt, aber als migrationspolitisches Instrument taugen sie nicht. Das Migrationsthema wird man nicht durch (rechtsstaatlich angemessene) Abschiebungen los. Das glaubt nicht einmal die AfD - die es auch am wenigsten glauben muss, weil ihre Existenzgarantie schon in der Besetzung des Themas liegt. Mit den Problemen hat das nichts zu tun.

Was aber sind die Probleme? Man kann es vielleicht eine Realitätsverweigerung nennen, die sich durchaus auch in Teilen der sich kritisch nennenden Migrationsforschung der vergangenen Jahre widerspiegelt. Theoretisch hat man sich mit anerkennungstheoretischen Ansätzen oder mit der Kritik an einem generellen "Othering" (in der deutschen verschwurbelten Übersetzung "Veränderung" genannt) nur dafür interessiert, dass Migrantinnen und Migranten als "andere" identifiziert werden; "gelesen" sagt man in der Szene, um bloß zu vermeiden, sagen zu müssen, dass sie es tatsächlich zunächst auch sind, womit man ihnen nicht zu nahetritt. Man hat schon die Markierung als "anders" für Diskriminierung gehalten. Die moralische Intuition, mit der solche Forschung betrieben wird, kann mit real existierenden Differenzen offensichtlich nichts anfangen und ist bei aller normativen Forderung nach Augenhöhe um jeden Preis erstaunlich unsensibel dafür, dass Migration reale Konflikte erzeugt, die nicht nur mit einer generell diskriminierenden Einstellung zu tun haben.

Mit der Konzentration auf Anerkennungs- und Identitätsfragen scheint der Blick für die realen Lebensformen, für die Gefahr durch eine Version eines simplifizierten Islam für Ungebildete, für segregierte Lebensformen, für die Ablehnung einer pluralistischen Lebensweise, für die Persistenz einer patriarchalen Kultur bei vielen vermieden worden zu sein. Gegen solche Beobachtungen wird oft eingewandt, man erkenne die eigene patriarchale Tradition und die eigenen historischen Abgründe - aber das ist oftmals nur ein Ausweichen davor, die Lernprozesse einer pluralistischen Gesellschaft schlicht zu leugnen.

Die größte Anerkennung ist, dass aus einem Flüchtling eine Schülerin werden kann

An meinem Lehrstuhl in München führen wir gerade ein Forschungsprojekt durch, in dem es um "Andockstellen für Flüchtlinge" geht. Vieles davon lässt sich auf Migranten überhaupt übertragen. Wir untersuchen, wie sich gesellschaftliche Institutionen wie Schulen, Unternehmen, Ämter oder medizinische Praxen auf Menschen einstellen, die als Flüchtlinge kommen und hier gewissermaßen zu Schülerinnen und Schülern, zu Arbeitnehmern, zu Rechtssubjekten oder Patienten gemacht werden. Selbst wenn in den Köpfen der Akteure in den Institutionen womöglich "verandernde" Motive sind, ist die inklusive Kraft der Institutionen recht groß und auch die Kreativität

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur

der Institutionen, mit ihren Mitteln die fluchtspezifischen Besonderheiten pädagogisch oder im Arbeitsprozess, rechtlich oder medizinisch zu bearbeiten. All diese Praktiken entlasten davon, die Personen als Personen anzuerkennen, als ganze Menschen. Die größte Anerkennung ist, dass aus einem Flüchtling eine Schülerin werden kann oder ein Patient oder jemand mit rechtlichen Ansprüchen.

Kulturelle Differenzen, auch Diskriminierungen, nicht zuletzt Ungleichbehandlungen kommen in solchen Kontexten auch vor. Aber es sind gerade die institutionellen Regeln und Praktiken, die diese ziemlich wirksam in Schranken verweisen. Als diskriminierend werden sehr oft die Anpassungsprozesse an Klienten erfahren, an denen man sehen kann, wie voraussetzungsvoll institutionelle Routinen sind. Dieses Voraussetzungs-volle ist etwas, das wir in unser aller Alltag nicht wirklich wahrnehmen. Bei Migranten fällt es aber deutlich auf - und scheitert dann oft an sehr deutlichen Unterschieden wechselseitiger Erwartungen. Das ist keine romantisierende Beschreibung, sondern der Modus, wie eine moderne Gesellschaft mit Menschen umgeht, mit Einheimischen wie mit Migranten. Und diese inklusive Kraft ist es auch, die diese Unterscheidung unterläuft.

Wer in Deutschland die Migrationsrealität nur in Form der unzivilisierten Demonstrationen zu Ehren der Hamas wahrnimmt, ist entweder ohnehin an anderem interessiert, oder aber es ist ein Effekt dessen, wie "unsichtbar" und erfolgreich die inkludierenden Folgen dieser Praktiken sind, jedenfalls bei den meisten Einwanderern der vergangenen Jahrzehnte zunächst in die alte Bundesrepublik, später ins wiedervereinigte Deutschland: von den Deutschen aus den Ostgebieten nach dem Krieg über die verschiedenen Arbeitsmigrationen aus Süd- und Südosteuropa und der Türkei bis hin zur Fluchtmigration seit den Neunzigerjahren.

Man traut es sich in der derzeitigen Situation kaum zu sagen, aber im Ganzen gesehen ist die Bundesrepublik ein erfolgreiches Einwanderungsland. Sichtbar sind leider nur die Fehlallokationen: Misserfolge im Bildungssystem und beim sozialen Aufstieg auch in der dritten Generation, Festhalten an inkompatiblen kulturellen Formen und religiösen Praktiken, natürlich auch Externalisierung der Probleme in geschlossene Communitys, um die man sich dann nicht kümmern muss. Ohne hier eine "Schuld" bei uns selbst suchen zu wollen, gab es oft allzu viel Interesslosigkeit aus Gründen der Konfliktvermeidung. Wer darauf hingewiesen hat, wurde meist dafür kritisiert, weil er die Regel der bequemen und intellektuell übersichtlichen Unterscheidungslosigkeit missachtet hat.

Vor diesem Hintergrund erst werden die Demonstrationen für die Hamas bedeutsam. Das Verstörende ist nicht nur die unmoralische Geste und die kalte Grausamkeit, sondern die offenkundige Verachtung und deutliche Differenzmarkierung gegenüber einem Land, das auch nach drei Generationen für eine kleine, aber sichtbare Gruppe als fremd und nicht als Eigenes wahrgenommen wird.

Man kann das wahrscheinlich nur damit erklären, wie sehr man generell kulturelle Trägheit unterschätzt und wie stark die stereotypisierende Wirkung von solchen Formen ist, die ganz eigene Traditionen und Sagbarkeiten aufbauen. Offensichtlich sind sowohl kulturelle Erfahrungen als auch familiäre Traditionen, imprägnierende Weltbilder und erzählbare Geschichten stabiler, als man es erwartet. Wahrscheinlich wird es weitere Generationen dauern, bis sich solche kulturellen Unterscheidungsrituale abnutzen und durchaus wünschenswerte Formen eines für alle angemessenen Binnenpluralismus annehmen. Das muss in Rechnung stellen, wer sich derzeit über die Militanz und unerträgliche Sprache der entsprechenden Kundgebungen wundert. Angesichts der geopolitischen Bedeutung des Nahostkonfliktes stehen die Zeichen für Lernprozesse derzeit nicht gut.

Wohlwollende, entgegenkommende, oft auch die akademischen Beobachter glauben zumeist an die Aufklärbarkeit durch ein gutes Argument oder die anerkennende Rede - und sehen nicht, wie sehr auch dieser Glaube eine kulturelle Imprägnierung ist, die ein Selektionsprinzip darstellt: Sie erzeugt, was man sieht. Man universalisiert die eigene kleine Welt, die an die Macht des besseren Argumentes und an den Willen zur Einsicht glaubt, den man sich selbst gerne zurechnet. Und das ist ohnehin eine der stupenden Grunderfahrungen, wie erwartbar, wie kalkulierbar, wie wenig überraschend die unterschiedlichen Gruppen und Sprecherpositionen gerade in der gegenwärtigen Ausnahmesituation reagieren. Das ist vielleicht die wichtigste Diagnose aus soziologischer Perspektive: Die üblichen verdächtigen Reaktionsmuster, ja sogar Reflexe sind oft stärker als das reflexive Bemühen um eine sich zunächst zurücknehmende Urteilskraft, die aus den allzu festen Mustern ausbrechen könnte.

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur

Die Verachtung alles Westlichen

Das gilt auch für die linken und postkolonialen Reaktionen auf den Angriff der Hamas, die eng mit der Migrationsrealität verwoben sind. Mit der globalen postkolonialen Bewegung ist der Holocaust zu einem Ereignis unter anderen geschrumpft. Israel ist für diese Bewegung ein westlicher kolonialer Staat, Palästina ein kolonisiertes Opfer, was die Genese des Staates Israel auf eine eklatante Weise verkürzt. Das vermengt sich mit dem antikapitalistischen Motiv der linken Antisemiten, die in Israel mit seiner liberalen Demokratie und seinem gesellschaftlichen Pluralismus, seiner Nähe zu den USA und seiner starken Ökonomie wie ein Symbol all dessen aussieht, was man ohnehin verachtet. Liest man die eine oder andere Verlautbarung zum Thema - mit am schlimmsten übrigens ein internationaler Solidaritätsaufruf von Soziologen für Gaza (Google Doc) -, hat man das Gefühl, dass hier Leute am Werk sind, die vor allem das Eigene hassen und dafür eine Form brauchen. Entweder als eine generalisierte Kritik um der Kritik willen, oder aber als Verachtung alles Westlichen, das man zum Unterdrücker alles anderen stilisiert. Dann werden aus Bewegungen wie der Hamas oder der Hisbollah linke Protestbewegungen - weil sie sich gegen einen angeblichen Aggressor wehren, der alle verachtenswerten "westlichen" Marker trägt.

Man kontextualisiert dann - wie Judith Butler es in einem nebulösen Text in der London Book Review getan hat. Natürlich muss man das Geschehen kontextualisieren, um es zu verstehen. Aber dann muss man die Kontexte auch nennen. Ihr fällt nur ein, dass Israel für eine "normalisation of the colonial rule" steht. Das ist für jemanden, die die historischen Hintergründe kennen müsste, eine so simple Vereinfachung des Sachverhalts, dass alle Sätze, die Mitgefühl und Mitleid mit den Angegriffenen ausdrücken, unter dem Verdacht stehen, Krokodilstränen zu sein. Es sind viele, die die Angriffe nicht verurteilen können, ohne gleichzeitig Kritik an der Regierung Netanjahu üben zu müssen und die Siedlungspolitik Israels zu kritisieren. Das hört sich so an, als habe man keine Ahnung davon, dass Israel seit Monaten selbst innenpolitisch ums Überleben der pluralistischen Demokratie kämpft und dass um die Angemessenheit der Siedlungs- und Religionspolitik leidenschaftlich im Land selbst kontrovers gestritten wird - etwas, das kein Anrainer in der Region in seinem politischen System auch nur ansatzweise könnte. Manche Kritik an Israel kommt dabei angesichts der Dimension des Angriffs mit einer Kälte daher, die erschauern lässt.

Auch dies wird Folgen haben - denn man muss die Frage des Verhältnisses des Westens und des globalen Südens wahrscheinlich neu denken. Die Diskussion um die letzte documenta hat davon einen Eindruck vermittelt. Ähnlich wie in der Migrationsfrage scheint es hier bei vielen nur eine grundlegende Forderung der Anerkennung zu geben und der semantischen Berücksichtigung früheren Unrechts. Aus der Shoah wird dann eine innereuropäische Angelegenheit - aber wird sie dadurch weniger bedeutsam? Vielleicht besorgen zumindest diese postkolonialen Formen dann die Entsorgung des Antisemitismus als Problem, wie für die Rechten mit dem importierten Antisemitismus diese Entsorgung ebenso gelingen kann.

Am Ende werden es aber die Jüdinnen und Juden sein, die das Nachsehen haben - gegenüber westlichen politischen Akteuren, die die Kosten der Unterstützung womöglich nicht mehr in der gleichen Intensität hinbekommen, wenn diese steigen; gegenüber einer migrantischen Realität in Deutschland, die zumindest im Hinblick auf dieses Thema derzeit kaum zivilisierbar erscheint; und gegenüber Linken, die die Juden endlich in die Schranken einer internationalen Kapitalismus- und Kolonialkritik verweisen können.

Dass das Jüdische stets unter Verdacht stand und bekämpft, mindestens für zweifelhaft angesehen wurde, hatte seit dem christlich-religiösen Antijudaismus über den kulturellen und dann den rassistischen Antisemitismus immer auch mit einem ungeklärten Verhältnis seiner Kritiker und Verächter zu sich selbst zu tun. Das Jüdische wird immerfort gehasst, weil es das Eigene als Eigenes herausfordert - religiös als die eigene Quelle, kulturell als Ununterscheidbarkeit und eliminatorisch/rassistisch als Selbstreinigung. Auch der Angriff auf Israel, der ein expliziter Angriff auf das Jüdische ist, ist keine politische Tat im abstrakten Sinne, sondern ruft in seinen Wirkungen ungeklärte Selbstverhältnisse auf: bei den Wohlmeinenden die Katharsis der eigenen Geschichte, bei den Linken den ohnehin latenten Hass auf das Eigene und bei Migranten die Frage der multiplen Zugehörigkeit.

Der Terror anderswo, die Routine hierzulande Der Hamas-Angriff und die Reaktion Israels darauf verändert auch den politischen Diskurs in Deutschland. Nicht nur

Mohssen Assanimoghaddam Der Zaun von dem Bremer Flughafen zur Abendstunde. Das illegal nach Deutschland eingereiste libanesische Clan-Mitglied Ibrahim Miri darf abgeschoben werden. Das Bremer Verwaltungsgericht lehnte einen Eilantrag des Inhaftierten ab und machte den Weg für eine Abschiebung Miris frei. +++ dpa-Bildfunk +++ Mohssen Assanimoghaddam Der Zaun von dem Bremer Flughafen zur Abendstunde. Das illegal nach Deutschland eingereiste libanesische Clan-Mitglied Ibrahim Miri darf abgeschoben werden. Das Bremer Verwaltungsgericht lehnte einen Eilantrag des Inhaftierten ab und machte den Weg für eine Abschiebung Miris frei. +++ dpa-Bildfunk +++

Load-Date: October 25, 2023

End of Document

Bundesregierung verlängert Grenzkontrollen zu Österreich; Ein weiteres halbes Jahr soll es Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze geben. Bundesinnenministerin Faeser begründet den Schritt mit illegaler Migration.

ZEIT-online

Freitag 14. April 2023 1:46 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 410 words

Byline: Ulrike Tschirner

Body

Metodi Popow

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD)

Deutschland will die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Landgrenze länger aufrechterhalten als bislang geplant. Das geht aus einem Schreiben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) an die EU-Kommission hervor, aus dem die Nachrichtenagentur dpa zitiert. Demnach schreibt Faeser darin, sie sehe sich gezwungen, an der Haupttroute irregulärer **Migration** nach Deutschland mit Wirkung zum 12. Mai Binnengrenzkontrollen für weitere sechs Monate anzuordnen. Durch illegale **Migration** habe sich in den Kommunen das Problem verschärft, die eingereisten Menschen unterzubringen.

Eigentlich gibt es im Schengenraum aus 26 europäischen Ländern keine stationären Personenkontrollen an den Grenzen. In den vergangenen Jahren hatten aber mehrere Staaten eine Ausnahmeregelung genutzt und wieder teilweise Grenzkontrollen eingeführt. Deutschland kontrolliert seit Herbst 2015 in Bayern an der Grenze zu Österreich, nachdem sich Zehntausende Flüchtlinge und andere Migranten von Griechenland über die Balkanroute auf den Weg nach Westeuropa gemacht hatten.

Deutschland sei auch im Vorjahr wieder Hauptzielland in Europa gewesen, schreibt Faeser dem dpa-Bericht zufolge an die EU-Kommission. "Besorgniserregend ist, dass im Jahr 2022 ein Höchstwert der festgestellten irregulären Migration an den EU-Außengrenzen seit 2016 zu verzeichnen war."

Dänemark will Pendler und Urlauber aus Deutschland seltener überprüfen

Sie unterstütze die Anstrengungen auf europäischer Ebene, den grenzkontrollfreien Schengenraum zu erhalten, heißt es in dem Schreiben weiter. Dafür sei erforderlich, dass die Mitgliedstaaten geeignete Instrumente für eine bessere Kontrolle und Steuerung der Migration an den europäischen Außengrenzen erhielten. Eine verlässliche

Bundesregierung verlängert Grenzkontrollen zu Österreich Ein weiteres halbes Jahr soll es Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze geben. Bundesinnenmi....

Registrierung und Erfassung an den Außengrenzen seien geplant. Aber "solange diese noch nicht beschlossen und umgesetzt sind, besteht Gefahr für den Schengenraum mit offenen Binnengrenzen", schlussfolgert die Ministerin.

Dänemark kündigte derweil ein anderes Vorgehen an. Ab Mitte Mai sollen die Kontrollen an den deutsch-dänischen Grenzübergängen für ein halbes Jahr gelockert werden. Pendler oder Urlauber aus Deutschland sollen seltener überprüft werden. Die Polizei wolle stattdessen stärker gegen grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen, teilte das dänische Justizministerium mit. Die Grenzkontrollen für Schweden sollen zwischen Mai und November komplett wegfallen.

Load-Date: April 14, 2023

End of Document

Mexikanische Beamte entdecken 57 minderjährige Geflüchtete in Lkw; Bei der Durchsuchung eines Lkw haben Beamte in Mexiko über 50 unbegleitete Minderjährige entdeckt. Die Jugendlichen kamen aus Guatemala und wollten offenbar in die USA.

ZEIT-online

Freitag 27. Januar 2023 5:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration in die USA; Ausg. 1

Length: 351 words

Byline: Sarah Vojta

Body

John Moore

CIUDAD JUAREZ, MEXICO - JANUARY 07: As seen from an aerial view Texas National Guard soldiers walk along the U.S.-Mexico border on January 07, 2023 as viewed from Ciudad Juarez, Mexico. President Joe Biden is set to visit El Paso on January 8th, his first visit to the border since he became president two years before. U.S. Border authorities took into custody some 2.5 million migrants in 2022, the highest number on record. (Photo by John Moore/Getty Images)

In der mexikanischen Provinz Chihuahua haben Beamte 57 unbegleitete Minderjährige in einem Lkw entdeckt, teilte das Nationale Institut für Migration (INM) in einer Erklärung mit. In dem Lastwagen aus Guatemala seien insgesamt 67 Menschen unterwegs gewesen. Bei den meisten Minderjährigen habe es sich demnach um Jungen zwischen 14 und 17 Jahren gehandelt. Keiner von ihnen hätte ordnungsgemäße Papiere dabeigehabt. Chihuahua grenzt an die USA, wohin wegen der besseren Lebensbedingungen Tausende Migranten aus Lateinamerika einreisen wollen.

Der Lkw-Fahrer ist laut dem INM der Generalstaatsanwaltschaft übergeben worden. Die Geflüchteten seien von den staatlichen Behörden in Obhut genommen worden.

An der südlichen US-Grenze gab es allein im November 230.000 Festnahmen. Hunderte Menschen sterben jährlich bei dem Versuch, auf der Route über Mittelamerika in die USA zu gelangen. Diese Zahlen gingen seit Jahresanfang im Zuge der von US-Präsident Joe Biden verhängten neuen Migrationsbeschränkungen aber zurück.

Biden hatte Anfang des Monats angekündigt, illegal eingewanderte Menschen rigoros abschieben zu wollen. Dafür soll jeden Monat 30.000 Migranten aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela unter bestimmten Voraussetzungen die Einreise erlaubt werden nicht aber aus Guatemala, von wo die aufgegriffenen Geflüchteten stammen.

Mexikanische Beamte entdecken 57 minderjährige Geflüchtete in Lkw Bei der Durchsuchung eines Lkw haben Beamte in Mexiko über 50 unbegleitete Minderjährige entde....

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik ist in den USA ein politisch aufgeladenes Thema. Nachdem der ehemalige Präsident Donald Trump angekündigt hatte, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko errichten lassen zu wollen, werfen die oppositionellen Republikaner Biden vor, einen zu laxen Kurs zu fahren.

Load-Date: January 27, 2023

End of Document

Ministerpräsident Mitsotakis weist Kritik an Rettungseinsatz zurück; Der Zorn über den Untergang eines Boots mit bis zu 600 Toten müsse sich gegen Schmuggler richten, sagte Mitsotakis. Griechenlands Migrationspolitik sei "fair und strikt".

ZEIT-online

Samstag 17. Juni 2023 10:18 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bootsunglück in Griechenland; Ausg. 1

Length: 610 words

Byline: Christina Felschen

Body

Menelaos Myrillas

A member of the Coastguard overlooks survivors as they rest in a warehouse used as a temporary shelter, after a boat carrying dozens of **migrants** sank in the Ionian Sea, in Kalamata town, Greece, on June 14, 2023. At least 59 people died while more than 100 people have been rescued after the shipwreck. (Photo by Menelaos Myrillas / SOOC / SOOC via AFP) (Photo by MENELAOS MYRILLAS/SOOC/AFP via Getty Images)

Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis hat Kritik am Rettungseinsatz nach dem Untergang eines Boots mit bis zu 750 Migranten harsch zurückgewiesen.

Die Neinsager sollten ihren Zorn gegen Menschenhändler richten, die er bei einem Wahlkampfauftritt am Samstag in Sparta als "menschlichen Abschaum" bezeichnete. "Es ist sehr unfair, wenn einige sogenannte 'solidarische Menschen' unterstellen, dass die [Küstenwache] ihre Aufgabe nicht erfüllt hat", sagte Mitsotakis, der mit seiner konservativen Partei Neue Demokratie Favorit bei der Parlamentswahl am 25. Juni ist. "Diese Leute kämpfen da draußen gegen die Wellen, um Menschenleben zu retten und unsere Grenzen zu schützen."

Das Flüchtlingsboot war am Mittwoch gesunken; auch am Samstag fand die Such- und Rettungsaktion nach Angaben der Küstenwache bei rauer See statt. Eine Fregatte der Marine und vier weitere Schiffe operierten rund 90 Kilometer südwestlich der Hafenstadt Pylos. Am Mittwoch wurden 104 Überlebende gerettet und 78 Leichen geborgen, danach wurde niemand mehr gefunden. Laut Küstenwache wurden per Funk und Lautsprecher vor dem Untergang gemachte Hilfsangebote abgelehnt.

Mitsotakis greift seinen Kritiker Tsipras an

Kritik am Vorgehen der Küstenwache war vom linken Oppositionsführer Alexis Tsipras gekommen. Die Küstenwache hätte das Boot abschleppen sollen, um es in Sicherheit zu bringen, sagte er. Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International äußerte sich kritisch; die Tragödie sei "komplett zu vermeiden"

Ministerpräsident Mitsotakis weist Kritik an Rettungseinsatz zurück Der Zorn über den Untergang eines Boots mit bis zu 600 Toten müsse sich gegen Schmuggler richten...

gewesen, sagte eine Sprecherin. Einem Bericht des Westdeutschen Rundfunks zufolge soll das Boot sogar wegen Push-Backs der Küstenwache gesunken sein. Demnach haben zehn Überlebende unabhängig voneinander erzählt, dass die Küstenwache versucht habe, das überladene Schiff Richtung Italien zu schleppen. Die Küstenwache weist diesen Vorwurf zurück.

Mitsotakis hielt Tsipras sozialistischer Partei Syriza ihre eigene Bilanz bezüglich Migration während ihrer Regierungszeit vor. "Diejenigen, die sich heute als die sogenannten echten Menschenfreunde hinstellen, sind diejenigen, die Internierungslager wie Moria zugelassen haben", sagte Mitsotakis. "Dieselben, die vor ein paar Tagen vom Europäischen Gerichtshof wegen der erbärmlichen Bedingungen in Moria verurteilt wurden."

Das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos war im Januar 2013 von einer Dreiparteienkoalition unter Führung der konservativen Neuen Demokratie eröffnet worden. Ab der Migrationskrise 2015 war es überfüllt; Schätzungen zufolge waren 20.000 Menschen in dem Lager, das auf eine Kapazität von 3.000 ausgelegt war. Im September 2020 brannte es ab. Eine von Syriza geführte Koalition regierte von 2015 bis 2019.

Mitsotakis sagte, dass seine Regierung eine andere Migrationspolitik verfolge, die "fair und strikt" die Grenzen bewache und schütze. Illegale Grenzübertritte seien infolgedessen um 90 Prozent zurückgegangen. "Diese Politik wird (von Europa) als die richtige anerkannt", sagte er. "Denn wenn wir die europäischen Grenzen für alle offen lassen, wird die Zahl derer, die das Mittelmeer überqueren wollen, exponentiell ansteigen und damit auch die Gefahr tragischer Schiffsunglücke."

Load-Date: June 18, 2023

Pakistanische Polizei nimmt weitere mutmaßliche Schlepper fest; Kurz nach dem Bootsunglück sind in Griechenland bereits neun mutmaßliche Schlepper gefasst worden. Auch in Pakistan suchen die Behörden nach Verantwortlichen.

ZEIT-online

Sonntag 18. Juni 2023 12:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bootsunglück in Griechenland; Ausg. 1

Length: 389 words

Byline: Katharina Heflik

Body

Byron Smith

Einige der überlebenden **Migranten** außerhalb des Hangars, wo sie am 15. Juni 2023 vorübergehend in einem Hafen in Kalamata, Griechenland, untergebracht wurden.

Vier Tage nach dem **Flüchtlingsunglück** vor der griechischen Küste haben die pakistanischen Behörden zehn weitere mutmaßliche Schlepper festgenommen. Neun Verdächtige wurden nach Behördenangaben im pakistanischen Teil Kaschmirs gefasst aus dieser Region stammt ein Großteil der bei dem Unglück ertrunkenen Pakistaner. Eine weitere Festnahme gab es in der pakistanischen Stadt Gujrat zwischen Islamabad und Lahore. Regierungschef Shebaz Sharif kündigte ein hartes Vorgehen gegen die Schlepper an. Diese sollten "hart bestraft" werden.

Sharif bekundete seine Trauer über die Tragödie. Am Montag würden die Flaggen des Landes auf halbmast gesetzt, sagte er. Nach früheren Angaben Sharifs identifizierte die pakistanische Botschaft in Athen unter den von der griechischen Küstenwache Geretteten zwölf Pakistaner. Wie viele Pakistaner sich insgesamt an Bord befanden und wie viele umkamen, ist nicht bekannt.

Die griechische Polizei hatte bereits am Tag nach dem Unglück neun mutmaßliche Schleuser festgenommen sie waren unter den Überlebenden. Die Männer sind Behördenangaben nach ägyptischer Nationalität. Unter ihnen war auch der Kapitän des Fischerboots. Die Verdächtigen sollten dem Staatsanwalt der Hafenstadt Kalamata vorgeführt werden.

Suche bei Windstärke sechs fortgesetzt

Noch immer gelten Hunderte Migranten als vermisst. 104 Menschen konnten gerettet werden. Es wurden 78 Leichen geborgen. Der Internationalen Organisation für Migration und dem UN-Flüchtlingshilfswerk zufolge befanden sich schätzungsweise 400 bis 750 Menschen an Bord des gesunkenen Fischkutters.

Pakistanische Polizei nimmt weitere mutmaßliche Schlepper fest Kurz nach dem Bootsunglück sind in Griechenland bereits neun mutmaßliche Schlepper gefasst worden....

Trotz der äußerst geringen Hoffnungen auf Erfolg wurde die Suche bei Windstärke sechs fortgesetzt. Beteiligt waren auch eine Fregatte der griechischen Kriegsmarine und ein Hubschrauber der Küstenwache. Vorbeifahrende Schiffe wurden aufgefordert, Ausschau zu halten.

Der Fischkutter war auf dem Weg aus Libyen nach Europa vor der Halbinsel Peloponnes gesunken. Viele Menschen befanden sich der Küstenwache zufolge unter Deck und wurden mit dem Boot in die Tiefe gerissen. Der Unglücksort liegt genau über dem Calypsotief mit mehr als 5.000 Metern die tiefste Stelle des Mittelmeers.

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

"Jedes Interview ein Risiko"; CDU-Chef Merz hat mit seinen Aussagen über Asylbewerber Empörung ausgelöst. Kann so jemand Kanzler werden? Und: Die dienstälteste US-Senatorin Dianne Feinstein ist tot.

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 5:20 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Friedrich Merz; Ausg. 1

Length: 332 words

Byline: Rita Lauter

Body

In einer Diskussion im Fernsehen hat sich CDU-Parteichef Friedrich Merz am Mittwochabend zur **Migrationspolitik** geäußert und weithin Empörung ausgelöst. Bei einer Talkshow des Senders Welt hat Merz behauptet, abgelehnte **Asylsuchende** würden durch Zahnsanierungen das Gesundheitssystem so stark belasten, dass deutsche Bürgerinnen und Bürger keine Zahnarzttermine mehr bekommen können.

Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer, wies die Behauptung auf Anfrage von ZEIT ONLINE zurück. Einerseits werden Behandlungskapazitäten von Zahnarztpraxen durch Zuwanderung nicht knapper, andererseits dürfen Zahnärztinnen und Zahnärzte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur bei akuten Schmerzen oder Erkrankungen eine erforderliche Behandlung bei Asylsuchenden durchführen. Mit dieser Behauptung hat Merz bei der Opposition eine Empörungswelle ausgelöst und Linkenpolitikerin Daphne Weber hat bei der Staatsanwaltschaft Arnsberg Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen ihn gestellt. Doch auch aus den eigenen Rängen muss Merz Kritik einstecken. Wie die CDU zu den Aussagen von Parteichef Friedrich Merz steht - und wie das seine Chancen auf die Kanzlerkandidatur beeinflusst, schätzt Politikredakteur Ferdinand Otto ein.

Nach monatelangen Diskussionen hat der Bundesrat das neue Gebäudeenergiegesetz beschlossen. Ab dem 1. Januar 2024 sollen in Neubauten nur noch Heizungen eingebaut werden, die zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Das Gesetz ist zwar eine deutlich abgeschwächte Version des ersten Entwurfs, soll aber trotzdem einen Beitrag zu mehr Klimaschutz in Gebäuden leisten.

Außerdem im Update:

Was noch? Eine neue Studie zeigt: Babys ahmen andere Menschen deshalb nach, weil sie selbst imitiert werden.

Moderation und Produktion: Rita Lauter

Redaktion: Constanze Kainz

Mitarbeit: Olga Ellinghaus

"Jedes Interview ein Risiko" CDU-Chef Merz hat mit seinen Aussagen über Asylbewerber Empörung ausgelöst.
Kann so jemand Kanzler werden? Und: Die dienstälteste U....

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie [hier](#) . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

**Merz bietet Scholz Zusammenarbeit in Migrationsdebatte an;
Asylkompromiss wie 1993: CDU-Chef Friedrich Merz reicht dem Kanzler
beim Thema Migration die Hand. Zugleich nennt er Scholz und die Ampel
Deutschlands "Hauptproblem".**

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 4:25 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung; Ausg. 1

Length: 450 words

Byline: Christian Parth

Body

CDU-Chef Friedrich Merz hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ein gemeinsames Vorgehen bei der Bewältigung der anhaltenden Zuwanderung angeboten. Es gebe einen "solchen Sprengstoff für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft", dass hier eine Lösung gefunden werden müsse, sagte Merz auf dem CSU-Parteitag in München. "Ich biete Ihnen an, lassen Sie uns das zusammen machen. Wir müssen dieses Problem lösen."

Merz erinnerte an den 1993 von der damals regierenden Union und der damals oppositionellen SPD gefundenen Asylkompromiss, der zu einer Grundgesetzänderung geführt hatte. Nach diesem Vorbild müsse nun eine große Lösung gefunden an. Dies dürfe auch nicht an den Grünen als Teil der Bundesregierung scheitern. "Wenn Sie es mit den Grünen nicht hinbekommen, dann werfen Sie sie raus, dann machen wir es mit Ihnen."

Merz nahm Scholz persönlich in die Verantwortung, sollte es nicht zu einer gemeinsamen Lösung bei der Frage um die Zuwanderung kommen. "Wenn wir es nicht zusammen lösen, Herr Bundeskanzler, dann sind Sie in Zukunft ganz alleine für die Folgen verantwortlich."

Gleichzeitig kritisierte Merz die Arbeit des Kanzlers und der Ampelkoalition. An den vielen Fehlern könne auch ein Oppositionspolitiker keine Freude mehr haben. "Das Hauptproblem in unserem Land hat einen Namen und der ist Olaf Scholz." So habe Scholz zwar in seiner Rede im Bundestag am 6. September einen Deutschland-Pakt angeboten - doch danach sei Scholz einfach abgetaucht.

"Dem Spuk in Berlin ein Ende setzen"

Kämpferisch gab sich Merz mit Blick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr in Ostdeutschland und die Bundestagswahl 2025. Aufgrund des Stimmungshochs der AfD stünden die Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen unter besonderen Herausforderungen.

Merz bietet Scholz Zusammenarbeit in Migrationsdebatte an Asylkompromiss wie 1993: CDU-Chef Friedrich Merz reicht dem Kanzler beim Thema Migration die Hand. Zug....

"Wir messen uns auch in Ostdeutschland nicht an dem, was andere für richtig halten, sondern wir sagen ausschließlich das, was wir für richtig halten und kämpfen um Mehrheiten, auch wenn es schwierig wird", sagte Merz. Es gehe darum, in Ostdeutschland weiter stabile Regierungen zu bilden. Er betrachte dies als gemeinsame Aufgabe für CDU und CSU.

Die Union müsse mit dem Anspruch in das Wahljahr 2025 gehen, "diesem Spuk in Berlin ein Ende zu setzen und wieder eine vernünftige Politik in Deutschland zu ermöglichen mit einer unionsgeführten Bundesregierung", sagte Merz. "Fachkräfte werden in ganz Deutschland gebraucht - aber am allermeisten auf der Regierungsbank in Berlin", rief er den Parteitagsdelegierten zu.

Leonhard Simon CDU-Chef Friedrich Merz spricht auf dem Parteitag der CSU in München. Leonhard Simon CDU-Chef Friedrich Merz spricht auf dem Parteitag der CSU in München.

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

Mindestens zwei Tote bei Bootsunglück mit Migranten in der Ägäis; Sie wollten es nach Europa schaffen, ihr Schlauchboot sank vor Griechenland. 40 Menschen sollen an Bord gewesen sein, 33 konnte die Küstenwache retten.

ZEIT-online

Sonntag 5. Februar 2023 1:29 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 284 words

Byline: Carsten Luther

Body

Xinhua

200302 -- BEIJING, March 2, 2020 -- A boat full of refugees from Turkey approaches the port of Thermi, on the island of Lesbos, Greece, on March 1, 2020. Dozens of refugees and **migrants** reached the shores of Lesbos island in northeastern Aegean Sea, as Greece said it is determined to do what is deemed necessary to guard its borders on land and sea, which are also Europe's borders. XINHUA PHOTOS OF THE DAY MariosxLolos PUBLICATIONxNOTxINxCHN

Vor der griechischen Insel Leros ist ein Boot mit Migrantinnen und Migranten an Bord gesunken. Eine Frau und ein Kind ertranken. Das teilte die griechische Küstenwache mit. 33 der Insassen konnten demnach gerettet werden oder erreichten aus eigenen Kräften die Küste der griechischen Insel Leros, darunter sechs Kinder. Nach weiteren möglichen Opfern wird noch gesucht.

Den Notruf hatte nach Berichten des griechischen Rundfunksenders ERT ein Fischer abgesetzt, der zunächst die Frau tot im Meer treibend gefunden hatte. An Bord sollen nach Angaben der Küstenwache 40 Menschen gewesen sein. Es soll sich von der Türkei aus auf den Weg gemacht haben.

Vor allem von der türkischen Westküste und aus Ländern im Nahen Osten versuchen Migrantinnen und Migranten immer wieder, nach Griechenland oder Süditalien zu gelangen. Die Boote sind meist überfüllt und in schlechtem Zustand. So kommt es immer wieder zu schweren Unglücken.

Allein im vergangenen Jahr sind nach Statistiken des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR 326 Menschen beim Versuch nach Europa überzusetzen ertrunken oder werden vermisst. Damit hat sich die Zahl der Opfer im Vergleich zu 2021 fast verdreifacht. 2021 waren laut UNHCR 115 Menschen gestorben oder konnten nicht mehr gefunden werden.

Mindestens zwei Tote bei Bootsunglück mit Migranten in der Ägäis Sie wollten es nach Europa schaffen, ihr Schlauchboot sank vor Griechenland. 40 Menschen sollen....

Load-Date: February 5, 2023

End of Document

**Orbán's Traum; Wieder ein Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt und in einem
sind sich alle schon vorher einig: weniger Geflüchtete, mehr
Abschiebungen! Unsere Migrationsdebatte entgleist.**

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 3:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 1989 words

Byline: Christian Bangel

Body

Akos Stiller/Bloomberg

Ersparen wir uns die Heuchelei: Der Westen, wir, stehen nicht ganz offenkundig nicht für die Universalität der Menschenrechte.

Eigentlich kann man vieles von dem, was man über den bevorstehenden Gipfel zur **Flüchtlingssituation** wissen muss, schon an dem dafür kursierenden Begriff Showdown ablesen. Es wird ein harter Kampf um Geld werden, wahrscheinlich bis spät in die Nacht hinein. Und am Ende geht es für die Beteiligten aus Bund und Ländern wohl auch darum, den Eindruck zu erwecken, dass die Zahl der **Asylsuchenden** insgesamt gesenkt werden könne.

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, dass bei dem Gipfel kein Vertreter der **Geflüchteten** zugegen sein wird. Statt auch deren Perspektiven aufzunehmen, spielen die Akteure das altbekannte Abschiebe-Bingo. Die *Bild* veröffentlichte Details eines Plans aus dem Bundeskanzleramt, demzufolge Olaf Scholz die Bewegungsrechte und die Privatsphäre **Geflüchteter** stark einschränken will, um mehr Abschiebungen zu gewährleisten. Die Länder und die CDU fordern ohnehin pauschal weniger **Geflüchtete**, laut einer gemeinsamen Beschlussvorlage mit dem Kanzleramt sollen "lageabhängig" Grenzkontrollen auch zu den benachbarten EU-Staaten kommen. Und selbst die Grünen sollen inzwischen der Idee von geschlossenen Lagern an den Grenzen der EU zugestimmt haben potenziellen Knästen der Hoffnungslosen, in denen viele Menschen wohl vergeblich darauf warten würden, dass ihre Heimatstaaten sie zurücknehmen.

Naiv, unrealistisch, inhuman

Diese Politik bezeichnet sich gern als vernünftig oder realistisch, doch sie ist das Gegenteil davon: Sie ist so naiv und kurzsichtig wie inhuman. Natürlich muss die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten adäquat finanziert werden, und sicher kann man auch darüber diskutieren, die vergleichsweise winzigen Zahlen an Geflüchteten aus Georgien und Moldau zu reduzieren, indem man diese Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Doch wer von Klartext redet und dabei die Hoffnung schürt, Deutschland könnte die Zahl der Asylanträge substantiell senken, der muss dann auch klar sagen, was der Preis dafür ist. Nach jahrelangen fruchtlosen Debatten in der EU und in

Orbán's Traum Wieder ein Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt und in einem sind sich alle schon vorher einig:
weniger Geflüchtete, mehr Abschiebungen! Unsere Migratio....

Deutschland ist nämlich offenkundig nur noch das Modell Orbán übrig geblieben: Eine zunehmend militarisierte Abschottung, deren Folge der Tod von immer mehr Menschen ist.

Man kann das mit dem hohlen Begriff der Hypermoral abtun, doch was schon heute täglich in der Ägäis, vor Lampedusa, am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros oder auf der Balkanroute geschieht, ist ganz nüchtern betrachtet ein Verrat an unseren angeblichen Idealen von Rechtsstaat und Menschenwürde. Ersparen wir uns die Heuchelei: Der Westen steht offenkundig nicht für die Universalität der Menschenrechte. Und wenn wir doch helfen, dann unterscheiden viele zwischen kulturell akzeptablen Hilfesuchenden aus der Ukraine und jenen, die dem Morden in Syrien, Irak, Iran und Afghanistan entfliehen, aber in muslimisch geprägten Gesellschaften geboren wurden.

Die Abschottung wird immer teurer

Vermutlich könnten nicht mal jene Politiker, die dies eigentlich wollen, diesen Widerspruch auflösen, denn weder kann Deutschland die EU-Migrationspolitik allein verändern, noch gibt es dafür eine Mehrheit. Doch auf keinen Fall sollte man diesen Widerspruch mutwillig verschärfen. Denn das alltägliche Sterben Hilfesuchender an unseren Grenzen wird sich durch die vom Westen verursachte Klimakrise verschärfen und die Trennung zwischen legitimen Kriegsflüchtlingsen hier und illegitimen Wirtschaftsflüchtlingsen dort wird sich immer schwerer aufrechterhalten lassen. Wie sollen wir denn umgehen mit Menschen, die vor unerträglichen klimatischen Bedingungen flüchten müssen? Bleiben wir hart, werden wir einen doppelten Preis zahlen. Finanziell, weil immer mehr Geld dafür ausgegeben werden muss, Menschen mithilfe von Waffen und Zäunen fernzuhalten. Aber auch politisch. Denn wie kann eine Gesellschaft, deren Maßstab der Menschlichkeit derart verrutscht, auf die Dauer nach innen gerecht bleiben?

Vielleicht ist es zu viel erwartet von den deutschen Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler, öffentlich die Frage aufzuwerfen, womit sich das alles ethisch rechtfertigen lässt. Doch zumindest die strategische Sackgasse, in die sich ein abgeschottetes Europa begeben würde, könnte einem selbsternannten Vorausdenker wie Olaf Scholz durchaus in den Kopf gekommen sein.

© Jakob BörnerChristian Bangel

Denn diese militarisierende Abschottungspolitik spielt sich absurderweise ab, während gleichzeitig die deutsche Bevölkerung (wie viele andere in Europa) bedrohlich altert. 400.000 dauerhafte Zuwanderer bräuchte allein Deutschland jedes Jahr, um seinen Bedarf an Arbeitnehmern zu decken. Die Wirtschaftswoche prognostiziert sogar 1,5 Millionen Menschen. Und gebraucht werden längst nicht mehr nur Ärztinnen und Informatiker, sondern auch Handwerker, Pizzabotinnen, Krankenpfleger, Lastwagenfahrerinnen. In vielen ländlichen Räumen des Ostens kann man heute schon sehen, wie Regionen verwelken, deren Einwohner vor allem darauf bedacht sind, Menschen fernzuhalten.

Dasselbe Schicksal droht Deutschland und anderen europäischen Volkswirtschaften, die in jedem Zuwanderer, der nicht gerade IT-Experte ist, eine Bedrohung sehen. Bald könnte ganz Europa zu einem boshaften, verlassenem kleinen Ort der Welt schrumpfen, dem vielleicht schon in nächsten Jahr mit der Wahl Donald Trumps der schützende Partner USA verloren geht, und der wegen seiner feindlichen Haltung auch im Globalen Süden keine neuen hinzugewinnt.

Der Westen – das hat sich seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wieder gezeigt – wird vielerorts nicht mehr als demokratisches Vorbild bewundert, sondern als illegitimer Machtpol wahrgenommen, dessen wirtschaftliche und militärische Stärke vor allem ein Erbe des Kolonialismus und bis heute andauernder Ausbeutung ist. Viele Regierungen in Lateinamerika, Afrika und Asien können sich der Unterstützung ihrer Bevölkerungen nach wie vor sicher sein, wenn sie den Westen als raffgierigen Hegemonen beschreiben, dessen angebliche Moral immer nur für die anderen gilt.

Ein Signal an die Welt

Orbán's Traum Wieder ein Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt und in einem sind sich alle schon vorher einig: weniger Geflüchtete, mehr Abschiebungen! Unsere Migratio....

Es wird für Deutschland nicht reichen, die Staaten des Globalen Südens jenseits der Entwicklungszusammenarbeit erst dann ernst zu nehmen, wenn sie als Unterstützer gebraucht werden, wie jetzt gegen Russland. Es geht auch darum, einen Ausgleich zu schaffen für die Folgen einer westlichen Wachstums- und Ausbeutungspolitik, die auf der Welt lastet, sei es durch die Verursachung der Klimakatastrophe oder die Folgen, die der Kolonialismus bis heute zeitigt. Natürlich kann die Migrationspolitik, kann ein ernst gemeintes Klima der Zugänglichkeit allein nicht das Instrument dafür sein, aber es wäre ein guter Anfang. Doch hierzulande ist bei den meisten noch nicht mal angekommen, dass der Plan, diesen Ländern ihre Fachkräfte abzunehmen, die Armen aber abzuweisen, keine großherzige Hilfe ist. Dass es vielmehr eine weitere Hypothek für die Zukunft dieser Länder ist, die ihrerseits wachsen und Wohlstand mehren wollen.

Der deutsche Umgang mit den Menschen, die ihre Heimat vor Krieg und Armut verlassen, ist auch ein Signal an die Welt. Auch außerhalb Deutschlands wird sehr wohl verfolgt, wie teils selbstherrlich, rassistisch und einseitig hierzulande Migrationsdebatten laufen.

Sind wir wirklich überfordert?

Das beginnt mit ihrem allgegenwärtigen, viel zu wenig hinterfragten Leitbegriff: dem der Überforderung. Natürlich gibt es akute Probleme bei der Unterbringung der Geflüchteten, die sich nicht von der Hand weisen lassen. Geld und Standorte sind knapp angesichts der Tatsache, dass eine Million Ukrainerinnen im Land ist. Aber das sind Dinge, die sich trotz und mit einem FDP-Finanzminister organisieren lassen müssten im Land der Organisation. Die drohende Überforderung, von der besonders AfD-Politiker so gern reden, zielt im Kern auf etwas ganz anderes: Nämlich auf einen Verlust angeblicher deutscher Identität etwas, wofür bundesrepublikanische Politiker schon so einige Unwörter des Jahres hervorgebracht haben. "Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen", ist die harmlose Formulierung dieser Überwältigungsangst. Als sei es je darum gegangen.

Was haben wir aus Lichtenhagen gelernt?

30 Jahre sind die Horrorzeiten von Lichtenhagen und Solingen her, als nahezu jeden Tag die Unterkünfte von Menschen brannten, die als fremd wahrgenommen wurden. 1992 schränkten CDU, SPD und Teile der FDP das Asylrecht enorm ein, um die rassistisch aufgeladene Stimmung zu entschärfen, die sie untergehackt mit vielen Medien teils selbst geschürt hatten. Was damals jeder sehen konnte, war das, worauf die AfD und ihr Vorfeld aus rechtsradikalen Reichs- und Wutbürgern noch heute setzen: Rechte Gewalt setzt sich in Deutschland am Ende durch.

Die wütende Abwehr von Zuwanderung besonders im deutschen Osten, wo sie am meisten gebraucht wird setzt besonders die CDU unter Druck, was wiederum auf Teile der SPD wirkt. Wer die Aufmerksamkeit von Olaf Scholz und Friedrich Merz will, sollte sich in neongelben Verkehrswesten vor sie stellen. Kaum etwas scheint ihnen mehr Angst zu machen als eine bürgerlich-radikalisierte Protestbewegung nach Art der französischen Gelbwesten. Diese Angst prägt die Klima- genau wie die Migrationspolitik. Und die Folge ist abermals eine sich selbst erfüllende, überparteiliche Überforderungserzählung, wie schon 1992.

Dabei bräuchte es genau jetzt aufrechte linke Parteien, die auch einmal die angebliche Überforderung des Landes infrage stellen, ebenso wie die oft deklarierte Angst seiner Bürgerinnen und Bürger. Denn die ist alles andere als Bevölkerungskonsens. Ja, die Mehrheit der Deutschen ist dafür, die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten in Deutschland zu reduzieren. Die Mehrheit der Deutschen ist aber auch für konsequente Seenotrettung im Mittelmeer und generell für die Aufnahme von Geflüchteten, die vor Krieg und Katastrophen fliehen. Das nennt man Sankt-Florian-Prinzip oder auch: *not in my backyard*. Was spricht dagegen, diesen Widerspruch politisch zu thematisieren? Was spricht überhaupt dagegen, eine Mehrheit zu organisieren für Zuwanderung, die moralisch so geboten ist, wie sie wirtschaftlich gebraucht wird?

Deutsches Zuwandererideal

Erfolg kann in der Politik auch daraus entstehen, seinen Wählern und Wählerinnen einen Schritt voraus zu sein. Wer hätte ausgerechnet in den angeblich strukturkonservativen USA einen Gerechtigkeitspolitiker Bernie Sanders

Orbán's Traum Wieder ein Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt und in einem sind sich alle schon vorher einig:
weniger Geflüchtete, mehr Abschiebungen! Unsere Migratio....

für möglich gehalten? Wer glaubte ausgerechnet im FPÖ-verliebten Österreich an einen linken Star wie Andreas Babler, der als SPÖ-Bürgermeister der Stadt Traiskirchen einfach weigert, Geflüchtete und Arme gegeneinander auszuspielen?

In Deutschland muss man länger suchen, um jemanden zu treffen, der auf einer Migrationspolitik mit menschlichem Antlitz und strategischer Weitsicht beharrt. Am ehesten findet man so etwas unter Kommunalpolitikern. Olaf Scholz dagegen, der für sich Anspruch nimmt, die effizientere Version von Angela Merkel zu sein, scheint die Altkanzlerin missverstanden zu haben. Forderungen der *BILD*-Zeitung in Bezug auf Geflüchtete zu erfüllen, das ist nicht führungsstark. Das ist hasenfüßig und politisch einfallslos.

Führungsstark wäre es, den Deutschen die Wahrheit zum Thema Zuwanderung zu sagen: Es werden weiterhin viele Menschen kommen, und eben nicht nur Hochqualifizierte, nicht nur solche Menschen, die dem paternalistischen Zuwandererideal noch des letzten sächsischen Hausmeisters entsprechen. Natürlich ist das eine Herausforderung, logistisch, politisch, ökonomisch, aber es ist auch eine Perspektive, moralisch glaubwürdig zu werden und gleichzeitig den Wohlstand zu erhalten. Vielleicht wären gar nicht so wenige Deutsche für eine solche Ehrlichkeit ganz dankbar.

Anmerkung: In einer früheren Version dieses Textes hieß es, die Stadt Traiskirchen sei eine Grenzstadt. Das ist sie nicht. Wir haben das geändert. Die Redaktion // cb

Load-Date: May 10, 2023

Härte statt Hygge; Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik. Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt: So einfach ist es nicht.

ZEIT-online

Sonntag 5. November 2023 9:07 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik in Dänemark; Ausg. 1

Length: 3641 words

Byline: Rieke Havertz

Body

Das Ghetto ist eine Baustelle. Zäune, Kräne, Lkw und Baustoffe versperren fast überall den Weg dorthin, wo Dänemarks harte **Migrationspolitik** auf die Realität des Alltags trifft. Wo aus kühlen Gesetzestexten und Statistiken Leben wird: Mjølnerparken in Kopenhagen. Vier Wohnblöcke, roter, abgewetzter Klinker, weiße Balkone, Innenhöfe mit ein paar Schaukeln, Fahrrädern, Gerümpel. Ein paar Hundert Wohnungen auf kleinem Raum im Nordwesten der dänischen Hauptstadt. So nah an der Innenstadt gelegen, dass die gentrifizierten Hipsterviertel immer näher rücken. Der Übergang zwischen den durchdesignten Cafés und den Klinkerfassaden von Mjølnerparken ist fließend.

Die Kriterien dafür, wo aus Sicht der dänischen Regierung die ausgemachten Problemviertel beginnen, sind es nicht. Es sind fünf: Der Anteil der Zuwanderer aus "nicht westlichen" Ländern und ihrer Kinder beträgt mehr als 50 Prozent. Es gibt eine Arbeitslosigkeit von mehr als 40 Prozent, der Anteil der Vorstrafen der Bewohner ist dreimal so hoch wie der dänische Durchschnitt, mehr als 60 Prozent der Menschen haben lediglich einen Grundschulabschluss und das Bruttoeinkommen liegt mehr als die Hälfte unter dem Durchschnitt. Entscheidend ist aber, so steht es in der Liste, die jedes Jahr am 1. Dezember veröffentlicht wird, vor allem ein Kriterium: dass in den sozialen Wohnungebaueieten mehr "nicht westliche" als weiße Dänen wohnen. Werden noch zwei weitere der fünf Kriterien unterschritten, bekommt es das Ghetto-Label. Die mittlerweile, so will es die Regierung, etwas freundlicher "Parallelgesellschaften" heißen. Alle sagen trotzdem weiter Ghetto.

Da die Menschen in den 560 Wohnungen von Mjølnerparken die Quoten in vier der fünf Kriterien überschreiten, werden ganze Familien zwangsumgesiedelt. Irgendwo über die Stadt verteilt, wo es bezahlbare Wohnungen gibt und die sogenannte Durchmischung besser wird. Wo Kinder zur Schule gehen oder Arbeitsplätze liegen, muss dahinter zurückstehen. Das Gesetz ist Teil einer strikten Einwanderungs- und Integrationspolitik, die die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen seit ihrer Wahl 2019 konsequent verfolgt. Wer kein Asyl bekommt, muss in einer Abschiebeeinrichtung auf die Ausreise warten, darf nicht arbeiten und sich kaum frei bewegen. Wer Dänemark freiwillig verlässt, bekommt Geld. Wer straffällig wird, soll künftig in einem Gefängnis im Kosovo sitzen, nicht in Dänemark. Wer nicht mindestens 37 Stunden die Woche arbeitet und seine Kinder

Härte statt Hygge Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik. Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt....

nicht in eine Kita schickt, erhält weniger Sozialleistungen. Und wer zufällig in einem der landesweit zehn ausgemachten Problemstadtteilen wohnt, muss eben gehen.

Es gibt ein Draußen und ein Drinnen in Mjølnerparken: optisch, gesellschaftlich, moralisch. Die da drinnen leben ein anderes Leben als ihr da draußen, das ist die Botschaft der Regierung, die sich in diesem Kopenhagener Wohnviertel so plastisch über die Architektur ausdrückt, mit den vier quadratischen Blöcken und ihren Innenhöfen, in die man erst einmal hineinflinden muss.

Bei der Einwanderungspolitik ist es vorbei mit Dänemarks Hygge-Image, hier weicht die Gemütlichkeit einer kalkulierten Politik. Die Sozialdemokraten haben bei der Wahl im vergangenen November ihr bestes Ergebnis seit 20 Jahren erzielt, Frederiksen regiert mit einer blockübergreifenden Mitte-Koalition. Dänemarks Rechte, die Dänische Volkspartei, sitzt mit fünf Sitzen im Parlament, 2015 waren es noch 37. In Deutschland hat die AfD bei den jüngsten Landtagswahlen die SPD weit überholt. Auch, weil die Debatte über Migration, Pull-Faktoren, Integration und Zahnarztbesuche den Wahlkampf beherrschte. Die dänischen Sozialdemokraten haben ihre Antwort auf die rechte Rhetorik bei diesem Thema gefunden, indem sie sie in Teilen übernommen haben. Die Unterstützung durch die Wählerinnen und Wähler haben sie damit gerade. Doch was passiert in einer Gesellschaft, wenn Narrative vom politischen Rand in die akzeptierte Mitte rücken?

Majken Felle erfüllt keins der Ghetto-Kriterien. Sie ist, so wie ihre Eltern auch, in Dänemark geboren, hat studiert, arbeitet als Lehrerin. Blond ist sie auch noch. Eine Bilderbuchdänin mit offenem Lachen, dezentem Goldschmuck und blassen Wangen, die sich der Farbe ihres roten Lippenstifts annähern, je länger sie spricht. Felle ist ein Kollateralschaden der Politik, so nennt sie sich selbst. Seit 2014 lebte sie in Wohnblock 2 von Mjølnerparken. Bis die Kündigung kam. Majken Felle ist nicht von der Zwangsumsiedlung betroffen, aber da Wohnblock 2 und 3 von der Wohnungsbaugesellschaft an einen privaten Investor verkauft wurden, um das Problemviertel aufzubrechen, musste auch Felle ihre Wohnung räumen.

An einem sehr dänisch verregnet-windigem Abend sitzt Felle in einem Gemeinschaftsraum in Block 4. Von hier aus organisieren die Anwohner den Widerstand. "Unsere Gemeinschaft ist schon jetzt in Teilen verloren", sagt Felle. Doch weil nicht alle Gebäude verkauft wurden und es Menschen gibt, die bleiben, will auch Felle bleiben. Sie wird künftig in einer kleineren Einzimmerwohnung in Block 4 bleiben, der neben Block 1 nicht verkauft wurde. Sie darf bleiben, weil sie das Mjølnerparken "dänischer" macht. Warum aber engagiert sich die 49-Jährige für ein Viertel, aus dem sie leicht wegziehen könnte? Es ist eine Frage, die ihr auch Freunde und Kollegen stellen, sagt Felle. Die nicht verstehen, wie der Kampf gegen die Regierung und für Mjølnerparken so viel Raum in ihrem Leben einnehmen konnte, dass sie wenig Lust auf Partys hat, die Klassenleitung für Teenager mit besonderen Bedürfnissen aufgegeben hat und für den Moment nur Grundschüler unterrichtet.

Felle überlegt nicht lange, zu oft hat sie die Frage schon gehört. Am Anfang hätte sie vor allem helfen wollen. "Aber jetzt geht es darum, dass man für sein Recht einsteht, niemandem in Dänemark oder der EU sollte so etwas passieren." Politiker würden über die Menschen von Mjølnerparken sprechen, als hätten sie eine Ahnung. Aber eigentlich wollten sie nur muslimische Familien entzweien. "Einige Menschen sollen forciert 'durchmischt' werden, andere müssen das nicht", sagt Felle. Deswegen ist sie eine der zwölf Anwohnerinnen und Anwohner, die stellvertretend für alle gegen das Gesetz der Regierung klagen.

Ein Politiker, der aus Sicht von Majken Felle keine Ahnung von Mjølnerparkens Bewohnern hat, ist Dänemarks Innenminister Kaare Dybvad Bek. Sein Ministerium liegt im Zentrum gleich neben dem imposanten Schloss Christiansborg, Dybvad Beks Büro ist zweckmäßig schlicht. Zwanzig Minuten mit der Bahn liegen zwischen ihm und Majken Felle, ideologisch könnten sie in der Frage der Gesetzgebung nicht weiter voneinander entfernt sein. Der 39-jährige Sozialdemokrat ist gerade ein gefragter Gesprächspartner in Europa. Seit die Zahl der Geflüchteten wieder stark angestiegen ist, blickt nicht nur Deutschland ins nordische Nachbarland als mögliches Vorbild: Die Asylzahlen gedrückt, die Rechten marginalisiert, und das alles unter der Führung der Sozialdemokraten.

Härte statt Hygge Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik. Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt....

Dybvad Bek ist mit sich und seiner Politik zufrieden, das versteckt er nicht. Im schmal geschnittenen, dunklen Anzug erklärt er professionell-freundlich seine strikte Rückführungspolitik zum Erfolgsgaranten des dänischen Modells. "Es ist offensichtlich, dass die meisten Länder in der Europäischen Union in dieser Hinsicht noch Potenzial haben", sagt Dybvad Bek. Schnelles Abschieben ist auch Teil der gerade von der Ampel beschlossenen strikteren Asylverfahren und dennoch erwartet die deutsche Regierung nur 600 Abschiebungen mehr im Jahr. Allerdings haben in Dänemark von Januar bis August dieses Jahres 1.697 Menschen einen Asylantrag gestellt, in Deutschland waren es in den ersten neun Monaten des Jahres 251.213. Selbst ins Verhältnis gesetzt ist das sehr wenig.

Die Statistik gibt Dybvad Bek recht, die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler im Land auch. Menschenrechtsgruppen zeigten sich schockiert, landesweite Proteste aber blieben aus. Die meisten Bürger, das zeigt eine Umfrage aus dem Jahr 2021, waren der Ansicht, dass die Integration sogar schlechter läuft, als es in der Realität der Fall war.

Dass es eine Klage gegen Teile dieser harten Politik gibt, die seiner Regierung ethnische Diskriminierung vorwirft, sieht Dybvad Bek gelassen. Natürlich sei die Bezeichnung Ghetto ein Fehler gewesen. "Deswegen habe ich es geändert, es war unpräzise." Was er am Gesetz präzise findet: dass es einen Missstand der Städte und Gemeinden beseitigt, die alle "sozialen und ethnischen Probleme" immer in einem Viertel konzentriert hätten. "Jetzt werden die Menschen in den Städten verteilt, damit wir eine Durchmischung haben, sie sich integrieren können und sich keine Parallelgesellschaften bilden, in denen sich Normen und Werte entwickeln, die von der Hauptgesellschaft getrennt sind", sagt Dybvad Bek. Noch ist es zu früh, um sagen zu können, wie diese Entwurzelung die Gesellschaft verändert. Und ob diese Politik neue Chancen bietet, oder eher nur Verbitterung stiftet.

Den Rechtsstreit kommentiert er nicht, um dann doch so viel zu sagen: "Wir hätten das Gesetz nicht verabschiedet, wenn wir gedacht haben, dass wir damit in einen Grenzbereich gehen und ich bin sicher, wir sind weit davon entfernt." Aber selbstverständlich sei es gut und ganz im Sinne des Landes, dass solche Debatten geführt würden. Auch juristisch.

Der Weg von Kaare Dybvad Bek zu Eddie Omar Rosenberg Khawaja ist noch etwas kürzer als von Mjølnerparken ins Innenministerium, entlang des Kanalufers, vorbei an Hygge-Gemütlichkeit-Shops in Altbauten, die Touristen gerne fotografieren. Ein Kontrast zu Mjølnerparken, aber nicht so groß, wie man ihn zwischen Problemviertel und gutem Leben vermuten würde. Rosenberg Khawaja ist Anwalt und vertritt die Klage gegen das dänische Innenministerium. Den Anzug hat er an diesem Tag zu Hause gelassen, schlecht fürs Foto vom Typ seriöser Anwalt, lacht er, aber eigentlich ist es ihm auch egal. In Gemeinschaftsbüro hängen Poster von Ruth Bader Ginsberg und dem Film Legally Blonde, Start-up-Atmosphäre in einem Gemeinschaftsbüro. Rosenberg Khawaja ist auf Menschenrechtsfragen spezialisiert, er vertritt Fälle vor dem höchsten dänischen Gericht. Dort wird, vermutet der 47-Jährige, auch irgendwann das dänische Migrationsrecht in Bezug auf die Parallelgesellschaften landen. Seit 2019 läuft die Klage, gerade liegt sie vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg. Fälle wie diese hätten viel mit Warten zu tun, sagt Rosenberg Khawaja. Sein Telefon klingelt während des Gesprächs mehrfach, er ignoriert es. Der Fall ist komplex.

"Der Hauptpunkt der Klage lautet 'Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft' und das ist die Verbindung zur Ghetto-Gesetzgebung", die vorschreibt, dass eine Quote von 30 Prozent 'nicht westlichen' Bewohnern nicht überschritten werden darf", erklärt Rosenberg Khawaja. Kritik, dass das Gesetz vor allem muslimische Einwanderer treffen soll, gibt es schon lange in Dänemark. Diese Klage versucht, es nachzuweisen. Und da wird es technisch. Die Regierung argumentiert, dass "nicht westlich" nicht mehr als ein statistischer und damit neutraler Terminus ist, der nichts mit Racial Profiling zu tun hat, sondern Datenerhebungen präziser macht. Rosenberg Khawaja sieht das anders. "Wir argumentieren, dass der Begriff mit der ethnischen Herkunft verknüpft ist und so lediglich eine verschleierte Diskriminierung darstellt, mit der Politik gemacht wird." Die Grundfrage im Rechtsstreit zwischen den Bewohnern von Mjølnerparken und der Regierung ist: Kann Politik über eine vermeintlich neutrale Sprache diskriminierende Gesetze umsetzen?

Härte statt Hygge Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik. Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt....

Bis diese Frage entschieden ist, wird es dauern, sagt Rosenberg Khawaja. Dass der Fall mittlerweile in Luxemburg liegt, ist aus seiner Sicht ein Erfolg. Die Entscheidung des Gerichts kann nicht nur Folgen für Dänemark, sondern für die gesamte EU haben. In Luxemburg beginnen die mündlichen Anhörungen Anfang nächsten Jahres, 2025 könnte es ein Urteil geben und bis Mitte 2025 schließlich ein Urteil in Dänemark. Ein langes Warten, Jahre, in denen die Menschen in den ausgemachten Problembezirken lange umgesiedelt sein werden.

Dass es sich trotzdem lohnt, diesen Kampf auf sich zu nehmen, davon ist Rosenberg Khawaja überzeugt. Sein Vater kommt aus Pakistan, die Mutter ist Dänin. Diskriminierung sei ihm nicht fremd, sagt der 47-Jährige mit einer Gelassenheit, in der die Jahre als Anwalt durchscheinen. Dass er Menschenrechtsanwalt wurde, nennt Rosenberg Khawaja erst Zufall, später korrigiert er sich selbst. Es sei doch durch seine Biografie ein vorgezeichneter Weg gewesen. "Die Fälle haben mich gefunden." Deswegen auch die eigene Kanzlei, um sich auf diese Fragen zu konzentrieren. Rosenberg Khawaja ist ein überzeugter, aber eben auch sachlicher Jurist. Er hat schon oft Fälle verloren, glaubt aber trotzdem nicht nur an das Recht, sondern auch an Gerechtigkeit. "Aber aus einer juristischen Perspektive sehe ich auch, dass in den vergangenen 15 Jahren extreme Konzepte weit in die Mitte gerückt sind, und das halte ich für sehr problematisch", sagt er.

Was Mjølnerparken angeht, ist Rosenberg Khawaja vorsichtig optimistisch. Aber gerade bei großen Fällen wie diesen müsse man immer realistisch bleiben, das sagt er auch den Bewohnern. Dann eilt er zurück zu den Aktenbergen auf seinem Schreibtisch.

Dass in Mjølnerparken selbst die Kita nebenan vor Baugerüsten kaum zu sehen ist, liegt daran, dass sich die Bewohner gemeinsam mit der sozialen Wohnungsbaugesellschaft Bo-Vita schon 2015, weit vor dem neuen Gesetz, bei einer Versammlung auf eine Renovierung der vier Wohnblöcke geeinigt hatten. Dort, wo die Baustelle noch ein paar Lücken lässt, sind Treppenaufgänge mit grauen Stufen und blauem Geländer zu sehen, nicht nur die Farbe blättert an den Balkonen ab. Modern ist das alles nicht mehr, die Renovierung war nötig. Und so ballt sich in Mjølnerparken alles auf kleiner Fläche: eine Baustelle, die sich nun noch mehr hinzieht durch den Verkauf von zwei der vier Einheiten, um den Ghetto-Status zu verlieren. "Ein paar Wochen nach dem Verkauf kamen dann die ersten Angebote für neue Wohnungen und viele haben das aufgrund der Unsicherheit angenommen", sagt Felle. Auf den Briefkästen in Wohnblock 2 und 3 klebt fast überall ein Aufkleber: zwangsgeräumt. Auch Steffen Boel Jørgensen, Vorstand von Bo-Vita, ist nicht glücklich über die vielen Zwangsräumungen. "Es ist das Gesetz, also hatten wir keine Wahl." Allen Mietern seien mehrere Angebote für andere Wohnungen angeboten worden. "Natürlich ist es frustrierend", sagt er. Auch für eine soziale Wohnungsbaugesellschaft sei das die schlimmstmögliche Situation.

Boel Jørgensen ist ein gemütlicher Typ, sein Vollbart hat gewirbelte Schnauzerecken, am Tweedsakko, das zur Hornbrille passt, trägt er einen Button mit der dänischen und der ukrainischen Flagge. Drei Optionen hätten sie gehabt: Gebäude verkaufen, abreißen oder so umstrukturieren, um Wohnungen für Alte und Junge daraus zu machen. Abreißen in der Innenstadtlage sei undenkbar, eine Umstrukturierung sei zu teuer gewesen, also hätten sie verkauft. Über die Summe schweigt Boel Jørgensen. Der Verkauf ist vollzogen, "auf Klagen können wir nicht warten", sagt er. Kritik am Gesetz hat er auch. Aus dem Nichts sei es gekommen, schlecht vorbereitet und nun müssten sie es ohne Vorgaben oder finanzielle Unterstützung umsetzen. "Da hat die Politik etwas an uns ausgelagert." Sieben Millionen Euro habe es sie bislang gekostet und es werde noch mehr werden. Aber natürlich würden sie an dem Verkauf gut verdienen. Inhaltlich findet er das Gesetz nicht so problematisch. Es gebe Probleme mit Banden und Kriminalität in diesen Vierteln, da müsse man handeln.

60 Prozent der Wohnfläche von Mjølnerparken sind verkauft worden, 295 Mieter muss Bo-Vita umsiedeln, so ausgewählt, dass alle fünf Ghetto-Kriterien unterschritten werden. Nicht alle nicht westlichen Mieter müssen gehen, aber der Großteil. Die Renovierung sei da eine glückliche Fügung gewesen, sagt Boel Jørgensen. Temporär mussten die Menschen ohnehin schon in anderen Wohnungen untergebracht werden. Nun dann also permanent. Wer geht, dem werden die Umzugskosten bezahlt und umgerechnet etwa 3.300 Euro für neue Möbel. Weniger als 20 Parteien müssten noch umziehen, sagt Boel Jørgensen. So wie mit der Politik hat er auch mit den Klägern ein Problem, die er Aktivisten nennt. Sie würden die Menschen von Mjølnerparken im Stich lassen.

Härte statt Hygge Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik. Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt....

"Wenn wir sie jetzt nicht umsiedeln, dann landen sie im Zweifel irgendwann auf der Straße." Denn gegen das Gesetz könnten sie nicht gewinnen, er glaubt nicht daran. Und selbst wenn, bis dahin seien doch sicher längst alle Umsiedelten in ihren neuen Wohnungen glücklich.

Als Majken Felle die Kündigung im Briefkasten hatte, konnte sie nicht mehr schlafen, weinte viel. Doch sie schob es zur Seite, schließlich hatte sie als Dänin nicht viel zu befürchten. Wie Felle im kargen Gemeinschaftsraum inmitten der Baustelle ihres Zuhauses sitzt und in immer schneller ineinander übergehenden Sätzen ihre Geschichte erzählt, ist klar, dass die 49-Jährige kein Typ fürs Wegschieben ist. "Mit der Klage habe ich das Gefühl, dass wir auch mal etwas Druck ausüben können", sagt Felle. Sie fühlt sich verantwortlich für ihre Nachbarn, die von der Bevölkerungsmehrheit als "problematisch" wahrgenommen werden. Sie heißen Iman oder Hassan, man trifft sie auf der Straße.

Iman hat ihre vier Kinder hier großgezogen, sie und ihr Mann arbeiten beide, Imans fein gewebtes Kopftuch passt zum Outfit. Die ganze Familie hat dänische Pässe. Hassan ist in Kopenhagen geboren, geht wählen und zur Uni, will einmal als Ingenieur Geld verdienen. Hassan und Iman erzählen beide eine ähnliche Geschichte von Angst und Ausgrenzung. Sie begreifen nicht, warum sie für viele Dänen nicht Teil des Landes sind, das sie Heimat nennen. Imans Familie hat eine teurere Wohnung in einem der verkauften Wohnblocks angenommen, Hassans Familie bleibt erst einmal in Block 4. Wie lange, weiß er nicht.

Majken Felle bleibt für die Gemeinschaft in Mjølnerparken. "So viele Menschen wollen mich davon überzeugen, dass ich falsch liege und sie richtig, wenn es um dieses Viertel geht, obwohl sie noch nie einen Fuß hierher gesetzt haben", sagt die Lehrerin.

Innenminister Dybvad Bek kennt das Viertel. Für ihn ist es nicht das "Schlimmste" auf der Parallelgesellschaften-Liste. Dass die Politik der Sozialdemokraten auch Kalkül sei, um die Rechtspopulisten an den Rand zu drängen, will er nicht gelten lassen. Man müsse doch, sagt er, bevor er zum nächsten Interview mit einem schwedischen Fernsehsender muss, sehen, dass die Menschen, die die Last der Integration tragen müssten, nicht die Wohlhabenden seien. Sondern die Dänen, die es oft ohnehin schon schwer hätten. "Die Rechtspopulisten schaffen keine Lösungen und nur noch zusätzliche Probleme."

Für die Bewohner von Mjølnerparken und den anderen sogenannten Ghettos im Land aber ist es die sozialdemokratische Regierung, die mit ihrer Migrations- und Integrationspolitik keine Lösungen, sondern zusätzliche Probleme geschaffen hat. Verantwortungsvolle Härte, um die dänische Demokratie zu schützen. So sieht es der Minister. Die Demokratie und Menschenrechte müssen vor der Regierung geschützt werden. So sehen es die Bewohner und ihr Anwalt. Wem die Justiz recht geben wird, das ist eine Frage, die weit größer ist als Mjølnerparkens so symbolische vier Wohnblöcke.

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Iman (without last names) in her apartment Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Iman (without last names) in her apartment Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: The neighborhoods of Nørrebro Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: The "new" Mjølnerparken and construction work. Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Plaintiff Majken Felle Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: The "new" Mjølnerparken and construction work. Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Kaare Dybvad Bek - Minister of the Interior Photo: Liv M Kastrup

In the picture: Lawyer Eddie Omar Rosenberg Khawaja

Härte statt Hygge Die sozialdemokratische dänische Regierung betreibt erfolgreich eine harte Asylpolitik.
Vorbild für Deutschland? Ein Besuch in Kopenhagen zeigt....

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: The "new" Mjølnerparken and construction work. Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: The "old" Mjølnerparken Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Iman (without last names) in her apartment Photo: Liv M Kastrup

A story about Denmark's migration law. Takes place in the neighborhoods of Nørrebro and Mjølnerparken. In the picture: Hasan (without last names) Photo: Liv M Kastrup

Load-Date: November 5, 2023

End of Document

**Giorgia Meloni verteidigt Vorgehen bei Bootsunglück mit Migranten;
Mindestens 70 Migranten sind nach einem Schiffsbruch vor der Küste
Kalabriens gestorben. Italiens Ministerpräsidentin Meloni nimmt die
Behörden gegen Kritik in Schutz.**

ZEIT-online

Samstag 4. März 2023 7:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Italien; Ausg. 1

Length: 734 words

Byline: Leon Holly

Body

Filippo Monteforte

Italy's Prime Minister Giorgia Meloni looks on during a joint statements with Japans Prime Minister during their meeting in Rome's Palazzo Chigi on January 10, 2023.

Nach einem Schiffsbruch vor der Küste Italiens mit mindestens 70 toten **Migranten** hat die rechte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni die Polizei und die Küstenwache für deren Vorgehen in der Unglücksnacht verteidigt. Knapp eine Woche nach dem Unfall vor der Küste der süditalienischen Region Kalabrien sagte Meloni: "Unsere Behörden sind von Frontex nicht wegen einer Notsituation kontaktiert worden."

Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex hatte das Holzboot am Abend des 25. Februar von einem Flugzeug aus erfasst und die Sichtung nach Rom gemeldet. Wenige Stunden später sank das Boot bei hohem Wellengang, offenbar weil es an einem Felsen zerschellt war. Zwei von italienischen Behörden entsandte Patrouillenboote mussten wegen des schlechten Wetters umkehren.

Italienische Justiz ermittelt

Die italienische Justiz untersucht derzeit, weshalb die Rettungsdienste so lange gebraucht haben, um das aus der Türkei kommende Flüchtlingsboot mit etwa 200 Migranten an Bord zu erreichen. Die Staatsanwaltschaft der nahegelegenen Stadt Crotona leitete am Donnerstag Ermittlungen zu dem Rettungseinsatz ein.

Italiens Regierung hatte bereits mitgeteilt, dass in jener Nacht nicht die Küstenwache und deren für Notfälle ausgestatteten Schiffe sondern die für Grenzangelegenheiten zuständige Finanzpolizei ausgerückt war. Bei hohem Seegang kehrten deren zwei Schiffe aber schnell zurück in den Hafen, ohne das Boot mit den Migranten entdeckt zu haben.

Giorgia Meloni verteidigt Vorgehen bei Bootsunglück mit Migranten Mindestens 70 Migranten sind nach einem Schiffsbruch vor der Küste Kalabriens gestorben. Itali....

Derweil fanden Suchmannschaften an einem Strandabschnitt mehrere Kilometer vom Unglücksort entfernt den leblosen Körper eines Jungen. Am Morgen war bereits die Leiche eines anderen Kindes angespült worden. Die Opferzahl stieg damit auf 70, wie ein Kommandant der Carabinieri auf Anfrage bestätigte. Es werden noch weitere Menschen vermisst; rund 80 Menschen haben das Unglück überlebt.

Bürgermeister kritisiert Meloni

Der Bürgermeister von Crotone, Vincenzo Voce, übte in einem offenen Brief Kritik an Meloni. "Die von großem Schmerz geplagte Gemeinde Crotone hatte von Ihnen eine Botschaft, einen Appell, ein Zeichen erwartet was nicht geschah", schrieb Voce. Die Ministerpräsidentin erwiderte: "Ich suche nach Lösungen. Italien kann das Problem nicht allein lösen aber um zu verhindern, dass noch mehr Menschen sterben, müssen wir die illegale Ausreise stoppen."

Am Rande einer Reise in Abu Dhabi zeigte sich Meloni "ein bisschen getroffen" von der Kritik, dass Italien geschlampt hätte in jener Nacht. "Gibt es in diesem Land jemanden, der wirklich meint, dass diese Regierung bewusst mehr als 60 Leute sterben ließ, darunter Kinder?", fragte sie. "Glaubt denn jemand, die Regierung hätte 60 Menschen retten können und darunter ein Kind von etwa drei Jahren, dessen Leiche wir heute erst gefunden haben, es dann aber nicht machte? Ich bitte euch!"

Meloni war auch dafür kritisiert worden, dass sie bislang nicht selbst an den Unglücksort gereist ist. Dazu sagte die Regierungschefin, dass schon am ersten Tag nach der Katastrophe der zuständige Innenminister in Kalabrien gewesen sei. Zuletzt besuchte zudem Staatspräsident Sergio Mattarella den Ort Crotone, wo die Toten in Särgen in einer Sporthalle aufgebahrt sind. Meloni kündigte an, in jener Gegend eine der nächsten Sitzungen des Ministerrats abhalten und dort über Migration sprechen zu wollen.

Mittelmeerstaaten fordern Hilfe von anderen EU-Ländern

Vor dem Hintergrund des Unglücks haben fünf ans Mittelmeer angrenzende EU-Staaten vom Rest der Europäischen Union mehr Solidarität bei der Aufnahme von Migranten gefordert. Man könne nicht ständig mehr Verantwortung von den Mittelmeerstaaten verlangen, in denen die meisten Migranten ankommen, wenn es gleichzeitig keinen verpflichtenden Mechanismus gebe, diese auf die gesamte EU aufzuteilen, sagte der griechische Migrationsminister Notis Mitarachi in Maltas Hauptstadt Valletta.

Einer der Hauptkritikpunkte der fünf Staaten ist, dass die Verteilung von Migranten auf die restliche EU auf freiwilliger Basis nicht funktioniere. Mitarachi sagte, dass nur ein Prozent der in den fünf Ländern angekommenen Migranten im vergangenen Jahr von anderen EU-Staaten aufgenommen worden seien.

Load-Date: March 4, 2023

Die gefährliche Flucht aus Tunesien; Immer mehr Geflüchtete verlassen Tunesien in Richtung Europa. Viele sterben auf dem Weg über das Mittelmeer. Was die EU tun kann. Und: Heizwende verschlafen?

ZEIT-online

Mittwoch 26. April 2023 3:54 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migranten in Tunesien; Ausg. 1

Length: 364 words

Byline: Constanze Kainz

Body

Immer mehr Menschen versuchen, von Tunesien aus nach Europa zu kommen. Das nordafrikanische Land gilt inzwischen als das wichtigste Transitland, um nach Italien zu gelangen. Doch der Weg über das Mittelmeer ist gefährlich und endet oft tödlich. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Tunesisches Forum für ökonomische und soziale Rechte (FTDES) sind in diesem Jahr schon knapp 200 Menschen bei Bootsunglücken vor der Küste Tunesiens gestorben. Ein Grund dafür, dass viele Migrantinnen und Migranten das Land gerade verlassen wollen, ist eine Hetzkampagne des tunesischen Präsidenten Kais Saied. Diese sorgt dafür, dass sich viele Geflüchtete in Tunesien nicht mehr sicher fühlen. Ein internationales Bündnis aus Seenotrettern und Flüchtlingshilfeorganisationen hat die EU deshalb kürzlich aufgefordert, bei der Migrationskontrolle nicht mehr mit den tunesischen Behörden zu kooperieren. EU-Politiker wie der EVP-Vorsitzende Manfred Weber (CSU) schlagen hingegen ein neues Migrationsabkommen nach Vorbild der Zusammenarbeit zwischen EU und der Türkei vor. Ulrich Ladurner, Politikredakteur der ZEIT, ist nach Tunesien gereist. Er ordnet ein, ob die EU ihre Zusammenarbeit mit Tunesien ausbauen oder beenden sollte.

Ab dem 1. Januar 2024 muss jede neue Heizung zu mindestens 65 Prozent erneuerbare Energie nutzen. Nach dem 31. Dezember 2044 soll sogar komplett Schluss mit Öl- und Gasheizungen sein. Die Branche stellt das vor Herausforderungen: Der Umbau dauert, so kommt es bei Wärmepumpen zu Wartezeiten, während zum Beispiel asiatische Hersteller ohne größere Schwierigkeiten liefern können. Nun soll Viessmann, einer der größten Produzenten von Wärmepumpen in Deutschland, an ein US-Unternehmen verkauft werden. Zacharias Zacharakis aus dem Wirtschaftsressort von ZEIT ONLINE sieht darin ein Warnsignal für die Umbrüche, die auf dem Heizungsmarkt vor uns liegen.

Und sonst so? In Südafrika wird eine Nashornfarm versteigert. Startgebot: neun Millionen Euro.

Moderation und Produktion: Constanze Kainz

Redaktion: Elise Landschek

Mitarbeit: Mathias Peer und Paulina Kraft

Die gefährliche Flucht aus Tunesien Immer mehr Geflüchtete verlassen Tunesien in Richtung Europa. Viele sterben auf dem Weg über das Mittelmeer. Was die EU tun

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de

Load-Date: April 26, 2023

End of Document

**Nancy Faeser will Grenzkontrollen um mindestens zwei Monate verlängern;
Die Bundesinnenministerin sieht Grenzkontrollen in Europa als
erfolgreiches Mittel im Kampf gegen Schleuser. Auch im Februar soll es
noch Kontrollen geben.**

ZEIT-online

Freitag 8. Dezember 2023 3:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundesinnenministerin; Ausg. 1

Length: 385 words

Byline: Katharina James

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat angekündigt, die Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz über den 15. Dezember hinaus für mindestens zwei Monate zu verlängern. "Unsere Maßnahmen wirken", sagte die SPD-Politikerin der Rheinischen Post. "Unser Kampf gegen das skrupellose Geschäft der Schleuser, die Menschenleben brutal aufs Spiel setzen, ist erfolgreich." Stationäre und mobile Kontrollen seien wichtig, um die irreguläre **Migration** nach Deutschland einzudämmen und die Kommunen zu entlasten.

Illegal eingereist ist, wer ohne Aufenthaltserlaubnis nach Deutschland kommt, also etwa ohne Visum, wie es bei Asylsuchenden der Fall ist. Sie alle machen sich der illegalen Einreise schuldig, wenngleich viele Verfahren wegen des Asylgesuchs später eingestellt werden.

Nur an der Grenze nach Österreich wird schon seit 2015 kontrolliert. Faeser hatte die Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz am Montag bis zum 15. Dezember verlängert. Seit der Einführung der Kontrollen am 16. Oktober sind nach Angaben des Innenministeriums etwa 3.300 unerlaubte Einreisen festgestellt und 1.100 unerlaubte Einreisen verhindert worden. "Das heißt, diese Maßnahmen wirken und sie sollen auch aktuell fortgesetzt werden", sagte ein Sprecher. Tatsächlich gingen die Zahlen stärker zurück als in den Vorjahren.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vermutet, dass der starke Rückgang in den vergangenen Wochen nur zu einem geringen Teil auf die von Faeser Mitte Oktober angeordneten Grenzkontrollen zurückzuführen ist. Andreas Roßkopf, bei der Gewerkschaft der Polizei zuständig für die Bundespolizei, sagte der Rheinischen Post, dass sich die Asylbewerberzahlen mit polizeilichen Mitteln nicht senken und sich Asylanträge nicht verhindern ließen. Zu klären sei, "ob tatsächlich weiterhin Tausende Polizeibeamtinnen und -beamte an der Grenze verbleiben sollen oder nicht besser für die Sicherheit in den Städten eingesetzt werden und das Asylproblem im EU-Rahmen gelöst wird." Die Sicherheitslage im Inland sei hochsensibel.

Nancy Faeser will Grenzkontrollen um mindestens zwei Monate verlängern Die Bundesinnenministerin sieht Grenzkontrollen in Europa als erfolgreiches Mittel im Kam....

Frank Hammerschmidt Ein Beamter der Bundespolizei stoppt einen Lkw an der Autobahn A15, an der Grenze zwischen Polen und Deutschland. Seit dem 16. Oktober finden vorübergehend stationäre Binnengrenzkontrollen für die Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz statt.

Load-Date: December 8, 2023

End of Document

Rechter Flügel von Tory-Partei kritisiert Abschiebengesetz; Premierminister Rishi Sunak bekommt Kritik aus dem rechten Flügel seiner eigenen Partei. Das Gesetz zur Abschiebung irregulär eingereister Asylbewerber sei unzureichend.

ZEIT-online

Dienstag 12. Dezember 2023 12:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Großbritannien; Ausg. 1

Length: 374 words

Byline: Anne Schwedt

Body

Der rechte Flügel der britischen Konservativen Partei hat das neue Gesetz von Premierminister Rishi Sunak zur Abschiebung irregulär eingereister **Asylbewerber** nach Ruanda als unzureichend kritisiert. Der Entwurf, über den an diesem Dienstag im Parlament abgestimmt werden soll, biete nur eine teilweise und unvollständige Lösung, teilten die Hardliner der sogenannten European Research Group mit.

Enthalten sie sich oder stimmen gegen den Entwurf, droht Sunak eine historische Niederlage. Kommentatoren erwarten, dass der Premier dann entweder von seiner Partei abgesetzt wird oder früher als erwartet eine Neuwahl ausruft. Etwa 40 Mitglieder einer anderen rechten Tory-Gruppe, der New Conservatives, forderten am Abend ultimativ, das Gesetz drastisch zu verschärfen oder völlig neu aufzusetzen.

Das Gesetz gehe nicht weit genug, um rechtliche Schritte gegen Abschiebungen zu verhindern, hieß es in der ERG-Mitteilung weiter. Vielmehr seien "sehr bedeutende Änderungen" am Entwurf nötig. Der rechte Flügel fordert den Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit Asylsuchende nicht mehr beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gegen ihre Abschiebung vorgehen können. Das lehnen allerdings moderate Tors ab.

Der konservative Regierungschef hatte versprochen, die irreguläre Migration in kleinen Booten über den Ärmelkanal zu stoppen. Zur Abschreckung sollen Ankömmlinge ohne Prüfung ihres Asylantrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruanda geschickt werden. Sie sollen in dem ostafrikanischen Land um Schutz ersuchen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Zuletzt erklärte das oberste britische Gericht das Vorhaben für rechtswidrig. Die Regierung will die Bedenken jetzt ausräumen. So soll Ruanda zum sicheren Drittstaat erklärt und ein Rechtsweg unter Berufung auf Menschenrechte ausgeschlossen werden.

Jordan Pettitt Beschreibung Rishi Sunak, Premierminister von Großbritannien, verlässt das Dorland House, nachdem er im Rahmen der Covid-19-Untersuchung ausgesagt hat. Der britische Premierminister hat das damalige

Rechter Flügel von Tory-Partei kritisiert Abschiebegesetz Premierminister Rishi Sunak bekommt Kritik aus dem rechten Flügel seiner eigenen Partei. Das Gesetz zu....

Vorgehen der Regierung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verteidigt.Service+++ dpa-Bildfunk
+++Aufnahmedatum11.12.2023Bildnachweispicture alliance/dpa/PA Wire | Jordan Pettitt

Load-Date: December 12, 2023

End of Document

Frankreich will keine Migranten aus Lampedusa aufnehmen; Fast 10.000 Migranten haben zuletzt Lampedusa erreicht. Die EU rief zur Aufnahme auf. Doch Frankreich weigert sich - und will dafür Italien bei den Abschiebungen helfen.

ZEIT-online

Mittwoch 20. September 2023 5:54 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 464 words

Byline: Lisa Pausch

Body

Frankreich hat die Aufnahme von **Migrantinnen** und **Migranten** abgelehnt, die auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa angekommen sind. Es gebe in Frankreich und Italien wie in ganz Europa irreguläre **Migration**, die bekämpft werden müsse, sagte der französische Innenminister Gérald Darmanin.

Von einer "Position der Strenge" sprach Darmanin gegenüber dem Fernsehsender TF1. Er kündigte an, die Kontrollen an der französisch-italienischen Grenze zu verstärken. Frankreich hat laut Darmanin nun Italien seine Hilfe angeboten bei der Rückführung von Migranten in Länder, zu denen Frankreich gute diplomatische Beziehungen unterhält. 60 Prozent der Menschen, die in Lampedusa ankommen, seien französischsprachig.

In der vergangenen Woche hatten fast 10.000 Migranten überwiegend aus Nordafrika in Booten die italienische Insel Lampedusa erreicht. Vergangene Woche meldeten die Behörden von Lampedusa Höchstzahlen: Innerhalb von 24 Stunden waren 101 Boote mit etwa 5.000 Menschen darin auf der kleinen Mittelmeerinsel angelandet. Die Zahl übersteigt die Einwohnerzahl der Insel deutlich. Der Hotspot der Insel, der eigentlich auf 400 Personen ausgelegt ist, war komplett überfüllt.

EU ruft zur Aufnahme der Migranten auf

Auf Lampedusa wird das Problem der Unterbringung inzwischen etwas verlagert, aber nicht gelöst. Tausende Menschen wurden auf Fähren und Polizeischiffen nach Sizilien oder direkt auf das italienische Festland gebracht. Italienische Medien berichteten zuletzt, wie in einem nun ebenfalls überfüllten Aufnahmelager im sizilianischen Porto Empedocle Migranten Absperrungen durchbrochen hätten, über Zäune geklettert und davongelaufen seien.

Am Sonntag riefen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni bei einem Besuch auf Lampedusa die europäischen Länder dazu auf, einen Teil der in Italien ankommenden Migranten aufzunehmen.

Frankreich will keine Migranten aus Lampedusa aufnehmen Fast 10.000 Migranten haben zuletzt Lampedusa erreicht. Die EU rief zur Aufnahme auf. Doch Frankreich we....

Von der Leyen hatte einen Notfallplan vorgestellt, vorgesehen ist etwa eine bessere Ausbildung der tunesischen Küstenwache. Diese hat eigenen Angaben zufolge in den vergangenen Tagen mehr als 2.500 Migranten aufgehalten und zahlreiche Menschenschmuggler verhaftet. Zudem seien rund 1.900 afrikanische Migranten aus Ländern südlich der Sahara daran gehindert worden, über die Landgrenze nach Tunesien einzureisen.

Valery Hache/Getty Images French Interior Minister Gerald Darmanin (C) speaks with a police officer as he arrives to visit Menton's border post on September 12, 2023. (Photo by Valery HACHE / AFP) (Photo by VALERY HACHE/AFP via Getty Images) Valery Hache/Getty Images French Interior Minister Gerald Darmanin (C) speaks with a police officer as he arrives to visit Menton's border post on September 12, 2023. (Photo by Valery HACHE / AFP) (Photo by VALERY HACHE/AFP via Getty Images)

Load-Date: September 20, 2023

End of Document

Joe Biden kündigt mehr Härte gegen illegale Migration an; "Tauchen Sie nicht einfach an der Grenze auf", sagt der US-Präsident in Richtung von Migranten aus Mittel- und Südamerika. Zugleich verspricht er mehr legale Zuwanderung.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Januar 2023 10:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: USA; Ausg. 1

Length: 469 words

Byline: Katharina James

Body

Patrick Semansky

Joe Biden, Präsident der USA, spricht im Roosevelt Room des Weißen Hauses über Grenzsicherheit.

US-Präsident Joe Biden hat neue Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Einwanderung angekündigt. Er warnte **Migrantinnen** und **Migranten** aus Mittelamerika am Donnerstag davor, sich ohne gültige Papiere auf den Weg zur US-Grenze zu machen. "Tauchen Sie nicht einfach an der Grenze auf", sagte der US-Präsident in einer Rede im Weißen Haus. Zugleich stellte Biden Pläne vor, jährlich Zehntausenden **Migranten** aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela eine legale Einwanderung zu ermöglichen.

Migranten, die auf dem Landweg unerlaubt in die USA gelangen wollen, sollen nach Bidens Aussage künftig konsequent abgeschoben werden. Zwar ist es aufgrund der politischen Lage oder aus Sicherheitsgründen schwierig, Migranten in ihre jeweiligen Heimatländer zurückzuschicken. Mexiko hat sich aber bereit erklärt, 30.000 von ihnen pro Monat aufzunehmen.

Biden betonte, mehr Menschen eine legale Einreise ermöglichen zu wollen. Er sagte, es solle monatlich 30.000 Migranten aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt werden, in die USA zu kommen. Dazu müssen sie in ihrer Heimat einen entsprechenden Antrag stellen und sich einer Überprüfung unterziehen.

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik ist in den USA ein politisch höchst aufgeladenes Thema. Die oppositionellen Republikaner werfen Biden vor, einen zu laxen Kurs zu fahren. Andere finden seine Politik immer noch zu hart. Mit seinen Ankündigungen vom Donnerstag versucht Biden offenbar, auf Kritiker auf beiden Seiten des politischen Spektrums einzugehen.

Hunderte Migranten sterben jährlich auf der Mittelamerika-Route

Joe Biden kündigt mehr Härte gegen illegale Migration an "Tauchen Sie nicht einfach an der Grenze auf", sagt der US -Präsident in Richtung von Migranten aus Mit....

Am Sonntag plant Biden, erstmals seit seinem Amtsantritt vor zwei Jahren die US-mexikanische Grenze zu besuchen. Geplant ist eine Visite in El Paso im US-Bundesstaat Texas. Am Montag reist der Präsident dann zu einem Nordamerikagipfel nach Mexiko-Stadt, an dem auch seine Amtskollegen aus Mexiko und Kanada teilnehmen werden.

An der südlichen US-Grenze waren allein im November 230.000 Menschen festgenommen worden. Hunderte Menschen sterben jährlich bei dem Versuch, auf der Route über Mittelamerika in die USA zu gelangen.

Am Donnerstag wurde nahe der US-kanadischen Grenze die Leiche eines Mannes entdeckt, bei dem es sich laut Medienberichten um einen Migranten handeln soll. Der Tote sei in einem Wald nahe dem Grenzübergang Roxham Road zwischen dem US-Bundesstaat New York und der kanadischen Provinz Quebec gefunden worden, teilte die kanadische Polizei mit. In den vergangenen Jahren versuchten Zehntausende Migranten ohne gültige Papiere aus den USA kommend nach Kanada zu gelangen. Die meisten von ihnen werden festgenommen. Todesfälle an der Nordgrenze der Vereinigten Staaten sind jedoch selten.

Load-Date: January 6, 2023

End of Document

Italien fordert Eingreifen der EU in Flüchtlingsfrage; Die Regierung in Rom hatte wegen der hohen Migrationszahlen den Notstand ausgerufen. Dieser allein löse das Problem aber nicht, hieß es. Das Land brauche Hilfe der EU.

ZEIT-online

Mittwoch 12. April 2023 1:49 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Notstand; Ausg. 1

Length: 501 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

First approach of the rescue boat of the Spanish vessel "Aita Mari" to a precarious metal boat carrying 40 sub-Saharan **migrants**. At around 7:30 a.m. on Tuesday 21 February, 44 and a half miles off Lampedusa, 40 sub-Saharan **migrants** were rescued from a precarious metal boat. There were 20 minors on board, 18 of whom were unaccompanied by adults. (Photo by Ximena Borrazas / SOPA Images/ddp/Sipa USA)

Die italienische Regierung sieht die EU in der Pflicht, die Ankünfte von Migranten über die Mittelmeerroute zu begrenzen. "Es muss klar sein, dass der Notstand das Problem nicht löst", sagte der Minister für Katastrophenschutz, Nello Musumeci, nachdem das Kabinett am Dienstag einen landesweiten Notstand angesichts der steigenden Zahlen ausgerufen hatte.

Nur ein "bewusstes und verantwortungsvolles Eingreifen der Europäischen Union" könne zur Bewältigung beitragen, sagte der Minister. Mit dem Notstand könne die Regierung zunächst allerdings einfacher Gelder und Hilfsmittel frei machen.

Die Regierung erwartet in den kommenden Monaten eine weitere Zunahme von Migranten. Die Ausrufung des Notstands soll laut Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni daher "wirksame und rechtzeitige Antworten auf die Organisation der Ströme" geben.

Rund 2.000 Bootmigranten am Osterwochenende

Der Notstand gilt nach Angaben der Regierung in Rom für sechs Monate und soll die besonders betroffenen Regionen im Süden des Landes entlasten. Dafür würden zunächst fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld soll demnach aus dem Fonds für nationale Notfälle bereitgestellt werden. Es sollen zudem einfacher neue Aufnahmезentren für Geflüchtete errichtet werden können.

Üblicherweise wird zu dieser Maßnahme gegriffen, um auf Naturkatastrophen zu reagieren, wie etwa Erdbeben oder Dürre im Sommer 2022. Dass der Notstand nun wegen der Migranten ausgerufen wurde, löste unter Oppositionspolitikern Kritik aus. Giuseppe Conte, Italiens Ex-Ministerpräsident, schrieb auf Facebook, Meloni

Italien fordert Eingreifen der EU in Flüchtlingsfrage Die Regierung in Rom hatte wegen der hohen Migrationszahlen den Notstand ausgerufen. Dieser allein löse da....

habe den Notstand beschlossen, "weil sie nicht in der Lage ist, die Ankünfte von Migranten zu bewältigen, die sich im Vergleich zum vergangenen Jahr vervierfacht haben".

Bislang mehr als 31.000 Geflüchtete im Jahr 2023

Das Innenministerium in Rom registrierte in diesem Jahr bereits mehr als 31.000 Menschen, die auf Booten Italien erreichten oder im Mittelmeer gerettet und an Land gebracht wurden im Vorjahreszeitraum waren es rund 7.900. Die Mittelmeerinsel Lampedusa ist derzeit besonders betroffen. Nach der Ankunft von Tausenden Menschen ist das dortige Erstaufnahmelager überfüllt.

Am Osterwochenende haben wieder Hunderte Migranten die hochgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer in Richtung Italien gewagt. Insgesamt rund 2.000 Bootsmigranten erreichten von Freitag bis Montag Lampedusa, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Es wurden demnach mehr als 40 Anlandungen von den Behörden registriert. Unter den Menschen befanden sich viele Kinder.

Load-Date: April 12, 2023

End of Document

Putschregierung in Niger öffnet die Migrationsroute wieder; Die Regierung in Niger hat ein Gesetz aufgehoben, das die Schleusung von Migranten bestraft. Ein Experte spricht von einem "Horrorszenario" für Europa.

ZEIT-online

Dienstag 28. November 2023 2:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sahel-Route; Ausg. 1

Length: 366 words

Byline: Katharina James

Body

Die Schleusung irregulärer **Migranten** soll im westafrikanischen Niger künftig straffrei bleiben. Wie die Armee im staatlichen Fernsehen bekannt gab, hob Juntachef Abdourahmane Tchiani ein entsprechendes Gesetz bereits am Samstag auf.

Niger ist eins der wichtigsten Transitländer für afrikanische Migranten, die in Richtung Europa reisen wollen. Die Europäische Union arbeitet mit Niger bereits seit 2015 zusammen, vor allem um die Migrationsroute von der nigrischen Wüstenstadt Agadez nach Libyen zu blockieren.

Das Gesetz, das den Schmuggel von Migranten von Agadez durch den Sahel bis zur Grenze mit Libyen mit bis zu zehn Jahren Haft unter Strafe stellte, wurde 2015 unter Druck der EU verabschiedet. Im Gegenzug stellte die EU rund 75 Millionen Euro für Projekte zur Eindämmung von Migration bereit. Seit Einführung des Gesetzes war nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die Zahl irregulärer Migranten in Niger gesunken.

Militärregierung seit Putsch

Vertreter der als Knotenpunkt für Schleuser bekannten Stadt Agadez begrüßten das Aufhebungsdekret. Das Gesetz habe negative wirtschaftliche Auswirkungen auf die Region gehabt, sagte Mohamed Anacko, Präsident des Regionalrats von Agadez. In Agadez war nach der Verabschiedung des Gesetzes 2025 die Arbeitslosigkeit gestiegen, weil das Geschäft mit der Unterbringung und der Verpflegung der Migranten wegfiel.

Die Aufhebung des Gesetzes könne schwerwiegende Folgen für die Migration über das Mittelmeer haben, sagte der Regionalbüroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Sahelzone, Ulf Laessing: "Jetzt tritt für Europa das Horrorscheenario ein."

Niger wird seit einem Putsch am 26. Juli vom Militär regiert. Das Land galt als letzter demokratischer Partner Europas und der USA im Kampf gegen Terrorismus in der Sahelzone. Seit dem Staatsstreich sind die Beziehungen zwischen Niger und westlichen Partnern überwiegend auf Eis gelegt.

Putschregierung in Niger öffnet die Migrationsroute wieder Die Regierung in Niger hat ein Gesetz aufgehoben, das die Schleusung von Migranten bestraft. Ein Expe....

Stanislas Poyet Migranten im März 2023 vor einem Informationszentrum der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Arlit, Niger Stanislas Poyet Migranten im März 2023 vor einem Informationszentrum der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Arlit, Niger

Load-Date: November 28, 2023

End of Document

Seenotretter nehmen 128 Menschen vor der Küste Libyens an Bord; Die Migrantinnen und Migranten an Bord der "Ocean Viking" sollen die Adria ansteuern. SOS Méditerranée kritisiert die große Entfernung zum Hafen von Ortona.

ZEIT-online

Sonntag 12. November 2023 3:58 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 265 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Die Hilfsorganisation SOS Méditerranée hat in den vergangenen Tagen 128 **Migranten** im Mittelmeer aus Seenot gerettet. Die Menschen seien bei drei Rettungsaktionen vor der Küste Libyens an Bord genommen worden, teilte die Crew der Organisation mit. Insgesamt 67 **Migranten** waren demnach am Freitag von zwei seetüchtigen Booten gerettet worden. Am Samstag nahm das Rettungsschiff Ocean Viking 61 weitere Menschen auf, deren Holzboot in Seenot geraten war.

Die Ocean Viking soll nun den Hafen in der Stadt Ortona an der Adriaküste ansteuern, der ihr von den italienischen Behörden zugewiesen wurde. Sprecher von SOS Méditerranée kritisierten die große Entfernung des Hafens vom Einsatzgebiet. Die Geretteten müssten nun "drei weitere Tage sinnloser Fahrt überstehen, um endlich einen sicheren Ort zu erreichen".

Das Mittelmeer ist nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die gefährlichste Migrationsroute der Welt. Seit Anfang des Jahres sind nach UN-Schätzungen bereits 2.468 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer gestorben.

Alessandro Garofalo BeschreibungBlick auf das Seenotrettungsschiff «Ocean Viking», an dessen Bord sich über 200 Migranten befinden.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum28.08.2023Bildnachweispicture alliance/dpa/LaPresse via ZUMA Press | Alessandro Garofalo Alessandro Garofalo BeschreibungBlick auf das Seenotrettungsschiff «Ocean Viking», an dessen Bord sich über 200 Migranten befinden.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum28.08.2023Bildnachweispicture alliance/dpa/LaPresse via ZUMA Press | Alessandro Garofalo

Load-Date: November 12, 2023

Tod bei 45 Grad; Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle.

ZEIT-online

Freitag 9. Juni 2023 12:04 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geflüchtete in Niger; Ausg. 1

Length: 4972 words

Byline: Franziska Grillmeier; Vincent Haiges

Body

*Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über **Migration** und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier. Der Text ist außerdem Teil von ZEIT am Wochenende, Ausgabe 23/2023.*

In jeder Stunde, in der ein Mensch bei extremer Hitze nichts trinkt, verliert er bis zu einen Liter Wasser. Wenn er durch die Wüste geht, verdunsten mit jedem Schritt ein paar Milliliter mehr. Körperzellen schrumpfen, die Organe ziehen sich zusammen, es fließt immer weniger Blut durch das Gehirn. Die ersten Symptome ähneln denen einer Gehirnerschütterung. Der Kopf beginnt zu schmerzen. Die Sonne erscheint unerträglich hell. Schwindel kommt dazu, bis man kaum noch gerade gehen kann. Die Welt wird unscharf. Irgendwann macht der Körper dicht. Manche Menschen erblinden, andere halluzinieren. Das Bewußtsein flickert noch einige Zeit. Dann wird alles dunkel.

In einer Wüste wie der Sahara, wo es bis zu 45 Grad im Schatten hat, kommt man in zwei Tagen an den Punkt, an dem ein Mensch stirbt. Die Körpertemperatur steigt an. Die Zellen sterben. Die Niere versagt. Das Herz setzt aus. Ein paar Tage mehr, und die Sonne beginnt mit der Mumifizierung des Körpers. Er verschwindet in der Wüste sehr schnell. Wenn ein Sandsturm ihn vergräbt, ist es manchmal nach wenigen Tagen so, als wäre er nie da gewesen.

Zwei große Hindernisse gibt es für Menschen aus West- und Zentralafrika, wenn sie nach Europa wollen. Das eine ist das Mittelmeer. Und das andere ist die Wüste. Und wer die Wüste durchqueren will, der kommt wahrscheinlich durch die Gegend um Agadez hindurch, die große Oasenstadt im Niger, das Nadelohr auf dem Weg nach Norden. Die Stadt ist ein Labyrinth aus rötlichem Sandgestein, das sich aus der kargen Landschaft der Ténéré-Wüste erhebt. Es ist eine karge, weite Landschaft. Die einzigen Pflanzen, die hier überleben, sind kleine Büsche und struppige Akazien. Durch den ständigen Wind, den Harmattan, sammelt sich der Sand schon nach wenigen Minuten in den Mundwinkeln und auf den Wimpern, er gelangt durch die Löcher der Schnürsenkel in Turnschuhe. Hier beginnt der Versuch, Migranten fernzuhalten, lange bevor sie an italienischen und spanischen Stränden auftauchen. Hier beginnt Europas südlichste Grenze. Diese Politik nahm ihren Anfang Jahre

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

vor der Verschärfung des EU-Asylrechts am vergangenen Donnerstag. Hunderttausende Menschen sind in den letzten Jahren durch diese Wüstenstadt gekommen, um weiter in Richtung Norden zu ziehen. Aber seit einigen Jahren wird ihnen das Weitergekommen hier so schwer gemacht, dass viele es nicht schaffen.

Einige kehren um, einige bleiben stecken und einige verschwinden auf Wegen fernab der befestigten Straßen, ohne Spur. Niemand weiß wie viele Menschen in dieser Wüste sterben. Vielleicht sind es Hunderte, vielleicht auch mehr, die jedes Jahr auf diese Weise auf der Fluchtroute in der Sahara verschwinden, ohne dass es jemand mitbekommt.

"Hast du denn keine Angst zu sterben?", fragt Adu Ama.

Der alte Mann im braunen Cordsakko bläst Zigarettenrauch über den Kopf eines jungen Mannes, der sich über ein blau-weißes Spielbrett gebückt hat, um ihn herum stehen etwa zehn andere Jungen. Sie spielen Dame. Der Junge scheint zu frösteln, es ist spät, und nachts wird es auch in der Wüste kalt. "Das Schicksal wird es entscheiden", antwortet der 21-jährige Mann ohne aufzuschauen. Vor einem halben Jahr ist er aus der Demokratischen Republik Kongo aufgebrochen, auf seine lange, gefährliche Reise. An diesem Abend erzählt er dem Alten, dass er weiter nach Europa will.

Da lächelt Adu Ama. Schicksal. Mit diesem Wunsch hat er früher, vor 2016, viel Geld verdient. Die Fahrten über Agadez waren damals auch schon riskant. Aber so gefährlich wie heute waren sie nicht. Ama schüttelt den Kopf. "Nicht das Schicksal, sondern du entscheidest dich", sagt er schließlich. "Kannst du nicht einfach hier bleiben und heiraten?"

Portrait von Adu Ama. Agadez, 04.02.23

Der junge Mann schüttelt nur den Kopf. Und sagt wieder und wieder: "Nein, nein, ich versuch es."

Adu Ama hat die Wüste einst selbst überquert. Er arbeitete als Taxifahrer in der libyschen Hauptstadt Tripolis, dann kehrte er zurück in seine Heimatstadt Agadez. Er wurde dort zu einem kleinen Glied in der langen Kette, die Migranten von West- und Zentralafrika Richtung Europa bringt. Er nahm die Menschen am Bahnhof in Empfang. Er notierte ihre Namen. So gab es eine Spur, dass sie hier gewesen waren, wenn später etwas schiefging. Er vermittelte sie an die Wüstenfahrer, die sie nach Norden bringen sollten. Er half dabei, sie an die Fahrer mit ihren Pickup-Trucks zu vermitteln.

Es war damals ein "normales Geschäft", sagt Adu Ama. Die Mehrheit wollte nach Libyen oder Algerien, um dort zu arbeiten. Einige von ihnen weiter nach Europa. Auch damals habe es zwar schon Fahrer gegeben, die ihre Toyota-Helux-Pick-ups mit Menschen überluden, zu schnell fuhren und den Leuten mehr Geld abknöpften als nötig oder sie auf halber Strecke zurückließen. Auch damals starben Menschen auf dem Weg durch die Wüste. Aber es sei nicht so schlimm gewesen wie heute. "Niemals war die Wüste so tödlich", sagt Ama.

Die "Fada" ist ein Treffpunkt für jung und alt in der Nachbarschaft. Agadez, 12.02.23

Agadez ist seit Jahrhunderten ein Wegekreuz der Salzkarawanen und Menschen, die entlang der Wasseroasen ziehen, durch das Herz der Sahara hinauf zum Aïr-Gebirge und weiter Richtung Norden. Bis Anfang der Neunzigerjahre galt die Stadt als Touristenziel, als eine der schönsten Wüstenoasen der Welt, mit einer jahrhundertealten Moschee aus Lehm und flachen ockerfarbenen Häusern. Charterflüge gingen von Paris nach Agadez. Dann rebellierten die Tuareg Mitte der Neunzigerjahre. Die Touristen blieben weg. Kriminelle Banden und Terrorgruppen machten die Gegend unsicher.

Die einzige Einnahmequelle, die nicht versiegte, waren die Migranten, die gen Norden wollten. Die Marktstände im Zentrum boten Wasserflaschen und Snackpakete. Dort kauften die Menschen das Nötigste für ihre Weiterreise. Sie schliefen oft noch ein paar Nächte in der Stadt, um sich auszuruhen, bevor es auf einem Pickup oder Lkw über eine der zwei Routen durch die Wüste nach Libyen oder Algerien ging. Vermittler wie Adu Ama und seine Fahrer zahlten ganz regulär Steuern.

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

Die Stadt war das Nadelöhr, durch das alle hindurch mussten, die durch die nigrische Wüste nach Norden wollten, in Richtung Libyen und Algerien. Ein Großteil der Migranten, die schließlich an italienischen Stränden landeten, war irgendwann durch Agadez gekommen. Auf dem Höhepunkt im Jahr 2015 sollen zwischen 80.000 und 150.000 Menschen durch die Stadt gekommen sein, auf dem Weg nach Europa. Und genau deshalb wurde die Stadt zum Ziel für die EU: Wer schon in der Wüste stecken bleibt, der schafft es nicht bis ans Mittelmeer. Wer hier nicht weiterkommt, der landet nie in Lampedusa.

Die EU handelte mit der Regierung des Niger einen Deal aus, der in Agadez alles verändern sollte. Die EU bot großzügige Hilfsgelder an. Dafür erließ die nigrische Regierung 2015 ein Gesetz, das eine virtuelle Linie mitten durch das Land zog: Fortan war es verboten, Migranten nördlich von Agadez zu transportieren. Die Unterbringung von Migranten war nun ebenfalls illegal. Die Strafen waren drakonisch: Wer den Migranten trotzdem half, sollte von nun an mehrere Jahre ins Gefängnis wandern. Das Gesetz hatte die Nummer: 2015-036. Aber die Umsetzung begann schleppend. Zunächst änderte sich nicht viel in Agadez.

Dann kam Angela Merkel zu Besuch, im Oktober 2016. Sie war die erste deutsche Bundeskanzlerin, die zum Staatsbesuch in die Hauptstadt Niamey flog. Sie kam in einem rosa Blazer, hörte sich eine etwas schiefe Militärkapelle an, schaute einer Schulklasse beim Unterricht zu und versprach fast 80 Millionen Euro Unterstützung, wenn die nigrische Regierung Ernst mache mit der Verfolgung von "Schmugglernetzwerken". Kurz nach Merckels Besuch gingen in Agadez die Verhaftungen los.

Blick auf Agadez von der großen Moschee. Die Stadt wurde im 14. Jahrhundert im Zuge des immer wichtiger werdenden Transsaharahandels gegründet und zählt zum Unesco Welt Kulturerbe. Agadez, 13.02.23

Der Transport von Migranten war vorher ein geduldetes Geschäft gewesen. Nun war es plötzlich kriminell. Viele Fahrer hörten auf. Die Transporte rutschten ins Verborgene. Wer immer noch Migranten durch die Wüste transportiert, muss seither Schleichwege nehmen, abseits der Wasserstellen, mitten hindurch durch die Hitze, wo keine Hilfe kommt, wenn Autos liegen bleiben, und wenig Hoffnung, wenn die Schmuggler die Orientierung verlieren.

"Schwierig", sei die Situation in Agadez sagt Aziz Chechou, "verdammt schwierig". Sein Büro liegt in einem der Randregionen der Stadt. Chechou, 56, sitzt da in einem schwarzen Anzug, während durch die verhangenen Fenster Staub hereinweht. Draußen, auf einem Vorplatz, warten etwa 30 Männer auf die Essensausgabe von der Hilfsorganisation, die er leitet. Sie heißt Alarmphone Sahara. Sie stellt eine Notrufnummer bereit, die Menschen anrufen können, die in der Wüste in Not geraten vorausgesetzt, sie haben ein Satellitentelefon dabei. Chechou und sein Team notieren sich dann die Koordinaten und versuchen Hilfe zu holen. Aber oft ist das ein schwieriges Unterfangen. Zu groß ist das Wüstengebiet hinter Agadez. Es hat in etwa die Größe Frankreichs. Chechou gibt die Koordinaten an die nigrischen Behörden weiter. Ob sie danach rechtzeitig zur Hilfe kommen, kann er meistens nicht prüfen.

Keiner wisse, wie viele Menschen in der Wüste sterben, sagt Chechou. Und so genau wolle das auch niemand wissen, vermutet er. "Geht den Fahrern in der Wüste das Benzin aus oder wird das Wasser knapp, lassen sie die Menschen oft in der Wüste zurück, um nicht mit ihnen erwischt zu werden", erklärt Chechou. "Viele kommen nicht mehr zurück."

Fußspuren von Geflüchteten und Migranten auf einer Gedenkveranstaltung für jene, die auf der Flucht ihr Leben verloren haben. Agadez, 06.02.23

Viermal im Jahr, sagt Chechou, organisiere Alarmphone Sahara eine zivile Patrouille. Sie fahren Wasserstellen ab, die auf dem Weg in den Norden liegen. Hier sei die Aussicht größer, wenigstens ein paar Menschen auf der Suche nach Wasser zu treffen. Immer wieder finden sie Körper oder ein Skelett auf ihren Fahrten. Sie versuchen sie dann so würdevoll wie möglich zu begraben. Sie sammeln Steine und markieren ein Grab. Die Gegenstände, wie Telefone oder Dokumente, die sie bei ihnen finden, geben sie bei der Polizei ab und leiten die Daten an das Missing Migrants Project der Internationalen Organisation für Migration weiter, einer UN-Organisation, die Ländern bei der Bewältigung von Migration helfen soll. In diesem Jahr hat Alarmphone Sahara bereits mehr als 40

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

tote Menschen in der Wüste dokumentiert. Wenige haben sie selbst gefunden. Die Zahlen basieren meist auf Zeugenaussagen von Migranten, die überlebt haben, oder von Fahrern, die entlang der nicht regulären Routen fahren und die Toten am Wegesrand sehen.

Im vergangenen Jahr hat das Missing Migrants Project 212 Todesfälle dokumentiert, ein Teil davon wurde auch von Alarmphone Sahara gefunden. Aber wenn ganze Gruppen verdursten, ohne Überlebende, bleiben keine Zeugen. Auch deshalb, sagen Mitarbeiter des Projekts, sei die Zahl von 212 Toten nur ein Bruchteil, der wirklichen Opfer. Wie schon das Meer wird die Wüste hier zum Ende Tausender Lebenslinien. Nur verschwinden sie noch spurloser. Die Wüste verschluckt die Menschen einfach. Es spült sie nirgendwo mehr an.

Einige der Fahrer, die Migranten in die lebensgefährliche Wüste brachten, sitzen heute im Gefängnis von Agadez. Es ist ein streng bewachter Ort, außerhalb des Stadtzentrums, in einem flachen Sandbau. Davor liegt eine ausgedorrte Parkfläche, die von einem Wachturm überblickt wird. Im Innenhof sitzen ein paar Soldaten unter einer Sonnenplane und strecken ihre Stiefel aus. Einer der Insassen kommt hinaus in den Hof und setzt sich auf einen kleinen Hocker. Seinen richtigen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. In diesem Text heißt er: Sade Yaya. Er ist ein kleiner, schwächlicher Mann. Von seiner Oberlippe stehen kleine Bartbüschel ab. Seit neun Monaten sitzt er im Gefängnis, weitere neun Monate hat er noch vor sich. Yaya ist einer von etwa 30 Insassen, die wegen Menschen schmuggel hier einsetzen. Er setzt sich, fixiert einen Punkt an der bröckeligen Wand und beginnt zu erzählen von seiner Zeit als Fahrer. Mehrere Jahre lang fuhr er jede Woche in die Wüste, an die libysche Grenze und zurück.

"Klar", sagt Yaya, "gibt es nicht nur gute Fahrer." Er sitzt nach vorn gebückt, spricht leise und schnell. Ein bisschen so, als müsste er in der Schule ein Vortrag geben, den er auswendig gelernt hat.

Er selbst habe einen guten Job gemacht. Er habe die Menschen, die er fuhr, nie ausgenutzt. Schnell sei er auch gewesen: Zwei Tage habe er bis Libyen gebraucht, wo andere eine Woche benötigten. In dem Toyota-Pick-up, den er fuhr, brachte er dicht gedrängt 25 Personen unter. 230 Euro kostete die Fahrt pro Person. Andere Fahrer, sagt er, hätten weitaus mehr genommen. Er habe sich irgendwann auch ein GPS angeschafft, um Wasserstellen zu finden. Die Wasserstellen waren Verheißung und Gefahr zugleich. Sie wurden oft von Patrouillen kontrolliert. Meistens sei es daher sicherer gewesen, nicht in ihre Nähe zu fahren. Nachdem das Antischmuggelgesetz in Kraft getreten war, sei er immer tiefer in die Wüsten hineingefahren, auf abgelegenen Pisten.

Portrait des ehemaligen Schmugglers im Gefängnis von Agadez. Agadez, 11.02.23

Er fährt mit seinem Zeigefinger über den blauen Holztisch, als könne er die Route noch vor sich sehen. Immer wieder hätten sich die Fahrer auf ihren Umwegen verkalkuliert. Dann sei das Benzin ausgegangen oder das Wasser, und sie hätten die Menschen in der Wüste zurückgelassen, um allein zu den Wasserstellen zu fahren. Er selbst habe nie Menschen in der Wüste ausgesetzt.

Yaya erzählt auf unheimliche Art und Weise konzentriert. Mitten im Gespräch versucht ein anderer Häftling wegzurennen. Er wird von den Wachen zurückgezerrt, getreten, mit dem Kopf in Wasser eines Brunnens gehalten. Aber der ehemalige Schmuggler dreht sich nicht einmal um.

Hin und wieder habe er auf seinen Fahrten in der Wüste aber umherirrende Menschen gesehen, sagt Yaya. "Keine Ahnung, wie sie es dorthin geschafft haben." Hätte er angehalten, um sie mitzunehmen und in eine nahegelegene Stadt zu bringen, hätte er riskiert, dort festgenommen zu werden. "Du musst Kurs halten", sagt er. Also sei er weitergefahren.

Er habe auch oft Tote gesehen, sagt er etwas zögerlich. Es scheint ihm unangenehm zu sein, weil diese Toten von der Schattenseite der Schleuser erzählen. Wie viele, das könne er nicht beziffern. Dann klopft Yaya den Sand von seiner Cargohose und steht auf. Dann wird er von den Wachen wieder weggeführt.

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

In der Gegend um Agadez gibt es zwei Arten von Migranten. Jene, die mit der Hoffnung in die Wüste hineinfahren, auf der anderen Seite ein neues Leben zu beginnen. Und jene, die aus ihr desillusioniert und gebrochen zurückkehren.

Lavinnah und Hannah aus Freetown, in Sierra Leone, sitzen hinter einer Metalltür, auf einer Bastdecke im Innenhof eines Hauses. Ihre Nachnamen wollen sie aus Angst vor Repressalien geheim halten. Auf der Straße vor dem Haus schleppen zwei Jungen ein Huhn vorbei. Der Sand weht vor der rotbraunen Hausmauer. Es ist eine Wohnsiedlung am Rand der Stadt. Gleich hinter den Häusern beginnt die Wüste.

Portrait von Hannah. Agadez, 09.02.23

Die zwei Freundinnen sind vor drei Tagen in diesem Haus untergekommen. Sie sind noch nicht lange zurück. Die Erinnerung an das, was sie dort erlebt haben, ist noch frisch. "Die Nächte sind kalt in der Wüste", sagt Lavinnah, "wir wurden alle krank." Sie sitzt auf einer Bastdecke neben ihrer Freundin, ihre Beine sind angewinkelt. Sie sind beide erkältet und putzen sich ununterbrochen die Nase. Auf der Decke vor ihnen liegt ein Brettspiel. Hinter ihr öffnet ein Mann in rotem T-Shirt und breitem Lächeln die Tür "er hat uns gefunden", erklärt Hannah knapp. Der Mann beherberge immer wieder Menschen, die obdachlos geworden sind. Eigentlich nehme er dafür ein wenig Geld. Doch die Frauen habend keines mehr. Der Mann kann schon dafür, dass er sie bei sich schlafen lässt, belangt werden. Das Antismuggelgesetz 2015-036 verbietet es, dass er sie bei sich unterbringt. Wieso hat er ihnen trotzdem einen Schlafplatz angeboten? "Als ich sie ausgesetzt am Flughafen sah, musste ich sie einfach mitnehmen", sagt der Mann. Als er sich dazusetzen will, verstummen die Frauen. Er versteht und geht wieder.

Lavinnah und Hannah erzählen so leise von ihrer langen, schmerzhaften Reise, dass sie fast flüstern. Als hätten sie Angst, dass jemand, der hinter der Mauer des Innenhofes steht, zuhören könnte. Die zwei Frauen hatten sich zusammen mit einer weiteren Freundin auf den Weg gemacht, die auch ihren vierjährigen Sohn mitnahm. Sie fuhren durch Burkina Faso und Mali in den Niger. Ihr Ziel war Libyen. Dort, sagten sie, wollten sie Arbeit finden. In der Wüste hinter Agadez sei der Wagen stecken geblieben. Die Freundin sei danach mit dem Fahrer in der Wüste verschwunden. Ihr kleiner Junge blieb zurück. Sie nahmen ihn mit. Er sitzt heute ruhig und mit verrotzter Nase zwischen den beiden Frauen. Wo seine Mutter geblieben ist, wissen sie nicht.

"Wir wurden im Sand ausgesetzt", sagt Hannah. Wo genau das war, können sie nicht mehr sagen. Die beiden Frauen erzählen ihren Weg hinein in die Wüste und wieder heraus wie in Fragmenten. Es ist oft schwer zu verstehen, wie die unterschiedlichen Teile ihrer Geschichte zusammenhängen. Der Grund dafür, dass das Auto nicht mehr weiterfahren konnte, wird nie ganz klar. Nach ein paar Stunden sei ein Mann vorbeigekommen und habe sie zu sich nach Hause genommen. In den Tagen danach habe er Hannah wieder und wieder vergewaltigt. Monatelang hielt er sie dort fest.

"Ich hörte sie in der Nacht schreien", sagt Lavinnah. "Aber wenn sie es nicht gemacht hätte, hätte er uns kein Essen gegeben."

Dann deutet Hannah auf ihren Bauch und sagt: "Drei Monate ist es alt." Sie weint, während sie das erzählt, leise, kaum hörbar. Als hätte sie selbst jetzt Angst, dass jemand es hören könnte.

Einige Zeit verging, bis sie es schafften zu entkommen und sich bis zum Flughafen von Agadez durchschlugen. An Lavinnahs nackten Füßen sieht man Narben, genau dort, wo sonst Schuhe sitzen. Tagelang seien sie gelaufen, ohne anzuhalten. Dort habe Hannah sofort ihr Telefon verkauft, für etwas Essen und Wasser. Hätte sie der Besitzer dieses Hauses nicht mitgenommen, würden sie dort immer noch sitzen, sagt Lavinnah. "Er ist gut zu uns", sagt Hannah. Doch sie habe auch Angst. Eine Lektion, die sie in der Wüste gelernt habe: "Alles hier hat seinen Preis."

Eine Gruppe von Binnenflüchtlings in einem Flüchtlingslager in Agadez. Im Niger gibt es mehr als 300.000 Binnenflüchtlinge. Viele haben ihre Dörfer wegen anhaltender Dürre und Trockenheit verlassen. 12.02.23

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

Die EU und Deutschland haben der Regierung des Niger viel Geld zur Verfügung gestellt, für die Polizei, die Armee, für den Unterhalt von Flüchtlingslagern, zur Wirtschaftsförderung. Es gibt eine EU-Delegation im Land sowie eine Zweigstelle der europäischen Grenzagentur Frontex, die hier Migrationsdaten sammelt, und eine europäische Polizeieinheit, die die nigrische Polizei unterstützt. Eigentlich müsste jemand etwas von den Vermissten in der Wüste bemerkt haben. Aber wenn man nachfragt, trifft man entweder auf Schweigen oder Ahnungslosigkeit. Die EU-Delegation verweigert jeden Kommentar, die EU-Kommission schreibt, sie sei nicht zuständig. Frontex sammelt zwar jede Menge Daten im Niger, aber nicht, wie viele vermisste Migranten es gibt. Die europäische Polizeieinheit erklärt, es habe seit 2017 in der Wüste keine "bedeutenden Entdeckungen" von Toten mehr gegeben, trotz mehrerer Meldungen jedes Jahr über Leichenfunde in der Wüste. Die Internationale Organisation für Migration hat zwischen 2014 und 2021 1.092 Tote in der nigrischen Wüste dokumentiert eine Zahl, die nur einen Bruchteil der wahren Opfer abbilden soll. Das nigrische Innenministerium behauptet, es habe letztes Jahr 52 Tote in der Wüste gegeben und dieses Jahr noch keinen einzigen.

Die einzigen verlässlichen Spuren, die etwas von der Verzweiflung in der Wüste verraten, sind Satellitenbilder. Sie zeigen von weit oben die Spuren der Autoreifen durch die Wüste. Die Wüste mag leer wirken. Aber wenn man von oben auf sie schaut, sieht man, wie ein feines Wegenetz sie wie kleine Adern durchzieht. Die Nichtregierungsorganisation Border Forensics aus Genf hat sie ausgewertet. Seit 2016 sind vor allem die gefährlichsten Linien dicker geworden, jene Routen, die abseits von Siedlungen und Wasser durch abgelegene Gegenden führen. Hier kommen die Menschen nun durch. Und dort sterben sie auch, wenn etwas schiefgeht.

Wenn man mit den Vertretern der EU im Niger Kontakt aufnimmt, werden all diese Hinweise ignoriert, weggeschoben, kleingeredet. Oft hat man das Gefühl, dass sie das Sterben draußen in der Wüste vor allem deshalb nicht sehen, weil sie es nicht sehen wollen. Dass sie nicht bereit sind, Energie und Mittel aufwenden, um es sichtbar zu machen.

Das Transitzentrum von IOM in Agadez. Im Februar waren hier knapp 2000 Menschen und warteten auf die Rückkehr in ihre Heimatländer. Dies kann allerdings Monate dauern, da die Heimatländer zuerst Reisedokumente ausstellen müssen. Agadez, 04.02.23

Die Zusammenarbeit mit dem Niger gilt heute als großer Erfolg. Nachdem 2016 die Verhaftungen der Transporteure begannen, sank die Zahl der Menschen, die die Wüste des Niger nach Norden durchquerten, dramatisch. 2016 zählte die Internationale Organisation für Migration knapp 300.000 Menschen in der nigrischen Sahara, die sich auf dem Weg nach Libyen befanden. Im Jahr 2017 waren es dann angeblich nur noch etwa 69.000, wobei unklar ist, wie viel unentdeckte Migration darüber hinaus stattgefunden hat. Niger erhält heute mehr EU-Gelder als jedes andere Land der Region.

Aber die Menschen verschwinden nicht einfach. Einige nehmen andere Routen. Aber viele bleiben auch unterwegs stecken. In Agadez findet man sie heute meist nur mehr im Verborgenen. Laut dem Bürgermeister sollte die Bevölkerungszahl 2022 bei etwa 166.000 Menschen liegen. Trotzdem geht er heute davon aus, dass Agadez auf das Doppelte angeschwollen ist. Hunderte verharren Monate, manchmal gar Jahre in der Stadt. Einige von ihnen schlafen einfach unter freiem Himmel.

Im Schatten eines kargen Baums im Zentrum von Agadez, gleich neben der Asylbehörde, sitzt Nassim Amanda. Der Baum ist sein Zuhause. Seit neun Monaten lebt Amanda unter seinen Ästen. Amanda verlässt seinen Schatten kaum noch. Er steht nur hin und wieder auf, um sein Handy aufzuladen, etwas Wasser und Essen zu holen oder um eine Runde Fußball zu spielen. Er isst, so erzählt er es, kaum mehr als Zwiebeln mit gekochten Tomaten. Mehr kann er sich nicht leisten.

Einer der Asylsuchenden betet in den Abendstunden unter dem Baum wo Nassir und die anderen seit 9 Monaten wohnen. Agadez, 10.02.23

Vor mehr als einem Jahr ist Amanda aus Eritrea geflohen, vor dem brutalen Militärdienst, bei dem Rekruten oft misshandelt werden und mit kaum etwas zu Essen schwere Arbeit leisten müssen. Einige werden von der

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

eritreischen Armee jahrzehntelang nicht entlassen. Mehrere Zehntausend junge Menschen haben das Land deshalb verlassen.

Amanda schlug sich bis nach Algerien durch. Von dort wollte er weiter nach Spanien. Die algerische Polizei aber griff ihn auf. Und sie fuhr ihn an die Grenze. Sie setzten ihn, so erzählt er es, zusammen mit einigen anderen mitten in der Nacht in der Wüste aus. Erst später erfuhr er, dass er im Niger gelandet war. Er kannte das Land nicht. Er war dort vorher nie gewesen.

In seiner Erinnerung sagten die algerischen Polizisten ihm und den anderen: "Geht zum Licht." In der Ferne sah Amanda die Lichter der 15 Kilometer entfernten Grenzstadt Assamaka. Bald ging die Sonne auf. Es wurde heiß. Um ihn herum seien Menschen zusammengebrochen, sagt er. Von Assamaka aus wurde er nach Süden, nach Agadez gebracht.

Mit 50 anderen, Männern, Frauen und Kindern, fand er dort Schutz unter dem Baum. Heute sind von der großen Gruppe, die hier campete, noch sieben Männer übriggeblieben. Amanda deutet auf ein Mückennetz, das wie ein gefallener Geist auf dem sandigen Boden liegt. "Darunter schliefen vier Frauen", sagt er, "sie gingen vor einigen Wochen zurück in die Wüste, nach Libyen." Ob sie es durch die Wüste geschafft hätten, wisse er nicht. "Irgendwann bricht bei allen der Kontakt ab." Amanda aber ist geblieben und weiß jetzt nicht, wohin. Für den erneuten Weg durch die Wüste hat er nicht die Kraft. Zurück in Eritrea warten auf ihn womöglich Folter, Arbeitslager oder Tod. Also bleibt er, gefangen in einem kleinen Niemandsland, unter kargen Ästen, und wird von Tag zu Tag schwächer und schwächer.

Portrait von Nassir Amanda. Agadez, 10.02.23

Aus Agadez gibt es für gestrandete Migranten nur einen einfachen, sicheren Weg heraus. Er beginnt hinter einer blauen Stahltür mit einem Logo der IOM, der Internationalen Organisation für Migration. Hier in Agadez bietet sie den Migranten vor allem Hilfe bei einer Sache an: Dorthin zurückzukommen, wo sie herkamen. Hinter der Tür kann man sich für kostenlose Flüge registrieren: nach Burkina Faso, nach Nigeria, in den Sudan.

2.000 Menschen warten in Agadez im Moment auf Maschinen, die sie zurück in ihre Heimat bringen werden. Es sind Flüge, die ein endgültiges Scheitern markieren. Diejenigen, die hier an Bord gehen, haben es nicht geschafft, die Wüste zu durchqueren. Allein im letzten Jahr flogen von Agadez aus 15.000 Menschen in alle möglichen Länder Afrikas. Im Schnitt heben in Agadez in der Woche etwa zwei Maschinen mit Migranten ab. Die Kosten dafür übernimmt die EU: 180 Millionen Euro zahlt sie für Flüge. Es ist das weltweit größte freiwillige Rückkehrprogramm.

Es ist neun Uhr morgens, als eine kleine Gruppe von Männern vor das Gatter des Transit zentrums tritt. 149 Personen sollen heute von Agadez nach Bamako fliegen. Das Tor geht auf. Ein Bus fährt vor. Dutzende Neugierige aus der Nachbarschaft kommen dazu. "Freedom", ruft einer der Gruppe zu. Keiner erwidert. Einige tragen neue Turnschuhe, der Sand hat sie noch nicht rot verfärbt. Andere kommen in Flipflops. Kaum jemand hat mehr als einen kleinen Sportsack mit sich. Mit einem Stapel Klarsichtfolien in der Hand ruft ein IOM-Mitarbeiter mit blauer Weste einen Mann nach dem anderen auf.

Im Bus ist es still. Einer der Männer schaut auf die Sandstraße hinunter und fängt leise an zu summen. Auf seiner Sonnenbrille klebt noch ein kleines UV-Schild. Im Innenhof eines Hauses sieht er zwei Kinder, die versuchen, in einem Flip-Flop zu laufen, hinfallen und lachend am Boden liegen.

Auf der Busfahrt von IOM Transitlager zum Flughafen. Agadez, 07.02.23

Der Bus hupt zweimal und fährt los, vorbei an eingezäunten Bäumen und meterlangen Müllhaufen. Vorbei an einem staubigen Feld, auf dem Dutzende Zelte aus farbigen Stoffetzen stehen, in denen Klimaflüchtlinge aus Zinder, dem Süden des Niger, ohne Strom oder Toiletten campieren. Der Bus biegt um eine Kurve, da blitzt kurz die Große Moschee auf, ein Unesco-Weltkulturerbe, schließlich öffnet sich der Blick zur Wüstenlandschaft.

Tod bei 45 Grad Tausende Migranten durchqueren jedes Jahr die Sahara. Hinter Agadez versucht die EU sie zu stoppen. Und verwandelt die Wüste dabei in eine Falle....

Im Bus greift eine IOM-Mitarbeiterin zum Klarsichtfolienstapel, darin stecken jeweils ein neuer Pass und ein Ausreiseformular. Es ist in jeder Folie gleich ausgefüllt. Ankunftsort: "Bamako". Beruf: "Migrant." Noch einmal werden alle Anwesenden kontrolliert. "Bekar Moussa?", ruft die Mitarbeiterin durch das Quietschen der Busfederung. "Bekar Moussa!", wiederholt ein Mann in der Mitte des Busses etwas lauter. Der Bus steuert schon geradlinig auf den Flughafen zu. Eine Hand erhebt sich.

Das Charterflugzeug von Sky Mali ist an diesem Mittag das Einzige auf dem Rollfeld. In der Wartehalle steht ein Junge, er blickt auf das Flugzeug. Als er sich wieder auf den Wartesessel setzt, sagt er: "Zum ersten Mal in meinem Leben darf ich fliegen."

Migranten auf dem Weg zum Flugzeug. Dieses wird sie zurück in ihr Heimatland Mali bringen. 9000 Personen wurden auf diese Weise letztes Jahr von IOM in ihre Heimatländer gebracht. Es ist weltweit das größte "freiwillige Rückkehrprogramm" von IOM. Agadez, 07.02.23

Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über Migration und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier.

--

Text, Recherche: Franziska Grillmeier, Vincent Haiges Recherche: Katy Fallon Mitarbeit im Niger: Moctar Amadou Dan Yaye

Hinter der Geschichte: Die Recherche begann an einer Ampel in Berlin, wo die Autorin Azizou Chehou auf dem Weg zu einer Konferenz traf. Er sagte dabei, dass niemand genau sagen könne, wie viele in der Wüste sterben. Ein halbes Jahr später reiste Franziska Grillmeier zusammen mit dem Fotografen Vincent Haiges nach Niger. Katy Fallon fing zur gleichen Zeit an, Presseanfragen in Brüssel zu stellen. Sowohl die Recherchen im Niger als auch in Brüssel wurden durch die Unterstützung des Journalismfund Europe ermöglicht.

Load-Date: June 9, 2023

Papst Franziskus kritisiert die "Grausamkeit" an EU-Außengrenzen; In kurzer Zeit sind rund 10.000 Migranten nach Lampedusa gekommen. Papst Franziskus bemängelt nun einen "schrecklichen Mangel an Menschlichkeit" an Europas Außengrenzen.

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 6:10 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 579 words

Byline: Eric Voigt

Body

Papst Franziskus hat vor seinem Besuch in der französischen Hafenstadt Marseille die schlechte Lage von **Migranten** an Europas Außengrenzen angeprangert. Während des Flugs zu seinem zweitägigen Besuch in der südfranzösischen Stadt zeigte er sich bewegt über die Lage auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa. Dort sind allein in diesem Monat mehr als 10.000 **Migranten** aus Afrika angekommen.

Dort und anderswo herrsche "eine Grausamkeit, ein schrecklicher Mangel an Menschlichkeit", sagte das geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche. Zuerst seien die Geflüchteten in libyschen Lagern gefangen, dann würden sie einfach ins Meer geworfen, sagte der Papst.

Bei einer Gedenkfeier in Marseille rief der Papst zur Rettung der geflüchteten Menschen auf. "Menschen, die zu ertrinken drohen, weil sie im Meer ausgesetzt sind, müssen gerettet werden. Das ist eine Pflicht der Menschlichkeit, eine Pflicht der Zivilisation."

In diesem Jahr sind bereits mehr als 2.000 Menschen auf der Fluchtroute über das Mittelmeer gestorben. "Gewöhnen wir uns nicht daran, die Bootsunglücke als Nachrichten und die Toten des Meeres als Zahlen zu betrachten: Sie haben Namen und Vornamen, Gesichter und Geschichten", sagte der Papst. Die Maßnahmen gegen die zivilen Rettungseinsätze verurteilte er. "Viele von euch gehen ins Meer, um zu retten, um Migranten zu retten", sagte der Papst. Die Seenotretter würden oft an ihren Rettungseinsätzen gehindert. Dies seien "Gesten des Hasses".

Treffen mit Macron geplant

Auch ein Treffen mit Präsident Emmanuel Macron war bei dem Frankreichbesuch geplant; dabei sollte es auch um Migration gehen. Zuvor hatte Frankreich die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten von Lampedusa abgelehnt. In der vergangenen Woche hatten fast 10.000 Migranten überwiegend aus Nordafrika in Booten

Papst Franziskus kritisiert die "Grausamkeit" an EU-Außengrenzen In kurzer Zeit sind rund 10.000 Migranten nach Lampedusa gekommen. Papst Franziskus bemängelt n....

Lampedusa erreicht. Die Zahl übersteigt die Einwohnerzahl der Insel deutlich. Es musste der Notstand ausgerufen werden.

Lampedusas Bürgermeister Filippo Mannino verlangte mehr Unterstützung für die Insel, die unter "großem Stress" stehe. Am Hafen spitzte sich zeitweise die Lage zu, als Hunderte Migranten versuchten, Absperrungen zu durchbrechen. Das italienische Rote Kreuz warnte angesichts prekären Lage vor einer humanitären Krise.

Grund für die große Zahl ankommender Migranten war nach Angaben italienischer Behörden, dass viele Schleuserboote wegen des schlechten Wetters und der rauen See in Tunesien zunächst nicht hatten auslaufen können und dann alle gleichzeitig losfuhren.

Messe im Vélodrome-Stadion vor 60.000 Gläubigen

Anlass der Papstreise nach Marseille ist der Abschluss des "Mittelmeer-Treffens" (Rencontres méditerranéennes), bei dem Papst Franziskus eine Rede halten wird. Das Kirchenoberhaupt plante auch, in Marseille an der Wallfahrtskirche Notre-Dame de la Garde an einem Monument für im Mittelmeer ertrunkene Migranten innezuhalten.

An dem Jugendtreffen werden 350.000 katholische Gläubige in Marseille erwartet - darunter 60.000 Gläubige, die den Papst bei seiner Messe im Vélodrome-Stadion sehen wollen. Vor fast genau zehn Jahren - im Sommer 2013 - war der Papst selbst auf Lampedusa zu Besuch.

Christophe Simon Papst Franziskus hält in der Basilika Notre-Dame de la Garde in Marseille eine Predigt bei einem Mariengebet mit dem Diözesanklerus und Gläubigen. Christophe Simon Papst Franziskus hält in der Basilika Notre-Dame de la Garde in Marseille eine Predigt bei einem Mariengebet mit dem Diözesanklerus und Gläubigen.

Load-Date: September 22, 2023

Die Rhetorik kollidiert mit der Wirklichkeit; In der Debatte um Migration wäre in der Politik eigentlich Rationalität und Realitätssinn gefragt. Stattdessen herrscht dort falsche Polemik und Demoskopiegläubigkeit.

ZEIT-online

Samstag 30. September 2023 3:03 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 3161 words

Byline: Georg Diez

Body

Die politische Kommunikation lebt von Metaphern. Bilder, die in Sprache gefasst sind, bestimmen, was Wirklichkeit ist oder sein soll. Hinter diesen Sprachbildern verschwindet dabei leicht die tatsächliche Wirklichkeit. Das verleiht den politischen Debatten oft einen Grad an Polemik, der nicht unbedingt zu besseren Lösungen führt.

Eine solche Metapher oder Großmetapher ist gegenwärtig etwa "der Mensch" oder "die Menschen". Man müsse "die Menschen mitnehmen" oder dürfe "die Menschen nicht überfordern", sagen Politiker und Politikerinnen fast aller Parteien immer wieder gern. "Der Mensch" ist damit in vielem die Weiterentwicklung dessen, was früher eher "die Mitte" (was natürlich auch eine Metapher ist) genannt wurde.

Wer also sind "die Menschen" in der heutigen politischen Rede? Bilden sie eine wirklich greifbare Gruppe - oder sind sie nicht vor allem eine Konstruktion der jeweils sprechenden Person, ein Vehikel der je eigenen Interessen? Sind "die Menschen" eine demokratische Kategorie wie "die Wählerinnen und Wähler"? Und vor allem: Was ist, wenn "die Menschen" womöglich ganz anders denken, als es Politik und sehr oft auch Medien annehmen?

Antworten auf diese Fragen finden sich in der aktuellen Debatte um Migration. Zunehmend schrill und fast schon panisch äußern sich die Vertreterinnen und Vertreter der meisten Parteien, sogar der amtierende Bundespräsident und ein Altbundespräsident stellen einmal eigentlich als gesichert geltende gesellschaftliche Grundlagen an humanitäres Verhalten infrage. Frank-Walter Steinmeier hat davor gewarnt, von einem "hohen moralischen Sockel" herunter über Zuwanderung zu reden, was eine Variation ähnlicher Aussagen ist, die Steinmeier zum Beispiel schon 2018 in Bezug auf Migration getätigt hat. Und Joachim Gauck mahnte zu einer "neuen Entschlossenheit", um den "Kontrollverlust", wie er es nannte, zu beheben: Es müssten "Spielräume" entdeckt werden, so Gauck, "die uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen". Kann etwas nur inhuman klingen, aber nicht inhuman sein? Und ist die Vorstellung dessen, was human ist oder nicht, verhandelbar?

Die Kontrolle, die hier scheinbar droht verloren zu gehen, verweist in dieser Metapher notwendigerweise vor allem auf die Kontrolle staatlicher Grenzen, die abzubauen mal als eine wesentliche Errungenschaft der EU galt. Das meinte aber schon immer inneneuropäische Grenzen und stellte geradezu eine Fiktion dar: Europa als geeinter

Die Rhetorik kollidiert mit der Wirklichkeit In der Debatte um Migration wäre in der Politik eigentlich Rationalität und Realitätssinn gefragt. Stattdessen herr....

safe space ökonomischen Florierens, abgeschottet und gesichert über ein striktes Außengrenzenregime. Die Welt drumherum, vor allem die südlich und östlich gelegene, sollte draußen bleiben, draußen gehalten werden. Die weltgeschichtliche Konstante der Bewegung von Menschen, Migration genannt, sollte der members only club EU einhegen, ja kontrollierbar machen. Das Sprachbild des "Kontrollverlusts" psychologisiert nun staatliches Handeln, es verallgemeinert eine individuelle Erfahrung: Gibt es etwas Schlimmeres für einen Menschen als den Verlust der Kontrolle über das eigene Dasein, das in diesem Bild auch stets gegen andere verteidigt werden muss?

Das Rennen nach unten

Es läuft hier ein rhetorisches race to the bottom, vergleichbar mit dem realen Rennen nach unten, das in der Vorstellung besteht, die Politik müsse nur möglichst abschreckende Praktiken einführen, um Menschen etwa von der Flucht nach Europa abzuhalten. Das ist die Logik der sogenannten Pull-Faktoren, die ebenfalls eher der etwas reduktionistischen Psychologie gehorcht als Wissenschaft im eigentlichen Sinn. Aber auch diese Psychologie, zu Schlagworten verdichtet, bestimmt Politik in einem Maße, wie es bei einem Thema wie Migration schädlich ist, das vor allem Rationalität und Realitätssinn erfordert. Leider sind es oft gerade die, die eine "realistische", das heißt in diesem Zusammenhang migrationsskeptische oder -feindliche Politik vertreten, die sehr an der Realität vorbeiarargumentieren.

Die Medien, grosso modo, verhalten sich dabei nicht viel besser. Abgesehen vom in den sozialen Medien viel kritisierten Cover des Spiegels zuletzt, das eine gesichtslose Masse von dunkelhäutigen Menschen in einer gewundenen Schlange beim Aufbruch von Lampedusa aus auf dem Weg offenbar nach Deutschland zeigen soll, hat auch die normalisierte Kriminalisierung von Einwanderung massive politische Folgen - wie selbstverständlich wird in vielen Medien etwa von der "illegalen Migration" gesprochen, was die Ankommenden automatisch stigmatisiert.

Die Sprache ist dabei mehr als nur der Schauplatz symbolischer Kämpfe. Die Sprache spiegelt, was in der Realität geschieht. War etwa in den Neunzigerjahren die Rede von der "Einwanderung in die Sozialsysteme" noch eine sehr rechte Rhetorik, bedient der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz eine solche heute ganz selbstverständlich, wenn er halluziniert, dass Asylsuchende gern zum deutschen Zahnarzt gehen wollen und dadurch deutschen Krankenversicherten die Termine wegnehmen. Tatsächlich ist diese Aussage eine dreifache Weiterdrehung der einstigen Polemik gegen einst sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge.

Die Differenz von drei Jahrzehnten bemisst sich dabei nicht nur in der Rhetorik, die sich erneut zu radikalieren scheint. Die Differenz besteht auch in der heutigen Einsicht, dass dieses Land Einwanderung braucht. Um etwa 400.000 Menschen pro Jahr muss die Bevölkerungszahl in Deutschland netto wachsen, um die demografischen Probleme des Landes zu lösen und Arbeitsmarkt und Gesellschaft so zu stabilisieren, dass das gewohnte Wohlstandsniveau unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen - die man auch hinterfragen kann - gehalten würde. Auch Friedrich Merz würde das nicht leugnen, niemand täte das jenseits der AfD (wo man von nationaler Geburtenstärke träumt: Die Deutschen sollen ihre Probleme also langfristig biologisch selbst lösen, da fielen einem historische Parallelen ein). Zur Schizophrenie des Augenblicks gehört es aber auch, dass Einwanderung und Migration zu wenig zusammengedacht werden.

Es wäre nun eigentlich Aufgabe der Politik, diese Geschichte vom Einwanderungsland Deutschland zu erzählen. Das müsste etwa der oberste Geschichtenerzähler der Republik tun, der Mann ohne Macht im Amt, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Aber er schildert diese Fortschrittsgeschichte gerade genauso wenig wie die Chiefs der selbst ernannten "Fortschrittskoalition", die sich angesichts der Umfragewerte der AfD zunehmend als eine Angst- und Krampfkoalition zeigt.

Was wir hier sehen, ist die Verwandlung, schon länger im Gange, der demokratischen Republik in eine demoskopische Republik, in der das Framing das Bewusstsein bestimmt. Regiert wird nach Stimmungen, abhängig von Umfragen, die zwar, wie alle wissen, extrem manipulativ sein können, weil die Antworten auch von der exakten Fragestellung abhängen. Trotzdem starren alle weiter darauf.

Die Rhetorik kollidiert mit der Wirklichkeit In der Debatte um Migration wäre in der Politik eigentlich Rationalität und Realitätssinn gefragt. Stattdessen herr....

Und folgern, es sei maßgeblich für die politische Agenda, wenn etwa gerade beim ARD-Deutschlandtrend 64 Prozent der Befragten angeben, eher Nachteile mit der Zuwanderung zu verbinden, und sich ebenfalls 64 Prozent dafür aussprechen, dass Deutschland weniger Geflüchtete aufnehmen solle. Dass im Mai 2023 auf dieselbe Frage nur 54 Prozent der Befragten im ARD-Deutschlandtrend entsprechend geantwortet haben, sich seither also scheinbar Dinge verschlechtert haben (statt etwa: das Thema Migration eben geradezu trendet), gilt in einer an Demoskopie ausgerichteten Politik als eindeutige Handlungsanweisung.

In der Wissenschaft spricht man in diesem Zusammenhang auch von secondary beliefs. Das meint die Annahme, dass andere wohl so oder so denken, migrationsfeindlich zum Beispiel - und auf dieser Annahme, die nicht auf Empirie basiert und reine Psychologie und Projektion ist, fußt dann die eigene Meinung. Individuell ist das vorgeschobener Opportunismus, aber in manchem auch verständlich; systemisch wird daraus ein Problem, weil vollmundig politische Maßnahmen ohne faktische Grundlagen verkündet werden und wenig Aussicht auf Erfolg im Sinne des Verkünders.

Indem sie auf Annahmen und Projektionen baut, gibt die Politik damit nicht nur ein wesentliches Mittel aus der Hand: die langfristige Gestaltung der Gesellschaft, Kernaufgabe jedes vernunftgetriebenen Regierungshandelns. Dadurch schiebt sich auch die kurzfristige demoskopische Stimmungsrealität vor die tiefer liegende und realere Realität von konstanten Werten und Haltungen, wie sie Wissenschaft ermittelt - der Soziologe Steffen Mau etwa, der gerade mit ziemlichem Schwung seine Studie über Triggerpunkte in der Gesellschaft vorgestellt hat.

Im Kern ist das, was Mau auf knapp 600 Seiten mit seinen beiden Kollegen Thomas Lux und Linus Westheuser zusammengetragen hat, eine groß angelegte Widerlegung einer weiteren politischen Metapher unserer Tage, die so oft wiederholt wurde, ohne sie wirklich empirisch zu überprüfen, dass sie die Gestalt der Realität angenommen hat: die Rede von der "Polarisierung" auch der deutschen Gesellschaft (entsprechend etwa der US-amerikanischen Erzählung), die sich in den wesentlichen Konflikten unserer Zeit zeige, in Fragen wie der Klimakrise, dem Krieg in der Ukraine, der Gender-Gerechtigkeit und vor allem der Migration.

Die Studie von Mau und Kollegen ist dabei vor allem deshalb so hilfreich und zeitgenau passend, weil sie einerseits eine längerfristig erarbeitete empirische Faktenbasis für politische Diskussionen bietet: 61 Prozent der Deutschen sehen demnach etwa das kulturelle Leben durch Migranten bereichert. Mau zeigt aber andererseits auch, was durch politische Metaphorik als Neben- oder möglicherweise Haupteffekt erzeugt wird: Der Blick auf die wirklichen Themen wird verstellt.

Denn das Land ist eben nicht gespalten, wenn es um grundsätzliche Fragen von Gerechtigkeit und Ungleichheit geht: 79 Prozent der Deutschen sind laut der Studie von Mau der Meinung, dass die Einkommens- und Vermögensunterschiede in diesem Land zu groß sind. Dieser Punkt allerdings - die in den vergangenen Jahrzehnten drastisch gestiegene wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland - wird sowohl durch die Rede von der vermeintlichen Polarisierung verdeckt als auch in der Debatte über die Migration ausgelassen.

Was nach oben geht, kann auch wieder nach unten gehen

Nun kann man Maus Studie ebenso wie repräsentativen Umfragen wie dem ARD-Deutschlandtrend unterstellen, dass sie entweder die falschen Fragen stellen oder die richtigen Fragen falsch; oder dass sie Variablen, aus deren Zusammenspiel sie ihre Feststellungen treffen, falsch gewichten; oder wichtige Parameter ignorieren. Manche Polarisierungsforscher ergänzen etwa die klassische Vorstellung einer "ideologischen Polarisierung" durch eine "affektive Polarisierung" und fragen eher nach der Heftigkeit, mit der sich entgegengesetzte Meinungen oder Haltungen voneinander abgrenzen in einer Gesellschaft. Nicht nur die Demoskopie, auch die empirische Soziologie, die Mau betreibt, macht selbstverständlich stets normative Setzungen. Doch sie fragt nach der grundsätzlichen Verfassung einer Gesellschaft, nicht nach Trends in ihr, die ihre Veränderbarkeit ja schon im Namen tragen: Was nach oben geht, kann auch wieder nach unten gehen. Empirische Soziologie ist zudem noch geübte Sprachkritik, sie rechnet bestenfalls die reine politische Rhetorik geradezu heraus.

Auf die Debatte über Migration übertragen bedeutet das: Wenn diese von der Realität gedeckt sein soll und nicht nur eine rhetorische Übung in Parteipolitik, sollte sie sich weniger um die Frage drehen, wie Menschen am besten

Die Rhetorik kollidiert mit der Wirklichkeit In der Debatte um Migration wäre in der Politik eigentlich Rationalität und Realitätssinn gefragt. Stattdessen herr....

davon abgehalten werden könnten, nach Deutschland zu kommen - sondern vielmehr darum, wie die Menschen, die kommen und ohnehin gebraucht werden, am besten aufgenommen werden könnten.

Hier ist die Frage nach der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit zentral. Einerseits weil die Verteilungs- und Neiddiskussionen in Deutschland eben vor dem Hintergrund elementarer Unzufriedenheit stattfinden, die weniger mit den Geflüchteten zu tun hat und mehr mit den Konsequenzen des gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialstaatsystems in Deutschland. Und andererseits weil die Rede davon, dass etwa die Kommunen überfordert seien, so abgekoppelt diskutiert wird von der Frage, welchen Staat wir haben wollen: wie aktiv er sein soll (oder nicht); wie er finanziell ausgestattet ist (oder sein sollte); wie stark der Bund die Kommunen unterstützt (oder eben nicht); wie wichtig oder eher ideologisch es ist, in diesen Zeiten auf fiskalische Disziplin zu pochen, wie es die Austeritätspartei FDP gerade tut.

Es wäre also auch hier wieder eine Gelegenheit für die Politik - oder Notwendigkeit -, das große Bild zu zeichnen und dabei ehrlich die eigenen Positionen zu formulieren. Warum etwa ist es für eine liberale Partei wie die FDP nicht selbstverständlich, dass Individuen angetrieben werden von der Sehnsucht nach einem besseren Leben und dafür bereit sind, Heimat und Familie aufzugeben und zum Beispiel mit Ziel Deutschland aufzubrechen? Warum ist es für eine sozialdemokratische Partei nicht evident, dass dies der Moment wäre, die notwendige Staatsreform voranzutreiben und das Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen grundsätzlich zu ändern?

Auch die Konservativen könnten wenigstens eingestehen, dass die Deindustrialisierung, vor der sie gern warnen, ziemlich sicher beschleunigt wird durch einen Fachkräftemangel, für dessen Behebung vor allem Einwanderung notwendig ist. Und nun sind also schon mal viele Eingewanderte hier, nicht nur, aber vor allem auch Geflüchtete darunter. Vielleicht lohnt es sich also, mit denen zu arbeiten. Statt vor allem auf solche Immigranten zu warten, die bereits alle angeblich notwendigen Qualifikationen besitzen. Die aber womöglich gar nicht in ein Land einwandern möchten, dessen Politik die Frage der Migration auf eine Weise diskutiert, dass man lieber in ein Land mit tatsächlicher Willkommenskultur zieht. Die Grünen wiederum könnten sich darauf besinnen, dass Menschenrechte ein wesentliches Element ihrer Programmatik sind - und helfen, die Fragen von Migration und Asyl zu trennen.

Es ist ja ziemlich unbestritten, dass es Herausforderungen gibt; dass etwa manche Kommunen aktuell überfordert sind bei der Unterbringung und Integration von Immigranten. Das Problematische an dieser Darstellung ist allerdings, dass sie akute Zustände beschreibt, anstatt die systemischen Ursachen zu benennen, jenseits der Frage, ob Menschen kommen sollen oder nicht. Es gehört zum Realismus unserer Tage, das anzuerkennen: Menschen machen sich auf den Weg, ob man das Flucht nennt oder Migration oder einen anderen Begriff dafür findet, der erst einmal die mutige und manchmal auch verzweifelte Entscheidung in den Mittelpunkt stellt, sich ins Neue zu werfen.

Es ist wichtig, diesen Realitätscheck in der Politik offen und ehrlich zu unternehmen - sonst spielen die demokratischen Parteien vor allem das Spiel der Antidemokraten, die ja keine Lösungen anbieten. Der französische Ökonom Thomas Piketty beschreibt das sehr gut in dem neuen Buch, das er zusammen mit seiner Kollegin Julia Cagé geschrieben hat, über die Geschichte der politischen Konflikte in Frankreich und die Verbindung zur Frage der sozialen Ungleichheit: *Une histoire du conflit politique: élections et inégalités sociales en France, 1789-2022*.

Die Linke (und man könnte sogar sagen: die demokratischen Parteien), lautet das Fazit von Cagé und Piketty, sollten sich nicht darauf einlassen, die essenzielle Frage von Gerechtigkeit mit der Debatte über Migration auf eine Art und Weise zu verbinden, wo das eine gegen das andere ausgespielt wird. Wahlen, das ergibt die historische Analyse von Cagé und Piketty, werden nicht primär auf dem Feld der Immigration entschieden - selbst die Wählerinnen und Wähler der rechtsextremen Parteien haben ein viel weiteres Spektrum an Motiven und Argumenten.

Die empirischen Erkenntnisse von Cagé und Piketty sind dabei für Frankreich ähnlich wie die von Steffen Mau für Deutschland. Für die deutsche Bevölkerung beschreiben Mau und Kollegen die Haltung zu Migration in ihrer Soziologen-Terminologie so: "Der bedingten Inklusionsbereitschaft der Mehrheit stehen die markanten

Die Rhetorik kollidiert mit der Wirklichkeit In der Debatte um Migration wäre in der Politik eigentlich Rationalität und Realitätssinn gefragt. Stattdessen herr....

Schließungsinteressen einer nennenswerten Minderheit gegenüber." Gemeint sei damit, dass Migration einerseits als "ökonomisch notwendig und nützlich" anerkannt und auch kulturell überwiegend positiv bewertet werde; dass es andererseits jedoch Vorbehalte gebe, wenn es um die "Zahl und Herkunft der Immigranten oder um das Konkurrenzverhältnis zwischen Einheimischen und Zugewanderten" gehe.

Wie finden wir die richtige Balance?

Diese Spannung aufzunehmen, müsste das Ziel einer konstruktiven demokratischen Politik sein, ohne Angst- oder Abschottungsdebatten, die vor allem schädlich und realitätsblind sind: Menschen werden kommen, und Deutschland braucht Menschen - wie finden wir die richtige Balance? Aber das geht nicht, wie es gerade geschieht, indem man die eigenen Grundsätze verhandelbar macht, die die Basis für das sind, worauf man eine fortschrittliche Demokratie bauen kann.

Wenn etwa Robert Habeck sagt, man müsse, um das Recht auf Asyl zu schützen, "die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen - auch wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen", dann ist auch das zunächst ein rhetorischer Kniff. Der scheinbare moralische Vorbehalt vor bestimmten politischen Entscheidungen ist in Wahrheit eine Verschiebung konkreter Politik ins Moralische, die diese konkrete Politik dann erst ermöglicht: Man ringt publikumswirksam mit sich selbst (und der eigenen Moral, das können die Grünen gut), dann stimmt man dem Bruch eigener Grundsätze zu. Das ist ein machtpolitisch verständlicher move, macht ihn aber auch nicht besser oder edler, weil man vorher behauptet hat, es gehe in Wahrheit um Moral.

Wichtig wäre es, erst einmal anzuerkennen, dass die demokratischen Parteien gerade eine Politik machen gegen die Mehrheit der Gesellschaft - oder, wie es oft heißt, gegen "die Menschen". Sie machen eine Politik für die wahlweise 17, 20, 22 Prozent der Bevölkerung, die in Umfragen aktuell sagen, dass sie AfD wählen würden. Was so oft als Polarisierung beschrieben wird, zeigt sich hier einfach als der Sieg einer Rechten, die zunehmend wirkungsmächtiger wird und den Ton und Takt der demokratischen Parteien vorgibt. Die Überzeugungen der Mehrheit, die der "Mitte", in dieser zentralen Frage werden dabei übergangen.

Es ist ein Paradoxon unserer schizophrenen Zeit: Metaphern ersetzen die Realität und die Mehrheit wird von denen verdrängt, die dauernd behaupten, im Namen der Mehrheit zu sprechen. Mit anderen Worten: Es wäre Zeit für Rationalität und einen Realitätssinn, der über Rhetorik hinausgeht.

Nikolay Doychinov Bulgarische Grenzpolizisten patrouillieren vor dem Grenzzaun an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei in der Nähe des Dorfes Lesovo im Januar 2023. Nikolay Doychinov Bulgarische Grenzpolizisten patrouillieren vor dem Grenzzaun an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei in der Nähe des Dorfes Lesovo im Januar 2023.

Load-Date: September 30, 2023

Die feinen Grenzen des Völkerrechts; Auch beim Angriff auf Dschabalija sterben Zivilisten. Welche Kollateralschäden erlaubt das Völkerrecht? Und: Asylsuchende dürfen in Deutschland bald schneller arbeiten.

ZEIT-online

Mittwoch 1. November 2023 5:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Angriff auf Dschabalija; Ausg. 1

Length: 415 words

Body

Auf Videoaufnahmen aus Dschabalija im Gazastreifen sind tiefe Krater und ausgebrannte Gebäude zu sehen. Menschen suchen in Trümmern nach Überlebenden. Bei einem Angriff der israelischen Armee sind gestern Abend zahlreiche Menschen getötet und Hunderte verletzt worden. Laut einer Erklärung der israelischen Verteidigungskräfte zielte der Angriff auf Hamas-Kommandant Ibrahim Biari, der an dem Massaker in Israel vom 7. Oktober beteiligt gewesen sei. Er und rund 50 Terroristen seien getötet worden, teilte Israels Armee mit. Infolge der Bombardierungen seien auch Tunnel der Hamas eingestürzt. Unter den Opfern des Angriffs sind nach palästinensischen Angaben aber offenbar auch viele Zivilisten. "Das ist die Tragödie des Krieges", sagte der Sprecher des israelischen Militärs, Richard Hecht, dem Sender CNN. Inwiefern sind Angriffe auf so dicht von Zivilistinnen und Zivilisten besiedelte Gebiete völkerrechtlich legitim? Und kann man eine Organisation wie die Hamas überhaupt völkerrechtskonform bekämpfen? Diese Fragen beantwortet Matthias Hartwig vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht im Podcast.

Asylsuchende sollen bald schneller in Deutschland arbeiten dürfen. Das hat das Bundeskabinett am Mittwoch beschlossen. Die neue Regel betrifft geduldete Ausländer und Asylbewerber. Menschen mit Duldung - das sind im Moment etwa 250.000 Personen - sollen in der Regel eine Arbeitserlaubnis bekommen. Asylsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen schon nach sechs Monaten statt nach neun Monaten arbeiten dürfen. Die Bundesregierung will damit zum einen die Ausgaben für Sozialleistungen reduzieren und damit gleichzeitig auch mehr Akzeptanz für Asylsuchende in der Bevölkerung schaffen. Der Beschluss ist Teil eines Migrationspakets. Das Paket umfasst unter anderem auch bereits beschlossene neue Regeln für die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.

Außerdem im Podcast: Tausende Afghanen verlassen momentan Pakistan in Richtung ihrer Heimat. Hintergrund dieser Massenflucht ist eine Ankündigung der pakistanischen Regierung. Die hat vor einem Monat beschlossen, dass die etwa 1,7 Millionen Afghanen und Afghaninnen ohne Bleiberecht das Land bis heute verlassen müssen.

Was noch? Indien debattiert über die Siebzigstundenwoche.

Moderation und Produktion: Jannis Carmesin

Die feinen Grenzen des Völkerrechts Auch beim Angriff auf Dschabalija sterben Zivilisten. Welche Kollateralschäden erlaubt das Völkerrecht? Und: Asylsuchende dü....

Redaktion: Pia Rauschenberger

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie [hier](#) . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Load-Date: November 1, 2023

End of Document

**Wie die EU-Asylpolitik in Zukunft aussehen könnte;
Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Vorschläge zur EU-
Asylrechtsreform. Sind ihre Sorgen berechtigt? Außerdem im Podcast:
Warum Superreiche dem Klima schaden.**

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 3:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Asylrechtsreform; Ausg. 1

Length: 320 words

Byline: Pia Rauschenberger

Body

Mehr oder weniger Einigkeit herrscht in der Europäischen Union aktuell darüber, dass ihre **Asylpolitik** dringend reformbedürftig ist. Mehr als 980 Menschen sind seit Anfang 2023 bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen. Im vergangenen Jahr wurden in der EU so viele **Asylanträge** gestellt wie seit 2016 nicht mehr. Über das Wie der Reform wollen die EU-Innenminister heute in Luxemburg beraten. In den vergangenen Jahren war es schwer, sich auf einen gemeinsamen Vorschlag zu einigen. Und dann gibt es auch noch heftige Kritik vonseiten der Menschenrechtsorganisationen an den Ideen, die bisher auf dem Tisch liegen. So zum Beispiel an der Vorprüfung von **Asylanträgen** an den Außengrenzen. David Kipp von der Stiftung Wissenschaft und Politik, der zur EU-**Migrationspolitik** forsch, erklärt, wie diese Vorprüfung genau aussehen soll und warum sie problematisch sein könnte.

Die Klimaaktivisten der Letzten Generation haben ein neues Ziel: Sie wollen ihren Protest künftig stärker gegen die Superreichen richten. Am Sonntag angekündigt, folgte am Dienstag prompt die erste Aktion: Auf Sylt besprühten die Aktivisten einen Privatjet mit oranger Farbe und hängten Transparente mit der Aufschrift "Euer Luxus = Unsere Dürre" auf. Die wissenschaftlichen Berichte, auf die sich die Letzte Generation bezieht, belegen unter anderem, dass ein vierstündiger Privatflug so viel CO₂ ausstößt wie ein durchschnittlicher Mensch in einem Jahr. Anja Stehle aus dem Wirtschaftsressort von ZEIT ONLINE hat sich mit diesen Zahlen beschäftigt und erklärt im Podcast, warum Superreiche dem Klima besonders schaden und wie sich das ändern lässt.

Und sonst so? Die allerletzte Warnung für einen 82-jährigen Drogendealer

Moderation und Produktion: Pia Rauschenberger

Redaktion: Jannis Carmesin

Mitarbeit: Clara Löffler

Wie die EU-Asylpolitik in Zukunft aussehen könnte Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Vorschläge zur EU-Asylrechtsreform. Sind ihre Sorgen berechtigt?

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Nordische Staaten wollen bei Abschiebungen kooperieren; Die fünf nordischen Staaten wollen illegale Migration unterbinden. So soll es in Zukunft Rückkehrprogramme sowie gemeinsam mit Frontex organisierte Abschiebeflüge geben.

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 7:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 278 words

Body

Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden haben sich auf eine engere Kooperation bei der Abschiebung illegaler **Migranten** geeinigt. Wie die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf den dänischen Minister für Ausländer und Integration Kaare Dybvad Bek berichtet, seien bei einem zweitägigen Treffen der Justiz- und **Migrationsminister** in Kopenhagen entsprechende Schritte beschlossen worden.

Die fünf nordischen Staaten hätten Dybvad Bek zufolge ein gemeinsames Interesse: Man wolle die Abschiebung von "Ausländern ohne Aufenthaltsberechtigung" sicherstellen und verhindern, dass sie sich "unter dem Radar" in den nordischen Staaten befänden. Hierfür solle zukünftig bei der Rückführung von Migranten und sogenannten Rückkehrprogrammen enger mit Drittstaaten zusammengearbeitet werden.

Hilfsprogramme und gemeinsame Abschiebeflüge geplant

Auch wolle man in Zukunft gemeinsame Flüge organisieren, um Migranten ohne Aufenthaltsberechtigung in ihre Herkunftsstaaten abzuschicken. Diese Abschiebeflüge sollen in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzbehörde Frontex organisiert werden.

Bei dem Treffen hätten sich die zuständigen Minister zudem auf ein gemeinsames Hilfsprogramm geeinigt, sagte Dybvad Bek weiter. Dieses zielt auf "irreguläre Migranten" ab, die sich in Nordafrika befänden. Ihnen solle bei einer freiwilligen Rückkehr in ihre Herkunftsländer Hilfe bei der Wiedereingliederung angeboten werden.

Thibault SavaryLe Pictorium Der dänische Minister für Ausländer und Integration Kaare Dybvad Bek, im Oktober 2022 in Kopenhagen Thibault SavaryLe Pictorium Der dänische Minister für Ausländer und Integration Kaare Dybvad Bek, im Oktober 2022 in Kopenhagen

Load-Date: October 31, 2023

Nordische Staaten wollen bei Abschiebungen kooperieren Die fünf nordischen Staaten wollen illegale Migration unterbinden. So soll es in Zukunft Rückkehrprogramm....

End of Document

Geflüchtete? Ja, aber doch nicht hier; Kann man gegen eine Flüchtlingsunterkunft protestieren, ohne rechte Positionen zu bedienen? In zwei Orten in Nordrhein-Westfalen versuchen es Anwohnerinnen.

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 6:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationsdebatte; Ausg. 1

Length: 3123 words

Byline: Christian Parth

Body

Ihr Zuhause nennt Sandra Malkamp ein kleines Paradies. Noch. Doppelhaushälfte, Garten mit Terrasse, Teich, Hortensien, gelbe Rosen. Morgens, wenn sie aufwacht im nordrhein-westfälischen Moers-Schwafheim, hört sie die Vögel zwitschern, Bussarde kreisen am Himmel. Alle halbe Stunde fährt ein Bus ins 17 Minuten entfernte Zentrum. Etwa 7.300 Einwohner, Apotheke, Supermarkt, Post, die AfD bei knapp sechs Prozent. Dies sei ein friedlicher Ort, sagt Malkamp und nippt am Holunderwasser.

Das mit dem Frieden, fürchtet die 47-Jährige, könnte bald Geschichte sein. Gleich hinterm Gartenzaun, wo die Römer einst ihre Toten bestatteten und nun eine Wiese vor sich hinwuchert, will die Stadt eine **Flüchtlingsunterkunft** errichten. Dreigeschossig, elf Meter hoch, etwa 70 Meter lang, Modulbauweise, Platz für 220 Menschen. Diese Dimension sei für das ländliche Schwafheim einfach zu groß, sagt Malkamp. Für die Untergebrachten menschenfeindlich, für die Bevölkerung unzumutbar. Sie sei durchaus bereit, eine Unterkunft auf der Wiese hinzunehmen, aber die müsste deutlich kleiner sein - und zeitlich begrenzt.

Mit zwei Nachbarinnen gründete Malkamp eine Interessengemeinschaft (IG) gegen den Bau der Unterkunft, fand bislang etwa 250 Unterstützer. Mit der Stadt liegen sie im Clinch, das politisch linke Milieu sortiert sie nach rechts, die Rechten ziehen an ihnen. Malkamp aber sagt, sie lasse sich von keiner Seite schrecken. Ihren echten Namen will sie lieber trotzdem nicht veröffentlicht wissen, zu oft wurde sie angefeindet. Knapp 50.000 Euro hat die IG inzwischen eingesammelt, eine Anwältin ist bestellt, die Klage gegen die Stadt vorbereitet. Sie wollen das Flüchtlingsheim gerichtlich verhindern lassen.

In Schwafheim wird über eine Frage gestritten, die sich viele Menschen in ganz Deutschland mehr oder weniger offen stellen: Kann man aus einer privilegierten bürgerlichen Mitte heraus gegen eine Geflüchtetenunterkunft protestieren, Sorgen und Ängste vortragen, ohne dabei rechte Positionen zu bedienen?

Die Schwafheimer argumentieren mit Artenschutz, ein entsprechendes Gutachten ist eingereicht. Schützenswerte Vögel, Fledermäuse und Amphibien seien auf der Wiese zu Hause. Die Tiere gehören jetzt zu den wichtigsten Partnern im Kampf gegen die Unterkunft. Malkamp und ihre Nachbarn sorgen sich aber nicht allein um das

Geflüchtete? Ja, aber doch nicht hier Kann man gegen eine Flüchtlingsunterkunft protestieren, ohne rechte Positionen zu bedienen? In zwei Orten in Nordrhein-Wes....

Ökosystem, sondern um den sozialen Frieden. Wer wisse denn schon, wer da wirklich kommt? Familien aus der Ukraine, das würde vielleicht noch funktionieren. Aber was, wenn es am Ende nur Männer sind? Aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, "kulturfremd", sagt Malkamp, im schlimmsten Fall traumatisiert. Wie soll ein kleiner Ort wie Schwafheim das nur schaffen, fragen sich Malkamp und ihre zwei Nachbarinnen, die an diesem Nachmittag mit am Terrassentisch sitzen. Hier fehle es an grundlegender integrativer Infrastruktur. "Diese Menschen werden auf ein Feld gepfercht und sich selbst überlassen. Das ist nichts anderes als eine Ghettoisierung." Sie behaupten, es gebe geeignetere Plätze. Die Stadt sagt nach einer Standortanalyse: Die Wiese in Schwafheim ist der beste Ort.

Wie in Schwafheim wird an vielen Orten in ganz Deutschland gestritten, im Osten oft lauter als im Westen. Und je mehr Geflüchtete ins Land kommen, desto schärfer wird der Ton. Bürger, die sich in der gesellschaftlichen Mitte wähnen, begehren auf. Kommunen fühlen sich überfordert. Bürgermeister schreiben Brandbriefe. Auf Landes- und Bundesebene schwanken Politiker zwischen Lösungssuche und Populismus. In Bayern, wo am 8. Oktober gewählt wird, fordert Markus Söder eine "Integrationsgrenze". Ex-Bundespräsident und Vorzeige-Humanist Joachim Gauck spricht von einem "Kontrollverlust". Er sei dazu gekommen, "dass es vielleicht auch moralisch überhaupt nicht verwerflich ist und politisch sogar geboten ist, eine Begrenzungsstrategie zu fahren". Nachfolger Frank-Walter Steinmeier ruft bei seinem Besuch auf Sizilien die "Belastungsgrenze" aus.

Verzweifelt versuchen die Parteien, das Migrationsthema der AfD zu entreißen. Dabei hüpfen sie hin und her zwischen moralischen Pflichtfeldern und der verbotenen rechten Zone. Die AfD reibt sich die Hände. Die sozialen Netzwerke pumpt sie voll mit Angstbotschaften und blickt mit Genugtuung auf steigende Umfragewerte und nach Lampedusa, wo derzeit immer mehr Boote mit Menschen vor allem aus Guinea, der Elfenbeinküste und Tunesien anlanden, die meisten Männer, immer häufiger auch alleinreisende Mädchen.

Malkamp hat nichts gegen Geflüchtete, das beteuert sie immer wieder. Als Sprachtherapeutin und Traumapädagogin habe sie persönlich mit ihnen zu tun. "Ich kenne die Fluchtgeschichten und die sind schrecklich", sagt sie. Was sie stört: Bei den Menschen habe sich das Gefühl ausgebreitet, dass die Politik sie nicht mehr mitnimmt. Dieses Gefühl gießen Malkamp und andere in Sätze wie: "Wir werden nicht gehört", "es wird über unsere Köpfe hinweg entschieden", "Unsere Ängste werden nicht ernst genommen", "Wo steht die Politik mal für mich ein?". In Moers-Schwafheim seien die Bewohner einfach übergangen worden. Zuerst kam der Ratsbeschluss, nach öffentlichem Druck dann die Informationsveranstaltung für die Bürger. "Andersherum wäre der richtige Weg gewesen", sagt Malkamp.

Viele Kommunen verpassten derzeit eine große Chance, sagt Sabrina Zajak vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Studien hätten klar gezeigt, dass die Menschen eher bereit seien, bei der Flüchtlingsunterbringung mitzuziehen, wenn sie in die Entscheidungen eingebunden würden. "Die größte Sorge der Menschen ist nicht die Angst vor den Geflüchteten, sondern dass sich ein Konflikt polarisiert", sagt sie. "Die Menschen wünschen sich ein friedliches soziales Zusammenleben. Wenn es dann doch eskaliert, richtet sich die Ablehnung gegen die Geflüchteten, weil es einfacher ist." Eine unveröffentlichte Studie des DeZIM, die ZEIT ONLINE exklusiv vorliegt, kommt zu dem Ergebnis, dass Personen, die sich gegen Geflüchtete engagieren, zwar angeben, sich stark zu politisieren, aber zeitgleich vom politischen System entfremden. Um dem entgegenzuwirken, müsse die Politik den Menschen das Gefühl nehmen, dass sie Entscheidungen nur ausgeliefert seien, sondern ihnen durch lokale Mitbestimmung aktive Handlungsoptionen anbieten.

Der Moerser Bürgermeister Christoph Fleischhauer will kein Zauderer sein, sondern ein Macher. Er empfängt in seinem Büro im Rathaus, weißes Hemd, energischer Händedruck, sprudelnde Sprache. Früher nahm er als Leistungsschwimmer an Hochschulmeisterschaften teil, Lieblingsdisziplin Brust. Der CDU-Politiker hält die Debatte um die Bundesjugendspiele einen Ausweis dafür, dass die Gesellschaft zunehmend verweichlicht. Im früheren Leben war er Anwalt, 2014 zog er als Bürgermeister ins Moerser Rathaus ein. Seine Rolle in der Migrationsdebatte definiert er so: "Wir sind das letzte Glied der Nahrungskette des Föderalismus." Oder anders: "Ich muss verantworten, was ich nicht beeinflussen kann."

Geflüchtete? Ja, aber doch nicht hier Kann man gegen eine Flüchtlingsunterkunft protestieren, ohne rechte Positionen zu bedienen? In zwei Orten in Nordrhein-Wes....

Die Kommunen sind der Ort, an dem Politik aus Berlin und den Landeshauptstädten auf die Bürger trifft. Und mittendrin die Bürgermeister. Als CDU-Gruppensprecher im Präsidium des Städte- und Gemeindebunds NRW hat Fleischhauer gerade einen Brandbrief von 350 Bürgermeistern an seinen Parteifreund und Ministerpräsidenten Hendrik Wüst unterzeichnet. Den Kommunen drohe der finanzielle Kollaps, steht darin, auch wegen der Versorgung der Geflüchteten. Trotzdem sei er allzeit bereit, in Not geratenen Menschen zu helfen, wenn es irgend geht. Schon jetzt lebten derzeit 1.150 Geflüchtete verteilt auf die ganze Stadt. 78 davon in einer Turnhalle, in der die lokale Hockeymannschaft vor allem im Winter trainiert. Begeistert seien sie nicht, sagt Fleischhauer. Aber sie würden es mittragen. So wie eigentlich die ganze Gemeinde. "An Moers lässt sich positiv ablesen, wie leistungsfähig die Gesellschaft beim Thema Migration ist." Malkamp nennt den Bürgermeister einen ausgebufften Strategen. Die beiden sprechen nicht mehr miteinander. Nun muss wohl ein Gericht entscheiden.

Melanie Offergeld zählt sich wie Sandra Malkamp zur bürgerlichen Mitte. Sie will den vermeintlich Übergangenen eine Stimme geben. Dafür hat sie einen TikTok-Kanal gegründet, 2.600 Follower. Dort postet sie beständig Updates zur Lage in Bork, einem Stadtteil von Selm, knapp 7.000 Einwohner, etwa eine Autostunde von Schwafheim entfernt. In Bork ist schon Realität, wovor sich Malkamp in Moers fürchtet. Hier wohnen aktuell etwa 750 Menschen in einer Notunterkunft aus Zelten, die auf dem Parkplatz der NRW-Polizeischule (LAFP) abgeschildert am Rande eines Wäldchens aufgebaut wurde. In einem Container hinter der Umzäunung sitzt der Wachdienst. Viele Borker führen hier ihre Hunde aus.

Wie die Schwafheimer fühlen sich auch Offergeld und ihre Unterstützer von der Kommunalpolitik verschaukelt. Die im vergangenen Herbst erbaute Zeltstadt sollte nur bis Ende Juni dort stehen. Dann wurde der Vertrag bis Ende des Jahres verlängert. Nun soll sie bis Sommer 2024 stehenbleiben. Man hatte ihnen ukrainische Familien versprochen, gekommen waren nahezu ausschließlich Männer aus Syrien. Ursprünglich sollten sie nur zwei Wochen bleiben und dann weitervermittelt werden. Manche aber sitzen hier schon seit einem halben Jahr. Draußen sei es schon zu Übergriffen und Diebstählen gekommen, drinnen zu Tumulten. Manches davon ist polizeilich erfasst, manches hartnäckiges Gerücht. Der bislang schlimmste Vorfall: Einer der Geflüchteten hat laut einer Zeugin zuerst in einen Busch und dann vor der Schule onaniert. Die Polizei ermittelt. Die Zustände seien unzumutbar, "für beide Seiten", betont Offergeld im Hof ihres Hauses, den sie inzwischen videoüberwachen lässt. Im Hintergrund schlabbern Anton und Ashanti Wasser aus einer Wanne, ihre beiden Deutschen Doggen.

An einem Dienstagabend im September haben CDU und SPD zum Bürgerdialog in die Gaststube Haus Dörlemann in Bork geladen. Ein Ventil, um Druck abzulassen, sagt die Gastgeberin von der SPD. Etwa 20 Menschen sind gekommen, um bei Wasser und Bier lokale Sorgen, aber auch die großen Linien der Geflüchtetenpolitik zu verhandeln. Die Zeltstadt in Bork habe gerade für Frauen Angsträume geschaffen, sagt einer. Ein anderer fragt: Aber wie viele Vorfälle hat es denn wirklich gegeben, was ist dokumentiert? Ein Dritter sagt, diese Frage sei unsensibel. Denn einem Gefühl einfach eine Statistik entgegenzustellen, bedeute, das Gefühl nicht ernst zu nehmen. Auch das ist ein elementarer Punkt der Debatte: Nicht Zahlen, Daten, Fakten sind entscheidend, sondern Empfindung. "Es muss Schluss sein", sagt einer mit Blick auf die Zuwanderung. Schengenraum abriegeln, auch solche Sätze fallen. Sonst könnten am Ende Krisenprofiteure und Angstverbreiter die Gewinner sein, vor allem die AfD. Einer sagt in Richtung der anderen Parteien: "Sie werden bei den nächsten Wahlen eine Katastrophe erleben."

Auch der Moerser Bürgermeister Fleischhauer erkennt bei den Menschen eine diffuse Befürchtung, dass die Lage eskalieren könnte. Sie lassen einschlägige Zeitungsartikel, ließen sich von Parteikampagnen beeinflussen, von Meinungen in den sozialen Netzwerken treiben. Fleischhauer sagt aber auch: "Wir können nicht einfach immer mehr aufnehmen." Noch sehe er keine Kipppunkte, aber wenn es so weitergehe, vielleicht irgendwann.

Über ihren TikTok-Kanal sucht Melanie Offergeld aus Bork nun Mitstreiter im ganzen Land. Das Potential ist groß, glaubt sie. Sie hat Kontakt geknüpft nach Uphahl, Hamminkeln, Kirchrode, Bocholt und nach Schwafheim. Ein Netzwerk der Übergangenen soll entstehen. In den kommenden Tagen will sie beim Landtag eine Petition einreichen. Das Papier hat sie als Vorlage an andere Gemeinden geschickt, die es auf die eigene Lage anpassen und ebenfalls verschicken sollen. Auch nach Schwafheim. Offergeld würde gern eine Rede im Landtag halten oder Olaf Scholz treffen, den Kanzler, damit der endlich mal versteht, wie die Menschen vor Ort eigentlich

Geflüchtete? Ja, aber doch nicht hier Kann man gegen eine Flüchtlingsunterkunft protestieren, ohne rechte Positionen zu bedienen? In zwei Orten in Nordrhein-Wes....

denken, damit er weiß, was in der Bevölkerung so abgeht. Ihr Verhältnis zum Selmer Bürgermeister (SPD) ist angespannt, eine Interviewanfrage von ZEIT ONLINE hat er abgelehnt.

Wie ignorant die Politik mit der Meinung der Bürger umgehe, könne man nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch an Prenzlau in Brandenburg gut sehen, sagt Offergeld. Dort hat die Landrätin kürzlich einen Bürgerentscheid gegen eine Geflüchtetenunterkunft für unzulässig erklärt. Doch wie kann das sein? Es waren doch 13.000 Unterschriften gesammelt worden. Bei der Unterbringung handle es sich um eine "Pflichtaufgabe des Landkreises zur Erfüllung nach Weisung des Landes", ließ die Landrätin über ihre Sprecherin ausrichten.

Die Bürger fühlen sich machtlos. Ihnen gegenüber sehen sie einen bürokratischen Apparat, der Sorgen und Ängste nicht mit kalkuliert. Die Geflüchteten werden als Zahlenkolonnen verteilt, vom Bund ans Land, vom Land in die Kommunen. In den Gemeinden materialisieren sich die Zahlen als Menschen, die mit Koffern vor Rathäusern stehen. Und die eben auch ein Schicksal haben. Zehn Personen sind es derzeit wöchentlich in Moers. Kaum noch Ukrainer, vor allem Menschen aus Syrien und Afghanistan, wo entweder Krieg geführt wird oder Andersdenkende von dogmatischen Machthabern massakriert oder eingesperrt werden.

Drei von vier Kriegsflüchtlings sind traumatisiert. Das ergab eine Umfrage der AOK aus dem Jahr 2018. Was ist, wenn einer von ihnen vielleicht mal durchdreht, fragen die Schwafheimer. Wer gewährleistet ihre Sicherheit, wer die Therapie für die Geflüchteten, wenn sie eingezäunt auf einer Wiese leben müssen?

Der Moerser Bürgermeister sagt, natürlich kümmere man sich auch darum. Er dreht sich um in seinem Stuhl und zeigt Richtung Fenster. Gleich da drüben, da sei die Arbeiterwohlfahrt, die haben auch Traumafachleute, da kann jeder hingehen, der Hilfe braucht. Wir haben in den Unterkünften Leute, die das erkennen. Die machen das schon, sagt Fleischhauer. Gut ist die psychosoziale Versorgung allerdings nicht. Für das kommende Jahr will der Bund die Förderung von 17 Millionen auf sieben Millionen zusammenstreichen. Schon jetzt warten Geflüchtete in Deutschland bis zu ein Jahr auf einen Therapieplatz.

Nicht ganz zu vergessen wäre da noch die Sache mit den Immobilienpreisen. Malkamp und ein paar andere bestellten einen Makler. Das Ergebnis: Der Bau einer Flüchtlingsunterkunft könnte den Wert um bis zu 50 Prozent senken. Die IG Schwafheim fordert eine Interessensabwägung und direkte Beteiligung, um eine Lösung zu finden.

Und einige von ihnen fordern die regierenden Parteien im Bund dazu auf, ihre Asylpolitik im Grundsatz zu überdenken. Es sei wie im Fußballstadion, sagt Malkamp und wählt ein etwas eigenwilliges Bild: "Wenn dort Panik ausbricht, muss man draußen abriegeln, damit man drinnen erstmal für Ruhe sorgen kann." Sie weiß, dass allein dieser Satz erhebliche Probleme bringen kann. Damit, sagt sie, stehe man ganz schnell in der rechten Ecke.

Die Akteurinnen in Bork und Schwafheim werden von links als Nazis beschimpft und von rechts angeflirtet. "Wir bekommen es von beiden Seiten, da ist es schwer, stabil in der Mitte zu bleiben. Aber wir lassen uns nicht instrumentalisieren", sagt Offergeld. Die Videoüberwachung des Hauses von Malkamp zeigt, wie eine Person nachts mit Sturmhaube über dem Kopf die Fassade vollklebt mit Stickern, auf denen steht: "Refugees Welcome". Das war im Mai. Im August wurde nachts an der Straße, an der die Unterkunft gebaut werden soll, ein Transparent an zwei Holzstäben befestigt. Zu lesen war: "Hand in Hand mit Nazis gegen Geflüchtete. IG Schwafheim & AfD". Von den Rechten wiederum gab es Angebote, gemeinsame Sache zu machen. In Bork nahm ein AfD-Politiker über Facebook Kontakt zu Offergeld auf. Sie antwortete mit einer langen Nachricht: "Ihre kleine Minderheit, die gerade einen kurzen Höhenflug erlebt, wird Deutschland nicht spalten und als Trittbrettfahrer noch lange Ihre Hetze verbreiten." Sie schließt mit den Worten: "Ich setze mich mit jeder Partei an einen Tisch, ausgenommen der AfD."

Die Sprache in dieser Debatte ist zum Minenfeld geworden. Und manch einer, der mit Politik sonst nicht viel am Hut hat, tappt mitten hinein. "Der ideologische Resonanzboden der Rechten ist immer weiter in die Mitte gerückt", sagt Forscherin Sabrina Zajak. "Manche Menschen merken gar nicht, dass sie rechte Positionen vertreten, weil das Gedankengut schon so tief in das bürgerliche Milieu eingesickert ist." Gerade in der aufgeheizten Migrationsdebatte sei ein solcher Normalisierungseffekt sehr gefährlich.

Geflüchtete? Ja, aber doch nicht hier Kann man gegen eine Flüchtlingsunterkunft protestieren, ohne rechte Positionen zu bedienen? In zwei Orten in Nordrhein-Wes....

Malkamp sagt, sie führe einen moralischen Kampf mit sich selbst. "Wenn ich die Menschen in den Booten sehe, dann kullern mir die Tränen." Aber was nütze es diesem Land, wenn durch immer weitere Zuwanderung soziale Gefüge torpediert würden, der gesellschaftliche Frieden in Gefahr sei? "Das kann doch keiner wollen." Ihre Initiative schreibt in einer Stellungnahme: "Etwas zusammenrücken? Ja! Deswegen selber untergehen? Nein!"

Melanie Offergeld hat ein Konzept erarbeitet, zwölf Seiten, laminiert, vorne drauf das Selmer Stadtwappen. Darin fordert sie mehr Transparenz von Seiten der Politik, eine verständliche Sprache, fortlaufende Informationen über Belegungszahlen, einen verbesserten Dialog mit Anwohnern und Asylsuchenden, mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt, ein "Entzerren von Menschenmassen" durch eine faire Verteilung von Wohnraum. Ein Kapitel widmet sie den Belangen der Geflüchteten: Ehrenamtliche Teestuben, bessere Hygiene, gesundheitliche Vorsorge, Berufsvorbereitung, Gesellschafts- und Gesetzeskunde und eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, um die Bleibeperspektive möglichst rasch zu klären.

Nach einigem Ringen durfte sie ihr Konzept am vergangenen Mittwochabend im Selmer Stadtrat vorstellen. Die Reaktionen seien positiv gewesen, sagt sie, ihre Mühen hätten sich endlich bezahlt gemacht. Die Bewohnerzahlen sollen reduziert, die Zustände in der Unterkunft verbessert werden. "Ich glaube, sie haben verstanden, dass es so nicht weitergehen kann. Weder für uns, noch für die Bewohner der Zeltstadt." Geflüchtete, die dann nicht mehr nach Bork kommen, müssen dann auf andere Orte verteilt werden. Vielleicht dorthin, wo es noch keine Interessengemeinschaft gibt.

Die Notunterkunft für Geflüchtlinge in Bork.

Load-Date: September 22, 2023

Migrationsabwehr mal anders; Mamadou Dia ist auf der Flucht nach Europa fast gestorben. Später kehrte er enttäuscht zurück. Sein Projekt in Senegal zeigt, woran es der EU in diesen Zeiten mangelt.

ZEIT-online

Donnerstag 19. Oktober 2023 7:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration in Senegal; Ausg. 1

Length: 1170 words

Byline: Andrea Böhm

Body

Sind Sie noch aufnahmefähig für bessere Nachrichten? Für Geschichten über Kreativität, unbändige Energie und Aufbruchstimmung zwischen all den Meldungen über Schlachtfelder und **Flüchtlingskatastrophen** in Israel, Gaza, der Ukraine, Syrien, Sudan?

Dann darf ich Ihnen Gandiol vorstellen. Gandiol liegt im Norden Senegals, wo der gleichnamige Fluss in den Atlantik mündet. Touristen reisen hierher, um im Schwemmland Flamingos, Pelikane oder Störche zu fotografieren. Am Strand bekommen sie manchmal auch die Beamten der spanischen Guardia Civil vor die Linse. Zusammen mit senegalesischen Kollegen kontrollieren sie, ob die riesigen, bunt bemalten Boote tatsächlich für den nächsten Fischfang vorbereitet werden. Oder für eine Überfahrt mit **Migranten** zu den Kanarischen Inseln.

In den vergangenen Jahren sind viele Männer aus dieser Gegend abgewandert. Die Fischerei bringt nicht mehr viel ein, weil große Trawler die Bestände dezimiert haben - darunter europäische und chinesische, oft in Kooperation mit senegalesischen Unternehmen. Und weil der Bau eines Kanals, der die nahegelegene Großstadt St. Louis vor Überschwemmungen schützen soll, den Küstenstreifen von Gandiol übel zugerichtet hat.

Nur wenige Kilometer landeinwärts, vorbei an wilden Müllkippen, streunenden Ziegen, ein paar Lebensmittel-Kiosken, erreicht man eine Baustelle. Etwas mehr als zehn junge Leute hämmern und schrauben an Holzwänden mit Hohlräumen, füllen diese mit gepresstem Stroh, verputzen alles mit Lehm, setzen Dächer auf, verlegen Rohre. "Hahatay" heißt die Aufschrift am Eingang zu dem weitläufigen Gelände mit Küchenhaus, einem Versammlungsraum ohne Mauern in der Mitte, und der Reihe von Lehmhäusern, die gerade hochgezogen werden. Hahatay, was auf Deutsch so viel wie "Lachen" bedeutet, wurde vor bald zehn Jahren von Mamadou Dia gegründet. Dia, Sohn einer Fischerin aus Gandiol, war 2006 mit 23 Jahren selbst in eines der bunten Boote gestiegen und auf dem Weg zu den Kanarischen Inseln fast gestorben. Er schaffte es aufs spanische Festland, schlug sich als "Illegaler" mit verschiedenen Jobs durch, bis er schließlich eine Aufenthaltserlaubnis bekam. Und dann doch in den Senegal zurückkehrte.

Die spanische Invasion

Migrationsabwehr mal anders Mamadou Dia ist auf der Flucht nach Europa fast gestorben. Später kehrte er enttäuscht zurück. Sein Projekt in Senegal zeigt, woran

Dia brachte nicht nur eine gehörige Wut über den europäischen Umgang mit afrikanischen Migranten mit nach Hause, sondern holte bald auch junge Spanierinnen und Spanier, die ihm und seiner senegalesischen Gruppe beim Aufbau des Zentrums halfen. Und das bis heute tun.

Anfangs gefiel die kleine spanische Invasion nicht jedem in Gandiol. Inzwischen gehören die Besuchergruppen aus Barcelona oder Bilbao ebenso zum Ort wie dessen Bewohnerinnen und Bewohner zur Hahatay-Gemeinde. Die Einheimischen kommen zu den Festivals des Kulturtreffs, hören die Sendungen der Hahatay-Radio-Station, verkaufen ihren Plastikmüll an die kleine Recyclinganlage des Zentrums, die Kunststoffgranulat herstellt. Die Dorfbewohnerinnen nutzen das Frauenzentrum und die Hilfe bei der Gründung von Kleinunternehmen, Künstlerinnen und Künstler aus dem in und Ausland die Ateliers.

Zu den Sponsoren und Unterstützern zählen die spanische Tageszeitung El País, zahlreiche spanische (vor allem baskische) Stiftungen, die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), das Filmfestival Bilbao, senegalesische NGOs, senegalesische und spanische Universitäten. Europäisch-afrikanische Kooperation jenseits der "Migrationsabwehr". Geht auch.

Diese kleine neue Welt entsteht nicht in einem urbanen Zentrum wie Dakar und St. Louis, sondern mitten in einer geschundenen Landschaft, aus der immer noch viele weg wollen. Was die Leute von Hahatay natürlich verstehen. Nicht nur Mamadou Dia, der Gründer. Auch viele andere, die hier arbeiten, sind ehemalige "reguläre" oder "irreguläre" Migranten. Oder sind mit Visaanträgen gescheitert und haben überlegt, die Überfahrt auf die Kanarischen Inseln zu riskieren. Die Menschen bei Hahatay unterstützen ausdrücklich das Recht eines jeden Menschen auf Freizügigkeit. "Aber wir müssen jungen Leuten klarmachen, dass Europa nicht das Eldorado ist", sagt mir bei meinem Besuch in Gandiol Moustapha Diouf, der den Kulturtreff leitet.

Diouf, 31, hat Unternehmenskommunikation studiert. Wie man Information unter die Leute bringt, weiß er. Und so werden bei Hahatay Theaterstücke und Videos über das produziert, was irreguläre Migranten in Europa erwartet: Ausbeutung auf Agrarfarmen, ständige Angst vor Polizeikontrollen und oft genug Rassismus auf der Straße. "Davon erzählen die, die es nach Europa geschafft haben, natürlich nicht." Wer mit dem gesammelten Geld und den Hoffnungen der Familie oder des ganzen Dorfes aufgebrochen ist, auf dem lastet ein enormer Erfolgsdruck. "Also", sagt Diouf, "posten die Migranten nur coole Bilder von sich." Selfies im besten Hemd vor einem gediegenen Auto, das ihnen nicht gehört. Oder am Tisch des schicken Restaurants, in dem sie vielleicht Geschirr spülen, aber kein Menü bezahlen könnten. Natürlich reiche Aufklärung über die Zustände in Europa allein nicht aus. Man müsse, so Diouf, "den jungen Leuten gute Gründe geben, hierzubleiben." Weswegen "Hahatay" mit seiner Recyclinganlage, seinen Baustellen, den Initiativen in Landwirtschaft und Viehzucht auch Ausbildung und Jobs bietet.

Woran es Europa mangelt

Klingt nach Projektitis? Ist es auch. Aber Hahatay demonstriert für jeden sicht- und hörbar, woran es der senegalesische Staat mangeln lässt: an Ausbildungsprogrammen und einer Arbeitsmarktpolitik. Und woran es in der EU in diesen Zeiten mangelt: an einer halbwegs rationalen Debatte über Ursachen von Flucht, an Angeboten für legale Migration. An effektiver Hilfe für Rückkehrer. Natürlich reicht mein eintägiger Besuch nicht, um sagen zu können, wie gut das alles funktioniert. Jedenfalls nimmt mich die kleine Welt von Hahatay-Welt schon allein mit ihren Häusern gefangen, die an die Ästhetik des burkinisch-deutschen Architekten Francis Kéré erinnern.

"Gut funktioniert das hier", sagt Ibrahim Konaté, ein spindeldürrer Senegalese aus Dakar, der bei seinem erfolglosen Versuch, nach Europa zu kommen, Wochen in der Wüste und Monate in libyschen Gefangenenerlagern überlebt hat. Jetzt arbeitet er für Boza Fii, eine Organisation, die illegale Pushbacks durch spanische oder marokkanische Patrouillenboote dokumentiert und die Namen von Ertrunkenen sammelt. Konaté verbringt derzeit öfter die Nächte am Flughafen von Dakar, um aus Frankreich, Spanien oder Deutschland abgeschobene Landsleute zu empfangen, die meist mit nicht mehr als ein paar Habseligkeiten in einer Plastiktüte und den Klamotten am Leib ankommen. Wenn er Abwechslung braucht, stampft er Lehm und Stroh bei Hahatay. Oder schreibt über seine Migrationsodyssee. Was Mamadou Dia auch getan hat. "3052", so heißt sein in Spanien

Migrationsabwehr mal anders Mamadou Dia ist auf der Flucht nach Europa fast gestorben. Später kehrte er enttäuscht zurück. Sein Projekt in Senegal zeigt, woran

erschienenes Buch. 3052 - so viele Kilometer liegen zwischen dem Strand, an dem er einst in das Boot gestiegen ist, und dem spanischen Murcia, wo er mehrere Jahre verbracht hat. Bei Hahatay kommt einem die Entfernung gar nicht mehr so groß vor.

SeyllouSeyllou

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

Grüne Jugend fordert grundlegende Änderungen; "Die deutsche Zustimmung zum EU-Asylkompromiss war falsch", urteilt die Jugendorganisation der Grünen. Sie will auf dem kleinen Parteitag eine Kurskorrektur durchsetzen.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Juni 2023 12:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Asylkompromiss; Ausg. 1

Length: 337 words

Byline: Mathias Peer

Body

Kay Nietfeld

Timon Dzienus, Bundessprecher der Grünen Jugend, spricht beim Grünen-Bundesparteitag. Thema ist die «Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit».

Kurz vor dem kleinen Parteitag der Grünen pocht ihre Jugendorganisation auf eine grundsätzliche Neupositionierung der Bundesregierung in den Verhandlungen zur EU-Asylreform. "Wir wollen auf dem Länderrat eine Kurskorrektur der Bundesregierung durchsetzen: Die deutsche Zustimmung zum EU-Asylkompromiss war falsch", sagte der Chef der Grünen Jugend, Timon Dzienus, der *Rheinischen Post*. "Diese Asylrechtsverschärfung stellt eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage dar. Deshalb muss sich die Bundesregierung im Trilog-Verfahren dafür einsetzen, dass die Reform so nicht umgesetzt wird", sagte Dzienus.

Der kleine Parteitag der Grünen, genannt Länderrat, tritt am Samstag in der hessischen Stadt Bad Vilbel zusammen. Die EU-Staaten werden nach dem Asylbeschluss der Innenminister vergangene Woche mit dem EU-Parlament und der EU-Kommission im sogenannten Trilog-Verfahren über die Details der Reform verhandeln. Hier wollen die Kritiker in den Reihen der Grünen ansetzen.

Nach dem EU-Beschluss ist unter anderem ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Einrichtungen kommen auch Familien mit kleinen Kindern. Dort soll dann innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit minderjährigen Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste sie letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Auch unter den Partei- und Fraktionsspitzen der Grünen selbst gibt es keine Einigkeit über die Bewertung der Einigung.

Grüne Jugend fordert grundlegende Änderungen "Die deutsche Zustimmung zum EU-Asylkompromiss war falsch", urteilt die Jugendorganisation der Grünen. Sie will auf....

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Tunesien nimmt zahlreiche Migranten und Schlepper fest; Um die Flucht nach Italien zu unterbinden, sind tunesische Behörden gegen Geflüchtete und Schlepper vorgegangen. Es soll zahlreiche Razzien gegeben haben.

ZEIT-online

Samstag 16. September 2023 6:31 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 435 words

Byline: Stella Männer

Body

Mit zahlreichen Razzien in mehreren Küstenstädten sind die tunesischen Sicherheitskräfte gegen illegale **Migration** von Tunesien nach Italien vorgegangen. Dabei seien Hunderte **Migrantinnen** und **Migranten** und zahlreiche Schlepper festgenommen worden, berichteten Augenzeugen und Behörden. Demnach durchsuchten Einheiten der tunesischen Nationalgarde zahlreiche Häuser, in denen sich Hunderte **Geflüchtete** aufhielten und auf eine Überfahrt über das Mittelmeer warteten. Die Sicherheitskräfte stoppten Lastwagen, die Menschen zu den Stränden transportierten, und beschlagnahmten Schlepperboote.

Bei der Aktion, die von Präsident Kis Saied angeordnet worden sein soll, wurden Flugzeuge und Antiterrorereinheiten eingesetzt. Der Einsatz richte sich gegen Schmuggler, die mit der Angst frustrierter Menschen handelten, sagte Houssein Jbeblí von der Nationalgarde vor der Presse.

Die italienische Insel Lampedusa wird derzeit von zahlreichen Schlepperbooten angesteuert, die aus Nordafrika kommen. Die Mittelmeerinsel liegt nur rund 140 Kilometer östlich der Küste Tunesiens. Sie trägt wegen ihrer Nähe zu Nordafrika derzeit die Hauptlast der illegalen Migration. Ziel des Großeinsatzes der tunesischen Sicherheitskräfte waren daher die Küstenstädte Sfax, Jebiniana, Kerkennah und Msatria. Sfax ist der wichtigste Abfahrtschiffhafen für die Schlepperboote.

Druck von Italien und der EU

Tunesien steht unter starkem Druck von Italien und der Europäischen Union, die dem Land im Gegenzug für die Eindämmung der illegalen Migration eine Milliarde Euro zugesagt hat, um seiner angeschlagenen Wirtschaft zu helfen. Doch allein an den vergangenen beiden Tagen kamen nach Angaben der örtlichen Behörden auf Lampedusa rund 7.000 Migranten aus Nordafrika an.

Zeitweise war das Erstaufnahmelager auf Lampedusa mit rund 6.800 Menschen maßlos überfüllt. Der Stadtrat rief angesichts der angespannten Lage den Notstand aus. Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni forderte derweil mehr Hilfe von der Europäischen Union und lud EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein, sich am Ort des Geschehens ein Bild von der Lage zu machen.

Tunesien nimmt zahlreiche Migranten und Schlepper fest Um die Flucht nach Italien zu unterbinden, sind tunesische Behörden gegen Geflüchtete und Schlepper vorge....

Khaled Nasraoui Die tunesische Küstenwache fängt kleine Boote mit Migranten ab, die versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, und schleppt sie zurück an die Küste der südtunesischen Stadt Sfax. +++ dpa-Bildfunk +++23.06. Sfax Khaled Nasraoui Die tunesische Küstenwache fängt kleine Boote mit Migranten ab, die versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, und schleppt sie zurück an die Küste der südtunesischen Stadt Sfax. +++ dpa-Bildfunk +++23.06. Sfax

Load-Date: September 16, 2023

End of Document

Österreich will Schengenerweiterung blockieren; Seit 2011 warten die EU-Länder Rumänien und Bulgarien auf die Aufnahme in den Schengenraum. Österreichs Kanzler will das erst zulassen, wenn der Migrationsdruck abnimmt.

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 2:33 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Rumänien und Bulgarien; Ausg. 1

Length: 442 words

Byline: Katharina James

Body

Österreich hält an seiner Blockadehaltung zur Erweiterung des Schengenraumes fest. "Österreich hat hier eine klare Position: Eine Schengenerweiterung kann derzeit nicht stattfinden", sagte Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) bei einer Pressekonferenz mit Bulgariens Ministerpräsident Nikolaj Denkow in Wien. Die Sicherheitslage lasse einen solchen Schritt nicht zu. "Wir haben derzeit die Situation, dass immer mehr Staaten beginnen, bilaterale Grenzkontrollen einzuführen", sagte der konservative Politiker.

Nehammer verwies darauf, dass Österreich im Vorjahr 112.000 Asylanträge verzeichnet habe, wobei 75 Prozent der Personen nicht registriert gewesen seien. "Das Schengensystem ist heute kaputt und muss repariert werden." Es brauche einen besseren EU-Außengrenzschutz, schnellere Verfahren und Rückführungsabkommen. "Dann wird der Druck zurückgehen, dann werden auch die bilateralen Grenzkontrollen zurückgenommen, dann können wir über Schengen reden."

Denkow sagte, dass es für Europa besser wäre, wenn Bulgarien und Rumänien dem Schengenraum angehörten. Dann könne man "viel effektiver" gegen irreguläre Migration vorgehen. Zudem würde es niedrigere Nahrungsmittelpreise geben, was auch helfe, die Inflation abzuflachen. Er hoffe auf eine endgültige Entscheidung beim EU-Gipfel im Dezember. Rumänien und Bulgarien warten seit 2011 auf den Beschluss - EU-Mitglieder sind beide bereits seit 2007.

Olaf Scholz befürwortet Schengenaufnahme von Bulgarien und Rumänien

Der Schengenbeitritt der beiden Länder war ursprünglich für dieses Jahr anvisiert worden, scheiterte jedoch am Widerstand der Niederlande und Österreichs. Die Bundesregierung dagegen hat sich wiederholt für die Aufnahme der beiden Länder eingesetzt. "Ich unterstütze ausdrücklich, dass Bulgarien und Rumänien beide vollständige Mitglieder des Schengenraums werden", sagte Bundeskanzler Scholz Anfang Oktober bei Denkows Antrittsbesuch in Berlin.

Österreich will Schengenerweiterung blockieren Seit 2011 warten die EU-Länder Rumänien und Bulgarien auf die Aufnahme in den Schengenraum. Österreichs Kanzler w....

Einen Teil der Schengenregeln wenden Rumänien und Bulgarien bereits an, doch werden die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen beider Länder bislang aufrechterhalten.

Innerhalb des Schengenraums können die Bürger der teilnehmenden Staaten im Prinzip ohne Pass reisen. Die Mitgliedschaft ist jedoch an die effektive Kontrolle der Außengrenzen des Schengenraums gebunden.

Hans Klaus Tschelt Polizisten kontrollieren Autofahrer am Grenzübergang Berg. Österreich führt in Absprache mit Tschechien und Polen Kontrollen an der Grenze zur Slowakei ein. Hans Klaus Tschelt Polizisten kontrollieren Autofahrer am Grenzübergang Berg. Österreich führt in Absprache mit Tschechien und Polen Kontrollen an der Grenze zur Slowakei ein.

Load-Date: October 25, 2023

End of Document

"Importierter Antisemitismus" ist nicht das größte Problem; Der CDU-Vorsitzende will die Einbürgerung von Migranten an ein Bekenntnis zu Israel knüpfen. Eine gute Idee! Aber auch Alteingesessene sollten dieses Bekenntnis ablegen.

ZEIT-online

Freitag 27. Oktober 2023 3:38 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Friedrich Merz; Ausg. 1

Length: 1301 words

Byline: Alan Posener

Body

Friedrich Merz hat recht: Wer Bürger dieses Staats werden will, muss ein Bekenntnis zu diesem Staat ablegen, und das schließt ein Bekenntnis zur Staatsräson ein: zur Sicherheit Israels. Ja, man könnte weitergehen und sagen, dass auch das Asylrecht davon abhängen sollte, dass es nicht missbraucht wird zur politischen Tätigkeit gegen den deutschen oder den jüdischen Staat. Wer etwa als Muslimbruder aus Ägypten fliehen muss, sollte sich hier politisch mäßigen. Denken mag er, was er will, die Gedanken sind frei.

Gleichzeitig hat Friedrich Merz unrecht. Einmal, weil er das Leid von Juden instrumentalisiert, um generell gegen eine liberalere Einbürgerungspraxis zu agitieren. "Die zu schnelle Einbürgerung muss gestoppt werden", sagte Merz im ZDF. Die Union wolle anders als die Ampelregierung erst die Integration, dann die Einbürgerung.

Die Spitze gegen die Ampel ist so töricht wie gemein: Schließlich hat die Union 16 Jahre Zeit gehabt, die Zuwanderung so zu regeln, dass die Integration funktioniert. Stattdessen hat sie lange geleugnet, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, dann aber in der syrischen Flüchtlingskrise faktisch viele Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt.

Merz hat aber auch deshalb unrecht, weil sein Vorschlag kein einziges bestehendes Problem löst, weder mit dem eingewanderten noch dem einheimischen Antisemitismus. Werden aber diese Probleme nicht angegangen, hilft auch kein papiernes Bekenntnis bei der Einbürgerung.

Antisemitismus verpönt, aber als Israel-Hass toleriert

Wer etwa am Wochenende in der Hauptstadt unterwegs war, sah vor dem Brandenburger Tor und am Alex wohl keineswegs neu Zugewanderte, sondern vor allem Menschen mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund, die gut Deutsch sprachen. In den Straßen Kreuzbergs fuhren modisch gekleidete junge Männer und Frauen in Mercedes und BMW herum und schrien: "Free, free Palestine!" Das waren Menschen, die einiges zum Bruttosozialprodukt beitragen und die hiesigen Schulen nicht ohne Erfolg durchlaufen haben. Die

"Importierter Antisemitismus" ist nicht das größte Problem. Der CDU-Vorsitzende will die Einbürgerung von Migranten an ein Bekenntnis zu Israel knüpfen. Eine gut....

nicht nur in einer Parallelgesellschaft leben, wo der Hass auf die Juden im Satelliten-TV und in der Moschee gepredigt wird, sondern die sich gut integriert haben in ein Milieu, in dem der traditionelle Antisemitismus zwar verpönt ist, aber als Israel-Hass toleriert oder geteilt wird.

Und zwar seit Jahrzehnten. Ich selbst war in den Siebzigerjahren Mitglied der KPD, die den Terror der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) unterstützte. Gegründet übrigens wurde die PFLP von zwei griechisch-orthodox erzogenen Marxisten. So viel zum kausalen Nexus zwischen Islam und Terror.

Natürlich gingen die meisten 68er und ihre Nachfolgerinnen damals nicht so weit wie meine Genossen und ich. Aber der Antiimperialismus - heute in Gestalt von Postkolonialismus, Critical Whiteness und dergleichen Ideologien, in denen Israel als Speerspitze der weißen Unterdrückung des Globalen Südens erscheint - gehört nicht nur an den Universitäten vielfach zum guten Ton. Er ist auch die herrschende Theorie, nein, eher Gefühlslage, in den Schulen und Sozialeinrichtungen. Manche Absolventinnen dieser Hochschulen arbeiten dann mit Migranten zusammen, die ein Leben lang der antisemitischen Propaganda despotischer Regierungen und ihrer Medien ausgesetzt gewesen sind.

Diese Gefühlslage gibt es übrigens nicht nur in Deutschland. Die Situation hier ist sogar um einiges besser als in Großbritannien, wo Jeremy Corbyn und seine Momentum-Kader den israelbezogenen Antisemitismus mit dem traditionellen Antisemitismus der weißen Unterschicht verbanden. So kaperten sie zwischenzeitlich die Labour-Party und schielten opportunistisch auf Stimmen aus dem migrantischen Milieu. Hier ist es auch besser als in Frankreich, wo Marine Le Pen den traditionellen Antisemitismus ihrer rechtspopulistischen Partei mit antimuslimischem Rassismus bloß zuleistert. Und wo der Führer der Linkspopulisten, Jean-Luc Mélenchon, offen mit antizionistischen Ressentiments hausieren geht.

Sie ist auch deshalb besser, weil eine Restscham übrig geblieben ist, wegen unserer Geschichte. Wenn Israel-Kritik allzu offensichtlich antisemitisch wird, wie bei der documenta fifteen, zieht man die Reißleine. Kritik an der israelischen Regierung, so der Comment, muss sein, aber sie darf nicht als das rüberkommen, was sie leider häufig ist: als Antisemitismus.

"Free, free Palestine, from the River to the Sea!", bedeutet zwar im Extremfall nichts anderes, als dass in diesem "freien" Palästina die Juden Freiwild sein werden, wie am 7. Oktober; aber solange man das nicht ausspricht, ist die Losung o. k. "Schluss mit der Besatzung!", meint doch selten allein Schluss mit der militärischen Besatzung der Westbank und Gaza. Sondern ist vielfach Chiffre für: Schluss mit der vermeintlichen Besatzung "islamischen" oder "arabischen" Bodens durch die Juden, vom Fluss bis zum Meer. Dito der Kampf gegen "die Siedlungen", zu denen nach radikaler arabischer Lesart nicht nur Ariel, Kfar Etzion oder Modi'in zählen, sondern auch Tel Aviv, Haifa und Westjerusalem. Aber so genau wollen es die westlichen Unterstützerinnen der "Palästina-Solidarität" nicht wissen. Sie belassen es beim Doppelsprech und Doppeldenk.

Und das geht auch deshalb, weil die Berufung auf "unsere Geschichte" und der entsprechende Unterricht in der Schule im Ungefähren bleiben. Zurück bleibt eine gewisse Scham, bei vielen auch eine Abwehrhaltung gegen diese Scham. Und ein Bekenntnis zum "Nie wieder!", das nie konkretisiert wird. Natürlich werden Deutsche "nie wieder" Juden millionenfach umbringen. Auch weil sie das schon erledigt haben und es in Europa nur noch wenige Juden gibt. Natürlich wird man nicht alte antisemitische Klischees bedienen. Und etwa behaupten, orthodoxe Juden würden aufgrund ihrer Religion ehrliche Arbeit scheuen und lieber Geld- und Edelsteingeschäfte machen. Ach nein, so natürlich ist das nicht, siehe Richard David Precht und Markus Lanz. Was aber im Unterricht in der Regel nicht gefragt und beantwortet wird, ist: Was folgt aus dem Holocaust für die Juden?

Alles andere wäre unanständig

Wir würden doch nicht aus der Geschichte des Imperialismus folgern wollen, dass wir noch einmal Kolonien erwerben wollen; wir folgern daraus, dass die Menschen im Globalen Süden das Recht auf nationale Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie haben. Und aus dem Holocaust, der ja auch ein imperialistisches Verbrechen war, sollten wir folgern, dass die Juden das Recht auf einen eigenen Staat haben - und dass dieser Staat das Recht hat, sich zu verteidigen wie jeder andere Staat auch.

"Importierter Antisemitismus" ist nicht das größte Problem Der CDU-Vorsitzende will die Einbürgerung von Migranten an ein Bekenntnis zu Israel knüpfen. Eine gut....

Wenn ich mir eine weitere persönliche Anmerkung erlauben darf: In den Zwanziger- und Dreißigerjahren stritten sich mein zionistischer Onkel und mein antizionistischer Vater oft und gern. Nach 1933 fanden sie sich beide in Palästina wieder. Adolf Hitler hat die Diskussion um den Zionismus beendet, und zwar zu dessen Gunsten. Aber genau diese eine Lehre zieht der deutsche Geschichtsunterricht augenscheinlich nicht.

Noch einmal: Es ist gut, wenn von neu Eingebürgerten ein Bekenntnis zu Israel verlangt wird; das wird aber nichts nutzen, wenn die Alteingesessenen zu ängstlich oder zu denkfaul sind, selbst dieses Bekenntnis abzulegen. Nicht, um damit auf die Zugewanderten einzuprügeln, sondern weil alles andere angesichts der Geschichte der Juden unanständig wäre. Übrigens unabhängig davon, ob man Deutscher oder Franzose, Amerikaner oder Afrikaner, Türke oder Araber ist.

Moritz Frankenberg Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz fordert, nur einzubürgern, wer sich auch zu Israel bekennt Moritz Frankenberg Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz fordert, nur einzubürgern, wer sich auch zu Israel bekennt

Load-Date: October 27, 2023

End of Document

**Zwei Drittel der geplanten Abschiebungen scheitern; Nur ein Bruchteil derjenigen, die das Land verlassen müssen, wird tatsächlich abgeschoben.
Die CDU kritisiert: Rückführungspolitik müsse Priorität haben.**

ZEIT-online

Sonntag 5. März 2023 12:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 358 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Sebastian Willnow

Protest gegen eine geplante Abschiebung in Leipzig.

Rund zwei Drittel der geplanten Abschiebungen von abgelehnten **Asylbewerbern** aus Deutschland scheitern. Nach Angaben der Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr 12.945 Abschiebungen vollzogen. Allerdings hätten 23.337 Abschiebemaßnahmen nicht vollstreckt werden können. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag hervor, aus der die *Welt am Sonntag* zitiert und die auch der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Das habe zumeist an geplatzten Flügen oder der Abwesenheit der betroffenen Personen gelegen denn 22.408 Abschiebungen seien schon vor Übergabe an die Bundespolizei gescheitert.

So seien infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine Flüge in die am Krieg beteiligten Länder abgesagt worden. Knapp 7.000 weitere Versuche seien daran gescheitert, dass die Ausreisepflichtigen am Tag der Rückführung von den Landespolizisten nicht an ihrem Wohnort angetroffen werden konnten. Weitere Gründe für nicht erfolgte Abschiebungen seien Widerstandshandlungen, Weigerung der Piloten, die Ausreisepflichtigen zu befördern, oder in letzter Sekunde eingelegte Rechtsmittel.

Der innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Alexander Throm (CDU), sagte der Zeitung: "Deutschland befindet sich in der schwersten Migrationskrise seit 2016. Da muss eine erfolgreiche Rückführungspolitik Priorität in Bund und Ländern sein." Throm warf der Ampel-Koalition vor, nichts von ihrer "Rückführungsoffensive" umgesetzt zu haben.

Dabei bezog Throm sich auf den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Darin heißt es: "Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern."

Zwei Drittel der geplanten Abschiebungen scheitern Nur ein Bruchteil derjenigen, die das Land verlassen müssen, wird tatsächlich abgeschoben. Die CDU kritisiert....

Mit Stand 31. Dezember befanden sich laut Ausländerzentralregister insgesamt 304.308 vollziehbar ausreisepflichtige Menschen in Deutschland, davon besaßen 248.145 Personen eine Duldung.

Die Bundesregierung hatte zuletzt mit dem FDP-Mann Joachim Stamp einen Beauftragten für Migrationsabkommen benannt.

Load-Date: March 5, 2023

End of Document

Lampedusa ruft Notstand wegen ankommender Migranten aus; Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist nach der Ankunft Tausender Migranten überlastet. Die Insel steht ihrem Bürgermeister zufolge unter "großem Stress".

ZEIT-online

Mittwoch 13. September 2023 9:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Italien; Ausg. 1

Length: 409 words

Byline: Iven Fenker

Body

Der Stadtrat der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa hat angesichts Tausender neu angekommener **Migranten** den Notstand ausgerufen. Bürgermeister Filippo Mannino verlangte mehr Unterstützung für die Insel, die unter "großem Stress" stehe, wie die Nachrichtenagentur Ansa meldete. Die Bürger Lampedusas seien verzweifelt, sagte er. "Jeder hat in irgendeiner Weise den **Migranten** geholfen, die Hilfe brauchten. Aber jetzt ist es wirklich an der Zeit, nach einer strukturellen Lösung zu suchen."

Zunächst war unklar, welche konkreten Auswirkungen die Ausrufung des Notstands in der Kommune hat. Seit Montag haben Tausende Bootsmigranten die Insel zwischen Sizilien und Nordafrika erreicht - allein am Dienstag kamen mehr als 5.000 Menschen an, wie aus Zahlen des Innenministeriums in Rom hervorging. Italiens Rechtsregierung beschloss bereits im April wegen der hohen Migrationszahlen über die Mittelmeerroute landesweit einen Notstand.

Grund für die so große Zahl ankommender Migranten war nach Angaben italienischer Behörden, dass viele Schleuserboote wegen des schlechten Wetters und der rauen See in Tunesien erst nicht hatten auslaufen können und dann alle gleichzeitig losfuhren.

Lampedusa liegt 190 Kilometer von der tunesischen Küstenstadt Sfax entfernt und gehört seit Jahren zu den Brennpunkten der Migration nach Europa. Das dortige Erstaufnahmelager mit Platz für rund 400 Menschen ist erneut völlig überfüllt. Knapp 6.800 Migranten befinden sich derzeit auf der Insel - die meisten in dem Camp. "Wir versuchen, sie so schnell wie möglich zu verlegen", sagte Filippo Roman, der Präfekt der Region Agrigento, der auch Lampedusa zugerechnet wird.

Hunderte Migranten versuchten Absperrung zu durchbrechen

Lampedusa ruft Notstand wegen ankommender Migranten aus Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist nach der Ankunft Tausender Migranten überlastet. Die Inse....

Am Hafen spitzte sich die Lage an diesem Nachmittag zu. Hunderte Migranten versuchten nach übereinstimmenden Medienberichten, den Hafen zu verlassen und Absperrungen zu durchbrechen. Wie auf Videos zu sehen war, drängte die Polizei die Menschen zurück.

Das italienische Rote Kreuz warnte vor einer humanitären Krise. Vor einigen Tagen seien schon einmal mehr als 4.000 Menschen gelandet und jetzt gebe es wieder einen Rekordwert, teilte der nationale Direktor des Roten Kreuzes, Rosario Valastro, in sozialen Medien mit.

Tony Colapinto Migranten warten auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa auf eine Fähre zum Festland.
Tony Colapinto Migranten warten auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa auf eine Fähre zum Festland.

Load-Date: September 13, 2023

End of Document

Die doppelte Nancy; Als Innenministerin muss Nancy Faeser die Flüchtlingspolitik reformieren in Hessen will sie eine Landtagswahl gewinnen. Dabei macht sie nicht immer eine gute Figur.

ZEIT-online

Montag 19. Juni 2023 5:50 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Nancy Faeser; Ausg. 1

Length: 2058 words

Byline: Lisa Caspari

Body

[M]ZEIT ONLINE;Michele Tantussi

German Interior Minister Nancy Faeser attends a press conference on June 14, 2023 to present the German government's national security strategy for the country. (Photo by MICHELE TANTUSSI / AFP) (Photo by MICHELE TANTUSSI/AFP via Getty Images)

Der Wahlkampf hat noch gar nicht begonnen, aber schon jetzt ist Nancy Faeser in zwei Rollen zu erleben, die sich nicht immer gut ergänzen: Die erste, eine lockere Version der SPD-Politikerin, stand am Wochenende in Hanau auf der Bühne des SPD-Landesparteitags. Sie hielt in der einen Hand: einen Bembel, den hessischen Apfelweinkrug. Und in der anderen eine dicke, rote Ahle Wurst – eine weitere hessische Spezialität.

Gerade war Faeser mit 94,4 Prozent zur SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl im Herbst gewählt worden. Sie wolle die CDU nach 8.950 Tagen im Amt in der Wiesbadener Staatskanzlei ablösen, rief Faeser am Samstagnachmittag: "Genug ist genug!" Jubel, strahlende Spitzenkandidatin.

Ein Krönungsparteitag ist immer ein großes Harmoniespektakel, alles ist so inszeniert, dass Faeser, die einzige Hoffnung der Hessen-SPD nach zermürenden 24 Oppositionsjahren, ins beste Licht gerückt wird. Sogar eine Videobotschaft des Kanzlers wurde eingespielt. Nancy Faeser sei "eine freundliche Frau, mit der man gut lachen kann", lobte Olaf Scholz darin auf schönste scholzige Art.

Selbst die Opposition findet sie nett

Doch es steckt mehr dahinter: In hessischen Politikerkreisen gilt Faeser tatsächlich als äußerst sympathisch, das sehen sie selbst in der CDU so. "Ich schätze Frau Faeser sehr", sagt zum Beispiel Ministerpräsident Boris Rhein über seine Konkurrentin bei der Landtagswahl. Nach langen, gemeinsamen Jahren in der Landespolitik kennt man sich. "Nette, nahbare und lustige Frau", hört man ergänzend aus der CDU.

Die doppelte Nancy Als Innenministerin muss Nancy Faeser die Flüchtlingspolitik reformieren in Hessen will sie eine Landtagswahl gewinnen. Dabei macht sie nicht....

Auch in Hanau beim SPD-Landesparteitag war dieser Charakterzug bei ihr gut zu beobachten: Faeser bewegte sich selbstbewusst zwischen den Reihen, ein Selfie hier, ein Scherz da, eine Umarmung zwischendrin. Eine Frau, die sich wohl in ihrer Haut fühlt. Ganz anders, als man es bisweilen aus Berlin kennt.

In der Hauptstadt ist Nancy Faeser in ihrer zweiten Rolle unterwegs, der als Bundesinnenministerin. Und in dieser dürften die allermeisten Deutschen sie aus den Fernsehnachrichten kennen: meist abgeschirmt von ihrem Sicherheitspersonal, stets konzentriert schauend, zurückhaltend formulierend oder vom Blatt ablesend jeder Fehler kann sie den Job kosten, auch ohne Hessen-Kandidatur. Das führt dann zu manch farblosem Auftritt, wie vergangene Woche bei der Präsentation der Nationalen Sicherheitsstrategie, als sie neben der redseligen Außenministerin, dem in sich ruhenden Verteidigungsminister und dem selbstbewussten Finanzminister verschwand. Faeser saß zwar auf dem Podium, sprach aber kaum obwohl eine Nationale Sicherheitsstrategie natürlich zentral auch die Themen ihres Ressorts berührt. Was ist mit der Bedrohung durch Cyberangriffe? Dem Katastrophenschutz? Andere Minister hätten sich wohl irgendwann einfach selbst das Rederecht erteilt, doch Faeser hielt sich zurück.

Zwei Tage später konnte sie ihre Innenministerkolleginnen aus den Ländern nicht von ihrer Forderung nach einem sofortigen Messerverbot in Zügen überzeugen. Man einigte sich nur auf einen Prüfauftrag, auch weil sogar die Bundespolizei, eigentlich Faeser unterstellt, Zweifel an der Umsetzbarkeit angemeldet hatte. Ein bisschen peinlich ist das schon, wenn man am Beginn eines Wahlkampfes steht.

Faesers Bilanz in Berlin ist eher durchwachsen. Überraschend wurde die 52-Jährige nach der Bundestagswahl 2021 Ministerin. Vorher als ewige Oppositionspolitikerin aus Hessen nur in den Tiefen deutscher Landespolitik bekannt, ist die Juristin jetzt Chefin der 1.400 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bundesinnenministerium und Dienstherrin von Bundespolizei und Verfassungsschutz. Die Neue machte keine Fehler. Nur bekam man anfangs auch nicht allzu viel von ihr mit. Genüsslich lästerten auch Koalitionspartner: Wann denn wohl etwas komme von den groß angekündigten Reformen aus dem Innenministerium?

Ein Asylkompromiss als Profilierungschance

Doch dann kam vieles auf einmal: Noch vor der Sommerpause soll das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Doppelpass auf den Weg bringen, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird wohl diese Woche im Bundestag beschlossen.

Am Sonntag ist die Ministerin mit ihrem französischen Amtskollegen nach Tunesien gereist, ein Land, mit dem Deutschland ein Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber verhandeln will.

Bereits vorher hatte Faeser auf EU-Ebene einen höchst umstrittenen Asylkompromiss ausgehandelt. Den finden die Jusos (auch in Hessen) schrecklich, aber da verweisen die Unterstützer der Ministerin nur zu gerne darauf 70 Prozent der Deutschen (und 71 Prozent der SPD-Anhänger) gut. Weil er die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge, deren Aussicht auf Asyl gering sind, verringern soll.

Die Einigung der EU beim Gemeinsamen Asylsystem (GEAS) war Faeser wichtig. Schließlich ist eine gemeinsame Asylpolitik bisher gescheitert und angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen drohten die Wiedereinführung von Grenzkontrollen: "Dann fallen wir in die Nationalstaatlichkeit zurück", sagt die Ministerin.

Faeser betont die positiven Aspekte des Deals, den sie in zähen Verhandlungen mit den EU-Innenministern schmiedete: Erstmals hätten sich alle EU-Staaten auf einen Verteilungsmechanismus geeinigt ein Land, das keine Flüchtlinge aufnehmen wolle, müsse künftig hohe Strafen zahlen. Für Kritik sorgt aber, dass künftig Menschen mit niedriger Chance auf Asyl an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden sollen: In einem Schnellverfahren soll über ihren Asylantrag abgestimmt und sie dann nach wenigen Wochen in Europa zurückgeführt werden. Kritiker sprechen von einem Ausverkauf des Rechts auf Asyl und bemängeln, dass sogar Familien mit Kindern davon betroffen sein werden. Die Ministerin sagt: Der Kompromiss sei eine Verbesserung des Status quo. Es werde weiter rechtsstaatliche Verfahren geben, aber eben eine fairere Lastenteilung für alle. Sie sei mit sich im Reinen.

Die doppelte Nancy Als Innenministerin muss Nancy Faeser die Flüchtlingspolitik reformieren in Hessen will sie eine Landtagswahl gewinnen. Dabei macht sie nicht....

Faeser brauchte die Einigung auch für sich persönlich. Noch am Abend der Verhandlungen hatte der Koalitionspartner FDP öffentlich geunkt, wenn sie mit leeren Händen zurückkehre, werde sie im Kabinett an Autorität verlieren. Und in Hessen klagen viele Landräte auch der SPD über die Belastung durch steigende Flüchtlingszahlen. Da legt sich Faeser lieber mit den Jusos an, denen sie auf dem Parteitag in Hanau reichlich mütterlich für ihr großes Herz für Geflüchtete dankte. Aber, so der Subtext, als Ministerin müsse sie anders als die Reine-Lehre-Jungsozialisten eben mit den unangenehmen Realitäten umgehen.

Das Thema Staatsbürgerschaft soll ihr im Wahlkampf helfen

Dabei grummelt es auch in der SPD. Andrea Ypsilanti, vor vielen Jahren einmal Faesers Vorgängerin im Amt der hessischen SPD-Chefin, trat sogar aus Protest gegen den Kompromiss aus der Partei aus. "Nicht dein Ernst", schrieb Ypsilanti unter einen Tweet Faesers, in dem die Innenministerin den von ihr geschlossenen Asylkompromiss als "historisch" bezeichnete "für neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten". Auch in der Bundestagsfraktion wurde Faeser für diesen Tweet scharf kritisiert und räumte in interner Sitzung ein, er sei vielleicht nicht sensibel genug formuliert gewesen, wie ZEIT ONLINE erfuhr. Einige klärende Gespräche fanden statt, auf dem Parteitag in Hanau gab es einen höflichen Meinungsaustausch zwischen Kritikern und Befürwortern der Reform. Das war's.

Beim Thema GEAS konnte man erstmals erleben, wie beide Rollen der Nancy Faeser die Wahlkämpferin und die Ministerin verschmolzen. In Ihrer Rolle als Bundesinnenministerin bearbeitete Nancy Faeser ein relevantes Thema, das sie auch als Wahlkämpferin in Hessen für sich nutzen kann. Schließlich war das einmal der Grundgedanke hinter Faesers Kandidatur: Bei den Leuten das Gefühl erzeugen, dass die Kandidatin der SPD als Innenministerin in Berlin doch viel mehr konkrete Politik für ihr eigenes Leben macht als der Neue von der Hessen-CDU in der Wiesbadener Staatskanzlei.

Mit dem Doppelpass zurück in die Staatskanzlei?

Auch beim politischen KampftHEMA Staatsbürgerschaft will Faeser das offenkundig erreichen: Nach jahrelangen Streitigkeiten hat sich die Ampel vorgenommen, die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich zu ermöglichen. Das ist ein großer Schritt, auch weil sich ausgerechnet in Hessen im Jahr 1999 CDU-Politiker Roland Koch mit einer Unterschriftenkampagne gegen diese Idee an die Macht schob. Der Legende zufolge näherten sich damals Wähler den Wahlkampfständen mit der Frage: "Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben."

Eine "miese" Kampagne, wie Faeser 24 Jahre später sagt. Vor allem, wenn man bedenkt, dass heute 36 Prozent der Hessinnen und Hessen einen Migrationshintergrund haben. Es wäre daher doch eine schöne Fügung des Schicksals, meint Faeser in ihrer Rolle als Wahlkämpferin nun, wenn jetzt ausgerechnet eine SPD-Innenministerin, die den Doppelpass einführt, die CDU wieder aus der Wiesbadener Staatskanzlei vertreibt.

Ob das klappt, ist allerdings sehr ungewiss. Eine neue Umfrage sieht weiterhin die CDU mit 29 Prozent deutlich vor Faeser SPD (22 Prozent). Und der neue Ministerpräsident Rhein, früher bekannt für einen rechtskonservativen Stil, hat sich in den vergangenen Wochen betont mittig positioniert wohl auch mit dem Ziel, den ein oder anderen von den Ampel-Reformen enttäuschten SPD-Wähler anzusprechen.

Für Erleichterung sorgt bei den hessischen Genossen immerhin, dass die Grünen mit dem hessischen Vizeministerpräsidenten Tarek Al-Wazir nach dem Heizungsstreit auf 18 Prozent abgesackt sind. Der Kampf um die Staatskanzlei sei "längst kein Triell" mehr. Faeser hat schon angekündigt, nur als Ministerpräsidentin nach Hessen zurückzukehren. Sonst will sie als Innenministerin in Berlin bleiben: "Oppositionsführerin war ich schon mal."

Die SPD-Hessen plant einen Wahlkampf mit sozialdemokratischen Klassikern (Bildung, Rente, Mindestlohn und dem vom Kanzler geklauten Slogan "Respekt"). Als einzige Kandidatin unter lauter Männern spricht Faeser außerdem in kämpferischen Ton über Frauenrechte. Besondere Credibility gibt ihr, dass sie die einzige Frau in der männlich geprägten Spitzenkandidatenriege ist.

Die doppelte Nancy Als Innenministerin muss Nancy Faeser die Flüchtlingspolitik reformieren in Hessen will sie eine Landtagswahl gewinnen. Dabei macht sie nicht....

Und auch die Gefahr des Rechtsextremismus ist ein Thema, das Faeser immer wieder bringt. In Hanau, der Stadt, in der der rechtsextremistische Terroranschlag mit zehn Toten von 2020 tiefe Narben hinterlassen hat, attackierte die Wahlkämpferin am Samstag vor allem die Tatenlosigkeit der CDU. Diese zeige "keine Empathie mit den Opfern", stattdessen habe man "dafür gesorgt", dass die Opfer sich noch ausgegrenzter fühlen: "Das beschämt mich."

Während sie in ihrer Zeit als Oppositionspolitikerin in Hessen sehr engagiert in ihrem Kampf gegen rechts war, hat Faeser als Bundesinnenministerin auf diesem Feld nur wenig Akzente setzen können. An der Debatte über das Erstarken der AfD und den weiteren Umgang mit den Rechtsextremisten hat sie sich bisher kaum hörbar beteiligt. Dabei hätte man das von ihr, die bei ihrer Nominierung als Bundesministerin als Bollwerk gegen rechts gefeiert worden war, schon erwarten können.

Möglicherweise hat ihre Vorsicht in Berlin auch mit ihrem Umfeld zu tun. Im Bundesinnenministerium werde jede Äußerung der Ministerin von einem großen Apparat abgewogen und so manche Idee für zu riskant gefunden, heißt es. Die Sorge in Hessen daher: Die fröhliche Authentizität der Kandidatin könne über ihre Auftritte als Ministerin mit den vielen Sprechzetteln und Sprachregelungen verpuffen. Viele Hessinnen und Hessen kennen Faeser aber nur aus dem Fernsehen. Und anders als CDU-Ministerpräsident Rhein wird sie wegen der Arbeitsbelastung in Berlin bis zum 8. Oktober auch nicht jedes hessische Volksfest besuchen und sich jedem potenziellen Wähler persönlich vorstellen können.

Will die SPD gewinnen, muss Faeser also häufiger aus ihren beiden Rollen die perfekte Symbiose schaffen. Dann könnte nicht nur die Wahlkämpferin von der Innenministerin profitieren sondern sich die Innenministerin auch etwas von der Pointiertheit und Unerschrockenheit der Wahlkämpferin abschauen. Sonst wird auch nach 10.000 Tagen in Wiesbaden noch die CDU regieren.

Load-Date: June 19, 2023

Grünen-Parteiführung gespalten über EU-Asylkompromiss; Co-Parteichefin Ricarda Lang kritisiert die Vereinbarung, Omid Nouripour sieht sie als "notwendigen Schritt". Pro Asyl spricht von einem "historischen Fehler".

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 10:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylrecht; Ausg. 1

Length: 709 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Lisi Niesner

Der Vorschlag zur **Asylreform** werde "dem Leid an den Außengrenzen nicht gerecht", sagt die Co-Parteichefin der Grünen, Ricarda Lang.

Der **Asylkompromiss** der EU-Mitgliedstaaten zur Begrenzung des Zuzugs von **Flüchtlingen** wird von Politikerinnen und Politikern der Grünen unterschiedlich bewertet. Vizekanzler Robert Habeck verteidigte die Einigung trotz aller Vorbehalte, die Parteiführung ist gespalten. "Dass die EU trotzdem zusammenfinden kann, ist gerade in einer Zeit, in der wir als Union zusammenstehen müssen, ein Wert", sagte Habeck am Abend in Berlin der Nachrichtenagentur dpa. "Ich habe hohe Achtung vor denen, die aus humanitären Gründen zu anderen Bewertungen kommen. Ich hoffe, sie sehen auch, dass es Gründe gibt, dieses Ergebnis anzuerkennen."

Der Kompromiss sei "das Ergebnis harten Ringens und schwerer Abwägungen" und "sehr schmerzhaft", sagte Habeck. Er bedauere, dass Familien nicht pauschal von **Asylvorprüfungen** an den EU-Grenzen ausgenommen werden sollen und hoffe, dass Vertreterinnen und Vertreter des Europaparlaments und der EU-Kommission noch Verbesserungen aushandeln könnten. "In jedem Fall bleibt es unsere Aufgabe, weiter für Humanität zu kämpfen." Habeck hatte sich in den vergangenen Tagen ebenso wie Außenministerin Annalena Baerbock (auch Grüne) dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den Grenzverfahren ausgenommen werden.

"Ohne den Einsatz Deutschlands wäre das Ergebnis ein schlechteres", sagte Habeck. "Denn wir dürfen uns nichts vormachen: Die Lage an den Außengrenzen ist seit Jahren ein Elend, andere Staaten fahren einen restriktiven Kurs und die Gefahr, in Nationalismen zurückzufallen, ist groß."

"Mehr Leid und Chaos"

Die beiden Parteivorsitzenden der Grünen waren über den Kompromiss uneins. Der als Pragmatiker geltende Co-Parteichef Omid Nouripour sagte, zentrale Forderungen wie die Ausnahme für Familien mit Kindern im Grenzverfahren seien zwar nicht erreicht worden. In der Gesamtschau komme er aber "zu dem Schluss, dass die

Grünen-Parteiführung gespalten über EU-Asylkompromiss Co-Parteichefin Ricarda Lang kritisiert die Vereinbarung, Omid Nouripour sieht sie als "notwendigen Schritt....

heutige Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam voranzugehen". Seine Kollegin Ricarda Lang widersprach. Nach ihren Worten hätte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dem Kompromiss im Ministerrat nicht zustimmen dürfen. Der Vorschlag zur Asylreform werde "dem Leid an den Außengrenzen nicht gerecht und schafft nicht wirklich Ordnung". Faeser hatte den Kompromiss am Abend als "historischen Erfolg" bezeichnet.

Der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt war ebenso wie Lang nicht zufrieden. Er bezeichnete die Einigung gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) als "Durchmarsch populistischer Positionen" mit deutscher Zustimmung. Dass Deutschland dieser Reform zugestimmt habe, sei ein Vertrauensbruch. "Deutschland hat kaum etwas durchsetzen können", sagte Marquardt. "Dass diese destruktive Position, die nur zu mehr Leid und Chaos führt, nun im Rat beschlossen wurde, heißt aber nicht, dass sie Gesetz wird. Wir werden uns im EU-Parlament dafür einsetzen, dass der Rat mit seinem Großangriff auf das Asylrecht nicht erfolgreich ist."

Nach der Einigung im Rat kann das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzen. Es hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Pro Asyl spricht von "historischem Fehler"

Der Leiter der Europaabteilung von Pro Asyl, Karl Kopp, hat die Einigung der EU-Innenminister heftig kritisiert. "Ich halte das, was die Ampel tut, für einen historischen Fehler", sagte er gegenüber dem RND. "Das ist eine politische Einigung um jeden Menschenrechtspreis. Die Ampel nimmt in Kauf, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ausverkauft werden. Sie hat keine rote Linie durchgesetzt und alles akzeptiert. Das finde ich sehr schockierend."

Die Reformpläne sehen unter anderem einen strikteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor. Menschen aus als sicher geltenden Ländern sollen künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft, ob die Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden.

Load-Date: June 9, 2023

Kann ihr Bündnis die AfD bekämpfen?; Strengere Migrationspolitik, Kritik an den USA, aber auch Nähe zum Mittelstand: Wo das Bündnis Sahara Wagenknecht einen Unterschied zu den Rechten macht - und wo nicht.

ZEIT-online

Montag 23. Oktober 2023 4:13 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Sahara Wagenknecht; Ausg. 1

Length: 1717 words

Byline: Lisa Caspari

Body

"Unser Land ist in keiner guten Verfassung. Seit Jahren wird an den Wünschen der Mehrheit vorbeiregiert": Schon die ersten Sätze des an diesem Montag vorgestellten Gründungsmanifests des Bündnisses Sahara Wagenknecht könnten in einem Handbuch zur Definition von Populismus stehen. Denn Fakten sehen anders aus: Ist die deutsche Bundesregierung etwa nicht demokratisch, also von einer Mehrheit gewählt und wechselte das Kanzleramt nicht vor gerade einmal zwei Jahren nach den Wünschen dieser Mehrheit von der CDU zur SPD?

Wagenknecht und ihren Mitstreitern scheint das egal, längst sehen sie die Gesellschaft und die politischen Eliten durchsetzt von zwielichtigen Akteuren. So jedenfalls kann man die letzten Zeilen des fünfseitigen Manifests interpretieren: Das "Bündnis Sahara Wagenknecht - für Vernunft und Gerechtigkeit", heißt es da, setze sich ein für ein Land, in dem "nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten".

Den anklagenden Tonfall ist man von der Bundestagsabgeordneten Wagenknecht, seit heute Ex-Politikerin der Linkspartei, gewohnt. Auf die Frage aber, wie sie mit ihrem neuen Verein und ab Januar dann einer neuen Partei Politik machen will, welche programmatischen Schwerpunkte sie setzen würde, gibt es am Montag nur erste Antworten. Klar ist: Wagenknecht und ihre Unterstützer, darunter die scheidende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Amira Mohamed Ali, wollen eine Alternative zum "autoritären Politikstil" der Bundesregierung, aber auch der "in Teilen rechtsextremen AfD" schaffen.

"Wirtschaftliche Vernunft", aber keine Vermögensteuer

Ist das im demokratischen Rahmen überhaupt möglich oder muss eine solche Partei zwangsläufig nach rechts rücken, also die AfD nachahmen, wie es Linkenchef Martin Schirdewan seiner Ex-Parteikollegin Wagenknecht vorwirft? Ein detailliertes Programm der neuen Sahara-Wagenknecht-Partei muss erst noch geschrieben werden. Und trotzdem lassen sich in den ersten politischen Forderungen des Manifests erste Hinweise finden.

Zum Beispiel plädiert das Bündnis Sahara Wagenknecht darin für "wirtschaftliche Vernunft", und zwar an herausgehobener Stelle: Das Kapitel ist das erste der vier thematischen Schwerpunkte ihres Manifests. Darin wird

Kann ihr Bündnis die AfD bekämpfen? Strengere Migrationspolitik, Kritik an den USA , aber auch Nähe zum Mittelstand: Wo das Bündnis Sahra Wagenknecht einen Unte....

eine "innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb" gefordert, genauso wie ein "starker Mittelstand" und, schon naheliegender für eine Ex-Linke, die Rettung der gut bezahlten Industriearbeitsplätze. Vieles klingt aber mehr nach FDP-Programmatik als nach Linkspartei: Eine "innovative Wirtschaft" sei wichtig, weil der Klimawandel nur mit Zukunftstechnologien und nicht durch eine rigide Ökopolitik zu bekämpfen sei, sagte Wagenknecht am Montag. Das könnte Christian Lindner wohl so unterschreiben.

Das demonstrative Vertrauen Wagenknechts in die Kräfte der freien Wirtschaft, vor allem des Mittelstands, sei einer der großen Unterschiede zur Linken-Programmatik, sagt Bernd Riexinger, der ehemalige Chef der Linkspartei im Gespräch mit ZEIT ONLINE. "Wir glauben nicht, dass es ärmeren Menschen automatisch gut geht, wenn es der Wirtschaft besser geht. Dafür braucht es Umverteilungskämpfe, bei denen ich mir nicht sicher bin, wie weit sie das Bündnis Sahra Wagenknecht am Ende tatsächlich führen will."

Es ist auffällig, dass sich das Wagenknecht-Manifest anders als das Linksparteiprogramm nicht für eine Vermögensteuer ausspricht, sondern erst mal nur allgemein für ein gerechtes Steuersystem. "Eine Vermögensteuer wird auch von vielen mittelständischen Unternehmen als Bedrohung empfunden", sagt Riexinger: "Wagenknecht nimmt hier offensichtlich Rücksicht auf eine Wählerklientel, die sie mit ihrer Partei von der AfD zurückholen will." Gemeint ist: manch konservativ-liberal eingestellter Unternehmer.

Deutlicher wird das Bündnis hingegen, wenn es um die deutschen Außenwirtschaftsbeziehungen geht, die laut Manifest bitte "ohne Blockbildung" und ohne "ausufernde Sanktionen" auskommen sollten. Durch Wirtschaftssanktionen gegen Russland werde Deutschland "von preiswerter Energie abgeschnitten, ohne dass es eine Alternative gibt", sagte Wagenknecht am Montag in der Pressekonferenz. "Die Außenpolitik des erhobenen Zeigefingers isoliert uns."

So oder so ähnlich klingt in diesen Tagen auch die AfD - wobei Wagenknecht den Vorwurf, sie sei "Putin-nah", vehement als Diffamierung zurückweist. Anders als AfD-Chef Tino Chrupalla, der selbstbewusst Einladungen in die russische Botschaft annimmt und damit seine Nähe zum Regime gewissermaßen öffentlich zelebriert.

Außenpolitisch sieht sich das Wagenknecht-Bündnis nach eigener Aussage in der "Tradition Willy Brandts und des sowjetischen Präsidenten Gorbatschows": "Die Lösung militärischer Konflikte mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab." Die Bundeswehr solle sich aus den geopolitischen Großkonflikten heraushalten - und Europa langfristig auf Russland als Partner für eine "stabile Sicherheitsarchitektur" setzen.

Auch im Nahostkonflikt würde sie sich mehr Zurückhaltung der Deutschen wünschen, sagte Wagenknecht am Montag. Natürlich habe Israel nach dem "brutalen Angriff der Hamas" das Recht auf Selbstverteidigung und Deutschland wegen des Holocaust eine besondere Verantwortung und eine Sonderrolle. Aber der Gazastreifen sei eben auch das seit Jahren "größte Freiluftgefängnis der Welt". Und: "Konflikte lassen sich militärisch nicht lösen, das gilt für die Ukraine und das gilt für den Nahen Osten." Ihr Bündnis wolle daher in Zukunft die starke politische Kraft in Deutschland sein, "die für Frieden, Diplomatie und Verhandlungslösungen wirbt".

Diffus bleibt das Verhältnis des Wagenknecht-Bündnisses zur EU und zur Nato. Die AfD hält die EU für komplett gescheitert und will sie als Bund von Nationalstaaten neu gründen, so steht es in ihrem Programm zur Europawahl. Das muss das Wagenknecht-Bündnis erst noch erarbeiten, denn die EU-Wahl soll die erste Abstimmung werden, zu der die neue Partei antritt. Aber Wagenknecht formulierte bereits erste Positionen: Die EU-Kommission agiere fern der Menschen. Das Staatenbündnis müsse unabhängiger vom Einfluss der USA werden und dürfe sich im Großkonflikt zwischen China und den USA nicht zerreiben lassen.

Interessanterweise scheint Wagenknecht aber schon noch auf die Umsetzung gemeinsamer europäischer Regeln zu vertrauen. Auf die Frage eines Journalisten, ob sie in der Migrationspolitik eine deutsche Obergrenze befürworte, antwortete Wagenknecht: Es gehe darum, die Migration europäisch zu begrenzen, zum Beispiel durch ein gemeinsames Asylsystem an den europäischen Außengrenzen, wie es gerade SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Brüssel verhandelt hat.

Verschwurbelte Position zur Nato

Kann ihr Bündnis die AfD bekämpfen? Strengere Migrationspolitik, Kritik an den USA , aber auch Nähe zum Mittelstand: Wo das Bündnis Sahra Wagenknecht einen Unte....

Und obwohl das Bündnis Sahra Wagenknecht erkennbar antiamerikanisch eingestellt ist, meidet es doch, einen Austritt Deutschlands aus der Nato zu fordern. Die entsprechende Passage liest sich reichlich verklausuliert: Da wird Verständnis dafür geäußert, dass "eine Militärallianz" (gemeint ist wohl die Nato) Bedrohungsgefühle auslöse, wenn deren "Führungsmacht" (gemeint sind offensichtlich die USA) in "völkerrechtswidrigen (...) Kriegen mehr als 1 Million Menschen getötet" habe.

Warum formuliert das Bündnis hier so vorsichtig? "Unsere Wähler waren in der Frage der Nato immer schon gespalten", sagt Ex-Parteichef Bernd Riexinger. "Und wenn Wagenknecht auch hier auf AfD-Wähler zielt, die vielleicht migrationskritisch eingestellt, aber eben auch mit der Westbindung aufgewachsen sind, will sie sich hier vielleicht keine unnötigen Feinde machen. All das führt mich immer wieder zur Frage, wie ehrlich ihr Programm am Ende sein wird."

Ein bisschen Kulturkampf darf auch dabei sein

Sehr ähnlich zum Programm der Linkspartei sind hingegen die Forderungen der Wagenknecht-Allianz in der Sozialpolitik - gerechte Löhne, Tarifbindung, hier könnte wohl gar die SPD mitgehen. In der Migrationspolitik sei man für das Recht auf "Asyl für politisch Verfolgte", betont Wagenknecht, aber: "Migration ist nicht die Lösung für Armut auf dieser Welt." "Unkontrollierte Zuwanderung" überfordere die Kommunen und benachteilige die ärmeren Deutschen, zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt. Es gebe durchaus nationale Lösungen gegen mehr Migration, wenn auch nicht die Obergrenze, sagte Wagenknecht noch und verwies auf das Vorbild Dänemark.

In der Wirtschafts-, Zuwanderungs- und Klimapolitik positioniert sich ihr Bündnis also konservativer als die Linkspartei. Schon vor einiger Zeit nannte sich Wagenknecht "linkskonservativ".

Und doch: "Selbstverständlich werden wir nicht gemeinsame Sache mit der AfD machen", sagt die Abgeordnete. Im letzten Punkt ihres Manifests greift ihr neues Bündnis unter der Überschrift "Freiheit" dann allerdings schon noch ein paar Forderungen auf, die man so auch von der AfD kennt: Das Bündnis Sahra Wagenknecht wende sich entschieden gegen "Cancel Culture" und "Konformitätsdruck" und einen "neuen politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren".

Umfragen hätten gezeigt, dass etwa 50 Prozent der Deutschen sich nicht mehr trauten, ihre Meinung zu sagen, betonte Wagenknecht am Montag. Dieser Satz könnte durchaus von der AfD stammen.

"Sahra Wagenknecht glaubt, dass sie die Rechten mit Wirtschafts- und Sozialpolitik kleinkriegen kann", sagt Bernd Riexinger, der ehemalige Linkenchef. "Aber die AfD führt nun mal auch einen Kulturkampf gegen alle emanzipatorischen Erfolge der vergangenen Jahre: Antirassismus, Gendergerechtigkeit, für eine bunte, offene Gesellschaft, all das muss verteidigt werden", sagt Riexinger. "Wagenknecht tut das nicht. Im Gegenteil: Sie macht sich damit teilweise gemein."

Florian Gaertner Christian Leye, MdB, Sahra Wagenknecht, MdB, und Amira Mohamed Ali, MdB, aufgenommen im Rahmen einer Pressekonferenz zur Gruendung des Vereins Buendnis Sahra Wagenknecht - Fuer Vernunft und Gerechtigkeit zur Vorbereitung einer neuen Partei. Berlin, 23.10.2023. Berlin Deutschland Florian Gaertner Christian Leye, MdB, Sahra Wagenknecht, MdB, und Amira Mohamed Ali, MdB, aufgenommen im Rahmen einer Pressekonferenz zur Gruendung des Vereins Buendnis Sahra Wagenknecht - Fuer Vernunft und Gerechtigkeit zur Vorbereitung einer neuen Partei. Berlin, 23.10.2023. Berlin Deutschland

Load-Date: October 23, 2023

SPD sieht ihre bisherige Russlandpolitik als Fehler; Der SPD-Parteitag hat die Position der Partei zu Russland grundlegend korrigiert. In der Migrationspolitik bekennt sich die SPD zu Abschiebungen, aber auch zu Vielfalt.

ZEIT-online

Sonntag 10. Dezember 2023 12:46 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: SPD-Bundesparteitag; Ausg. 1

Length: 583 words

Byline: Tilman Steffen

Body

Die SPD hat sich auf ihrem Parteitag außenpolitisch neu aufgestellt und ihre **Migrationspolitik** präzisiert. Die Delegierten des Bundesparteitags im CityCube Berlin beschlossen einen Leitantrag mit dem Titel Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch. Darin definiert die Partei unter anderem ihr Verhältnis zu Russland neu. Sie spricht sich außerdem für eine Führungsrolle Deutschlands in der Welt aus. Militär wird in dem Parteitagsbeschluss ausdrücklich als Mittel der Friedenspolitik anerkannt.

Die SPD lehnt nunmehr eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland ab, "solange Russland sein imperialistisches Ziel der Eroberung und Unterdrückung souveräner Staaten verfolgt". Stattdessen müsse "die Sicherheit Europas vor Russland organisiert werden".

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine war der SPD vorgeworfen worden, das von Russland ausgehende Sicherheitsrisiko lange unterschätzt zu haben. Im Wahlprogramm von 2021 stand noch: "Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben." Nun wird dieser Satz in dem Parteitagsbeschluss ins Gegenteil gedreht und Russland als Gefährder eingestuft: "Solange sich in Russland nichts fundamental ändert, wird die Sicherheit Europas vor Russland organisiert werden müssen."

Der gemeinsam mit Co-Bundeschefin Saskia Esken wiedergewählte SPD-Chef Lars Klingbeil räumte in seiner Rede zu dem Antrag erneut Fehler seiner Partei in der Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte ein. "Es war ein Fehler, sich vom System Putins nicht früher zu distanzieren", sagte er mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ähnlich ist es im beschlossenen Leitantrag formuliert. Fraktionschef Rolf Mützenich sagte, er habe das imperiale Denken von Kremlchef Wladimir Putin "komplett unterschätzt".

Klingbeil verteidigte aber zugleich die Entspannungspolitik des damaligen SPD-Kanzlers Willy Brandt, der Ende der Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre erwirkte, dass sich das Verhältnis des Westens zur damaligen Sowjetunion und ihren Verbündeten verbesserte.

SPD sieht ihre bisherige Russlandpolitik als Fehler Der SPD-Parteitag hat die Position der Partei zu Russland grundlegend korrigiert. In der Migrationspolitik b....

An die EU appellierten die Sozialdemokraten, die Verteidigungspolitik zu vereinheitlichen. Mit Blick auf die Osteuropapolitik gelte es, "so schnell wie möglich die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus und Georgiens zu schaffen".

Der Parteitag beriet auch über einen Initiativantrag, der Menschlichkeit im Umgang mit Geflüchteten fordert, sich aber auch zur Notwendigkeit von Abschiebungen bekennt. Wichtige Beschlüsse und Einigungen:

Die Jusos scheiterten mit Anträgen, in denen sie die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex und einen Abschiebestopp in den Irak forderten und sich gegen Teile der europäischen Asylreform stellten, die von Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) unterstützt wird. In den vergangenen Wochen hatte der Regierungskurs in der Migrationspolitik für einigen Unmut am linken Flügel der SPD gesorgt. Er entzündete sich vor allem an einem Satz des Kanzlers in einem Spiegel-Interview: "Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben." Die Führung der Jusos hatte das als Forderung "direkt aus dem Vokabular des rechten Mobs" kritisiert.

Liesa Johannssen Chancellor Olaf Scholz is sandwiched by SPD co-leaders Saskia Esken and Lars Klingbeil of Germany's Social Democratic SPD as he arrives with the party's secretary general Kevin Kuehnert for a three-day SPD convention in Berlin, Germany, December 8, 2023. REUTERS/Liesa Johannssen

Load-Date: December 10, 2023

Italien und Libyen wollen verstärkt gegen Mittelmeermigration vorgehen; Die Zahl der illegalen Migranten sei weiterhin zu hoch, sagt die italienische Ministerpräsidentin. Sie will ihrem libyschen Amtskollegen fünf Schnellboote liefern.

ZEIT-online

Samstag 28. Januar 2023 5:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 360 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Hazem Ahmed

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der Chef der libyschen Regierung der nationalen Einheit, Abdulhamid al-Dbeibah, nehmen an einer gemeinsamen Pressekonferenz in Tripolis, Libyen, am 28. Januar 2023 teil.

Die Staatsoberhäupter von Italien und Libyen haben sich darauf verständigt, künftig stärker gegen Bootsmigranten im Mittelmeer vorzugehen. Das gab die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bei einem Besuch in Tripolis bekannt. "Die Zahl der illegalen Migranten ist weiterhin zu hoch", sagte die ultrarechte Politikerin nach einem Treffen mit dem libyschen Regierungschef Abdul Hamid Dbaiba. "Wir glauben, dass man hier mehr tun kann und mehr tun muss."

Italien will der libyschen Küstenwache deshalb mit EU-Geld fünf neue Schnellboote liefern. Er habe eine entsprechende Absichtserklärung unterschrieben, twitterte der italienische Außenminister Antonio Tajani. Meloni sagte, die Boote sollten dafür eingesetzt werden, Migranten und Geflüchteten in Seenot zu helfen.

Internationale Hilfsorganisationen werfen der libyschen Küstenwache aber vor, schon jetzt Flüchtenden nicht zu helfen, sondern sie abzufangen und gegen ihren Willen zurück in das nordafrikanische Land zu bringen. Dort berichten Flüchtlinge und Migranten regelmäßig von Misshandlungen. Menschenrechtsorganisationen stufen das Bürgerkriegsland als keinen sicheren Ort für Flüchtende ein.

Menschenrechtsorganisationen werfen Italien Schikane von Migranten vor

Die meisten Menschen, die von Nordafrika aus mit teils seeuntauglichen Booten gen Norden fahren, legt von der libyschen Küste ab. Viele erreichen so Süditalien, andere müssen von Menschenrechtsorganisationen gerettet werden.

Italien und Libyen wollen verstärkt gegen Mittelmeermigration vorgehen Die Zahl der illegalen Migranten sei weiterhin zu hoch, sagt die italienische Ministerprä....

Eines dieser Schiffe, die *Geo Barents* von Ärzten ohne Grenzen, erreichte diesen Samstag mit 237 Geretteten den Hafen von La Spezia in Norditalien. Die mehr als 1.000 Kilometer von der Rettungszone vor Libyen entfernte Stadt in der Region Ligurien war der Crew als Anlaufstelle zugewiesen worden. Die Helfer kritisieren, dass sie derzeit keine näher gelegenen Häfen etwa auf Sizilien zugewiesen bekämen und werten dieses Vorgehen der Regierung als Schikane.

Load-Date: January 28, 2023

End of Document

Niger kündigt EU-Deal auf; Niger setzt die Strafverfolgung von Menschenenschmugglern aus. Die Migrationsroute nach Europa ist damit offen. Und: warum manche Menschen anfälliger sind für Infekte

ZEIT-online

Mittwoch 29. November 2023 5:49 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Niger; Ausg. 1

Length: 444 words

Byline: Elise Landschek

Body

Die Militärregierung in Niger hat ein Gesetz gegen die Schleusung von irregulären Migranten außer Kraft gesetzt. Das Gesetz war 2015 auf Druck der EU in Kraft getreten, um Migrantinnen und Migranten auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Bis 2015 verlief eine der Hauptmigrationsrouten aus Westafrika nach Europa durch das westafrikanische Niger. Tausende Menschen haben ihren Lebensunterhalt durch die Versorgung, Unterbringung und den Transport der Migrantinnen und Migranten verdient. Unter Druck der EU hat die nigrische Regierung ein Gesetz eingeführt, das Menschenenschmuggel - und damit die Schleusung irregulärer Migranten nach Libyen - verbietet. Das Gesetz soll nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die Zahl der Migranten, die über Westafrika nach Europa kommen, reduziert haben. Doch am Samstagabend hat die Militärregierung unter dem Übergangspräsidenten General Abdourahmane Tchiani das Gesetz außer Kraft gesetzt. Am 26. Juli hat das Militär in Niger nach einem Putsch die Macht übernommen. Zuvor galt das Land als wichtiger und letzter demokratischer Partner Europas in der Sahelzone. Warum hat die Militärregierung in Niger das Gesetz außer Kraft gesetzt? Und welche Konsequenzen könnte die Öffnung der Migrationsroute haben? Diese und weitere Fragen beantwortet Issio Ehrich, Autor bei ZEIT ONLINE und Experte für die Sahelzone.

Die Zahl der Atemwegserkrankungen in Deutschland ist nach aktuellen Daten des Robert Koch-Instituts in den vergangenen Wochen wieder deutlich angestiegen. Doch wieso sind einige Menschen dauernd krank, während es andere fast nie erwischt? Dieser Frage geht eine Arbeitsgruppe am Uniklinikum Freiburg nach. Seit 2011 forschen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Krankheitsanfälligkeit der Allgemeinbevölkerung. Ergebnisse der Studie zeigen, dass das persönliche Erkrankungsrisiko zwar vor allem durch Gene und Umweltfaktoren bestimmt wird, der persönliche Lebensstil aber auch einen starken Einfluss auf das Immunsystem nimmt. Faktoren wie Schlaf, Stress und Körpergewicht beeinflussen sich gegenseitig. Florian Schumann von ZEIT ONLINE hat mit Alexandra Nieters vom Uniklinikum Freiburg über ihre Forschung gesprochen. Im Podcast erklärt er, wie viele Erkältungen im Jahr als normal gelten und wodurch man sich am besten vor einer Erkrankung schützen kann.

Und sonst so? Der hässlichste Löwe der Welt.

Niger kündigt EU-Deal auf Niger setzt die Strafverfolgung von Menschenschmugglern aus. Die Migrationsroute nach Europa ist damit offen. Und: warum manche Mensch....

Moderation und Produktion: Elise Landschek

Redaktion: Ole Pflüger

Mitarbeit: Anne Schwedt und Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de

Load-Date: November 29, 2023

End of Document

Lindner lehnt höhere Leistungen für Kinder von Asylsuchenden ab; Der Bundesfinanzminister will Asylbewerbern "keine falschen Signale senden". Er ist gegen eine Mehrleistung von 20 Euro pro Kind und Monat. SPD und Grüne fordern sie.

ZEIT-online

Donnerstag 14. September 2023 3:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Kindergrundsicherung; Ausg. 1

Length: 439 words

Byline: Jona Spreter

Body

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat dauerhaft höhere Leistungen für Kinder von **Asylsuchenden** im Zuge der Einführung der Kindergrundsicherung abgelehnt. "SPD und Grüne wollen bei **Asylbewerbern** dauerhaft 20 Euro mehr pro Kind und Monat zahlen - das unterstütze ich nicht", sagte der FDP-Chef der Rheinischen Post. Die geltenden Regelsätze seien angemessen, "und wir sollten gerade beim **Asylbewerberleistungsgesetz** keine falschen Signale senden", sagte Lindner.

Der Kabinettsbeschluss zur Kindergrundsicherung war demnach unter anderem aus diesem Grund am Mittwoch kurzfristig verschoben worden. Der Passus, der eine leichte dauerhafte Leistungsverbesserung für Kinder von Asylbewerbern ab 2025 vorsah, sei zwar inzwischen aus dem Gesetzentwurf wieder herausgenommen worden, dennoch bestehe hier noch Klärungsbedarf zwischen den Ministerien, berichtete die Zeitung unter Berufung auf das grün geführte Bundesfamilienministerium.

"Das ist nicht viel, aber es ist kein Elend"

Lindner sagte der Rheinischen Post weiter, es sei ihm wichtig, dass es bei der Kindergrundsicherung keine Leistungsausweitungen gebe. "Am Abstand zwischen einem Lohneinkommen und der Sozialleistung soll sich nichts Wesentliches ändern", sagte der Bundesfinanzminister. Eine fünfköpfige Familie mit Bürgergeldbezug bekomme bereits gut 37.000 Euro im Jahr. "Das ist nicht viel für fünf Menschen, aber es ist kein Elend", sagte Lindner. Höhere Geldleistungen würden bei Familien, die für geringe Einkommen arbeiteten, "nicht als fair empfunden". Es gebe nach wie vor "zu viele Menschen, die arbeiten könnten, jedoch nicht arbeiten".

Mit der Kindergrundsicherung sollen verschiedene staatliche Leistungen für Kinder gebündelt werden. Das hat Änderungen in unterschiedlichen Bereichen der Sozial- und Steuergesetzgebung zur Folge.

FDP-Fraktionschef rechnet mit Einigung in den kommenden Wochen

Lindner lehnt höhere Leistungen für Kinder von Asylsuchenden ab Der Bundesfinanzminister will Asylbewerbern "keine falschen Signale senden". Er ist gegen eine M....

Ähnlich wie Lindner äußerten sich auch FDP-Fraktionschef Christian Dürr und der FDP-Sozialpolitiker Jens Teutrine. "Ich gehe davon aus, dass es in den kommenden Wochen eine Einigung geben und der Gesetzentwurf entsprechend angepasst wird", sagte Dürr. Teutrine sagte, "immer höhere Sozialleistungen" seien in der "aktuellen migrationspolitischen Realität" falsch und setzten "weitere Fehlanreize".

Eigentlich sollte die vor allem zwischen Grünen und FDP umstrittene Kindergrundsicherung bereits am Mittwoch im Bundeskabinett auf den Weg gebracht werden. Die Erwartung hatte zumindest Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) geäußert. Auf die Tagesordnung kam sie dann aber doch nicht - mit der Begründung, es seien noch "juristische und technische Details" zu klären.

Load-Date: September 14, 2023

End of Document

Slowakei beschließt ebenfalls vorübergehende Grenzkontrollen; Zehn Tage lang sollen slowakische Polizisten die Grenze zu Ungarn kontrollieren. Zuvor hatten weitere EU-Staaten Grenzkontrollen gegen irreguläre Migration aufgenommen.

ZEIT-online

Mittwoch 4. Oktober 2023 2:26 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 509 words

Byline: Ivana Sokola

Body

Immer mehr mitteleuropäische EU-Staaten setzen zur Verhinderung irregulärer **Migration** Grenzkontrollen ein. So hat die Slowakei nun die Entsendung von Polizisten an ihre Südgrenze zu Ungarn beschlossen. Die Maßnahme beginne am Donnerstag und dauere zunächst zehn Tage an, teilte die geschäftsführende Regierung nach Angaben der Nachrichtenagentur TASR mit.

Die Personenkontrollen sollen demnach "auf flexible Weise" entlang der gesamten, mehr als 650 Kilometer langen, Grenze erfolgen. Ziel sei es, die Zahl der irregulären Migranten zu senken, die auf der Balkanroute nach Europa kommen und über die Slowakei als Transitland nach Westeuropa gelangen wollen.

Seit Jahresanfang wurden in der Slowakei nach Angaben des Innenministeriums 39.688 irreguläre Migrantinnen und Migranten erfasst. Das seien elfmal mehr als im Vorjahreszeitraum. Das slowakische Außenministerium rief Pendler und Reisende auf, mehr Zeit für ihre Fahrten einzuplanen.

Vor allem syrische Migranten in Tschechien aufgegriffen

Zuvor hatten die Nachbarländer Tschechien, Polen und Österreich mit verschärften Kontrollen an der Grenze zur Slowakei begonnen. Tschechische Polizistinnen und Polizisten kontrollieren stichprobenartig an 17 Straßen-, 7 Eisenbahn- und 3 Wasserstraßen-Übergängen sowie entlang der rund 250 Kilometer langen grünen Grenze mit der Slowakei.

In Tschechien wurden bereits innerhalb der ersten Stunden mehrere Migrantinnen und Migranten aufgegriffen, die meisten davon aus Syrien, wie die Behörden mitteilten. Der polnische Grenzschutz begann mit verschärften Kontrollen an den acht Straßen- und drei Eisenbahngrenzübergängen zur Slowakei.

"Grausames Geschäft der Schleuserbanden zerschlagen"

Slowakei beschließt ebenfalls vorübergehende Grenzkontrollen Zehn Tage lang sollen slowakische Polizisten die Grenze zu Ungarn kontrollieren. Zuvor hatten weite....

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bestätigte die enge Absprache zwischen den Staaten. "Wir arbeiten mit unseren Nachbarstaaten eng zusammen, um die irreguläre Migration zu begrenzen und das grausame Geschäft der Schleuserbanden zu zerschlagen", sagte sie.

In Gesprächen mit ihren Amtskollegen in den vergangenen Tagen habe große Einigkeit darüber bestanden, dass zusätzliche Maßnahmen notwendig seien und Schleuser Routen unterbrochen werden müssten. "Je früher und je intensiver diese Kontrollen stattfinden, desto weniger Menschen können unregistriert weiterreisen und nach Deutschland kommen."

Faeser hatte in der vergangenen Woche verstärkte Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen angekündigt. Die zeitweiligen stationären Kontrollen seien eine Ergänzung zur weiter bestehenden Schleierfahndung, sagte sie nun im ZDF-Morgenmagazin.

Sowohl Polen, Tschechien als auch die Slowakei gehören dem Schengenraum an, in dem es eigentlich keine Grenzkontrollen mehr geben soll.

Radovan Stoklasa Ein Polizeibeamter kontrolliert Migranten 10 km von der slowakisch-polnischen Grenze entfernt in der Nähe des Dorfes Cierne, Slowakei, am 4. Oktober 2023. Radovan Stoklasa Ein Polizeibeamter kontrolliert Migranten 10 km von der slowakisch-polnischen Grenze entfernt in der Nähe des Dorfes Cierne, Slowakei, am 4. Oktober 2023.

Load-Date: October 4, 2023

NGOs melden mehr als 30 Vermisste nach Bootsunglück vor Kanaren; Ein Schlauchboot, das von Marokko zu den Kanarischen Inseln unterwegs war, ist verunglückt. Die örtlichen Behörden wollten Zahlen zu Passagieren nicht bestätigen.

ZEIT-online

Mittwoch 21. Juni 2023 5:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Geflüchtete; Ausg. 1

Length: 291 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

Borja Suarez

Rescue workers search for bodies after a boat with 46 **migrants** from the Maghreb region capsized in the beach of Orzola, in the Canary Island of Lanzarote, Spain June 18, 2021.

Mehr als 30 Menschen sind nach Angaben von Hilfsorganisationen auf der Fahrt mit einem Schlauchboot von Marokko zu den Kanaren womöglich ertrunken. Ursprünglich seien 59 Personen auf dem Boot gewesen, teilten die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Walking Borders und Alarm Phone mit. Bei der Zahl der Opfer machten die NGOs unterschiedliche Angaben.

Weder die spanische Küstenwache noch die marokkanischen Behörden wollten die Zahl der Menschen auf dem Boot sowie die Zahl der Vermissten bestätigen. Aus Kreisen der spanischen Küstenwache hieß es, etwa 150 Kilometer südöstlich von Gran Canaria seien 24 Personen durch den marokkanischen Seerettungsnotdienst gerettet worden.

Laut Walking Borders sollen die Menschen an Bord des Boots zuvor mehr als zwölf Stunden lang um Rettung gebeten haben. Die Überlebenden seien nach Kap Bojador an der afrikanischen Nordwestküste gebracht worden.

In diesem Jahr haben bislang mindestens 5.914 Migranten die gefährliche Überfahrt von der westafrikanischen Küste zu der spanischen Inselgruppe vor Afrika unternommen. Das ist ein Rückgang um 31,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Überfahrt von Marokko ist gefährlich: Starke Strömungen treiben die meist nur mit Außenbordmotoren ausgestatteten, hochseeuntauglichen Boote oft ab.

In der vergangenen Woche sind beim Kentern eines Flüchtlingsboots vor Griechenland nach Angaben der Behörden mindestens 59 Menschen ertrunken. Es handelte sich um das bislang schwerste Unglück dieser Art vor Griechenland in diesem Jahr.

NGOs melden mehr als 30 Vermisste nach Bootsunglück vor Kanaren Ein Schlauchboot, das von Marokko zu den Kanarischen Inseln unterwegs war, ist verunglückt. Die

Load-Date: June 21, 2023

End of Document

**Schleswig-Holsteins Sozialministerin gegen Asylrechtsverschärfung;
Menschen mit geringen Asylaussichten sollen laut EU-Plänen an der Grenze
ein Verfahren bekommen. Grünenpolitikerin Aminata Touré betont dagegen
das Grundrecht auf Asyl.**

ZEIT-online

Sonntag 28. Mai 2023 8:32 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Aminata Touré; Ausg. 1

Length: 385 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Petra Nowack

Porträt der Abgeordneten der Grünen Aminata Toure im Schleswig-Holsteinischen Landtagswahlkampf
05/05/2022

Die Sozialministerin von Schleswig-Holstein, Aminata Touré, spricht sich dagegen aus, in Europa das **Asylrecht** zu verschärfen. In einem Interview mit dem *Tagesspiegel am Sonntag* sagte sie: "Nur weil es bislang keine gerechte Verteilung gibt, darf man jetzt nicht Menschen- und Grundrechtsprinzipien mit Füßen treten." Sie warnte vor neuen Massenlagern an den EU-Außengrenzen ähnlich wie im griechischen Moria.

"Grenzen, Mauern und Zäune verhindern nicht, dass Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen", sagte dazu Touré. "Wenn die EU nicht mehr betreten werden darf und nach 30 Zentimetern bereits ein Asylverfahren eröffnet wird, das in so kurzer Zeit gar nicht machbar ist, dann werden wir noch viel mehr Lager wie Moria erleben." Die Grünenpolitikerin kündigte auch an, Schleswig-Holstein werde der Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten im Bundesrat nicht zustimmen.

Hintergrund ist das bevorstehende Treffen der Innenministerinnen und -minister der EU am 8. Juni. Diskutiert werden weitere Maßnahmen zum Verhindern als illegal eingestuftes Grenzübertritte an den Außengrenzen sowie Asylverfahren entweder dort in Aufnahmeeinrichtungen oder sogar in Drittstaaten außerhalb der EU. Zudem könnten von deutscher Seite weitere Länder als sogenannte sichere Herkunftsländer ausgewiesen werden.

"Wir haben in unserm Grundgesetz das Grundrecht auf Asyl verankert", betonte Touré. "Da steht nicht, dass das ab 200.000 Menschen pro Jahr nicht mehr gilt." Daher lehne sie es ab, sich an Obergrenzendebatten zu beteiligen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will dagegen an den EU-Asylplänen festhalten. Damit vor Krieg und Terror Geflüchtete weiterhin geschützt werden könnten, müsse die irreguläre Migration begrenzt werden, sagte sie ebenfalls dem *Tagesspiegel am Sonnta* g.

Schleswig-Holsteins Sozialministerin gegen Asylrechtsverschärfung Menschen mit geringen Asylaussichten sollen laut EU-Plänen an der Grenze ein Verfahren bekomme....

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen auf EU-Ebene über die Grenzverfahren an den Außengrenzen gehe es darum, "binnen kurzer Fristen über den Schutz von Menschen mit geringer Aussicht auf Asyl in der EU zu entscheiden", erläuterte Faeser. Die Bundesregierung setze sich hier "für konsequenten Menschenrechtsschutz und rechtsstaatliche und faire Verfahren an den EU-Außengrenzen ein".

Load-Date: May 28, 2023

End of Document

Es liegt diesmal nicht nur am Unterricht; Neuntklässler sind so schlecht in Deutsch wie noch nie - und verstehen besser denn je Englisch. Die eingewanderten Schüler spielen bei beidem eine besondere Rolle.

ZEIT-online

Freitag 13. Oktober 2023 1:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: IQB Bildungstrend 2023; Ausg. 1

Length: 1292 words

Byline: Martin Spiewak

Body

Ein solches Ergebnis gab es noch nie. Seit mehr als zwei Jahrzehnten lässt die Schulpolitik in regelmäßigen Abständen wissenschaftlich testen, was die deutschen Schülerinnen und Schüler zwischen Schleswig-Holstein und Bayern in den wichtigsten Fächern können. Nun waren die Neuntklässler dran in den Fächer Englisch und Deutsch. Und die Resultate überraschen selbst langjährige Beobachter der Kompetenzkurven: Während die Leistungen im Fach Deutsch einen neuen Tiefstand erreichen, schießen die Fähigkeiten in Englisch in ungeahnte Höhen. Vorschlag an die Kultusminister: Die deutsche Schule sollte - please - die Unterrichtssprache wechseln, der zunehmenden Zahl von Schülern aus Migrantenfamilien würde es nützen.

Zuerst das Jammertal. Was sich im vergangenen Jahr bereits beim Test der Grundschüler andeutete, bestätigte sich jetzt auch für die älteren Schüler, nur noch drastischer. In allen Schulformen, allen Bundesländern und in jedem der drei getesteten Bereiche - Lesen, Zuhören und Rechtschreibung - beobachtet das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in seinem Bericht "ungünstige Veränderungen", "große Leistungseinbußen", "durchgängige Kompetenzrückgänge". Am Ende, so scheint es, sind dem Forschungsteam aus Berlin die Negativvokabeln ausgegangen.

Drei Zahlen aus dem 460 Seiten starken Bericht reichen, um die Dramatik der Entwicklung zu illustrieren.

Über den ersten Grund dafür, dass dieser Testjahrgang deutlich weniger kann, als seine Vorgänger, braucht man nicht spekulieren: die Corona-Krise. Durchschnittlich 40 Wochen erlitten die Schüler und Schülerinnen Fern- oder Wechselunterricht. Das entspricht in etwa einem Schuljahr - also der Lernzeit, die die nun getesteten Neuntklässler hinterherhinken. Exakt kann das IQB nicht angeben, welchen Anteil Corona an den Lernverlusten hat. Schließlich liegt die letzte Vergleichserhebung sieben Jahre zurück. Aber die zwei Corona-Jahre mit instabilen Lernplattformen, untauglichen Aufgabenformaten und den vielen Digital-Azubis in der Lehrerschaft haben ganz sicher Spuren hinterlassen. "Ein Indiz dafür ist, dass es in allen Bundesländern Kompetenzverluste gibt", sagt IQB-Leiterin Petra Stanat. Das hätte es bislang so noch in keinem Leistungstest gegeben.

Es liegt diesmal nicht nur am Unterricht Neutntklässler sind so schlecht in Deutsch wie noch nie - und verstehen besser denn je Englisch. Die eingewanderten Schü....

Dabei lag es auf Schülerseite - anders als oft vermutet - weniger an der Hardware. Neunzig Prozent der Schüler hatten nach eigenen Angaben kaum oder nie Probleme mit schlechten Internetverbindungen oder fehlenden Computern. Was dagegen fast jedem zweiten Neutntklässler fehlte, war die mentale Software: die Motivation, sich zu Hause zum Lernen aufzuraffen.

Der zweite Grund für die schlechten Ergebnisse im Fach Deutsch lässt sich aus dem IQB-Bericht ziemlich genau ablesen: die stark gewachsene Zahl von Zuwandererkindern. Mittlerweile haben 38 Prozent der Neutntklässler mindestens einen Vater oder eine Mutter (so die Definition von Migrationshintergrund), die nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden, oder sind selbst im Ausland geboren. Allerdings regional sehr unterschiedlich verteilt: In Bremen sind es fast 58 Prozent, in Sachsen-Anhalt dagegen nur gut 10 Prozent.

Dabei zeigt sich, dass es insbesondere die vielen in der "Wir-schaffen-das"-Zeit gekommenen Kinder schulisch nur halb geschafft haben. Die jungen Flüchtlinge wurden mit viel Engagement in den Klassen integriert, sie fühlen sich nach eigenen Angaben dort auch ziemlich wohl. Ihre Deutschkenntnisse jedoch reichen nicht annähernd aus, um im Unterricht einigermaßen zurechtzukommen.

Ein Schulforscher hatte genau diese Entwicklung übrigens vor mehr als zehn Jahren in einem ZEIT-Interview prognostiziert: Jürgen Baumert, PISAFORSCHER der ersten Stunde. Er projizierte für seine Vorhersage die demografische Zusammensetzung in die Schule und kam zu dem Schluss: "Die jüngeren Schülerjahrgänge werden kleiner. Gleichzeitig steigt der Anteil der Zuwanderer, die aus sozial schwächeren Verhältnissen stammen." Weniger Kinder, die zu Hause Deutsch sprechen, mehr Bildungsarmut in den Familien: das werde sich fast zwangsläufig auf das durchschnittliche Lernniveau niederschlagen. Genau so ist es gekommen.

An einer Stelle geben die IQB-Forscher sogar an, welcher Anteil an den Lerneinbußen die "Veränderungen in der Zusammensetzung der Schüler:innenschaft" haben: rund ein Drittel. Die Herausforderungen durch die Migration sind also enorm - und die bisherigen Integrationsanstrengungen reichen nicht. 142 Leistungspunkte trennt ein Neutntklässler der ersten Zuwanderer-Generation im Fach Deutsch von einem Banknachbarn ohne Migrationshintergrund: eine gigantische Lernlücke, die die heutige Schule nicht annähernd schließen kann.

Besonders dramatisch: Für viele der getesteten Neutntklässler mit schlechten Deutschkenntnissen kommt eine Förderung in der Schule zu spät. Sie brauchen andere Hilfen, um einigermaßen in einer Ausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Um zukünftige Generationen vor diesem Schicksal zu bewahren, braucht es - das ist die wichtigste Botschaft des IQB-Reports - viel mehr Konfrontation mit der deutschen Sprache: in sprachsensiblen Kitas, mit Förderstunden in der Schule sowie einem speziellen Programm am Nachmittag im Ganztagsbetrieb. "Es braucht dringend eine gezieltere Unterstützung dieser Schüler", sagt IQB-Chefin Petra Stanat.

Lernunwillig oder schwer von Kapee sind die Migrantenschüler schließlich nicht. Das zeigen - und hier verlassen wir das Jammertal - ihre Lernzuwächse in Englisch. Sie sind, wie die Fortschritte aller getesteten Schülerinnen und Schüler, beispiellos.

Schon der IQB-Bericht 2015 zeigte, dass heutige Jahrgänge deutlich besser Englisch verstehen als ihre Alterskameraden früher. Die jetzigen Neutntklässler haben noch einmal einen deutlichen Lernschritt nach vorn gemacht: Sie sind dem Jahrgang 2015 erneut um ein ganzes Schuljahr voraus. Und von den Neutntklässlern auf dem Gymnasium erreichen im Englischlesen 47 Prozent den sogenannten Optimalstandard - das heißt, sie können auch sehr schwierige Texte ohne Probleme verstehen. Dieses Niveau schafften früher allenfalls Schüler am Ende der Oberstufe. Auch hier zwei Zahlen zur Illustration des Ausnahmetrends:

Und all das trotz der gestiegenen Zahl von Migrantenschülern und trotz Corona. Oder muss es heißen: gerade wegen? Denn mit der Schule allein lässt sich diese Leistungsexplosion unmöglich erklären. Vielmehr dürfte das Freizeitverhalten der Schülerinnen und Schüler - ob ursprünglich deutsch oder migrantisch - hier die entscheidende Rolle spielen. 200 Minuten verbringen Jugendliche pro Tag im Netz. Sie daddeln Fifa oder Minecraft, schauen YouTube-Filme oder Netflix-Serien, holen sich bei Influencern Tipps zum Schminken oder diskutieren über den Klimawandel, und zwar größtenteils auf Englisch. Und während der Coronazeit ist der

Es liegt diesmal nicht nur am Unterricht Neuntklässler sind so schlecht in Deutsch wie noch nie - und verstehen besser denn je Englisch. Die eingewanderten Schü....

Digitalkonsum noch einmal stark gestiegen. Die Schule insgesamt mag unter der Konkurrenz aus dem Netz außerhalb des Klassenraums leiden, das Fach Englisch profitiert.

Zudem hat der Englischunterricht - auch dank Reformen der Lehrerbildung - Fortschritte gemacht: Er ist vielleicht der modernste Unterricht der deutschen Schule. Denn er stellt die Praxis der Sprache in den Mittelpunkt und nicht die Theorie der Grammatik. Lehrkräfte anderer Fächer könnten von ihren Kollegen durchaus lernen: indem sie wirklich kompetenzorientiert unterrichten. Indem sie moderne Medien stärker aufgreifen. Indem sie ihre Stunden häufiger an der Lebenswelt ihrer Schüler orientieren. Den Schülerinnen und Schülern - egal welcher Herkunft - dürfte es gefallen und ihren Leistungen nutzen.

Gilles LeimdorferGilles Leimdorfer

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Italiens Regierung verlängert mögliche Abschiebehaft um sechs Monate; Für Giorgia Meloni ist die Eindämmung der irregulären Migration ein "epochaler Kampf". In spärlich bewohnten Gegenden Italiens will sie Abschiebelager errichten.

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 5:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Irreguläre Migration; Ausg. 1

Length: 439 words

Byline: Jona Spreter

Body

Die ultrarechte Regierung Italiens hat ein härteres Vorgehen zur Eindämmung der irregulären **Migration** über das Mittelmeer beschlossen. Dazu gehört eine Verlängerung der maximal möglichen Abschiebehaft um ein halbes Jahr. Zudem beauftragte das Kabinett unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni das Militär, spezielle Abschiebehaftanstalten einzurichten. Wie die Nachrichtenagentur dpa aus dem Umfeld der Ministerpräsidentin erfuhr, soll die Regierung geschlossen hinter dem Beschluss stehen.

Das Höchstmaß der Abschiebehaft wird demnach von zwölf auf 18 Monate angehoben, um mehr Zeit zur Prüfung der Bleibeberechtigung zu haben und gegebenenfalls auch direkt aus der Haft abschieben zu können. Das Verteidigungsministerium solle Strukturen schaffen, um irregulär eingereiste Migranten festzusetzen, hieß es. Diese Lager sollen demnach in spärlich bewohnten Gegenden des Landes errichtet werden. Dadurch solle es nicht zu "weiteren Unannehmlichkeiten und Unsicherheit in den italienischen Städten" kommen, sagte Meloni.

Der "Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung" und die Menschenhändler sei ein "epochaler Kampf für Italien und für Europa". Die Vorsitzende der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia regiert Italien seit elf Monaten. Ein hartes Vorgehen gegen irreguläre Migranten hatte im Wahlkampf zu ihren wichtigsten Versprechen gehört.

In den vergangenen Tagen waren auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa wieder Tausende Migrantinnen und Migranten mit Booten aus Nordafrika angekommen. Das Erstaufnahmelager auf der kleinen Insel zwischen Sizilien und Nordafrika war zeitweise stark überfüllt.

"Sie sind davongelaufen, um Essen und Trinken zu suchen"

Auf Sizilien sollen an diesem Montag Hunderte Migranten ein Aufnahmelager in Porto Empedocle verlassen haben - die Stadt gilt als Transitort zwischen Lampedusa und dem italienischen Festland. Sie kletterten dabei über Zäune und durchbrachen Absperrungen, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa meldete. Seit einigen Tagen befinden sich in dem Lager mehr als tausend Menschen, die zuvor auf Lampedusa angekommen waren.

Italiens Regierung verlängert mögliche Abschiebehaft um sechs Monate Für Giorgia Meloni ist die Eindämmung der irregulären Migration ein "epochaler Kampf". In s....

Einsatzkräfte versuchten Medienberichten zufolge die Menschen zu stoppen, konnten sie jedoch nicht aufhalten. Bürgermeister Calogero Martello kritisierte die Lage im Camp. "Sie sind nicht davongelaufen, um an andere Orte zu gehen, sondern um Essen und Trinken zu suchen", sagte er dem Nachrichtenportal RaiNews. Die Bedingungen im Lager seien unmenschlich - er forderte Unterstützung von der Regierung in Rom.

Alessandro Serranò Migranten nach ihrer Ankunft auf Lampedusa Alessandro Serranò Migranten nach ihrer Ankunft auf Lampedusa

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Geflüchtete scheitern mit Klage gegen EU-Grenzschutzagentur; Frontex haftet nicht für Schadensersatzforderungen, urteilt das Gericht der EU. Eine Familie aus Syrien hatte wegen ihres nicht geprüften Asylantrags geklagt.

ZEIT-online

Mittwoch 6. September 2023 9:14 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Frontex; Ausg. 1

Length: 401 words

Byline: Jona Spreter

Body

Nikoly Doychinov

A Serbian border police officer and members of European Border and Coast Guard Agency Frontex patrol on the Bulgaria-Serbia border, near the Serbian border village of Gradina, on February 17, 2023. (Photo by Nikolay DOYCHINOV / AFP) (Photo by NIKOLAY DOYCHINOV/AFP via Getty Images)

Eine Familie aus Syrien ist mit einer Klage gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex vor dem Gericht der Europäischen Union gescheitert. Die möglicherweise erlittenen Schäden ließen sich nicht unmittelbar auf das Verhalten von Frontex zurückführen, entschieden die Richter. Auch sei Frontex weder für die Prüfung von Rückkehrentscheidungen noch für Asylanträge zuständig. Daher könne die Behörde nicht für Schadensersatz haften.

Die sechsköpfige Familie kam 2016 nach Griechenland. Sie hat dort dem EU-Gericht zufolge ihr Interesse bekundet, Asyl zu beantragen. Wenige Tage später wurde sie in einer sogenannten gemeinsamen Rückkehraktion von Griechenland und Frontex in die Türkei geflogen.

Die heute im Irak lebende Familie beklagt, dass Frontex rechtswidrig gehandelt habe. Ihr Asylantrag hätte geprüft werden müssen, bevor sie aus der EU gebracht worden sei. Außerdem habe Frontex gegen das Verbot erniedrigender Behandlung verstoßen und das Recht auf effektiven Rechtsschutz und die Rechte von Kindern missachtet. Sie forderten mehr als 100.000 Euro Schadensersatz.

Dem folgten die Richter nicht. Die Agentur habe bei den Rückkehraktionen lediglich den Auftrag, die EU-Staaten technisch und operativ zu unterstützen. Gegen das Urteil kann noch vor dem höchsten Gericht der EU, dem Europäischen Gerichtshof vorgegangen werden.

Wiederholte Vorwürfe von NGOs

Die Anwältin der Familie, Lisa-Marie Komp, bezeichnete das Urteil als unbefriedigend. Die Richter hätten klargestellt, dass die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte allein bei den EU-Staaten liege.

Geflüchtete scheitern mit Klage gegen EU-Grenzschutzagentur Frontex haftet nicht für Schadensersatzforderungen, urteilt das Gericht der EU. Eine Familie aus Syr....

Gleichzeitig werfe das Urteil Fragen auf: Es bleibe unklar, in welcher Weise Frontex die Einhaltung der Menschenrechte überwachen müsse.

Frontex wird von Nichtregierungsorganisationen immer wieder vorgeworfen, die Rechte von Geflüchteten nicht ausreichend zu schützen. Vergangenes Jahr hatte der frühere Frontex-Chef, der Franzose Fabrice Leggeri, nach schweren Vorwürfen gegen ihn und Mitarbeiter seinen Posten zur Verfügung gestellt. Hintergrund waren insbesondere Ermittlungen zu illegalen Zurückweisungen von Migranten im Mittelmeer.

Load-Date: September 6, 2023

End of Document

30 Vermisste nach Unglück mit Migrantenboot vor libyscher Küste; Im Mittelmeer ist wohl ein weiteres überfülltes Flüchtlingsboot bei hohem Wellengang in Seenot geraten. 17 Menschen sind gerettet worden, viele weitere werden vermisst.

ZEIT-online

Sonntag 12. März 2023 7:21 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 266 words

Byline: Leon Holly

Body

imagebroker

Wolkenverhangener Himmel über dem Mittelmeer

Nach einem Bootsunglück mit **Migranten** im Mittelmeer werden laut Medienberichten 30 Menschen vermisst. Wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa unter Berufung auf die Küstenwache des Landes berichtet, befand sich das Boot mit insgesamt 47 Menschen an Bord bereits seit Samstag in internationalen Gewässern vor der Küste Libyens. 17 Menschen sind demnach gerettet worden.

Der Rettungseinsatz der Küstenwache habe außerhalb des italienischen Zuständigkeitsbereichs stattgefunden, hieß es weiter. Die Hilfsorganisation Alarm Phone teilte mit, sie habe die italienischen Behörden bereits am frühen Samstagmorgen alarmiert, weil ein Flüchtlingsboot mit 47 Menschen an Bord nordwestlich der libyschen Küstenstadt Bengasi in Seenot geraten sei. Die Menschen an Bord seien müde und hätten panische Angst.

Auch die deutsche Hilfsorganisation Sea-Watch hatte bereits am Samstag auf Twitter berichtet, ihre Mitarbeiter hätten das "gefährlich überladene" Boot bei hohem Wellengang von einem Überwachungsflugzeug aus gesichtet. In der Nähe habe sich ein Handelsschiff befunden, das von der Seenotrettungsstelle in Rom die Anweisung erhalten habe, sich mit der libyschen Küstenwache abzustimmen. Sea-Watch drängte die italienischen Behörden, selbst einen Rettungseinsatz zu organisieren.

Vor zwei Wochen waren vor der Küste der süditalienischen Region Kalabrien mindestens 76 Schiffbrüchige gestorben. Kritiker werfen der italienischen Regierung vor, nicht rechtzeitig eingegriffen zu haben, um die Menschen zu retten.

Load-Date: March 12, 2023

30 Vermisste nach Unglück mit Migrantenboot vor libyscher Küste Im Mittelmeer ist wohl ein weiteres überfülltes Flüchtlingsboot bei hohem Wellengang in Seenot g....

End of Document

UN-Organisation zählt mehr als 700.000 Vertriebene im Sudan; Laut dem UN-Büro für Migration hat sich die Zahl der Vertriebenen im Sudan stark erhöht. Ob die Menschen versuchen, in andere Länder zu gelangen, ist noch unklar.

ZEIT-online

Dienstag 9. Mai 2023 11:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sudan; Ausg. 1

Length: 270 words

Byline: Timo Stukenberg

Body

Gueipeur Denis Sassou

Sudanese refugees cross into Chad near Koufroun, Echbara, on May 1, 2023. - Hundreds of Sudanese, most of them women and children, each day cross a small, dry stream to find safety in neighbouring Chad. At least 20,000 people had found refuge at a makeshift camp in the Chadian border village of Koufroun, according to the United Nations refugee agency UNCHR, which manages their influx along with other UN agencies.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge im Sudan infolge der dort seit Wochen anhaltenden Kämpfe hat sich nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) binnen einer Woche verdoppelt. Mehr als 700.000 Menschen seien innerhalb des nordostafrikanischen Landes auf der Flucht, teilte die den Vereinten Nationen unterstehende Behörde mit. Eine Woche zuvor hatte die IOM von rund 334.000 Binnenflüchtlingen im Sudan gesprochen.

Ob diese Menschen auf dem Weg in Richtung der Landesgrenzen sind, sei bislang unklar, sagte ein IOM-Sprecher. Schon vor der jüngsten Krise gab es 3,7 Millionen Vertriebene im Sudan. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) waren zuletzt bereits mehr als 150.000 Menschen aus dem Sudan in Nachbarländer geflohen. Darunter waren Sudanesen sowie Menschen anderer Nationalitäten, die zuvor im Sudan Zuflucht gefunden hatten.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Dienstag starben infolge der andauernden Kämpfe mindestens 604 Menschen, mehr als 5.000 wurden verletzt. Der Machtkampf zwischen der sudanesischen Armee und der RSF-Miliz war am 15. April eskaliert. Vereinbarungen über eine Waffenruhe wurden wiederholt gebrochen.

Load-Date: May 9, 2023

Ampel-Fraktionen einigen sich auf Einwanderungsgesetz; Die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland soll erleichtert werden, darin ist sich die Ampel nun einig. Das Gesetz soll noch diese Woche durch den Bundestag.

ZEIT-online

Montag 19. Juni 2023 11:15 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Fachkräfte aus dem Ausland; Ausg. 1

Length: 345 words

Byline: Konstantin Zimmermann

Body

Patrick Pleul

ARCHIV - In der Firma Reuther STC GmbH in Fürstenwalde (Brandenburg) arbeitet der 26-jährige **Asylbewerber** Hamza Ahmed aus Somalia, der zuvor als Schweißer ausgebildet wurde, an einem Stahlsegment für einen Windradturm, fotografiert am 17.11.2015.

Die Bundestagsfraktionen der Ampel-Parteien haben sich auf eine Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes verständigt. "Es ist wirklich längst überfällig, dass eine große Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik Deutschland eines der modernsten Einwanderungsgesetze auf der Welt bekommt und das werden wir diese Woche erreichen", sagte die Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast. Nun soll das Gesetz noch diese Woche durch den Bundestag gebracht werden.

Die Bundesregierung hatte Ende März ihren Entwurf für eine Reform des Einwanderungsrechtes verabschiedet. Demnach soll es für qualifizierte Kräfte aus dem Ausland einfacher und attraktiver werden, eine Stelle in Deutschland anzunehmen. Vorgesehen ist unter anderem ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild und die erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die Regierung erhofft sich davon und von ergänzenden Regelungen laut ihrem Gesetzentwurf jährlich etwa 75.000 zusätzliche Arbeitskräfte.

Die Ampel-Fraktionen vereinbarten nach Angaben ihrer jeweiligen Geschäftsführer eine Reihe von Änderungen am ursprünglichen Vorschlag der Regierung. Etwa sollen Asylbewerber, deren Verfahren bereits läuft, künftig die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung zu beginnen, wie die Grünenvertreterin Irene Mihalic sagte. Dieser sogenannte Spurwechsel werde allerdings nur rückwirkend möglich sein und nicht für neue Asylbewerber, sagte ihr FDP-Kollege Johannes Vogel. Es gehe darum, keine "Fehlanreize" für irreguläre Migration zu schaffen.

Mihalic zufolge einigen sich die Fraktionen außerdem auf eine Ausweitung der Möglichkeiten des Familiennachzugs für ausländische Fachkräfte. Demnach soll nicht nur der "Kernfamilie", sondern etwa auch den Eltern die Einwanderung nach Deutschland ermöglicht werden.

Ampel-Fraktionen einigen sich auf Einwanderungsgesetz Die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland soll erleichtert werden, darin ist sich die Ampel nun ein....

Load-Date: June 19, 2023

End of Document

Irreguläre Einwanderung in die EU so hoch wie zuletzt 2016; Die Zahl illegaler Grenzübertritte lag 2022 um zwei Drittel über dem Vorjahreswert. 330.000 Menschen kamen in die EU, vor allem aus Syrien, Afghanistan und Tunesien.

ZEIT-online

Freitag 13. Januar 2023 12:01 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Frontex; Ausg. 1

Length: 498 words

Byline: Alexander Eydlin

Body

Mahmud Turkia

This aerial view shows **migrants** who were detained by Libyan authorities on a boat off the coast held ahead of their deportation at a detention centre in Surman, about 67 kilometres west of Tripoli, on May 12, 2022 - Human Rights Watch said on August 1 that some 32,450 people had been intercepted by Libyan forces in 2021 and "hauled back to arbitrary detention and abuse" in the war-ravaged country as European countries turned a blind eye. HRW accused the EU's border agency Frontex of using a drone to provide information that "facilitates interceptions and returns to Libya ... (despite) overwhelming evidence of torture and exploitation of **migrants** and refugees". (Photo by Mahmud Turkia / AFP) (Photo by MAHMUD TURKIA/AFP via Getty Images)

Im vergangenen Jahr sind nach Angaben der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex mindestens 330.000 Menschen irregulär in die EU eingewandert. Das waren 64 Prozent mehr als 2021 und so viele wie in keinem Jahr seit 2016. Damals war rund eine halbe Million Menschen irregulär in die EU eingereist nach mehr als 1,5 Millionen im Zuge des kräftigen Flüchtlingszuzugs 2015.

"Dies ist das zweite Jahr mit einem starken Anstieg der Zahl an irregulären Einreisen", teilte die Behörde in Warschau mit. 2020 seien die Zahlen durch die Corona-Pandemie deutlich gesunken.

EU will Frontex auf dem Westbalkan stärken

Fast die Hälfte der illegalen Grenzübertritte sei 2022 auf Syrer, Afghanen und Tunesier entfallen, hieß es. Allein die Zahl der syrischen Staatsbürger habe sich mit fast 94.000 Grenzübertritten fast verdoppelt.

Nahezu jeder zweite der so eingereisten Migranten kam laut Frontex über die Westbalkan-Route, wo insgesamt mehr als 145.000 Grenzübertritte registriert wurden. Das entspricht einem Wachstum von 136 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Irreguläre Einwanderung in die EU so hoch wie zuletzt 2016 Die Zahl illegaler Grenzübertritte lag 2022 um zwei Drittel über dem Vorjahreswert. 330.000 Menschen

Die EU reagierte bereits im vergangenen Jahr auf die hohen Zahlen auf der Route: Im Oktober kündigte die EU-Kommission an, Verhandlungen mit Albanien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina zu starten, um die Möglichkeiten von Frontex in der Region auszubauen. So sollen die Beamten der Behörde direkt in diesen Ländern stationiert und an den dortigen Grenzen zu Drittstaaten aktiv sein.

Fast 2.000 Menschen auf Mittelmeerroute gestorben oder vermisst

Etwas weniger stark stieg den Angaben nach die Zahl der Einreisen über die zentrale Mittelmeerroute: Mehr als 100.000 Menschen überquerten das Meer, um nach Europa zu gelangen ein Anstieg um rund 50 Prozent. Die Route gilt als besonders gefährlich. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind im vergangenen Jahr durch Bootsunglücke fast 2.000 Menschen bei der Überfahrt gestorben oder werden vermisst.

Frontex sprach in seiner Mitteilung von "präzedenzlosen Herausforderungen an ihren Außengrenzen", denen sich die EU im vergangenen Jahr habe stellen müssen. Dazu gehöre etwa die vom belarussischen Regime angeheizte Migrationskrise an der Grenze zu Polen sowie die Flucht aus der Ukraine nach dem russischen Angriff.

Load-Date: January 13, 2023

End of Document

Im Kühltransporter ohne Licht und Luft; Polizisten in Sachsen greifen immer mehr illegale Migranten auf. Die Methoden der Schleuser werden waghalsiger. Ihre Spuren führen bis nach Belarus.

ZEIT-online

Montag 21. August 2023 10:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Illegale Migration; Ausg. 1

Length: 1437 words

Byline: Doreen Reinhard

Body

[M]Florian Gaertner/photothek;Toni Lehder

HG: Grenzstein hin zu Bundesrepublik Deutschland, aufgenommen am Grenzübergang vom polnischen Radomierzyce nach Hagenwerder, 12.04.2023. Hagenwerder Deutschland *** Border stone to Federal Republic of Germany, taken at the border crossing from Polish Radomierzyce to Hagenwerder, 12 04 2023 Hagenwerder Germany Copyright: xFlorianxGaertner/photothek.dex VG: Görlitz - Schleuser türmt bei Kontrolle von **Flüchtlingstransport**: Festnahme Hinweis: Bitte ALLE zivilen Fahrzeuge und zivilen Ermittler unkenntlich machen 31.10.2021, 06:30 Uhr Görlitz, B115 Fotograf: LausitzNews.de/Toni Lehder Polizeibeamte wollten am Sonntagmorgen gegen 06:30 Uhr unweit der Autobahnabfahrt Görlitz einen Renault-Transporter mit Kofferaufbau kontrollieren. Sie stoppten das Fahrzeug mit dänischem Kennzeichen auf der B115. Der Fahrer ergriff die Flucht, konnte wenig später durch Polizeibeamte an einem Feld gestellt werden. Die Feuerwehr versorgte die **Flüchtlinge** mit Wasser, ein Arzt begutachtete die Personen. Nur wenige Kilometer entfernt, nahe der Anschlussstelle Kodersdorf stellten Polizisten einen Mann mit eine Copyright: xLausitzNews.de/TonixLehderx

Bei Marcel Pretzsch sammeln sich nahezu täglich die Meldungen zu dramatischen Fällen. "Es gibt rund um die Uhr Schleusungen, Tag und Nacht", sagt der Sprecher der Bundespolizei Pirna. Sie ist verantwortlich für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und hat im ersten Halbjahr 2023 bereits knapp 10.500 unerlaubte Einreisen verzeichnet. Im gesamten Vorjahr war es nicht einmal die Hälfte.

Und noch etwas bemerkt Pretzsch: "Das Vorgehen wird immer skrupelloser." Fahrer versuchen zu fliehen, wenn sie entdeckt werden, sie rammen andere Autos, verursachen Unfälle. Einige springen während der Fahrt aus dem Wagen und überlassen die auf engstem Raum zusammengedrängten Insassen ihrem Schicksal.

Nur zwei Beispiele von einer sächsischen Autobahn nahe der tschechischen Grenze: Mitte Juli fährt auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle ein Transporter in hohem Tempo eine Böschung hinauf, durchbricht einen Zaun, das Auto überschlägt sich. Sieben Migranten werden verletzt, zum Teil schwer, eine Frau stirbt. Der Fahrer, ein 22-jähriger Mann aus Georgien, wird wenig später festgenommen.

Im Kühltransporter ohne Licht und Luft Polizisten in Sachsen greifen immer mehr illegale Migranten auf. Die Methoden der Schleuser werden waghalsiger. Ihre Spur....

22 Menschen in einem Transporter

Zwei Wochen später auf derselben Autobahn: Bundespolizisten entdecken einen Kühltransporter, darin eingepfercht 22 Migranten aus Syrien, unter ihnen mehrere Kinder und Jugendliche. Auf der Ladefläche gibt es kein Licht, keine Fenster, keine Luftzufuhr eine lebensgefährliche Fahrt. Die beiden Fahrer, 21 und 24 Jahre, haben polnische Ausweise. "Behältnisschleusungen" heißen diese Touren in überladenen Autos und Transportern im Polizeijargon.

In den ostdeutschen Grenzgebieten zu Tschechien und Polen gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Phasen mit verstärkter illegaler Migration. Etwa vor zwei Jahren, als viele Menschen über die sogenannte Ostroute in Brandenburg ankamen. Sie führt durch Polen, Litauen und einen Teil der Ukraine. Ein Startpunkt dieser Strecke ist Belarus, wo Diktator Alexander Lukaschenko freizügig Visa an Menschen aus dem Nahen Osten vergibt, um die EU unter Druck zu setzen.

In diesem Sommer steigen die illegalen Einreisen an den polnischen und tschechischen Grenzen wieder rasant. Wieder kommen Migranten, vor allem aus Syrien, Afghanistan und der Türkei, über die Ostroute. Daneben nutzen sie die Balkanroute über Rumänien, Ungarn und die Slowakei. In Brandenburg werden ebenfalls vermehrt Schleusertransporte gestoppt, auch wenn die Zahlen dort bislang noch niedriger sind: Die Bundespolizei Berlin registrierte im ersten Halbjahr 2023 etwa 5.400 illegale Einreisen.

Die Arbeitsbelastung steigt

Entsprechend hoch sind der Ermittlungsdruck und die Arbeitsbelastung für die Bundespolizeistellen. André Hesse, Präsident der Bundespolizei Pirna, schlug kürzlich per Brief an das Bundespolizeipräsidium in Potsdam Alarm, die *Bild*-Zeitung zitierte daraus. "Meine Behörde stößt zunehmend an Grenzen", schrieb Hesse und drängte auf weitere Verstärkung. Die Schleuser-Ermittlungen seien "besonders belastend". Kommentieren will Marcel Pretzsch, der Sprecher der Bundespolizei Pirna, diesen Brief nicht. Doch auch er sagt: "Durch die Schleuserkriminalität gibt es gerade eine hohe Einsatzbelastung, das ist aktuell ein absoluter Schwerpunkt."

Die Schlagzahl für die Polizeistreifen erhöht sich, täglich sind sie nun auf Autobahnen und Straßen in den Grenzgebieten unterwegs, um Schleuser aufzuspüren. Und Ermittler wie René Müller versuchen, die kriminellen Strukturen der Schleuserbanden aufzudecken. Müller, sein Name ist geändert, ermittelt seit über 20 Jahren bei der Bundespolizei zu Schleuserkriminalität. In einem Bürogebäude in Dresden erzählt er von seiner Arbeit.

Bei Hagenwerder, einem kleinen Ort in Ostsachsen an der polnischen Grenze, wurden diese Männer in einem Kofferraum entdeckt.

Müller und seine Kollegen observieren gelegentlich Touren mit Sendern, sobald sie eine Schleuserbande entdecken, auch Zeugenaussagen sind für ihre Arbeit wichtig. Werden illegal eingereiste Migranten von der Polizei aufgegriffen, müssen sie ihre Handys abgeben. Die Ermittler lesen Daten aus und checken Chatverläufe, in denen Touren verabredet werden.

Immer wieder tauchen ähnliche Summen auf, sagt René Müller. Geschleuste Personen müssten häufig 8.000 bis 10.000 Euro an Schleuser bezahlen, die sie nach Deutschland bringen sollen. Die Bezahlung wird über verdeckte Geldkreisläufe abgewickelt. Manche arbeiten irgendwann selbst als Fahrer, wenn sie nicht alles sofort bezahlen können. Das Honorar variiert, je nachdem, wie riskant die Touren sind. 500 Euro für jede geschleuste Person sei als Honorar nicht unüblich, sagt Müller. "Es gibt Fahrer, die machen das zwei, drei Mal, werden dann rausgezogen und gehen in Haft, andere fahren 20, 30 Touren."

Die Schleuser drohen, die Familien umzubringen, wenn jemand aussagt

In der Szene werde mit Bedrohungen gearbeitet. "Das bekommen wir durch Vernehmungen von geschleusten Personen immer häufiger mit. Viele sagen, dass Schleuser gedroht hätten, ihre Familien umzubringen, wenn sie aussagen."

Im Kühltransporter ohne Licht und Luft Polizisten in Sachsen greifen immer mehr illegale Migranten auf. Die Methoden der Schleuser werden waghalsiger. Ihre Spur....

Im Bundespolizeirevier Pirna wurden in diesem Jahr bisher 310 Schleuser festgenommen. Die meisten stammten aus Tschechien, Usbekistan und der Ukraine. Fahrer und Mittelsmänner sind in allen Ecken Deutschlands und in verschiedenen europäischen Ländern zu finden. Zentrale Hintermänner saßen vor allem in der Türkei und in Belarus: "Spuren führen immer wieder nach Minsk und Istanbul", sagt Müller. An sie herankommen? "Das ist sehr schwierig." Vor die Banden sind oft Subunternehmer geschaltet.

In Brandenburg und Sachsen werden die illegalen Einreisen immer mehr zum Thema. Die CDU-Innenminister beider Bundesländer fordern seit Längerem stationäre Grenzkontrollen an den tschechischen und polnischen Grenzen und wiederholen das immer nachdrücklicher. Als Beispiel ziehen sie die deutsch-österreichische Grenze heran, wo Binnengrenzkontrollen auch innerhalb des Schengenraums auf deutscher Seite erlaubt sind legitimiert durch eine Verordnung, die vom Bundesinnenministerium im Mai für weitere sechs Monate verlängert wurde.

Grenzkontrollen als Ultima Ratio

An den Grenzen in Ostdeutschland zu Polen und Tschechien soll es solch eine Maßnahme allerdings erst mal nicht geben, heißt es auf Nachfrage aus dem SPD-geführten Bundesinnenministerium. Man habe sich mit Regierungsvertretern in Polen und Tschechien verständigt, vorerst gäbe es keinen Anlass für Grenzkontrollen, diese hätten "Ultima-Ratio-Charakter".

Was unterscheidet die Lage an der Grenze zu Österreich und der zu Tschechien und Polen? Die deutsch-österreichische Grenze sei "schon seit Jahren ein Schwerpunkt des irregulären Migrationsgeschehens und demzufolge auch der Schleusungskriminalität", heißt es dazu aus dem Ministerium. Die unerlaubten Einreisen an der deutsch-polnischen Grenze würden sich dagegen "erst seit wenigen Monaten auf einem vergleichbaren oder höheren Niveau bewegen". Man wolle die Lage weiter beobachten.

Bundespolizisten und Ermittler sehen keine Anzeichen, dass sich die Situation bald entspannt. "Solange das Wetter mitspielt und Unterkünfte an den Schleuser Routen genutzt werden können, wird das erst mal so weitergehen, das ist zumindest unsere Erfahrung", sagt René Müller in Dresden. Er geht davon aus, dass die Lage mindestens im Sommer und Herbst schwierig bleiben wird.

Load-Date: August 21, 2023

Ein Programm für Europa und gegen Wagenknecht; Für Umverteilung, Klimaschutz und Flüchtlinge: Die Linke setzt in ihrem Europa-Programm Akzente, die sie deutlich von einer möglichen Wagenknecht-Partei unterscheiden.

ZEIT-online

Montag 11. September 2023 2:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Die Linke bei der Europawahl; Ausg. 1

Length: 1306 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Britta Pedersen

Die beiden Vorsitzenden der Linken, Martin Schirdewan und Janine Wissler, stellen den Entwurf für das Europawahlprogramm der Linken vor.

Natürlich würden Martin Schirdewan und Janine Wissler am liebsten gar nicht über sie reden: Als die beiden Parteichefs der Linken an diesem Montag in der Berliner Parteizentrale ihren Entwurf für ein Europawahlprogramm der Linken vorstellen, fällt der Name Sahra Wagenknecht in den ersten 32 Minuten kein einziges Mal. Stattdessen sprechen beide ausführlich über die ungleiche Verteilung von Reichtum, die hohen Energie- und Lebensmittelpreise, steigende Rüstungsausgaben und was die Linke dem entgegengesetzten will. "Die Europäische Union ist eine Union der Ungerechtigkeiten", kritisiert Wissler. Was man brauche, sei eine "Zeitenwende für soziale Gerechtigkeit" attestiert Schirdewan.

Der Programmentwurf war am Sonntag vom Linken-Vorstand einstimmig beschlossen worden, im November soll er auf einem Parteitag endgültig abgesegnet werden.

Doch so gerne die beiden Linken-Vorsitzenden einmal nur über ihre eigenen Inhalte sprechen würden: Sobald die Journalisten Fragen stellen dürfen, geht es dann doch wieder in erster Linie um die ungeliebte Parteifreundin.

Erst am Wochenende hatte die *Bild*-Zeitung berichtet, die Gründung einer Wagenknecht-Partei sei bereits beschlossene Sache. Und auch wenn die prominente Noch-Linkenpolitikerin und ehemalige Fraktionsvorsitzende das nicht bestätigte, sondern lediglich erneut betonte, eine Entscheidung falle bis Ende des Jahres, hat sie mit der Zeitung schon mal darüber gesprochen, was die wichtigsten Themen ihrer Partei wären.

Als Schlagworte nannte sie wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Frieden und die sogenannte *Cancel Culture*, gegen die sie sich wendet. Grundsätzlich gilt es als wahrscheinlich, dass eine Wagenknecht-Partei, so es sie denn geben sollte, zunächst zur Europawahl antreten würde. Denn bei der sind die formalen Hürden für einen

Ein Programm für Europa und gegen Wagenknecht Für Umverteilung, Klimaschutz und Flüchtlinge: Die Linke setzt in ihrem Europa-Programm Akzente, die sie deutlich

Antritt niedriger und ein Erfolg einfacher zu erringen. Es gibt keine Fünf-Prozent-Hürde, wenige Stimmen können also schon für ein Mandat reichen.

"Phänomen ohne Programm"

Für Wagenknechts bisherige Partei ist das eine ernste Bedrohung: Schon bei der Europawahl 2019 schnitt sie mit 5,5 Prozent sehr schwach ab, diesmal könnte die mögliche Konkurrenz aus den eigenen Reihen die Erfolgchancen zusätzlich mindern.

Auch wenn Schirdewan und Wissler beteuern, nicht über ein "Phänomen ohne Programm" reden und sich nicht an Spekulationen beteiligen zu wollen: In Wahrheit haben sie sich auf diese Auseinandersetzung längst eingestellt. So wurde im Juli die Kapitänin Carola Rackete zur Spitzenkandidatin nominiert, die mit ihren Flüchtlingsrettungsaktionen im Mittelmeer bekannt geworden war. Rackete dürfte damit neben Parteichef Schirdewan, der schon jetzt Fraktionsvorsitzender der Linken im Europaparlament ist, das bekannteste Gesicht in dem vierköpfigen Spitzenteam sein, zu dem außerdem die linke EU-Abgeordnete Özlem Demirel und der Obdachlosenarzt und einstige linke Bundespräsidentenkandidat Gerhard Trabert gehören.

Racketes Nominierung war also bereits ein eindeutiges Signal: Die Linke will sich von einer möglichen Wagenknecht-Neugründung deutlich unterscheiden. Schon vor Jahren hat Wagenknecht sich mit der Parteispitze schließlich in Fragen der Flüchtlingspolitik zerstritten. Sie forderte zuletzt immer wieder eine Begrenzung von Migration. In ihrem Programmentwurf untermauert die Linke ihre flüchtlingsfreundliche Position nun auch inhaltlich.

Gegen die GEAS-Reform

Die derzeit von der EU geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) etwa, die unter anderem vorsieht, dass mehr Menschen Asylverfahren direkt an den EU-Außengrenzen durchlaufen, wenn sie wenig Aussicht auf Asyl haben, und so schneller abgeschoben werden können, lehnt die Linke ab. Ihre frühere Forderung nach "offenen Grenzen für alle Menschen" findet sich zwar in dem Programmentwurf nicht wörtlich, wohl aber der Wunsch nach mehr "humanitären Visa zur legalen Einreise und/oder die Aufhebung des Visazwangs für Schutzsuchende". Grundsätzlich sollten Flüchtlinge "unabhängig von ihrer Herkunft" ähnlich schnell und unbürokratisch aufgenommen werden, wie dies bei den ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland der Fall gewesen sei, heißt es in dem Entwurf weiter.

Während Wagenknecht und ihre Anhänger in der Vergangenheit die EU scharf kritisierten, betont die Linke ihre grundsätzlich proeuropäische Einstellung. "Die Europäische Union verkörpert für viele die Hoffnung auf Frieden und Freiheit", heißt es in der Einleitung, auch wenn man deutliche Kritik an der realen Entwicklung der EU übt: "Während Regierungen und große Unternehmen die Wirtschaftsunion forciert haben, blieb die Entwicklung einer Sozialunion meilenweit dahinter zurück." Die Linke stelle sich deswegen sowohl "gegen die Befürworterinnen einer marktradikalen EU als auch gegen das nationalistische Konzept eines 'Europas der Vaterländer'".

Übereinstimmung mit einer künftigen Wagenknecht-Partei dürfte es höchstens in der Sozial- und Wirtschaftspolitik geben, die im Linken-Programm an erster Stelle steht. Gefordert wird unter anderem ein Ende der Maastricht-Kriterien, die die Verschuldung der EU-Staaten eingrenzen sollen, oder eine höhere Besteuerung von Konzernen und Millionären.

Ganz anders ist es beim Thema Klimaschutz. Während Wagenknecht im Gespräch mit der *Bild*-Zeitung das Thema nicht mal erwähnte, kommt der ökologische Umbau der Wirtschaft im Europawahlprogramm der Linken gleich auf Platz zwei. Konkret fordert die Linke etwa ein Verbot von Privatjets und Superyachten und eine Besteuerung von Flugkerosin. Außerdem solle es in ganz Europa ein Klimageld für untere und mittlere Einkommen geben, um steigende Energiepreise zu kompensieren.

Für Streit zwischen Wagenknecht und ihrer bisherigen Partei sorgte in der Vergangenheit auch die Außenpolitik, und dabei vor allem der Umgang mit Russland. So hatte Wagenknecht etwa im Frühjahr dieses Jahres zu einer

Ein Programm für Europa und gegen Wagenknecht Für Umverteilung, Klimaschutz und Flüchtlinge: Die Linke setzt in ihrem Europa-Programm Akzente, die sie deutlich

großen Friedensdemonstration aufgerufen, auf der ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert wurden, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland verurteilte sie im Bundestag als "Wirtschaftskrieg", den der Westen "vom Zaun gebrochen" habe. Auch die Linke spricht sich in ihrem Wahlprogramm zwar gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für mehr diplomatische Initiativen aus, zugleich betont sie allerdings auch, dass die russischen Truppen sich aus der Ukraine zurückziehen und die Souveränität des Landes wiederhergestellt werden müsse.

Außerdem wendet sich die Linke in ihrem Programm gegen Diskriminierung jeder Art. "Die Linke will ein Europa, in dem lesbische, schwule, bi, trans, inter und nichtbinäre (= queere) Menschen angstfrei, selbstbestimmt und sozial abgesichert leben können", heißt es dort beispielsweise. Ein Satz, der im Programm einer Wagenknecht-Partei wohl eher fehlen dürfte. Hatte sie doch in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* beklagt, dass die Interessen von "immer skurrileren Minderheiten" im linken Diskurs eine zu große Rolle spielten.

Sollte Wagenknecht ihre Partei wirklich gründen, wird der Europawahlkampf wohl auch eine Art Testlauf dafür sein, mit welcher Programmatik sich mehr Stimmen holen lassen: Mit derjenigen ihrer bisherigen Partei, die Schirdewan als moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei bezeichnet, oder mit dem Kurs von Wagenknecht, den diese selbst "linkskonservativ" nennt. Eines hat die bisherige Linke ihrer möglichen Konkurrenz jedenfalls schon mal voraus: Einen 87-seitigen Programmentwurf mit vielen detaillierten Forderungen und darüber hinaus eine Partei mit etablierten Strukturen in allen Bundesländern. "Das haben die anderen alles nicht", sagt Wissler während der Pressekonferenz.

Load-Date: September 11, 2023

**Geflüchtete aus der Ukraine entlasten laut Bundesagentur Arbeitsmarkt;
Etwa 86.000 Menschen aus der Ukraine haben der Bundesagentur für Arbeit
zufolge eine Beschäftigung in Deutschland. Die Zahl nehme zu, sobald
Sprachkurse absolviert sind.**

ZEIT-online

Sonntag 19. Februar 2023 8:31 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundesagentur für Arbeit; Ausg. 1

Length: 531 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Rolf Vennenbernd

Irina aus der Ukraine, Teilnehmerin eines Integrationskurses, schaut sich in einem Dolmetscher-, Übersetzer- und Spracheninstitut in Düsseldorf ein Foto an, dass sie später in allen Einzelheiten beschreiben soll (Foto vom 10.11.2010). Die Sprache in der Bundesrepublik ist Deutsch, und Zuwanderer sollten sie lernen. Aber Tausende warten monatelang auf einen Kurs.

Rund ein Jahr nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine geht die Bundesagentur für Arbeit von einer deutlichen Entlastung für den deutschen Arbeitsmarkt durch Flüchtlinge aus dem Land aus. Schon jetzt seien seit Beginn des Krieges rund 65.000 Ukrainerinnen und Ukrainer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor Beginn der Kämpfe, sagte Daniel Terzenbach, Vorstandsmitglied der Bundesagentur.

Hinzu kämen 21.000 Ukrainerinnen und Ukrainer in Minijobs. Sie alle trügen zur Bekämpfung des Personalmangels in der deutschen Wirtschaft bei. "Der deutsche Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig", sagte Terzenbach. Er erwartet, dass die Zahl der Beschäftigten aus der Ukraine in den nächsten Wochen und Monaten deutlich steigen werde, wenn die Frauen und Männer die Integrations- und Berufssprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge absolviert hätten.

Vor allem ab dem zweiten Quartal werde eine größere Zahl von Absolventen mit guten Sprachkenntnissen zur Verfügung stehen. "Wir haben bewusst versucht, die Qualifikationen der Menschen auch sichtbar und nutzbar zu machen", sagte Terzenbach. Es sei die Absicht gewesen, die Flüchtlinge nicht sofort in Helferjobs zu vermitteln, sondern sie gemäß ihren Möglichkeiten einzusetzen.

"Nahezu alle haben eine Chance auf dem Arbeitsmarkt"

In der Flüchtlingskrise der Jahre 2014 bis 2016 sei das Ziel gewesen, nach fünf bis sechs Jahren rund 50 Prozent der Menschen in Beschäftigung zu haben. Das sei trotz der Widrigkeiten der Corona-Pandemie erreicht worden.

Geflüchtete aus der Ukraine entlasten laut Bundesagentur Arbeitsmarkt Etwa 86.000 Menschen aus der Ukraine haben der Bundesagentur für Arbeit zufolge eine Besch....

Jetzt bestehe die Chance, durch verbesserte Verfahren und zielgenauere Vermittlungen einen noch höheren Anteil in Jobs zu bringen. "Nahezu alle haben eine Chance auf dem Arbeitsmarkt", sagte Terzenbach.

Es zeige sich, dass ein großer Teil der Geflüchteten bereit sei, längerfristig in Deutschland zu bleiben, die deutsche Sprache zu lernen und zu arbeiten. "Wir sehen eine ganz hohe Motivation, bis hin zur Selbstüberforderung", sagte er. Unterstützt werde diese Entwicklung durch die Tatsache, dass auch immer mehr Männer im arbeitsfähigen Alter nach Deutschland kämen, ungeachtet der Wehrpflicht in der Ukraine.

Zum Hemmnis könnte nach Terzenbachs Ansicht die Kinderbetreuung werden. "Es stehen zu wenig Betreuungsplätze zur Verfügung, die Kommunen haben in ihrer Bedarfsplanung die Krise nicht vorhersehen können. Deshalb brauchen wir temporäre Brückenlösungen, etwa den Ausbau des Angebots von Tagesmüttern, die sich um mehrere Kinder kümmern."

Zuvor hatte bereits der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer, erklärt, die Integrations- und Sprachkurse seien so gut besucht wie nie zuvor. Mehr als 500.000 Zuwanderer hätten im vergangenen Jahr an solchen Kursen teilgenommen, sagte Sommer. Die Zahl bedeute eine Verdoppelung im Vergleich zu 2021.

Load-Date: February 19, 2023

End of Document

Rechtsaußenpartei unterstützt Kemal Kiliçdarolu; Kurz vor der Stichwahl stellt sich die nationalistische Zafer Partisi hinter den Erdoan-Herausforderer. Mit ihm wolle man die Ausweisung aller Flüchtlinge und Illegalen.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Mai 2023 10:19 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Türkische Präsidentschaftswahl; Ausg. 1

Length: 238 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Yves Herman

Ein Wahlplakat des türkischen Präsidentschaftskandidaten Kemal Kiliçdarolu in Ankara

Wenige Tage vor der Stichwahl um das Präsidentenamt in der Türkei hat die Rechtsaußenpartei Zafer Partisi dem Oppositionsführer Kemal Kiliçdarolu Unterstützung zugesichert. Die Partei werde sich im zweiten Wahlgang am Sonntag hinter Kiliçdarolu stellen, sagte Parteichef Ümit Özda bei einer Pressekonferenz. In einer gemeinsamen Erklärung von Kiliçdarolu und Zafer Partisi hieß es, man habe sich auf die Rücksendung "aller **Flüchtlinge** und Illegalen" innerhalb eines Jahres geeinigt.

Özdas Partei war in der ersten Wahlrunde mit dem parteilosen Ultranationalisten Sinan Oan als Kandidat eines Zusammenschlusses mehrerer Parteien angetreten. Oan hat am Dienstag seine Unterstützung für Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoan erklärt. Die Allianz hinter ihm löste sich auf.

2,2 Prozent der Stimmen bei Parlamentswahl

Die Zafer-Partei war die stimmenstärkste Partei des Zusammenschlusses. Bei der Parlamentswahl am 14. Mai erhielt sie vorläufigen Zahlen zufolge 2,2 Prozent der Stimmen.

Das Thema Migration ist im Wahlkampf ein zentrales Thema gewesen. In der Türkei gibt es eine zunehmend feindliche Stimmung gegenüber Flüchtlingen. In dem Land leben nach offiziellen Angaben rund 3,4 Millionen syrische Flüchtlinge. Kiliçdarolu hatte bisher angekündigt, die Menschen auf freiwilliger Basis innerhalb von zwei Jahren nach Syrien zurückzuschicken.

Load-Date: May 24, 2023

Rechtsaußenpartei unterstützt Kemal Kiliçdarolu Kurz vor der Stichwahl stellt sich die nationalistische Zafer Partisi hinter den Erdoan-Herausforderer. Mit ihm

End of Document

Wie Tunesien die Migranten übers Meer drängt; Das Land fährt in Hinblick auf das Migrationsabkommen mit der EU einen Schlingerkurs. Unterdessen versuchen Tausende, Tunesien so schnell wie möglich zu verlassen. Vor dem Herbst

ZEIT-online

Montag 23. Oktober 2023 6:45 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Migrationspakt; Ausg. 1

Length: 2015 words

Byline: Sarah Mersch

Body

Inoussa wartet darauf, dass das Mittagessen fertig wird. Nudeln, wie so oft in diesen Tagen. Er sitzt auf einer abgewetzten, dünnen Matratze unter einem Olivenbaum. In den Zweigen hat jemand T-Shirts und Hosen zum Trocknen in die Sonne gehängt. Die improvisierte Küche steht neben dem Nachbarbaum. Dort blubbert schon die Soße in einem verbeulten Topf auf einer kleinen, mit Ziegeln abgetrennten Feuerstelle vor sich hin. Eine Frau sitzt im Schatten und wacht über das Essen für die Bewohner des Olivenhains, die sich hier für einige Tage oder Wochen eingerichtet haben. Einige Meter weiter hat jemand eine Gebetsstätte improvisiert, mit einem Pfeil Richtung Osten, nach Mekka. In der gleichen Richtung liegt auch das Mittelmeer. Es sind nur wenige hundert Meter zur Küste, von dort gut 150 Kilometer nach Lampedusa.

Im Olivenhain gibt es zwei Bäume für Frauen und Kinder, ein bisschen abseits gelegen. Unter den anderen sitzen junge Männer aus Westafrika. Etwas abgelegen am Rande sitzen diejenigen, die möglichst schnell den Weg übers Meer nehmen wollen. Bei ihnen sitzt Inoussa, der aus Burkina Faso stammt. Ungefähr zu dieser Uhrzeit vor einer Woche hatte der 27-Jährige sich gerade vorbereitet, um ins Boot zu steigen. Doch die Fahrt war schnell zu Ende. "Wir hatten zwölf Kilometer hinter uns, da wurden wir von der tunesischen Küstenwache abgefangen", erzählt er. "Wir haben sie angefleht, uns durchzulassen, aber es war nichts zu machen." Andere hatten mehr Glück. Mehrere Tausend Menschen kamen am selben Wochenende auf Lampedusa an. Fast alle waren in Tunesien losgefahren.

Die Küstenwache habe die 35 Passagiere aufs Boot geholt und zurück in den nächsten Hafen gebracht, nach Nationalitäten getrennt, durchgezählt und dann wieder laufen lassen. Es war schon Inoussas zweiter Versuch, übers Meer nach Europa zu gelangen, seit er vor drei Wochen aus Algerien nach Tunesien gekommen ist. Beim ersten fing man seine Gruppe bereits am Strand ab.

Inoussa kam damals direkt nach El Aamra, eine Kleinstadt nördlich der Hafenstadt Sfax. Dort legen seit Monaten die meisten Boote in Richtung Italien ab. Doch seit Mitte September ist der Ort mehr als nur Durchgangsstation: Nach wiederkehrenden Angriffen aus der Bevölkerung auf Migranten und Deportationen durch Sicherheitskräfte

Wie Tunesien die Migranten übers Meer drängt Das Land fährt in Hinblick auf das Migrationsabkommen mit der EU einen Schlingerkurs. Unterdessen versuchen Tausend....

ins libysche und algerische Grenzgebiet im Sommer hatten zuletzt immer mehr Migranten in öffentlichen Parks in Sfax gelebt. Dann ließen die Behörden das Zentrum kurzerhand räumen.

"Deutlicher kann man der EU nicht zeigen, was man von ihrem Deal hält"

Doch diesmal wurden die Migranten nicht etwa in der Wüste ausgesetzt wie im Sommer, die Behörden brachten sie nur 30 Kilometer weiter, direkt dorthin, wo die Boote nach Europa ablegen. "Deutlicher kann man der EU eigentlich nicht zeigen, was man von ihrem Deal hält", so ein migrantischer Aktivist aus Sfax.

Im Juli von Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen zunächst als Meilenstein der Zusammenarbeit präsentiert worden, steht das Migrationsabkommen inzwischen zunehmend infrage - nicht zuletzt wegen des erratischen Kurses des tunesischen Präsidenten Kais Saied.

Nachdem er das Abkommen selbst unterzeichnet hatte, veröffentlichte er Anfang Oktober eine Mitteilung, Tunesien brauche keine Almosen und lehne das respektlose Verhalten der EU ab. Diese hatte unter anderem 60 Millionen Euro überwiesen, die Teil einer früheren Übereinkunft im Rahmen der Covid-Hilfen waren. Das tunesische Wirtschaftsministerium hatte diese Ende August angefordert.

Darauf folgte ein offener Schlagabtausch auf den sozialen Netzwerken zwischen Nachbarschaftskommissar Olivér Várhelyi, der schrieb, Tunesien könne das Geld gerne zurücküberweisen und dem tunesischen Außenministerium, das sich echauffierte, dass Várhelyi interne Dokumente öffentlich gemacht habe.

Es ist nicht das erste Mal, dass Präsident Saied Abkommen seiner Regierung vom Tisch fegt. Auch ein dringend benötigter Kredit des Internationalen Währungsfonds, von der eigenen Regierung und Zentralbank ausgehandelt, liegt seit einem Jahr auf Eis, weil Saied ihn als internationale Einmischung ablehnt. Auch wenn der Migrationsdeal selbst von den jüngsten diplomatischen Verwirrungen offenbar nicht direkt betroffen ist, führen die Ereignisse deutlich vor Augen, dass Tunesien nicht der zuverlässige Partner ist, den die EU in ihm zuletzt sehen wollte.

Wie viele Migranten sich nach wie vor in den Olivenhainen rund um El Aamra aufhalten, ist unklar. Hunderte bis Tausende, schätzen die Einwohner. Einige kommen kurz vor der Abfahrt an und sind gleich wieder weg, andere leben schon seit Wochen dort, wieder andere wurden auf See abgefangen und nach Tunesien zurückgebracht. Da ihre Identitäten nicht aufgenommen werden, ist es kaum möglich, verlässliche Zahlen zu erheben.

Omar sieht die einfach zusammengeschweißten Metallboote, mit denen die Migranten aus dem Afrika südlich der Sahara nach Italien überlegen, jedes Mal, wenn er mit seinem Fischerboot rausfährt. Sie sind deutlich billiger als die Fischerboote, die tunesische Migranten nutzen. Entsprechend kostet auch die Überfahrt nur rund ein Viertel dessen, was Tunesier zahlen. Seit zwei Jahren habe das Phänomen deutlich zugenommen, erzählt Omar. "Wir Fischer hassen das Meer inzwischen, die Situation ist furchtbar."

Fast jedes Mal, wenn er rausfährt, fände er Leichen. Er kriegt die Bilder nicht mehr aus dem Kopf. "Anfang der Woche war da ein Kleinkind, vielleicht zwei Jahre alt, schon lange im Wasser. Das Gesicht war unkenntlich." Einmal hätten er und seine Kollegen 21 Leichname in einer einzigen Nacht gefunden. "Und zwei Überlebende. Sie sagten, sie seien ungefähr 60 Personen gewesen. Das heißt, vierzig weitere Vermisste treiben da noch irgendwo."

Heute sitzt er in Ellouata im kleinen Fischerhafen der Region und flickt seine Netze. Das Wetter sei zu schlecht, um rauszufahren. "Aber die Afrikaner, die schicken sie bei jedem Wetter raus. Es geht ihnen nur darum, sie loszuwerden und abzukassieren." Am Anfang hätten er und die anderen Fischer noch jedes Mal die Küstenwache alarmiert und nicht nur Überlebende, sondern auch die Toten an Land gebracht. "Aber inzwischen sagen sie, sie seien überlastet. Also lassen wir sie im Wasser. Es tut einfach nur weh."

An der Mole stapeln sich meterhoch die rostigen Metallboote, die die Küstenwache aus dem Meer gezogen hat. Omar macht den Sicherheitskräften keine Vorwürfe. "Sie haben hier zwei, drei kleine Boote, und am Strand fahren

Wie Tunesien die Migranten übers Meer drängt Das Land fährt in Hinblick auf das Migrationsabkommen mit der EU einen Schlingerkurs. Unterdessen versuchen Tausend....

zehn gleichzeitig ab. Sie retten, wen sie können." Die Stärkung der Küstenwache mit neuen Booten und weiterem Material ist einer der Kernpunkte des europäisch-tunesischen Memorandums aus dem Juli.

Im September hatte Tunesien angekündigt, verstärkt gegen Schleppernetzwerke vorzugehen. In den sozialen Medien spektakulär in Szene gesetzt mit einem Crackdown der Sicherheitskräfte, Videos von Spezialeinheiten in Kampfmontur, die sich von Hubschraubern abseilen, das Ganze mit rhythmischer Musik unterlegt. Dafür gab es im Internet viel Applaus, und auch in Europa wurden die Anstrengungen Tunesiens wahrgenommen.

Die Realität sieht weniger spektakulär aus. Ein junger Beamter in Zivil zeigt auf seinem Handy Videos, wie seine Einheit in Msatria, dem Nachbarort von El Aamra, eine Gruppe subsaharischer Migranten aus einem Haus abführt. Im Hinterhof das direkt vor Ort zusammengeschweißte Boot, mit dem sie bald hätten nach Lampedusa aufbrechen sollen. Die Migranten lassen sie wieder auf freien Fuß. Den Schleppern etwas nachzuweisen ist oft schwierig, da es sich um lokale, dezentral organisierte Netzwerke handelt, bei denen ganze Ortschaften involviert sind und an den Überfahrten mitverdienen.

In den Dörfern rund um El Aamra entlang der Regionalstraße 82 herrscht unterdessen ein reges Treiben. Viele Migranten versuchen, zu übersteuerten Preisen etwas einzukaufen oder im Café ihre Handys aufzuladen. Meistens teilen sich mehrere Menschen ein Telefon, um mit ihren Familien in Kontakt zu bleiben. In der kleinen Postfiliale an der Hauptstraße stehen in diesen Tagen vor allem Migranten Schlange. Dort kann man Geld abholen, dass über Western Union geschickt wird. Immer weniger Migranten führen das Geld tatsächlich mit sich, sondern lassen sich aus Angst vor Überfällen nur die benötigte Summe schicken, wenn die Abfahrt kurz bevor steht - über Zahlungsdienstleister oder über informelle Netzwerke, so wie Inoussa. "Eigentlich haben wir die Mittel nicht. Aber wir finden sie irgendwie."

Längst nicht alle der Hunderten Migranten, die in diesen Tagen in El Aamra unter den Olivenbäumen sitzen, waren nach Tunesien gekommen, um auf die Boote zu steigen. "Aber Tunesien drängt uns jetzt dazu", erzählt ein junger Mann aus Mali. Zu Hause hatte er Jura studiert, bevor ihn die politische Lage dazu brachte, nach Tunesien auszureisen. In Bamako hatte man ihm einen Arbeitsvertrag und eine Wohnung versprochen. Eingereist sei er vor gut einem Jahr ganz legal über den Flughafen, doch als er in Tunis ankam, war davon nicht mehr die Rede. Eine Wohnung hat er trotzdem gefunden und sich als Tagelöhner durchgeschlagen.

Die Behörden "haben das Benzin zum Feuer gebracht"

Als dann im Februar nach einer rassistischen Brandrede des Präsidenten die Übergriffe auf Schwarze Menschen begannen, habe ihn seine Vermieterin auf die Straße gesetzt. Er ging zu einem Bekannten nach Sfax, arbeitete dort einige Monate, bevor er auch da rausgeworfen wurde. "Ich wollte einfach nur ein stabiles Leben haben. Von Tunesien hatte ich ein ganz anderes Bild, bevor ich gekommen bin", erzählt der 21-Jährige. Er scheut sich, ein Boot zu nehmen. Noch. "Das wichtigste ist die Sicherheit. Und im Moment bin ich hier in den Olivenhainen am sichersten."

Einige Einwohner von El Aamra unterstützen die Migranten, lassen sie die Brunnen in ihren Häusern nutzen oder bringen ihnen Lebensmittel vorbei. Andere profitieren von ihnen. Diejenigen, die sich beklagen, sind in der Minderheit: Fünfzehn Demonstranten sind Ende September zu einem Sit-In vor der Lokalverwaltung von El Aamra gekommen. Sie hatten auf mehr gehofft. Samir Ben Salem ist einer von ihnen und in Rage. Die Einwohner fänden keinen Platz mehr in den Cafés. Er traue sich nicht mehr, seine Tochter alleine zu Fuß zur Schule zu schicken.

Nachdem er seiner Wut Luft gemacht und sich ein bisschen beruhigt hat, wird schnell klar: Sein eigentliches Problem sind die tunesischen Behörden. Um die Migranten zu überzeugen, in die Busse zu steigen, hätten sie ihnen gesagt, in El Aamra hätten internationale Organisationen ein Camp aufgebaut. "Sie haben das Benzin zum Feuer gebracht." An einen Ort, der als Ausgangspunkt der Überfahrten bekannt sei. So würde das Phänomen nur verstärkt. "Dann versuchen sie, sie auf dem Meer wieder abzufangen, und behaupten, sie seien die Helden, weil sie illegale Migration bekämpfen." Dass der Staat ein ernsthaftes Interesse habe, strukturiert gegen Migration vorzugehen, bezweifelt er. "Wenn zwei Jungs planen, ein Motorrad zu stehlen, dann ist die Polizei sofort da. Aber die Tausenden in der Wüste, die nach Tunesien kommen, die sehen sie nicht?"

Wie Tunesien die Migranten übers Meer drängt Das Land fährt in Hinblick auf das Migrationsabkommen mit der EU einen Schlingerkurs. Unterdessen versuchen Tausend....

Während es in Tunesien bald Herbst wird, das Leben in den Olivenhainen zunehmend schwieriger und die See rauer, warten immer noch Hunderte, wenn nicht Tausende darauf, in ein Boot nach Europa zu steigen. Auch Inoussa will es so bald wie möglich erneut versuchen. Er bereue es nicht, aufgebrochen zu sein, auch wenn ihn die ersten beiden gescheiterten Versuche viel Geld gekostet haben. Er habe ja auch gar keine Wahl, schiebt er ein bisschen leiser hinterher. Nach Burkina Faso zurückzugehen, das sei keine Option.

Laura Boushnak/NY Times/Redux Ein Metallboot, das von migranten benutzt wurde, liegt an der Küste von Sfax in Tunesien im Mai 2023 Laura Boushnak/NY Times/Redux Ein Metallboot, das von migranten benutzt wurde, liegt an der Küste von Sfax in Tunesien im Mai 2023

Load-Date: October 23, 2023

End of Document